

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik • Jährliche Einkommensteuerstatistik • Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt • Revision der Investitionen • Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM) • Zwecke der Internetnutzung • Gewerbeanzeigen
- Seeschifffahrt • Verwendung von Primärmaterial



7/2005

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im August 2005

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05107-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	653
Textteil	
<i>Johann Hahlen</i> Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik	665
<i>Volker Lietmeyer, Volker Kordsmeyer, Christopher Gräß, Dr. Daniel Vorgriemler</i> Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung	671
<i>Norbert Hartmann, Dr. Joachim Schmidt, Dr. Erich Oltmanns</i> Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt: Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie	682
<i>Rita Bolleyer</i> Revision der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren	700
<i>Wolfgang Eichmann</i> Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)	710
<i>Ulrike Timm, Dr. Irene Kahle</i> E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung	717
<i>Jürgen Angele, Michael Ziebach</i> Gewerbeanzeigen 2004	727
<i>Horst Winter</i> Boom in der Seeschifffahrt – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe	737
<i>Dr. Karl Schoer, Stefan Schweinert</i> Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen und Materialarten 1995 bis 2002	748
<i>Gudrun Eckert</i> Preise im Juni 2005	760
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	767
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	653
Texts		
<i>Johann Hahlen</i>	The situation of German and European statistics	665
<i>Volker Lietmeyer, Volker Kordsmeyer, Christopher Gräß, Dr. Daniel Vorgrimler</i>	Annual income tax statistics based on the present business statistics of the fiscal authorities	671
<i>Norbert Hartmann, Dr. Joachim Schmidt, Dr. Erich Oltmanns</i>	Rapid estimates of the gross domestic product: results of a feasibility study	682
<i>Rita Bolleyer</i>	Revision of investments, by industries and sectors	700
<i>Wolfgang Eichmann</i>	Financial intermediation services indirectly measured (FISIM)	710
<i>Ulrike Timm, Dr. Irene Kahle</i>	E-government and other purposes of internet use	717
<i>Jürgen Angele, Michael Ziebach</i>	Business notifications, 2004	727
<i>Horst Winter</i>	Boom in maritime transport – goods transshipment at its highest level	737
<i>Dr. Karl Schoer, Stefan Schweinert</i>	Utilisation of primary material, by branches of production and types of material 1995 to 2002	748
<i> Gudrun Eckert</i>	Prices in June 2005	760
	List of the contributions published in the current year	767
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Besuch einer Delegation des Internationalen Währungsfonds

In der Zeit vom 5. bis 20. Juli 2005 prüfte eine sechsköpfige Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Qualität ausgewählter Statistiken. Vom IWF wurde bewertet, inwieweit die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Erzeugerpreisstatistik, die Statistik über die öffentlichen Finanzen und die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank internationale Standards und Kodizes einhalten. Die IWF-Vertreter führten zahlreiche Gespräche – nicht nur mit den Kolleginnen und Kollegen der betreffenden Fach- und Querschnittsabteilungen des Statistischen Bundesamtes, sondern auch mit wichtigen Nutzern amtlicher Statistiken in Wiesbaden, Frankfurt und Berlin, mit der Europäischen Zentralbank, mit Vertretern der Statistischen Landesämter sowie den zuständigen Kolleginnen und Kollegen im Bundesministerium der Finanzen und im Bundesministerium des Innern. Insgesamt kam die IWF-Delegation unter der Leitung von Herrn Robert Edwards, Chef der Statistischen Abteilung im IWF, zu dem Ergebnis, dass Deutschland den so genannten Special Data Dissemination Standard voll erfüllt. Mit diesem Standard will der IWF die Transparenz und die Aktualität bei der Veröffentlichung makroökonomischer Daten verbessern. Mit dem Beitritt verpflichten sich die Mitgliedstaaten, eine Reihe klar definierter Indikatoren zu erstellen, die gewissen Anforderungen bezüglich Erhebungsumfang, Häufigkeit und Zeitnähe genügen. Zudem wurde vom IWF festgestellt, dass die deutschen Statisti-

ker bei der Erledigung ihrer Aufgaben eine bemerkenswerte Professionalität zeigen. In den kommenden Wochen erfolgt die Evaluierung der Entwurfsfassung des IWF-Berichts durch die beteiligten Stellen in Deutschland, abschließend wird die Bundesregierung gegenüber dem IWF eine offizielle Stellungnahme abgeben. Der endgültige Bericht wird nach Zustimmung der Bundesregierung vom IWF voraussichtlich im Herbst veröffentlicht. In einer späteren Ausgabe von Wirtschaft und Statistik werden wir über die Ergebnisse und Empfehlungen des IWF ausführlich berichten.

Aus aller Welt

53. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker

Vom 13. bis 15. Juni 2005 fand in Genf die jährliche Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der regionalen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das Statistische Arbeitsprogramm der ECE. Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminarthemen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ausgewählt werden.

Das erste Seminar zur „Besseren Datenübermittlung“ (Improved Data reporting) wurde von den Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern von Finnland, Kanada, des Vereinigten Königreiches und von Schweden organisiert. Die Vortragenden beleuchteten die

Möglichkeiten der Nutzung des Internets und der elektronischen Berichterstattung (EDR) bei Unternehmens- und Haushaltsbefragungen (einschl. Zensen). Vertreter der statistischen Ämter von Kanada, Australien und Neuseeland berichteten über Pläne, das Internet im Rahmen ihrer für das Jahr 2006 geplanten Bevölkerungszensen zu nutzen (kann von den Befragten jeweils alternativ zur postalischen Zusendung der Fragebogen verwendet werden). Von deutscher Seite wurde zu diesem Seminar ein Papier zum Thema „eSTATISTIK.core: elektronische Berichterstattung aus dem betrieblichen Rechnungswesen“ vorgelegt, das auf großes Interesse stieß.

Das zweite Seminar war dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“ gewidmet. Die Vorbereitung hatte Schweden in Zusammenarbeit mit Kanada, der Russischen Föderation und Australien übernommen. Die Vortragenden untersuchten die Rolle der statistischen Ämter bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die politischen Rahmenbedingungen sowie verschiedene Fallstudien und gaben einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen. Der Vertreter des Statistischen Bundesamtes war Diskussions Teilnehmer zum Thema „Fallstudien“. Er fasste verschiedene Länderberichte anschaulich zusammen, was auf großen Anklang bei den Zuhörern stieß.

Die Konferenz war der Ansicht, dass die statistischen Ämter eine Schlüsselfunktion bei der Nachhaltigkeitsmessung haben. Zurzeit gebe es aber eine Vielzahl von methodischen Ansätzen, die die Prioritäten der einzelnen Mitgliedstaaten widerspiegeln. Wichtig sei ein gemeinsamer und systematischer Ansatz auf internationaler Ebene. Das CES-Büro wird einen Rahmen für die künftigen Arbeiten entwerfen.

Neben den beiden Seminarthemen befasste sich die CES mit einer Reihe anderer Fachthemen. Einen Schwerpunkt bildete hierbei die Migrationsstatistik. Hierzu legte das Census Bureau der Vereinigten Staaten einen Erfahrungsbericht vor, den es zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erarbeitet hat. Die CES hielt eine stärkere Harmonisierung der Definitionen und Methoden für erforderlich. Eine engere Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen in den Mitgliedstaaten und auf internationaler Ebene sei dringend geboten.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich Mitte Juni 2006 in Paris statt. Als Seminarthemen werden „Bevölkerungszensus“ sowie „Humanressourcen und Fortbildung“ auf der Tagesordnung stehen.

Tagung des Statistikausschusses der OECD

Am 15. und 16. Juni 2005 tagte zum zweiten Mal der Statistikausschuss (Committee of Statistics – CSTAT) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Den Vorsitz dieses hochrangigen Gremiums hat Dr. Ivan Fellegi (Statistics Canada).

Die OECD legte ein umfangreiches Programm ihrer für die Jahre 2006 bis 2008 geplanten Tätigkeiten im Bereich Sta-

tistik vor. Der Statistikausschuss sprach sich dafür aus, dass die OECD in den kommenden Jahren neben Qualitätsfragen vor allem zwei Kernaufgaben weiterverfolgen sollte:

- 1) die Wahrnehmung ihrer Brückenfunktion zwischen Europäischer Union, Nordamerika, Asien und der Pazifischen Region,
- 2) die Entwicklung neuer statistischer Bereiche, wie die empirische Darstellung von New Economy und Informationsgesellschaft.

Die übrigen von der OECD vorgeschlagenen Bereiche [u. a. internationale Erhebungen der OECD, zusammengesetzte Indikatoren (composite indicators), Verbesserung des Zugangs zu Mikrodaten für die internationale Forschung] sollten nach Ansicht des Statistikausschusses von der OECD nicht oder nur langfristig weiterverfolgt werden. Insgesamt solle die OECD Doppelarbeiten mit der Europäischen Union vermeiden.

Der Statistikausschuss sprach sich dafür aus, künftig Nicht-OECD-Mitglieder stärker an den Arbeiten des Ausschusses zu beteiligen. Auf Antrag können diese Staaten – u. a. die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die bislang nicht Mitglied der OECD sind – künftig Beobachter oder Vollmitglied des Statistikausschusses werden.

Die OECD berichtete über ein Forum zum Thema „Schlüsselindikatoren“, das die OECD 2004 in Palermo durchgeführt hat, und über die Pläne für ein Nachfolgeseminar im Jahr 2007. Die Türkei erklärte sich bereit, als Gastgeber zu fungieren, falls entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stünden.

Die OECD legte ferner einen Sachstandsbericht ihrer Arbeiten zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsmessung vor. Vor allem basierend auf dem so genannten „Atkinson-Report“, den Sir Tony Atkinson für das Vereinigte Königreich erstellt hat, schlägt die OECD u. a. eine stärker outputorientierte Messung der Produktivität bei Nichtmarktproduzenten vor (Schwerpunkt: Gesundheit, Bildung). Im Rahmen des Meinungsaustausches innerhalb des Statistikausschusses konnte kein abschließendes Ergebnis erzielt werden. Aus Sicht des Statistikausschusses müssen Doppelarbeiten mit der auf europäischer Ebene aufgebauten Datenbank mit Produktivitätsindikatoren (EU-KLEMS) vermieden werden (die Federführung für Deutschland hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung). Das Thema „Produktivitätsmessung“ soll im Oktober 2005 in einem OECD-Workshop in Madrid vertieft werden.

Der Statistikausschuss – auch Deutschland – begrüßte ausdrücklich die methodischen Arbeiten der OECD bei der Entwicklung von Statistiken über moderne, gesellschaftlich relevante Themen wie Informations- und Wissensgesellschaft, Globalisierung und New Economy. Selbst wenn heute noch nicht hinreichend klar ist, wie die verschiedenen Module sinnvoll zusammengefügt werden können, müssen die konzeptionellen Arbeiten fortgeführt werden, um diese für die Statistik wichtigen Bereiche zu erschließen. Die bereits entwickelten Handbücher (u. a. Frascati-Handbuch im Bereich Forschung und Entwicklung und Oslo-Handbuch

im Bereich Innovationsstatistik) werden in den Mitgliedstaaten angewendet und in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert. Die OECD bereitet zurzeit ein Handbuch über Indikatoren zur Globalisierung vor und wird im Herbst einen Bericht dazu vorlegen.

Abschließend legte die OECD einen Sachstandsbericht vor, um die Mitgliedstaaten auf Datenlücken oder Verzögerungen in den Datenlieferungen hinzuweisen. Die OECD bat die Mitgliedstaaten, noch stärker auf die Vollständigkeit ihrer Datenlieferungen (einschl. Metadaten) und die Termineinhaltung zu achten. Die Datenlage für Deutschland ist vergleichsweise gut.

Die nächste Sitzung des Statistikausschusses der OECD soll im Juni 2006 in Paris stattfinden. Auf der Tagesordnung wird u. a. die politische Bedeutung des "System of National Accounts" stehen.

OECD-Konferenz zum Thema Preisstatistik

Unter dem Titel "Inflation Measures: Too High – Too Low – Internationally Comparable?" fand auf Einladung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Konferenz zum Thema Preisstatistik statt. Vom 21. bis 22. Juni 2005 trafen sich in Paris etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt. Neben nationalen statistischen Ämtern waren auch internationale Organisationen (z. B. Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, und die Internationale Arbeitsorganisation) sowie Zentralbanken vertreten. Mit der Ausrichtung dieser Konferenz hat die OECD hauptsächlich zwei Ziele verfolgt: So sollte zum einen den Produzenten und Nutzern der Preisstatistik ein Diskussionsforum geboten werden, zum anderen die internationale Harmonisierung von Verbraucherpreisindizes vorangetrieben werden.

Hauptthemen der Konferenz waren die Weiterentwicklung der Preisstatistik seit dem Boskin-Report (1996), die Krise der Glaubwürdigkeit der Preisstatistik im Zuge der Einführung des Euro sowie die Erfassung von selbst genutztem Wohneigentum.

Der Boskin-Report hat mangelnde Qualitätsbereinigung als mögliche Ursache für eine Verzerrung von Preisindizes genannt. Das Statistische Bundesamt hat seine Methoden durch die Einführung der Hedonik in den letzten Jahren entscheidend weiterentwickelt und darüber in einem Vortrag berichtet. Auch wurde in diesem Zusammenhang über eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hedonik auf europäischer Ebene im Rahmen eines CENEX-Projekts diskutiert.

Ein weiteres bestimmendes Thema der Konferenz war die Krise der Glaubwürdigkeit der amtlichen Statistik nach der Einführung des Euro. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern der Eurozone gab es mit der Einführung des Euro ein Abweichen von „gefühlter“ und offiziell gemessener Inflation. Das Statistische Bundesamt berichtete in diesem Zusammenhang über die Kommuni-

kationsstrategie der deutschen Preisstatistik. Hierzu gehören unter anderem der Blickpunktband „Preisstatistik besser verstehen“, der Indexrechner, monatlich erscheinende Informationskästen zu aktuellen Themen in Wirtschaft und Statistik und Lehrmaterial für Schulen.

Internationale Input-Output-Konferenz in Peking

Vom 27. Juni bis 1. Juli 2005 fand an der Renmin Universität in Peking die 15. internationale Input-Output-Konferenz statt. Diese zweijährlich stattfindenden Konferenzen dienen dem wissenschaftlichen Informationsaustausch auf dem Gebiet der Input-Output-Analyse, von der Datenerstellung über die Modellierung bis zur Anwendung von Input-Output-Techniken. An der Konferenz nahmen über 300 Teilnehmer aus der ganzen Welt, darunter eine große Zahl chinesischer Forscher, teil. Auch für die Vertreter der statistischen Ämter, die mit der Erstellung von Input-Output-Tabellen betraut sind, bot die Konferenz ein Forum zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Vorgelegt wurden Forschungsarbeiten zu empirischen Fragestellungen wie auch zur Weiterentwicklung von Analyseinstrumenten – wie beispielsweise zur Dekompositionanalyse oder zur Umweltbilanzierung von Produkten. Ein Schwerpunkt des wissenschaftlichen Programms lag in Untersuchungen zur Verbindung von Input-Output-Analyseinstrumenten mit den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, insbesondere mit dem integrierten System der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SEEA 2003). Dabei wurden Analysen zur Verknüpfung von physischen Angaben zur Entnahme und Nutzung von Rohstoffen und zu Emissionen und Abfällen mit den monetären Angaben der Input-Output-Tabellen vorgestellt und diskutiert. Ein Forscher aus den Vereinigten Staaten stellte einen Ansatz vor, diese Daten für eine Umweltbilanzierung von Produkten zu nutzen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Darstellung von so genannten „Weltmodellen“ und von Untersuchungen auf Basis dieser Modelle. Aus Deutschland wurde hierzu beispielsweise ein Beitrag präsentiert (Prof. Meyer/Universität Osnabrück), der die Auswirkungen des hohen Wirtschaftswachstums in China auf den Ressourcenverzehr (Rohstoffe, Emissionen) thematisierte. Hinsichtlich der Erstellung von Input-Output-Tabellen wurden sowohl wichtige konzeptionelle Fragen – wie beispielsweise die Verbuchung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Wahl der statistischen Einheiten in symmetrischen Tabellen – als auch Fragen der Berechnungsmethoden erörtert.

Aus dem Inland

52. Jahrestagung des Statistischen Beirats 2005

In den vergangenen Jahren hatte der Statistische Beirat am Ende einer Legislaturperiode der Bundesregierung einen

Bericht zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms vorgelegt, in dem er über die Fortschritte bei der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik berichtete und Empfehlungen für die kommende Legislaturperiode gab. Um für den Fall, dass es zu vorzeitigen Neuwahlen des Bundestages kommt, vorbereitet zu sein, evaluierte der Statistische Beirat in seiner 52. Jahrestagung am 21. Juni 2005 die Umsetzung seiner Empfehlungen. Zusammenfassend ergab die Evaluation, dass 30 Empfehlungen bereits umgesetzt sind oder ihre Umsetzung sichergestellt ist. 27 Empfehlungen wird der Statistische Beirat in der kommenden Legislaturperiode weiterverfolgen. Vier Empfehlungen werden nicht weiterverfolgt, da sie inzwischen entweder überholt sind oder es sich abzeichnet, dass sie in absehbarer Zeit nur geringe Realisierungschancen haben.

Der Statistische Beirat verständigte sich darauf, Eckpunkte zur Weiterentwicklung des deutschen und europäischen statistischen Systems rechtzeitig in die Diskussion des Regierungsprogramms für die kommende Legislaturperiode einzubringen. Hierzu setzte er seine Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ wieder ein. Sie soll bis Mitte August 2005 einen Entwurf vorlegen, den der Statistische Beirat im schriftlichen Verfahren oder in einer Sondersitzung bis Mitte September 2005 abstimmen wird.

Bereits auf seiner Tagung im Juni 2003 hat der Statistische Beirat die Bundesregierung gebeten, die Überarbeitung des deutschen Statistikrechts, insbesondere des Bundesstatistikgesetzes (BStatG), in der 15. Wahlperiode einzuleiten und legte hierzu konkrete Empfehlungen zur Flexibilisierung der amtlichen Statistik vor. Der Statistische Beirat evaluierte in seiner Sitzung die Umsetzung seiner Empfehlungen zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. Zusammenfassend ergab sich, dass sieben Empfehlungen umgesetzt sind oder ihre Umsetzung sichergestellt ist. Acht Empfehlungen sollen weiterverfolgt und acht Empfehlungen nicht weiterverfolgt werden. Der Statistische Beirat beschloss, die verbleibenden Empfehlungen zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes mit den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms zusammenzufassen.

Ein weiterer Beratungspunkt war der vom Statistischen Bundesamt im Frühjahr 2005 erstmals veröffentlichte Strategie- und Programmplan 2005/2006, der als primär intern ausgerichtetes Planungsinstrument zur Aufstellung des Haushaltsvoranschlags und der mittelfristigen Finanzplanung, der IT-Planung und des Jahresarbeitsprogramms dient. Der Statistische Beirat bat die Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“, den Strategie- und Programmplan mit dem Ziel, aus Sicht des Statistischen Beirats prioritäre Maßnahmen zu identifizieren, systematisch auszuwerten.

Die Beiratsmitglieder wurden unter dem Tagesordnungspunkt „Raumbezug statistischer Daten“ über die Bedeutung raumbezogener Informationen, die Nutzung raumbezogener Statistiken sowie die Aktivitäten der amtlichen Statistik in diesem Bereich informiert. Die amtliche Statistik in Deutschland ist aufgefordert, Entwicklungen aufzugreifen und mitzugestalten, die in vielen anderen Staaten, auch innerhalb der Europäischen Union, bereits tägliche Praxis

sind. Dabei bewegt sich die amtliche Statistik im Rahmen der vielfältigen Aktivitäten zum Aufbau von Geodateninfrastrukturen, die beispielsweise kleinräumige Informationen zur Bevölkerungsverteilung oder adressscharfe Koordinatenangaben zu Industrie- und Produktionsstandorten zur digitalen Weiterverarbeitung in Geoinformationssystemen fordern. Das Statistische Bundesamt hat trotz geringer werdender Ressourcen diese Herausforderung aufgenommen und Projekte initiiert, in denen das Potenzial raumbezogener Statistikdaten in enger Kooperation mit den Statistischen Landesämtern und unter Einbindung der Kommunalstatistik untersucht wird. Die Mitglieder des Statistischen Beirates unterstützen aktiv die Bestrebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die Nutzung und Bereitstellung raumbezogener Statistikdaten umfassend zu etablieren. Insbesondere betrifft dies die Vorhaben zur Georeferenzierung und raumbezogenen Auswertung des zukünftigen registergestützten Zensus und des neu konzipierten Unternehmensregisters sowie die Nutzungsmöglichkeit georeferenzierter Mikrodaten durch die Wissenschaft in den Forschungsdatenzentren.

Wichtigste Partner des Statistischen Bundesamtes bei der Gestaltung und Weiterentwicklung von System und Programm der Bundesstatistik sind die im Statistischen Beirat vertretenen Institutionen. Das Statistische Bundesamt hat Überlegungen angestellt, wie die Zufriedenheit der Partner regelmäßig gemessen und bei Bedarf verbessert werden kann. Darüber hinaus wurden dem Beirat die Ergebnisse der im Rahmen der IWF-Prüfung zur Bewertung der Datenqualität der deutschen amtlichen Statistik durch den Internationalen Währungsfonds durchgeführten Erhebungen zur Kundenzufriedenheit präsentiert, an der sich viele Beiratsmitglieder als Nutzer beteiligt haben. Der Statistische Beirat nahm die Ergebnisse der im Rahmen der IWF-Prüfung durchgeführten Erhebungen zur Kundenzufriedenheit zur Kenntnis und stimmte einer regelmäßigen Messung der Partnerzufriedenheit des Statistischen Beirats zu.

Anschließend wurde über die Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534) auf die Zusammensetzung des Statistischen Beirats (Artikel 2) informiert. Die Änderung des § 4 Abs. 3 Satz 1 des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 gibt den Umweltverbänden als Nutzer von Bundesstatistiken eine Stimme und trägt durch die Aufnahme eines Vertreters des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Bundesstatistik Rechnung. Außerdem wird das Gewicht der Wissenschaft im Statistischen Beirat durch Aufnahme eines weiteren Vertreters gestärkt. Der zusätzliche Vertreter der Wissenschaft wird vom Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten benannt. Im Gegenzug wird die Zahl der Vertreter der Bundesministerien im Statistischen Beirat auf zehn verringert. Insgesamt führt die Änderung zu einer geringfügigen Verkleinerung des Gremiums.

Weitere Informationspunkte waren der jährliche Bericht über die Aktivitäten und Ergebnisse des Europäischen beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES), ein aktueller Sach-

standsbericht zum Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ sowie die Einführung einer monatlichen ILO-Arbeitsmarktstatistik. Hierzu wurde vom Beirat ange-regt, möglichst bald einen Workshop zu veranstalten, um die Ergebnisse der ILO-Arbeitsmarktstatistik zu diskutieren. Das Statistische Bundesamt wird den Vorschlag aufgreifen.

In einer Präsentation stellte das Statistische Bundesamt das neue IT-Verfahren eSTATISTIK.core vor, mit dem Unternehmen erstmals die Möglichkeit haben, über eine besondere Softwarekomponente statistische Rohdaten aus dem betrieblichen Rechnungswesen automatisch zu gewinnen und sie über das Internet an die statistischen Ämter zu übermitteln. Das neue IT-Verfahren wurde – beginnend mit der CeBIT 2005 – für die Lohnstatistiken in Betrieb genommen. Weiterhin wurde das neue europäische Verbreitungssystem vorgestellt. Seit 1. Oktober 2004 haben die Nutzer kostenfreien Zugang zu allen Daten und elektronischen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.

Wie in der letzten Sitzung des Statistischen Beirats vereinbart, hat das Statistische Bundesamt zur Verbesserung seiner Kunden- und Nutzerorientierung erstmalig einen Preis für ein besonders kundenfreundliches statistisches Produkt oder einen besonders guten statistischen Service vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die diesjährigen Preisträger ausgewählt. Preisverleihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt.

Die Tagung wurde abgeschlossen mit Berichten über den aktuellen Stand der Reform des Lohnstatistiksystems, über die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen, unterjährigen Mikrozensus ab dem 1. Januar 2005 sowie der Vorstellung des Indexrechners der Verbraucherpreise, der seit Februar 2005 im Internet zur Verfügung steht.

Wissenschaftliche Tagung „Datenfusion und Datenintegration“

Seit 1995 veranstaltet das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) im zweijährlichen Turnus gemeinsame wissenschaftliche Tagungen. Die diesjährige sechste gemeinsame Tagung am 30. Juni und 1. Juli 2005 war dem Thema Datenfusion und Datenintegration gewidmet und wurde von Hartmut Scheffler, dem Vorstandsvorsitzenden des ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V., moderiert.

Nach der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, führte Herr Scheffler in seinem Auftaktreferat in die Thematik ein.

Einen ersten Themenblock bildeten zwei Referate zu den Techniken von Datenfusion und Datenintegration. Frau PD Dr. Susanne Rässler vom Institut für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung (IAB) in Nürnberg gab einen Überblick über Techniken und Einsatzgebiete von Datenintegration und Datenfusion. Einen speziellen Fokus auf die Techniken der Datenfusion richtete anschließend Michael Wiedenbeck vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Ein zweiter Themenblock war der Datenfusion im Bereich der Erforschung der Mediennutzung gewidmet. Uwe Czaia von der CZAIA Marktforschung GmbH in Bremen stellte die Anwendung der Datenfusion in der Mediaanalyse vor. Haluk Akinci, Dr. Jörg Hagenah und Prof. Dr. Heiner Meulemann vom Medienwissenschaftlichen Lehr- und Forschungszentrum der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln informierten im Anschluss über ihre Datensynopse und Datenfusion zur Mediennutzung in Deutschland seit 1972.

Hans-Gerd Siedt vom Statistischen Bundesamt erläuterte den Einfluss von Dubletten auf die Qualität der Melde-register an Hand der Ergebnisse des Zensus-tests. Den Abschluss des ersten Tages bildete der Vortrag „Data Matching: Integration von Umfrageergebnissen und Unternehmensdaten“ von Dr. Stefan Tuschl von der TNS Infratest GmbH in München.

Zu Beginn des zweiten Tages standen Fragen zur Integration mikrogeographischer und regionaler Informationen auf der Tagesordnung.

Dr. Raimund Wildner von der GfK AG in Nürnberg informierte über die Integration von Umfragedaten und mikrogeographischen Informationen.

PD Dr. Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim referierte über den Ersatz von Umfragedaten durch Regionalinformationen.

Der Themenkomplex zu den Anwendungen von Datenfusion und Datenintegration wurde abgeschlossen durch den Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Krause vom Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn über die nutzerseitige Integration sozialwissenschaftlicher Text- und Dateninformationen aus verteilten Quellen.

Zum Abschluss der wissenschaftlichen Tagung ging Erich Wiegand vom ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. auf Fragen des Datenschutzes bei Datenfusionen und Datenintegrationen ein und stellte die diesbezüglichen Standesregeln vor.

Der Tagungsband mit allen Referaten dieser wissenschaftlichen Tagung wird voraussichtlich im Herbst 2005 erscheinen; nähere Hinweise zu diesem Tagungsband werden in der Ausgabe 2/2005 der Internetpublikation „Methoden – Verfahren – Entwicklungen“ veröffentlicht. Die Internetpublikation „Methoden – Verfahren – Entwicklungen“ steht als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser42_d.htm zur Verfügung.

Neuerscheinungen

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2003

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2003 für Forschungszwecke bestellt werden. Wie für die bisher verfügbaren Scientific-Use-Files des Mikrozensus erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsgebühr von 65,- Euro), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ermöglicht wurden.

Die Daten der amtlichen Statistik sind für die empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine der wichtigsten Informationsquellen im Rahmen der Analyse wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge. Dies gilt insbesondere für den Mikrozensus, der als größte Mehrthemenumfrage Deutschlands vielfältige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung bereitstellt.

Das jährliche Grundprogramm des Mikrozensus, das mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung erhoben wird, umfasst folgende Themenbereiche: sozio-demographische Angaben, Staatsangehörigkeit, Familien- und Haushaltszusammenhänge, Beziehung zum Lebenspartner (nichteheliche Lebensgemeinschaft), Haupt- und Nebenwohnung, Erwerbsbeteiligung und -tätigkeit, Arbeitssuche, stille Reserve, Schulbesuch, Ausbildungsabschluss, Quellen des Lebensunterhalts, Einkommen und Rentenversicherung. Das ebenfalls jährlich erhobene Ergänzungsprogramm liefert bei einem Auswahlsatz von 0,45% der Bevölkerung Angaben zu Merkmalen, die den Bereichen frühere und gegenwärtig ausgeübte Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung sowie Situation ein Jahr vor der Erhebung (Hauptstatus, Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig, Wohnsitz) zuzuordnen sind. Die vierjährlichen Zusatzprogramme des Mikrozensus werden teils mit dem vollen Auswahlsatz von 1%, teils mit dem geringeren Unterauswahlsatz von 0,45% der Bevölkerung erhoben. Gegenstand des Mikrozensus-Zusatzprogramms 2003 waren die Fragen zur Gesundheit und Pflege der Bevölkerung (Vorliegen einer Krankheit oder Unfallverletzung, Dauer der Krankheit bzw. Unfallverletzung, Art des Unfalls, Art der Behandlung, Impfschutz, Rauchgewohnheiten, Körpermaße, amtlich anerkannte Behinderung, Grad der Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Leistungen einer Pflegeversicherung), zum anderen die Fragen zur Kranken- und Pflegeversicherung (Zugehörigkeit zur gesetzlichen Krankenversicherung nach Kassenarten, Zugehörigkeit zur privaten Krankenversicherung sowie sonstiger Anspruch auf Krankenversorgung, Art des Krankenversicherungsverhältnisses, zusätzlicher privater Krankenversicherungsschutz, Zugehörigkeit zur sozialen oder privaten Pflegeversicherung sowie sonstiger Anspruch auf Versorgung mit Pflegeleistungen, zusätzlicher privater Pflegeversicherungsschutz). Die Merkmale zur Gesundheit und Pflege wurden mit einem Auswahlsatz von 0,45%, die Merk-

male zur Kranken- und Pflegeversicherung mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung erhoben.

Nach dem Bundesstatistikgesetz von 1987 dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen in Deutschland mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn sie den Befragten nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft („faktische Anonymität“) zugeordnet werden können. Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist. Für die Weitergabe einer dem konkreten Forschungsvorhaben entsprechenden Variablenauswahl steht das Scientific-Use-File als eine faktisch anonymisierte 70%-Substichprobe des Mikrozensus 2003 mit Einzelangaben über rund 510 000 Personen bzw. 230 000 Haushalte zur Verfügung.

Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden. Nähere Informationen dazu erteilt Holger Breiholz, Telefon 0 1888/6 44-87 11, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, Telefon 06 21/12 46-2 65, Fax: -100, E-Mail: mikrodaten@zuma-mannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im World Wide Web umfassende Informationen zu den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools, siehe: <http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/index.htm>.

Kompakt

Weltbevölkerung 2050: weniger junge, mehr alte Menschen

Im Jahr 2000 waren 30% der Menschheit jünger als 15 Jahre. Nach Vorausschätzungen der Vereinten Nationen wird dieser Anteil durch allgemein rückläufige Geburtenraten bis zum Jahr 2050 auf 20% sinken. Zugleich bewirken eine bessere Gesundheitsversorgung und damit verbunden eine höhere Lebenserwartung, dass sich der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr in diesem Zeitraum mehr als verdoppeln wird, nämlich von 7% auf über 16%. Diese und weitere Fakten hat das Statistische Bundesamt zum Weltbevölkerungstag am 11. Juli zusammengetragen.

Wie in vielen anderen industrialisierten Ländern hat in Deutschland der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung insgesamt bereits heute ein relativ niedriges Niveau erreicht (16% im Jahr 2000), das sich in Zukunft nicht mehr gravierend verändern wird. Allerdings werden bei uns ältere

Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahren im Jahr 2050 etwa 30% der Bevölkerung stellen (2000: etwa 17%).

Auch in den meisten Entwicklungsländern (ausgenommen Afrika südlich der Sahara) sorgen in den nächsten Jahrzehnten sinkende Geburtenraten sowie eine steigende Lebenserwartung für eine deutliche Verschiebung der Altersstruktur. Wenn im Jahr 2050 9 Mrd. Menschen auf der Erde leben werden (2005: etwa 6,5 Mrd.), dann werden mit über 1,1 Mrd. deutlich mehr Menschen der Altersgruppe ab 65 Jahre in den Entwicklungsländern leben als in den entwickelten Staaten (320 Mill.).

Das so genannte „Medianalter“ der Weltbevölkerung, also das mittlere Alter, das die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, wird gleichzeitig von knapp 27 Jahren im Jahr 2000 auf fast 38 Jahre im Jahr 2050 ansteigen, in Europa sogar auf 47 Jahre.

Im Jahr 2050 werden zudem weltweit je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) voraussichtlich 25 ältere Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr gegenüberstehen. Gegenwärtig liegt dieser Wert bei 11. In den Entwicklungsländern wird er 2050 bei 23 liegen, in den entwickelten Ländern hingegen bei 44. In Deutschland kommen bereits heute 25 ältere Menschen auf je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter, im Jahr 2050 werden es 51 sein.

Weitere Auskünfte erteilt
Joseph Steinfelder, Telefon 0 1888/644-84 74,
E-Mail: joseph.steinfelder@destatis.de.

Bevölkerungszahl im Jahr 2004 leicht rückläufig

Nach vorläufigen Ergebnissen hatte Deutschland am 31. Dezember 2004 82 501 000 Einwohner, 31 000 weniger als Ende 2003 (82 532 000). Im Jahr 2003 war die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorjahr um 5 000 Personen zurückgegangen.

Die Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge). Der Bevölkerungsrückgang im Jahr 2004 ist darauf zurückzuführen, dass es 113 000 mehr Sterbefälle als Geburten gab und dieses Geburtendefizit durch den Zuwanderungsüberschuss von 83 000 Personen nicht ausgeglichen wurde. Seit 1991 hat es in Deutschland in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. In diesem Zeitraum war der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten im Jahr 1997 mit 48 000 am niedrigsten, im Jahr 2003 mit 147 000 am höchsten. Die Bevölkerung nahm jedoch in nahezu allen Jahren aufgrund eines höheren Wanderungsüberschusses zu, mit Ausnahme der Jahre 1998, 2003 und nun auch 2004.

Der Zuwanderungsüberschuss im Jahr 2004 in Höhe von insgesamt 83 000 Personen (Deutsche und Ausländer) ergab sich vor allem aus den Wanderungen von ausländischen Personen über die Grenzen Deutschlands. Die Zuzüge von ausländischen Personen nach Deutschland blieben auf

dem Niveau von 2003 (602 000), bei den Fortzügen ausländischer Personen ins Ausland gab es aber eine deutliche Steigerung um 9,5% oder 48 000 auf 547 000 Personen. Der Wanderungsüberschuss für ausländische Personen verringerte sich entsprechend von 103 000 Personen im Jahr 2003 auf 55 000 im Jahr 2004 (-46%), nachdem er 2003 gegenüber 2002 bereits um ein Drittel geringer ausgefallen war.

Auch der Wanderungsüberschuss deutscher Personen war 2004 mit 27 300 Personen rückläufig. So waren im Vorjahr 40 000 Personen mehr mit deutscher Staatsangehörigkeit zu- als fortgezogen. Die Zuzüge Deutscher mit Spätaussiedlerstatus einschließlich deren Ehegatten und Kinder gingen im Jahr 2004 mit 50 000 gegenüber 2003 (62 000) ebenfalls zurück.

Die Bevölkerungsentwicklung in den 16 Bundesländern verlief ähnlich wie in den früheren Jahren: In den neuen Ländern war die Bevölkerungszahl durchgängig rückläufig und nahm zwischen 2003 und 2004 wie im Vorjahr um 91 000 (-0,7%) ab. Dabei verzeichneten die neuen Bundesländer im Jahr 2004 einen negativen Wanderungssaldo von insgesamt 45 000 Personen, der vor allem auf Fortzüge in andere Bundesländer zurückzuführen ist. In den übrigen Bundesländern nahm die Bevölkerungszahl – mit Ausnahme des Saarlands und Nordrhein-Westfalens – zu, und zwar um insgesamt 61 000 Personen (+0,1%).

Tabellen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 2004 (Excel- bzw. PDF-Dateien) können im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter http://www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.htm kostenlos heruntergeladen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Claire Grobecker, Telefon 06 11/75-31 78,
E-Mail: claire.grobecker@destatis.de.

Einbürgerungen im Jahr 2004

Rund 127 150 Ausländerinnen und Ausländer wurden in Deutschland im Verlauf des Jahres 2004 eingebürgert, das waren etwa 13 600 (-9,6%) Einbürgerungen weniger als im Vorjahr. Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hatten die Einbürgerungen den Höchststand von knapp 186 700 Personen erreicht. In den Folgejahren nahm ihre Zahl jeweils ab. Der Rückgang im Jahr 2004 war deutlich schwächer als im Jahr 2002 (-13,2%), jedoch etwas stärker als im Jahr 2003 (-8,9%).

Von allen Eingebürgerten des Jahres 2004 erwarben rund 82 950 (65%) die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund eines mindestens achtjährigen rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland sowie einer gültigen Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung. Das waren rund 3 330 (-3,9%) weniger als 2003. In Deutschland lebende ausländische Ehegatten und minderjährige Kinder dieser Personen können nach kürzeren Zeiten eingebürgert werden. Die Zahl dieser Einbürgerungen ging gegenüber dem Vorjahr stark von rund 25 100 auf knapp 19 900 (-21%) zurück.

Leicht zugenommen haben Einbürgerungen von im Ausland lebenden früheren deutschen Staatsangehörigen und deren Nachkommen, denen zwischen 1933 und 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen wurde. Solche Einbürgerungen stiegen von rund 3 700 im Jahr 2003 auf rund 3 800 (+ 3,6%) im Jahr 2004.

Betrachtet nach der bisherigen Staatsangehörigkeit stellen türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit rund 44 470 Personen – wie schon in den letzten Jahren – auch 2004 die größte Gruppe der Eingebürgerten. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen war mit 35% deutlich höher als der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden ausländischen Personen (26%). An zweiter und dritter Stelle folgten Einbürgerungen von Personen aus Polen (knapp 7 500) und aus dem Iran (rund 6 360).

Im Vorjahresvergleich haben Einbürgerungen von Personen aus Polen (+ 150,8%) und aus der Russischen Föderation (+ 58,5%) stark zugenommen, gefolgt von solchen aus dem Irak (+ 18,8%), während die Einbürgerungen von Personen aus Serbien und Montenegro (– 30,7%) sowie dem Iran (– 32,6%) am meisten zurückgingen.

Weitere Auskünfte erteilt
Horst Beschmann, Telefon 06 11/75-26 53,
E-Mail: horst.beschmann@destatis.de.

BAföG- und „Meister-BaföG“- Empfänger im Jahr 2004

Im Jahr 2004 erhielten in Deutschland rund 810 000 Personen (gut 312 000 Schülerinnen und Schüler sowie 497 000 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren rund 33 000 Personen oder 4% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Studierenden stieg um rund 16 000 (+ 3%), die der geförderten Schülerinnen und Schüler um 17 000 (+ 6%).

Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden 532 000 Personen (192 000 Schüler/-innen, 340 000 Studierende) je Monat gefördert (+ 5%).

49% der BAföG-Empfänger erhielten Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. Seine Höhe hängt ab von der Ausbildungsstätte (etwa Berufsfachschule oder Hochschule) und der Unterbringung (etwa bei den Eltern oder auswärts). 51% der BAföG-Empfänger erhielten Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen übersteigt. In absoluten Zahlen gab es 2004 rund 394 000 Vollgeförderte, 9% mehr als 2003, während die Zahl der Teilgeförderten mit rund 416 000 konstant blieb.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betragen im Jahr 2004 2 212 Mill. Euro, 114 Mill. Euro oder 6% mehr als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 698 Mill. Euro (+ 47 Mill.) bereitgestellt und für die Studierendenförderung 1 514 Mill. Euro (+ 68 Mill.). Im Durch-

schnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 303 Euro und geförderte Studierende 371 Euro. Der durchschnittliche Förderungsbetrag je Person und Monat ist damit seit 2003 nahezu gleich geblieben.

31% aller Geförderten wohnten bei ihren Eltern, 69% außerhalb des Elternhauses.

Die Zahl der Empfänger von „Meister-BAföG“ hat im vergangenen Jahr um 9% zugenommen. 2004 erhielten in Deutschland 133 000 Personen „Meister-BAföG“-Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. 31% der Geförderten waren Frauen. Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber 2003 um 14% auf 41 000. Im Jahr 2004 wurden 92 000 Männer gefördert, rund 7% mehr als im Jahr 2003. An Förderleistungen wurden 379 Mill. Euro bewilligt.

Der Anstieg der Gefördertenanzahlen ist – wie bereits 2003 – auf das zum 1. Januar 2002 in Kraft getretene Reformgesetz zurückzuführen. Es enthält als Leistungsverbesserungen unter anderem einen Zuschuss von 33% zu den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, ein Darlehen von bis zu 1 534 Euro zu den Kosten des „Meisterstücks“ (oder einer vergleichbaren Prüfungsarbeit), eine Anhebung des Kinderzuschlags auf 179 Euro und des Kinderbetreuungszuschusses auf 121 Euro.

Das „Meister-BAföG“ will Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Bildungsmaßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell unterstützen. Von den Förderleistungen für das Jahr 2004 waren 257 Mill. Euro Darlehen und 121 Mill. Euro Zuschüsse. Die Zuschüsse wurden für den Lebensunterhalt (54 Mill. Euro) gewährt, zur Kinderbetreuung (0,3 Mill. Euro) und zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (67 Mill. Euro). Die bewilligten Darlehen erstreckten sich auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (137 Mill. Euro), Beiträge zum Lebensunterhalt (116 Mill. Euro) und Beiträge zur Anfertigung des „Meisterstücks“ (4 Mill. Euro).

Inwieweit Darlehen in Anspruch genommen werden, kann jeder Förderungsberechtigte frei entscheiden. Insgesamt überwies die Kreditanstalt für Wiederaufbau 178 Mill. Euro an die Geförderten. Davon entfielen etwa 86 Mill. Euro auf Darlehen für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, 89 Mill. Euro auf Darlehen zum Lebensunterhalt und knapp 3 Mill. Euro auf Darlehen zur Anfertigung des „Meisterstücks“.

Rund 50 300 (38%) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 82 700 (62%) an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2003 stieg die Anzahl der Teilzeitgeförderten um 11% und die der Vollzeitgeförderten um 6%.

Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahre alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (34%), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (28%) und den 30- bis 34-Jährigen (17%).

94% der Geförderten besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommen überwiegend aus Nicht-EU-Ländern (5% der Geför-

dernten) und nur zum geringen Teil aus EU-Ländern (1% der Geförderten).

Weitere Auskünfte erteilt
Udo Kleinegees, Telefon 06 11/75-28 57,
E-Mail: udo.kleinegees@destatis.de.

Frauenanteil bei den Professoren steigt auf 14%

Ende 2004 waren an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken nach vorläufigen Ergebnissen 502 700 Personen beschäftigt. Das waren 2 500 Personen oder 0,5% weniger als 2003. 267 100 Personen (53% des Personals insgesamt) nahmen Aufgaben in nichtwissenschaftlichen Bereichen wahr, wie Verwaltung, Bibliothek, technischer Dienst und Pflegedienst; 235 600 oder 47% des Personals waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig.

51% der Beschäftigten an den Hochschulen waren Frauen (257 500). Die Frauenanteile unterscheiden sich allerdings in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit: Einem Frauenanteil von 69% beim nichtwissenschaftlichen Personal stand eine Quote von 31% beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber.

Ende 2004 lehrten und forschten 38 200 Professoren und Professorinnen an deutschen Hochschulen, das waren rund 200 mehr als im Vorjahr. Ihre Gesamtzahl ist seit Mitte der 1990er-Jahre nur leicht (3%) gestiegen. Stetige Zuwächse waren allerdings seit 1994 beim Anteil der Frauen innerhalb der Professorenschaft zu verzeichnen. Der Anteil der Lehrstuhlinhaberinnen stieg in diesem Zeitraum von 8% auf 14% an, die Zahl der Professorinnen erreichte 2004 mit rund 5 200 einen neuen Höchststand.

Während in den Kunstwissenschaften (26%) sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften (22%) etwa jeder vierte Lehrstuhl mit einer Frau besetzt war, lag der Anteil der Professorinnen in allen anderen Fächergruppen noch unter der 20%-Marke. Am deutlichsten unterrepräsentiert waren Professorinnen in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (9%) sowie Ingenieurwissenschaften (6%).

Detaillierte Ergebnisse bietet die Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.4 „Personal und Personalstellen an Hochschulen, vorläufiges Ergebnis 2004“, die im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop kostenlos abrufbar ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Ilka Willand, Telefon 06 11/75-45 45,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Bruttojahresverdienste 2004

Die Bruttojahresverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe lagen im Jahr 2004 mit durchschnittlich 39 815 Euro um 2,4% höher als 2003.

Dabei reichte die Spanne der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste von rund 13 000 Euro bei den Arbeiterinnen in der Ledererzeugung in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zu fast 70 000 Euro bei den männlichen Angestellten in der Mineralölverarbeitung im früheren Bundesgebiet. Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste in allen erfassten Wirtschaftsbereichen stiegen im Westen um 2,4% auf 41 068 Euro und im Osten um 2,7% auf 29 352 Euro. Damit lagen die Ost-Verdienste im Jahr 2004 – wie schon 2003 – bei rund 71% des Niveaus im früheren Bundesgebiet.

Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 2004 in Deutschland in den genannten Wirtschaftsbereichen durchschnittlich 33 220 Euro und damit fast 9 000 Euro weniger als vollzeitbeschäftigte Männer (41 941 Euro). Ein Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in dieser Höhe zeigt sich auch im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war er mit gut 3 500 Euro deutlich geringer. Allerdings nahm der Unterschied zwischen Männern und Frauen hier im Vergleich zum Jahr 2003 um 500 Euro zu: Die Bruttoverdienste der Männer sind um 2,7%, die der Frauen aber nur um 2,4% gestiegen.

Aus dem geschlechterspezifischen Verdienstabstand kann nicht geschlossen werden, dass Frauen im gleichen Unternehmen für die gleiche Tätigkeit geringer bezahlt werden als Männer. Die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern lassen sich vielmehr durch Unterschiede in der männlichen und weiblichen Arbeitnehmerstruktur erklären. Diese ist beispielsweise gekennzeichnet durch Unterschiede im Anforderungsniveau, in der Verteilung auf besser und schlechter bezahlende Wirtschaftszweige, in der Größe der Unternehmen, der Zahl der Berufsjahre, der Dauer der Betriebszugehörigkeit und des Ausbildungsniveaus.

Als Bruttojahresverdienste werden hier die jahresdurchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bezeichnet. Eingeschlossen sind alle regelmäßigen und unregelmäßigen Zahlungen für geleistete Arbeit – also auch Weihnachtsgeld oder Leistungsprämien – und zwar vor Abzug der Arbeitnehmersozialbeiträge und der Lohnsteuer. Nicht enthalten sind die Arbeitgebersozialbeiträge. Erfasst werden die Verdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und die Verdienste der vollzeitbeschäftigten Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Verdienste von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten werden nicht erfragt.

Weitere Auskünfte erteilt
Alfred Höpfl, Telefon 06 11/75-21 98,
E-Mail: alfred.hoepfl@destatis.de.

Einnahmen aus „Umweltsteuern“ auf 56 Mrd. Euro gesunken

Die Einnahmen aus „umweltbezogenen Steuern“ betragen nach Angaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) im Jahr 2004 rund 56 Mrd. Euro. Davon entfielen 41,8 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer, 7,7 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,6 Mrd. Euro auf die Strom-

steuer. Gegenüber dem Vorjahr ist – erstmals seit 1997 – ein leichter Rückgang der Einnahmen um 937 Mill. Euro (-1,6%) zu verzeichnen. Der Anteil der umweltbezogenen Steuereinnahmen an den gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte (im Jahr 2004 insgesamt 479,5 Mrd. Euro) hat sich entsprechend um 0,2 Prozentpunkte auf 11,7% vermindert.

Die Zusammenfassung der drei genannten Steuerarten zu „umweltbezogenen Steuern“ folgt einer auf internationaler Ebene gebräuchlichen Abgrenzung. Diese fasst alle Steuern zusammen, die den Energieverbrauch, die Emissionen, den Verkehr oder schädliche Stoffausbringungen (Pestizide oder Ähnliches) besteuern, unabhängig von den Beweggründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die so abgegrenzten Umweltsteuern zum Beispiel die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch das zum 1. April 1999 in Kraft getretene Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform (Ökosteuer) und die Folgegesetze ergeben hat. Die Ökosteuer beinhaltet die Einführung der Stromsteuer sowie eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze – zuletzt Anfang 2003. Die Steuersätze liegen derzeit zum Beispiel für unverbleites und schwefelfreies Benzin bei 65,45 Cent je Liter, für schwefelfreien Dieselmotorkraftstoff bei 47,04 Cent.

Der Einnahmerückgang von 2003 auf 2004 ist ausschließlich auf eine rückläufige Entwicklung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer zurückzuführen, während die Einnahmen aus der Kraftfahrzeug- und der Stromsteuer leicht anstiegen. Bei der Mineralölsteuer wiederum war die Verringerung der besteuerten und damit der im Inland abgesetzten Mengen an Benzin und leichtem Heizöl für den Einnahmerückgang maßgeblich. Im genannten Zeitraum ist die Menge an versteuertem Benzin von 34,9 Mill. Kubikmeter auf 33,1 Mill. Kubikmeter und damit um 5,1% zurückgegangen, die Menge des versteuerten Heizöls verminderte sich um knapp 10%. Bei Dieselmotorkraftstoffen und Erdgas, den beiden weiteren mengenmäßig bedeutsamen Mineralölarten, gab es bei den versteuerten Mengen nur geringe Änderungen im Vergleich zum Jahr 2003.

Im Hinblick auf den Verkehr ist darauf hinzuweisen, dass sich in der Entwicklung der versteuerten Mengen nicht unbedingt entsprechende Entwicklungen des Kraftstoffverbrauchs im Inland oder der Fahrleistungen widerspiegeln. Insbesondere bei größeren Preisunterschieden zwischen In- und Ausland spielt der Tanktourismus in den grenznahen Gebieten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Darüber hinaus ist seit Jahren ein Umstieg auf sparsamere Dieselfahrzeuge festzustellen, sodass nur bedingt Rückschlüsse auf die Fahrleistungen gezogen werden können. In Bezug auf den Absatz von Heizöl sind insbesondere witterungsbedingte Temperaturunterschiede von Jahr zu Jahr sowie die Preisentwicklung zu beachten.

Weitere Auskünfte erteilt
Ursula Lauber, Telefon 06 11/75-27 37,
E-Mail: ursula.lauber@destatis.de.

Diagnosen der Patienten in Reha-Einrichtungen 2003

In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland wurden 2003 insgesamt 1,9 Mill. Patienten behandelt. Von diesen konnten durch die jetzt erstmals vorliegende Reha-Diagnosestatistik 1,5 Mill. Patienten erfasst werden. Die drei am häufigsten gestellten Hauptdiagnosen waren die Arthrose des Hüftgelenks (bei 7,0% aller erfassten Patienten), Rückenschmerzen (6,9%) und die Arthrose des Kniegelenks (6,0%).

Die Reha-Diagnosestatistik ist eine Teilerhebung, bei der nur Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten auskunftspflichtig sind. Dies waren 2003 rund 53,0% aller Einrichtungen.

Von den 1,5 Mill. Patienten waren 51,9% Frauen und 48,1% Männer. Im Durchschnitt waren die Patienten 54 Jahre alt.

Mehr als die Hälfte (55,3%) aller Patienten verbrachten drei Wochen in der jeweiligen Einrichtung, weitere 24,4% blieben vier Wochen.

34,0% der Patienten verbrachten ihren Aufenthalt in der Fachabteilung Orthopädie, gefolgt von der Inneren Medizin mit 30,2% und der Neurologie mit 9,4% der Patienten.

Die Diagnosedaten der Patienten und Patientinnen in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2003 sind in der gleichnamigen Reihe 6.2.2 der Fachserie 12 „Gesundheitswesen“ kostenfrei im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> erhältlich. Weitere gesundheitsbezogene Daten können unter der Adresse <http://www.gbe-bund.de> abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Sabine Nemitz, Telefon 0 18 88/6 44-81 33,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

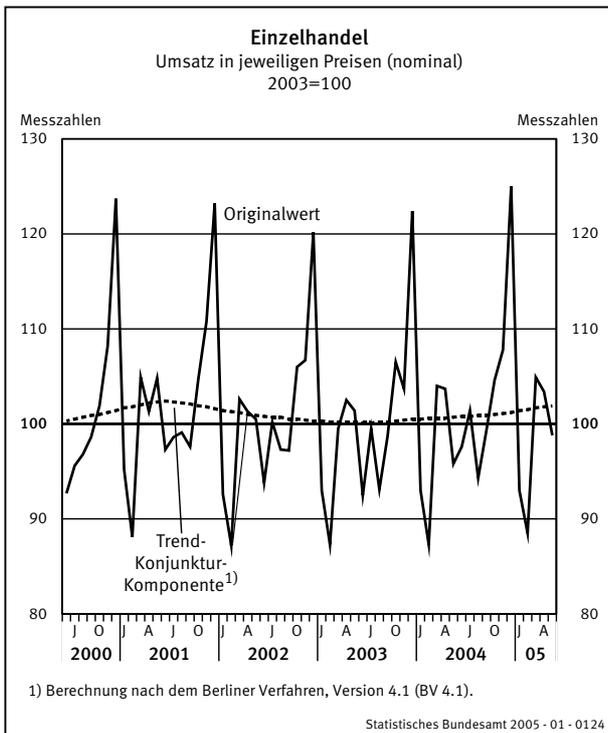
Einzelhandel

Nach vorläufigen Ergebnissen setzte der Einzelhandel in Deutschland im *Mai 2005* nominal 3,1% und real 2,7% mehr um als im Mai 2004. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Mai 2005 mit 24 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr hatte als der Mai 2004. Das vorläufige Ergebnis wurde aus Daten von sechs Bundesländern berechnet, in denen 81% des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel getätigt werden. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten wurde im Vergleich zum April 2005 nominal 1,8% und real 1,2% mehr abgesetzt.

Die Ergebnisse basieren auf einem neu gebildeten repräsentativen Berichtsfirmenkreis im Handel (aktuelle Stichprobe aus dem Unternehmensregister). Basisjahr für die

Berechnung der Messzahlen ist nun das Jahr 2003 (2003 = 100). Detaillierte Ergebnisse sowie an das neue Basisjahr angepasste Daten für den Zeitraum vor 2003 bietet die Datenbank GENESIS-Online (www.destatis.de/genesis).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2005 wurde im Einzelhandel nominal 1,0% und real 0,6% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum umgesetzt.



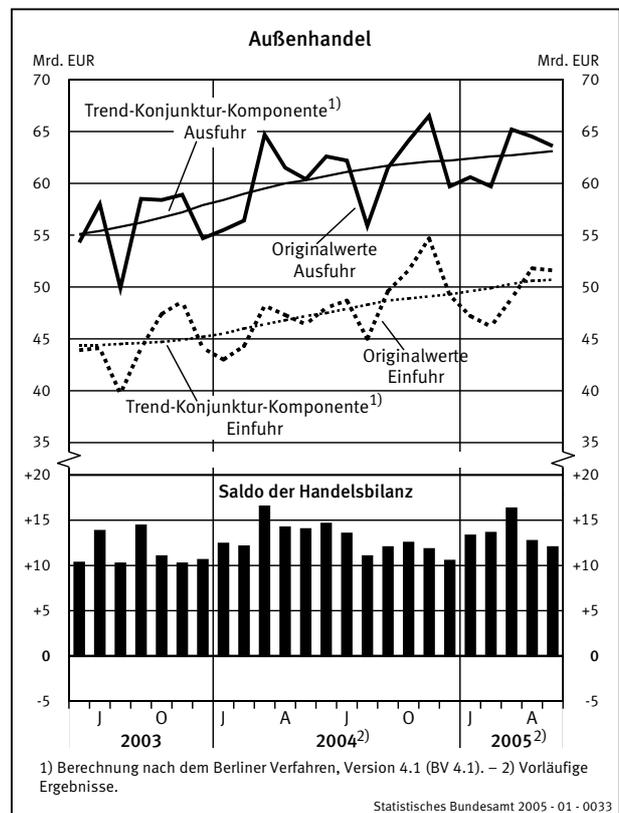
Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren lag der Umsatz im Mai 2005 nominal 5,1% und real 4,0% höher als im Mai 2004. In den Lebensmittelgeschäften mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) wurde nominal 5,6% und real 4,6% mehr als im Mai 2004 umgesetzt. Dagegen lagen die Umsätze im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln – dazu gehören zum Beispiel die Getränkemarkte und Fischgeschäfte – nominal um 1,1% und real um 2,8% niedriger als im Vorjahresmonat.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern) wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats ebenfalls übertroffen (nominal +1,5%, real +1,8%). Drei Einzelhandelsbranchen erzielten nominal und real höhere Umsätze als im Mai 2004: der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal +5,7%, real +6,5%), der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal +3,7%, real +5,2%) und der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal +1,2%, real +1,3%). Reale Umsatzsteigerungen bei nominalen Umsatzrückgängen verbuchten der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal -0,1%, real +1,5%) und der Versandhandel (nominal -0,8%, real

+0,1%). Real und nominal unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieb lediglich der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal -10,4%, real -9,6%).

Außenhandel

Im Vorjahresvergleich stiegen die deutschen Ausfuhren im Mai 2005 um 5,3% auf 63,6 Mrd. Euro. Ein Plus von 11,1% auf 51,6 Mrd. Euro verzeichneten die deutschen Einfuhren. Im gleichen Zeitraum sind die Außenhandelspreise ebenfalls gestiegen. Die Einfuhren verteuerten sich im Mai 2005 um 2,2% gegenüber dem Vorjahresniveau. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölzerzeugnissen lag der Preisanstieg für eingeführte Waren bei 0,7%. Auch die Preise der Ausfuhren erhöhten sich gegenüber Mai 2004 um 0,7%.



Der Außenhandelsbilanzüberschuss war rückläufig. Er sank auf 12,0 Mrd. Euro gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat mit 14,0 Mrd. Euro und dem Vormonatssaldo (12,7 Mrd. Euro). Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ergibt sich aus dem Außenhandelsüberschuss zusammen mit den negativen anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, dem Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-1,2 Mrd. Euro), dem Saldo der Dienstleistungsbilanz (-2,6 Mrd. Euro), dem Saldo der Bilanz der laufenden Übertragungen (-2,0 Mrd. Euro) und dem Saldo der Bilanz der Ergänzungen zum Warenverkehr (-1,0 Mrd. Euro) im Mai 2005 ein Leistungsbilanzsaldo von +5,2 Mrd. Euro. Der Überschuss der Leistungsbilanz betrug im gleichen Vorjahresmonat +7,8 Mrd. Euro.

Gegenüber April 2005 sanken die Ausfuhren aus Deutschland nominal um –1,4% und die Einfuhren um –0,4%. Saison- und kalenderbereinigt verzeichneten die Exporte im Mai gegenüber April 2005 ein Plus von 3,8%, die Importe von 5,9%. [u](#)

Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik

Am 14. Juni 2005 hat das Statistische Bundesamt für die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament und ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüssel eine Informationsveranstaltung zur deutschen und europäischen Statistik durchgeführt. Der vorliegende Beitrag gibt das Referat wieder, das Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, während der Veranstaltung gehalten hat.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Europäischen Parlament!

Herzlich begrüße ich Sie zu unserer Informationsveranstaltung rund um die deutsche und europäische Statistik und danke für Ihr Interesse – umso mehr, weil die Statistik ein Thema ist, welches gemeinhin mit negativ besetzten Begriffen wie Bürokratie, Trockenheit und Zahlenfriedhöfe verbunden wird. In den Hintergrund tritt dabei oft, dass Politik und Öffentlichkeit auf die Daten der amtlichen Statistik angewiesen sind und diese wie selbstverständlich für ihre Entscheidungen heranziehen. Ein Satz des französischen Schriftstellers und Politikers André Malraux (1901 bis 1976) fasst – so denke ich – die Leistungen der Statistik treffend zusammen:

„Wer in der Zukunft lesen will,
muss in der Vergangenheit blättern.“

Vorab möchte ich mich bei Herrn Dr. Klinz, der die heutige Veranstaltung bis zum Eintreffen von Herrn Dr. Bullmann leitet, sowie bei dem „Schirmherrn“ der heutigen Veranstaltung, Herrn Dr. Bullmann, bedanken. Ziel der heutigen Veranstaltung ist es, die Statistik ins Gespräch zu bringen. Einleitend werde ich aktuelle Themen des Europäischen

Statistischen Systems vorstellen, beschreiben, in welche Richtung die Entwicklung geht, welche Herausforderungen uns Statistiker in Deutschland erwarten und wo aus unserer Sicht Akzente gesetzt werden sollten. Anschließend möchte ich Sie zum Erfahrungsaustausch einladen.

Im Anschluss an unsere Diskussion wird Herr Schäfer vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften das Verbreitungssystem von Eurostat präsentieren und Frau Brunner von unserem Informationspunkt in Berlin wird Ihnen einen Überblick über unser Datenangebot geben und unsere Serviceleistungen vorstellen.

Mitgekommen sind heute die Herren Hohmann, Präsident des Statistischen Landesamtes Hessen, und Ministerialrat Rybak, Leiter des Referats G 3 (Bevölkerungsfragen, Statistik; Kommunalwesen; Geodäsie) im Bundesministerium des Innern. Beide werden uns hier unterstützen und stehen Ihnen für die Diskussionsrunde zur Verfügung.

1 Die Bedeutung der europäischen Statistik und neue Europäische Governance Strategie für Finanzstatistiken

Seit der Erweiterung der Europäischen Union (EU) im vergangenen Jahr stellen Eurostat und die Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten die für die europäische Politik benötigten Daten für 25 anstatt bisher 15 Mitgliedstaaten termingerecht bereit.

Fünf Hauptziele der europäischen Statistik möchte ich kurz in Erinnerung rufen: Von besonderer Bedeutung sind auf europäischer Ebene die Konvergenzkriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, dann aktuelle Konjunkturdaten, weiter die Datengrundlage zur Verteilung der europäischen Strukturfonds- und Kohäsionsfondsmittel sowie die jährlichen Strukturindikatoren zur Evaluierung der so genannten Lissabonner Ziele.

Verlässliche und vergleichbare statistische Daten sind wichtige Hilfsmittel im Erweiterungs- und Integrationsprozess. Auch die einzelnen Mitgliedstaaten benötigen zuverlässiges Zahlenmaterial für die eigene Standortbestimmung. Die Diskussion über die fehlerhaften Defizitberechnungen Griechenlands (die im September 2004 bekannt wurden) hat gezeigt, wie sehr die Politik auf aussagekräftige und verlässliche Daten angewiesen ist. Die Europäische Kommission hat Ende Dezember 2004 reagiert und in ihrer Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat drei Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Haushaltsstatistiken und zur Transparenz ihrer Berechnung vorgeschlagen:

1. Erweiterung des Rahmens für Kontrollen in den Mitgliedstaaten,
2. Ausweitung der operationellen Kapazitäten,
3. Entwicklung von Mindeststandards für die Statistikbehörden auf Grundlage eines Verhaltenskodex.

1.1 Erweiterung der Kontrollrechte

Anfang dieses Monats (am 7. Juni 2005) hat der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) – im Rahmen des Verfahrens für ein übermäßiges Defizit – einen Entwurf zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 des Rates¹⁾ hinsichtlich der Qualität der statistischen Daten beraten. Nach dem Verordnungsentwurf soll die Kommission das Recht erhalten, die jeweiligen Konten des Staates eigenhändig zu prüfen. Bislang war sie bei den Prüfungen auf die Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten angewiesen. Für die Überprüfung sollen Inspektorenteams in die Mitgliedstaaten entsandt werden. In diese Inspektorenteams können Experten aus anderen Statistikämtern aufgenommen werden.

Solch tief gehende Kontrollen sind aus deutscher Sicht vertretbar, sofern sie auf ein Minimum begrenzt und nur bei begründetem Verdacht durchgeführt werden. Ein wichtiges Anliegen meines Hauses war es, die Überprüfungen auf die Erstellung der Statistiken zu begrenzen und nicht eine Überprüfung der zugrunde liegenden Haushalte vorzunehmen. Von den Statistikämtern können darüber hinaus nur Daten vorgelegt werden, die nicht der Geheimhaltung unterliegen und keine privatrechtlichen Verträge berühren (diese sind übrigens auch für Statistiker nicht einsehbar). Diesem Anliegen Deutschlands wurde Rechnung getragen und der Text verweist inzwischen darauf, dass die vertieften Kontrollbesuche nur den statistischen Bereich – die zugrunde

gelegten Methoden – betreffen. Für die eigene Expertise wäre eine Mitwirkung an Kontrollbesuchen in anderen Mitgliedstaaten sehr zu begrüßen, würde jedoch für mein Haus eine erhebliche Ausweitung der Ressourcen erfordern.

1.2 Erhöhung von Ressourcen

Eurostat hat zur Stärkung seiner operationellen Kapazitäten eine neue Einheit für die Validation der Wirtschafts- und Staatskonten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschaffen. Aus deutscher Sicht muss – nicht zuletzt um die Balance zwischen Kontrolleuren und Kontrollierten zu wahren – damit eine operationelle Stärkung auf nationaler Ebene einhergehen. Auch die deutsche amtliche Statistik wird nur mit ausreichendem Personal die Anforderung von neuen Daten und die von der EU zu Recht erwartete Qualität auf Dauer erfüllen können. Mit Blick auf die statistische Programmgestaltung und vor dem Hintergrund neuer Anforderungen müssen daher Prioritäten gesetzt werden.

1.3 Verhaltenskodex

Für den dritten Vorschlag – die Entwicklung von Mindeststandards für die Statistikbehörden auf Grundlage eines Verhaltenskodex – unterbreitete die Kommission am 25. Mai 2005 eine Empfehlung²⁾, die ebenfalls Anfang Juni 2005 vom ECOFIN beraten wurde. Der Verhaltenskodex, der unter deutscher Mitwirkung entstand,

- wird durch eine Präambel mit den wichtigsten Aussagen eingeleitet und enthält grundlegende Definitionen (erstmalig werden „Europäische Statistik“ und das „Europäische Statistische System (ESS)“ bestimmt),
- definiert 15 Prinzipien, zu deren Umsetzung sich die mit der Produktion und Verbreitung der amtlichen Statistik in der EU befassten Institutionen verpflichten sollen. Die Prinzipien gliedern sich in drei Bereiche (institutionelles Umfeld, statistische Prozesse und statistischer Output), insgesamt sind 77 Indikatoren zu erfüllen.

Mein Haus und ich begrüßen den Kodex und sind bereit, uns den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Die Glaubwürdigkeit unserer statistischen Daten lässt sich nur sicherstellen und wahren, wenn die nationalen Statistikämter – und auch Eurostat – fachlich objektiv, neutral und unabhängig arbeiten. Dafür müssen die Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene sowie in den 25 Mitgliedstaaten der EU gewährleistet sein.

Ich möchte darauf verweisen, dass unser Bundesstatistikgesetz (BStatG) bereits ein Garant für eine objektive, neutrale und wissenschaftlich unabhängige statistische Berichterstattung ist. Diese drei Grundsätze sind in § 1 BStatG verankert, was zeigt, welche hohe Priorität ihnen beigemessen wird. Das Statistische Bundesamt gibt seine Ergebnisse vollständig bekannt, sobald sie vorliegen, und dies unabhängig von „politischen Wetterlagen“.

1) Vom 22. November 1993 über die Anwendung des dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beigefügten Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, Amtsbl. der EG Nr. L 332 vom 31. Dezember 1993, S. 7 ff.

2) Empfehlung der Kommission zur Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der statistischen Stellen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft [KOM (2005) 217 endgültig; Ratsdokument 9461/05].

Als Informationsdienstleister steht und fällt die amtliche Statistik damit, ob sie Vertrauen genießt. Die amtliche Statistik braucht sowohl das Vertrauen der Nutzer als auch der Auskunftgebenden. Denn nur wenn die Befragten auf den Schutz ihrer Daten vertrauen können, geben sie bereitwillig Auskunft.

Es darf nicht vergessen werden, dass statistische Ergebnisse auch von der Richtigkeit der Auskünfte abhängen, die von den Befragten gegeben werden. Die Statistikämter führen Plausibilitätsprüfungen durch, mit denen sich Fehler zum Großteil bereinigen lassen. Stehen andererseits beispielsweise im Staatshaushalt Sonderentwicklungen an, besteht – wenn diese nicht richtig gemeldet werden – nahezu keine Möglichkeit der Korrektur durch die Statistik.

Derzeit ist noch offen, wer die Implementierung des Kodex begleiten wird und wie dies geschehen soll.

2 Aktuelle Konjunkturstatistiken für die EU und die Eurozone

Die Bereitstellung aktueller Konjunkturdaten hat seit der Währungsunion erheblich an Bedeutung gewonnen und ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Im Jahr 2002 haben sich die Leiter/-innen der nationalen statistischen Ämter auf eine Liste mit 19 wichtigen europäischen Wirtschaftsindikatoren (so genannte Principal European Economic Indicators – PEEI) verständigt. Für diese Indikatoren [die Liste umfasst Preisindikatoren, Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren sowie Indikatoren zum Außenhandel] wurden Vereinbarungen zu Periodizität und Lieferfristen getroffen. Die Vorgaben sollen bis Ende 2005 umgesetzt werden. Abgesehen von der hochaktuellen Datenbereitstellung soll vor allem der Dienstleistungsbereich statistisch besser erfasst werden.

Deutschland gehört bei den PEEI zu den Spitzenreitern, was die Erfüllung der Aktualitätsziele angeht. Sie werden heute von der deutschen amtlichen Statistik bereits erfüllt oder sogar übererfüllt. Einer immer schnelleren Veröffentlichung statistischer Ergebnisse sind allerdings Grenzen gesetzt. Zwischen Aktualität und Genauigkeit statistischer Daten muss ein für die Nutzer akzeptabler Kompromiss gefunden werden. Diesen Kompromiss zu finden, ist eine Herausforderung für die amtliche Statistik. Er kann nur gemeinsam mit den Nutzern gefunden werden. Enge Veröffentlichungstermine führen zu hohem Revisionsbedarf. Revisionen irritieren die Nutzer, vor allem, wenn die Daten für sie entscheidungsrelevant sind. Als einer der wichtigsten Nutzer und Hauptinitiator der Aktualitätsinitiative sieht die Europäische Zentralbank inzwischen den künftigen Schwerpunkt nicht in noch aktuelleren Daten, sondern in der Erfüllung der gesetzten Ziele und der Verbesserung der Qualität.

3) Siehe Amtsbl. der EU Nr. L 165 vom 3. Juli 2003, S. 1 ff.

3 Lissabonner Strategie als Motor für die Statistik (als Beispiel im Bereich der Sozial- und Bildungsindikatoren)

Neben Konjunkturdaten spielt auf europäischer Ebene die jährliche Erhebung von Daten eine wichtige Rolle, die mittelfristig zeigen, in welche Richtung die Mitgliedstaaten marschieren. Ein Beispiel ist die Fortschrittsmessung der Lissabonner Strategie mittels Strukturindikatoren. Die Lissabon-Ziele haben die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 vereinbart, um die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum zu machen. Dieses Jahr fand die Halbzeitprüfung statt. Die Fortschritte werden mittlerweile auf Basis von 50 Indikatoren beobachtet.

Die Verfügbarkeit der Daten ist allgemein sehr gut. Die Qualität der Indikatoren hat sich in den letzten Jahren maßgeblich verbessert. So werden inzwischen Indikatoren von der amtlichen Statistik bereitgestellt, bei denen man früher auf Angaben Dritter (d. h. auf Datenmaterial außerhalb der amtlichen Statistik) zurückgreifen musste, wie zum Beispiel die Internetzugangsdichte oder die Marktstruktur in netzgebundenen Wirtschaftszweigen (Energiesektor). Außerdem wurden neue Indikatoren entwickelt und Qualitätsverbesserungen bestehender Datenquellen erzielt. Erwähnen möchte ich die Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC).³⁾ Diese Statistik liefert künftig für den Bereich „Sozialer Zusammenhalt“ wichtige Sozialindikatoren und ist – neben dem jährlichen Fortschrittsbericht an den Europäischen Rat – Grundlage für andere Berichterstattungen. Auch national wird EU-SILC eine zentrale Datenquelle für die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung und die Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sein.

Derzeit läuft in Deutschland die Feldphase für die erste EU-SILC-Erhebung. Die erste Datenlieferung an Eurostat ist spätestens für Oktober 2006 vorgesehen. Den größten Raum im Fragebogen nehmen die Fragen nach dem Haushalts- und personenbezogenen Einkommen ein. Darüber hinaus werden die Haushalte um eine Selbsteinschätzung ihrer finanziellen Situation gebeten sowie zur Wohnsituation, Kinderbetreuung, Gesundheit und zu sozio-demografischen Merkmalen befragt. Die Auskunftserteilung ist übrigens freiwillig. 14 000 Privathaushalte werden nach dem Zufallsprinzip für die Befragung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass die Stichprobe die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung widerspiegelt. Die Auswahl findet unter den Haushalten statt, die sich bereit erklärt haben, an freiwilligen Kooperationen mit der amtlichen Statistik teilzunehmen.

Ein weiteres Beispiel für eine Datenverbesserung, bei der die Lissabonner Strategie als Motor gewirkt hat, ist die Erfassung von Merkmalen zur Bildung. Als Beitrag zu den

Lissabonner Zielen wurde auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2002 in Barcelona beschlossen, die europäischen Bildungssysteme bis 2010 zu einer weltweiten Qualitätsreferenz zu machen. Die Kommission hat Ende letzten Jahres Vorschläge für neu zu entwickelnde Indikatoren unterbreitet. Datengrundlage sollen u.a. die dritte Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen (CVTS, Durchführung im Jahr 2006) und die neue europäische Erhebung zur Erwachsenenbildung (AES, Durchführung im Jahr 2007) sein. Auf Vorschlag der Kommission soll außerdem die Statistikproduktion im Bereich Bildung und lebenslanges Lernen auf eine europäische Rechtsgrundlage gestellt werden.

4 Programmplanung der Statistik, Setzen von Prioritäten

Die Arbeit der europäischen amtlichen Statistik wird maßgeblich durch die vom Europäischen Parlament und Rat verabschiedeten statistischen Fünfjahresprogramme (aktueller Zeitraum: 2003 bis 2007) sowie durch die statistischen Jahresprogramme der Kommission geregelt. Inzwischen sind auf nationaler Ebene über 60% der Erhebungen durch europäische Rechtsgrundlagen bestimmt. Der Bedarf an statistischen Informationen ist im Prinzip unendlich, die verfügbaren Ressourcen aber keineswegs. Jedes neue Mehrjahresprogramm und jedes neue Jahresprogramm darf sich daher nicht darauf beschränken, eine Vielzahl neuer Wünsche zu formulieren und alles Bisherige nahezu ohne Einschränkungen zu belassen. Mein Haus setzt sich seit Jahren für eine realistische Setzung von Prioritäten im Europäischen Statistischen System ein; inzwischen finden wir Gehör.

Der ECOFIN-Rat sieht eine Prioritätensetzung im statistischen Programm ausdrücklich vor und hat dies zuletzt am 7. Juni 2005 betont. Für eine erfolgreiche Prioritätensetzung muss man die Anforderungen der Nutzer kennen. Zielkonflikte, zum Beispiel zwischen Qualität und Aktualität, müssen gemeinsam ausbalanciert werden. Die Setzung von Prioritäten im statistischen Bereich muss aus unserer Sicht auf europäischer Ebene besser zwischen allen Beteiligten koordiniert werden.

Die irische und die niederländische Ratspräsidentschaft haben 2004 eine umfangreiche Initiative zur Deregulierung und Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts in die Wege geleitet. Eurostat arbeitet derzeit im Rahmen der Programmplanung 2006 negative Prioritäten aus (Streichungen/Kürzungen usw.). Mein Haus hat Eurostat allein 23 Vorschläge für negative Prioritäten für die Programmplanung unterbreitet. Problematisch ist aus unserer Sicht, dass das Jahresprogramm der Kommission die Arbeiten in den nationalen Statistikbehörden prägt, es aber von der Kommission verabschiedet wird und daher nur bedingt von den Mitgliedstaaten beeinflussbar ist. Umso wichtiger ist es, die Schwerpunkte der europäischen Politik und des Europäischen Parlaments zu kennen und diese bereits in dem den Rahmen vorgebenden Mehrjahresprogramm von Rat und Parlament festzuschreiben.

Zwei aktuelle Entwürfe für Rechtsverordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates möchte ich nennen, die von der Kommission kürzlich vorgelegt worden sind und bei denen die Prioritätensetzung aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt worden ist:

- Der konsolidierte Verordnungsentwurf zur Änderung der Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik, der im Wesentlichen auf eine Ausweitung der Erhebung im Dienstleistungsbereich abzielt, ohne jedoch an anderer Stelle (im Produzierenden Gewerbe) genügend zu kürzen.
- Der Verordnungsentwurf zur Übermittlung von Daten zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der die Grenze des statistischen Machbaren und Vertretbaren deutlich überschreitet. Mehr als 200 Seiten Ausnahmeregelungen für die 25 EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass die Datenanforderungen unverhältnismäßig sind.

Diese Verordnungsentwürfe haben wir im Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) auf der Sitzung im Mai 2005 daher abgelehnt. Wir wären dankbar, wenn Sie unsere Position im weiteren Gesetzgebungsverfahren als Mitglieder im Europäischen Parlament unterstützen würden.

5 Innerdeutsche Debatte zur Entlastung der Befragten

Ein wichtiges Anliegen meines Hauses ist es, die befragten Unternehmen und Privatpersonen bei der Umsetzung der europäischen und nationalen Rechtsakte nicht mehr als notwendig zu belasten. Wie zuvor am Beispiel von EU-SILC erläutert, besteht nicht für alle statistische Erhebungen eine Auskunftspflicht, viele Erhebungen sind auch freiwillig. Unsere Erfahrung ist, dass private Haushalte oftmals auskunftsbereit sind, sofern sie die Notwendigkeit der Erhebung erkannt haben.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man auskunftgebende Unternehmen und Betriebe betrachtet. Obwohl nur etwa 12% der Unternehmen und Betriebe in Deutschland zur statistischen Meldepflicht herangezogen werden, nimmt die Klage der Betroffenen über die Belastung zu. Anfang des Jahres 2005 konnten wir der Süddeutschen Zeitung (Nr. 19) unter dem Titel „Fragebögen als Jobkiller“ entnehmen, dass ein Unternehmer drohte, Mitarbeiter/-innen zu entlassen, um unter die Schwelle der statistischen Meldepflicht zu fallen und von der Statistik befreit zu werden.

Ich darf Ihnen versichern, dass auch die statistischen Ämter daran interessiert sind – aus Kapazitäts- und Kostengründen –, die erforderlichen Informationen mit möglichst geringem Aufwand zu ermitteln. Von politischer Seite wird die Forderung der Wirtschaft nach Reduzierung der Statistikbelastung nachdrücklich unterstützt. Neue statistische Anforderungen sind daher in Deutschland politisch kaum vertretbar. Durch den so genannten Jobgipfel im März 2005 hat dieses Thema an Brisanz gewonnen. Ins Gespräch gebracht wurde damals, auf die Befragung kleiner Unternehmen (bis 50 Beschäftigte) vollständig zu verzichten. Die Aussagekraft

der Wirtschaftsstatistik würde dadurch aber insgesamt stark beeinträchtigt. Bei der Festlegung von Abschneidegrenzen muss zum Beispiel immer die Branchenstruktur berücksichtigt werden: In vielen Dienstleistungsbereichen liegt die durchschnittliche Betriebsgröße bei unter zehn Beschäftigten.

Viel versprechend sind aus unserer Sicht Ansätze zu einer besseren Verwendung von Verwaltungsdaten. Kleine und mittlere Unternehmen könnten in erheblichem Umfang von statistischen Berichtspflichten entlastet werden, wenn Erhebungen durch Auswertungen des Unternehmensregisters ersetzt werden. Hierzu muss das Unternehmensregister aktuell und zuverlässig sein. Die Einführung einer Wirtschafts-Identifikationsnummer und eines elektronischen Handelsregisters können erheblich zu Verbesserungen beitragen. Am 27. April 2005 hat das Bundeskabinett beschlossen, die Arbeiten zur Realisierung der Wirtschafts-Identifikationsnummer unter angemessener Berücksichtigung der Belange der amtlichen Statistik zu beschleunigen.

Auf einige Entlastungserfolge der letzten Jahre können wir bereits zurückblicken; es sind dies:

- die Einstellung einer Jahresehebung bei 57 000 industriellen Kleinbetrieben,
- die Verkleinerung von Berichtskreisen: im Januar 2005 ist die Meldeschwelle in der Außenhandelsstatistik – Intrahandel – von bisher 200 000 Euro auf 300 000 Euro angehoben worden,
- die Halbierung der Anzahl der Fragen in der Investitions-erhebung in der Industrie und
- der Übergang von Monats- zu Quartalsmeldungen bei der Produktionserhebung für 11 000 Betriebe.

6 Deutsche Akzente im Europäischen Statistischen System

Lassen Sie mich sechs Punkte nennen, die aus meiner Sicht von größter Bedeutung bei der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems sind:

6.1 Prioritätensetzung

Wie zuvor erläutert, ist das Setzen von Prioritäten und Posterioritäten sowie die Entlastung der Befragten auf internationaler Ebene ebenso wie auf nationaler Ebene notwendig.

6.2 Centres and Networks of Excellence

Nach der Erweiterung der Europäischen Union muss eine effiziente Zusammenarbeit im Europäischen Statistischen System erfolgen. Eine Lösung sehen wir zum Beispiel in der Einrichtung von so genannten Centres and Networks of Excellence (CENEX). Mit Kompetenzzentren soll eine stärkere Arbeitsteilung zwischen den einzelnen statistischen Ämtern erreicht werden. Ähnlich dem Prinzip der ämterübergreifenden Aufgabenerledigung in der amtlichen Sta-

tistik in Deutschland „Einer für alle“, sollen einzelne nationale Statistikämter auch Arbeiten für die anderen Ämter übernehmen. Im Vordergrund steht dabei die methodische Entwicklung neuer Statistikbereiche. Das CENEX-Konzept entstand unter der Leitung des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes. Es soll – ebenfalls unter deutscher Beteiligung – im Bereich der „Hedonischen Preismessung“ und der „Statistischen Geheimhaltung“ getestet werden.

6.3 Reform des CEIES

Der CEIES sollte als „Statistischer Beirat auf europäischer Ebene“ gestärkt werden und sich intensiver als bisher mit der Programmplanung auseinandersetzen. Dafür setzen wir uns ein.

6.4 Bessere Regelungen für die Nutzung statistischer Daten durch die internationale Wissenschaft

Die statistischen Ämter müssen zur Weitergabe ihrer Einzeldatenbestände an die Wissenschaft ihre Datenzugangswege weiter ausbauen. Mit der Bereitstellung anonymisierter Mikrodatenfiles (Scientific-Use-Files) und der Einrichtung von Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind auf nationaler Ebene einige Meilensteine erreicht worden. Dieser Weg muss auch auf europäischer Ebene gegangen werden. Zugangsformen wie das Fernrechnen (Remote Access to Micro Data) müssen konzeptionell weiterentwickelt werden, damit Wissenschaftler/-innen weltweit unseren Datenbestand nutzen können. Gemeinsame europäische Regelungen für die Nutzung statistischer Daten durch die Wissenschaft sollten erarbeitet werden.

6.5 Datenzugang und Nutzerfreundlichkeit

Zur Vermeidung von Datenfriedhöfen müssen der Zugang zu den Daten erleichtert und die Daten nutzerfreundlich zur Verfügung gestellt werden. Das Internet ist zum zentralen Kommunikationsmedium geworden, was durch die steigende Zahl der Zugriffe auf die Homepages der Statistikämter belegt wird (etwa 2 Mill. Zugriffe pro Monat auf die Seiten des Statistischen Bundesamtes). Das Potenzial muss genutzt werden.

6.6 Reform der Agrarstatistik als Beispiel für eine fachstatistische Herausforderung

In den nächsten Jahren wird eine umfassende Reform der Agrarstatistik auf uns zukommen. Sie ist u. a. Bestandteil des Mehrjahresprogramms. Mit der Überarbeitung der Rechtsvorschriften soll ein neues System für Agrarstatistik erarbeitet werden. Die Kommission hat erste Gedanken unterbreitet, die noch der konkreten Ausgestaltung bedürfen. Die Absicht der Kommission, die Belastung der betroffenen Betriebe durch Auskunftspflichten zu reduzieren und die Rechtsstruktur der europäischen Agrarstatistiken

zu vereinfachen, begrüßen wir grundsätzlich. Der derzeit beabsichtigte Wechsel von der Output-Harmonisierung zur Input-Harmonisierung bedarf noch eingehender Prüfung. Eine Input-Harmonisierung birgt die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten in der Wahl der für sie am besten geeigneten Erhebungsverfahren und -techniken nicht mehr freigestellt sind. Dies wäre im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip bedenklich.

7 Schlusswort

Ich kann Ihnen versichern, dass ich als frisch gewählter Vorsitzender der ASP-Partnerschaftsgruppe diese Punkte weiter vorantreiben werde. Die Partnerschaftsgruppe, die u. a. die Sitzungen des ASP vorbereitet, ist ein effizientes Lenkungsremium für statistische Angelegenheiten auf europäischer Ebene.

Wir hoffen, dass uns ein enger Kontakt mit Ihnen noch besser in die Lage versetzt, die Statistikpläne stärker an den Schwerpunkten der Europäischen Politik und des Europäischen Parlaments auszurichten. Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge. [uu](#)

Dipl.-Mathematiker Volker Lietmeyer (Bundesministerium der Finanzen),
Dipl.-Volkswirt Volker Kordsmeyer, Dipl.-Volkswirt Christopher Gräß, Dr. Daniel Vorgrimler
(alle Statistisches Bundesamt)

Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung

Im Rahmen des „Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens“ vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) wurde dem Statistischen Bundesamt die statistische Aufbereitung der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung zur Einkommensteuer ab dem Veranlagungsjahr 2001 übertragen. Dieses Datenmaterial umfasst jährlich etwa 28 Mill. Einkommensteuerveranlagungen und ab 2002 die Anträge zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge (Riester-Rente). Mit dem vorliegenden Beitrag startet die Berichterstattung über diese neue Statistik, die zukünftig als Teil einer jährlichen Berichterstattung aus der Einkommensteuer veröffentlicht wird. Zur besseren Unterscheidung zur dreijährlichen Bundesstatistik wird sie im Folgenden gemäß gesetzlichen Grundlagen als Geschäftsstatistik bezeichnet. Das nun erschlossene Material der Finanzverwaltung ermöglicht künftig jährliche Auswertungen zur Struktur und Wirkungsweise der Einkommensteuer, zu deren wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung und insbesondere zur Einkommens- und Steuerlastverteilung. Das umfangreiche Material wird sowohl die Politikberatung als auch die wissenschaftliche Forschung in vielen Bereichen erheblich verbessern können. Die Geschäftsstatistik wird in der nächsten Zeit kontinuierlich auf den bereits in der Bundesstatistik bewährten Wegen allen Nutzergruppen zugänglich gemacht.

Im Folgenden werden die methodischen Grundlagen der Geschäftsstatistik einschließlich der Unterschiede zur Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer dargestellt. Angaben zur Einkommens- und Steuerlastverteilung

zeigen die Möglichkeiten der Geschäftsstatistik auf, bisher nur alle drei Jahre vorliegende Ergebnisse künftig jährlich zu erhalten. Zusätzliche Möglichkeiten bietet die Geschäftsstatistik, wenn die Daten der Einkommensteuerveranlagungen zu einem Panel ausgebaut werden (siehe Abschnitt 4.1). Veranlagungen zur Einkommensteuer werden in erheblichem Umfang auch noch zwei bis drei Jahre nach Ende des Veranlagungszeitraums durchgeführt. Mit der Frage, ob und wie bereits aus den unvollständigen Ergebnissen der ersten Veranlagungen auf das Endergebnis geschlossen werden kann, beschäftigt sich Abschnitt 4.2.

1 Grundlagen der Geschäftsstatistik

1.1 Inhalt der Geschäftsstatistik

Die Länderfinanzverwaltungen übermitteln für die Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer aus dem automatisierten Besteuerungsverfahren vorhandene Angaben jährlich auf Datenträgern. Diese Daten enthalten die im letzten Jahr in den Finanzämtern bearbeiteten Einkommensteuerveranlagungen, beschränkt auf die Einkommensteuerveranlagungen der drei vorangegangenen Jahre.¹⁾ Im Statistischen Bundesamt werden diese Daten nach Veranlagungsjahren getrennt und aufbereitet. Nach Ende des dritten Kalenderjahres sind die Daten so vollständig, dass ein Veranlagungsjahr abgeschlossen werden kann. Das erste Veranlagungsjahr der Geschäftsstatistik war das Jahr 2001, welches somit Ende 2004 abgeschlossen werden konnte.

1) Zum Stand 31. Dezember 2005 erhält das Statistische Bundesamt die in 2005 durchgeführten Veranlagungen für die Jahre 2002 bis 2004.

Die Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer weist für 2001 Daten von 27,6 Mill. unbeschränkt und 70 000 beschränkt Steuerpflichtigen nach.

Tabelle 1 enthält ein vereinfachtes Schema, in dem die Berechnung der Einkommensteuer mit den Eckdaten des Jahres 2001 dargestellt ist. Der Einkommensteuer unterliegen Einkünfte, die natürliche Personen während ihrer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht erzielen, bzw. inländische Einkünfte von beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen. Bei den Einkünften werden sieben Einkunftsarten unterschieden. Einkünfte sind bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit der Gewinn. Bei den übrigen Einkunftsarten (nichtselbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte) sind zur Ermittlung der Einkünfte von den Einnahmen aus der jeweiligen Einkunftsart alle Aufwendungen abzuziehen, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen bestimmt sind (Werbungskosten). Im Jahr 2001 war die Verrechnung von Verlusten zwischen den Einkunftsarten begrenzt; dies führte dazu, dass 7,0 Mrd. Euro an Verlusten nicht zwischen den Einkunftsarten verrechnet werden konnten.

Tabelle 1: Eckzahlen des vereinfachten Besteuerungsschemas der Einkommensteuer für das Veranlagungsjahr 2001

Mrd. Euro

Einkünfte aus:		
Land- und Forstwirtschaft	7,8	Gewinn-einkünfte
+ Gewerbebetrieb	71,4	
+ selbstständiger Arbeit	51,9	

+ nichtselbstständiger Arbeit	775,5	Überschuss-einkünfte
+ Kapitalvermögen	32,1	
+ Vermietung und Verpachtung	-3,2	
+ Sonstige Einkünfte	18,9	
+ eingeschränkte Verlustrechnung	7,0	
= Summe der Einkünfte	961,7	
- Altersentlastungsbetrag	2,7	
= Gesamtbetrag der Einkünfte	959,2	

- Verlustabzug	7,0	
- Sonderausgaben	109,3	
- außergewöhnliche Belastungen	10,4	
- Steuerbegünstigungen	7,1	
= Einkommen	824,6	
- Kinderfreibetrag	10,4	
- Haushaltsfreibetrag	4,3	
= zu versteuerndes Einkommen	809,7	

tarifliche Einkommensteuer	177,8	
- Steuerermäßigungen	3,8	
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	3,4	
= festgesetzte Einkommensteuer	177,3	

Die so gebildete Summe der Einkünfte betrug 2001 961,7 Mrd. Euro. Nach Abzug insbesondere des Altersentlastungsbetrags ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 959,2 Mrd. Euro. Hiervon werden in Anspruch genommene Verlustrück- und -vorträge aus anderen Jahren (7,0 Mrd. Euro), Sonderausgaben (109,3 Mrd. Euro), außergewöhnliche Belastungen (10,4 Mrd. Euro), Steuerbegünstigungen zur Förderung des Wohnungseigentums einschließlich Vorkostenabzug²⁾ (7,1 Mrd. Euro) abgezogen, um zum

Einkommen (824,6 Mrd. Euro) zu gelangen. Das Finanzamt prüft im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung, ob für den Steuerpflichtigen Kinderfreibeträge oder Kindergeld zu einem günstigeren Ergebnis führen. In den Fällen, in denen die Kinderfreibeträge günstiger sind, werden diese vom Einkommen abgezogen. Zusätzlich wurde allein erziehenden Eltern 2001 ein Haushaltsfreibetrag (4,3 Mrd. Euro) gewährt.

Nach Verrechnung insbesondere dieser Positionen ergibt sich das zu versteuernde Einkommen. Das zu versteuernde Einkommen (809,7 Mrd. Euro) bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer (177,8 Mrd. Euro). Die tarifliche Einkommensteuer, vermindert um die anzurechnenden ausländischen Steuern und gegebenenfalls Steuerermäßigungen (3,8 Mrd. Euro), erhöht um das anzurechnende Kindergeld (3,4 Mrd. Euro) (in den Fällen in denen ein Kinderfreibetrag gewährt wurde), ist die festzusetzende Einkommensteuer (177,3 Mrd. Euro).

Neben den Daten der Einkommensteuerveranlagungen wird die Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer ab 2002 auch die Zulagenanträge zur kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge (Riester-Rente) enthalten.

1.2 Abgrenzung der Geschäftsstatistik zur Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer

In der Übersicht sind die wichtigsten Unterschiede zwischen der Geschäftsstatistik und der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer dargestellt. Die Bundesstatistik wertet neben den Einkommensteuerveranlagungen zusätzlich die Lohnsteuerkarten der nicht veranlagten Steuerpflichtigen aus. 1998 waren dies immerhin 1,6 Mill. Lohnsteuerkarten und 2001 voraussichtlich fast 2 Mill. Lohnsteuerkarten; diese Einkommen haben allerdings bei der festgesetzten Einkommensteuer nur eine geringe Bedeutung (weniger als 0,5% des Steueraufkommens). Aus der Geschäftsstatistik werden jährlich Daten veröffentlicht werden können, während aus der Bundesstatistik nur jedes dritte Jahr Ergebnisse verfügbar sind.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen Geschäftsstatistik und Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer

Gegenstand der Nachweisung	Geschäftsstatistik	Bundesstatistik
Grundgesamtheit		
• Einkommensteuerveranlagungen ...	ja	ja
• Nicht veranlagte Lohnsteuerkarten ..	nein	ja
Periodizität	jährlich	3-jährlich
Berichtsweg	zentral	dezentral
Fiskalpolitische Aufgaben		
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	nein	ja
• Lohnsteuererlegung	nein	ja
Plausibilitätsprüfungen	selektiv	ja
Regionale Gliederung	Land	Gemeinde

2) Nach den Regelungen des § 10e und § 10i EStG. Diese Regelung, bei der ein Betrag wie Sonderausgaben von den Einkünften abgezogen wurde, gilt nur für Objekte, die vor dem 1. Januar 1996 (§ 10e EStG) bzw. dem 1. Januar 1999 (§ 10i EStG) begonnen bzw. gekauft wurden. Danach gelten die Regelungen des Eigenheimzulagengesetzes, die im Rahmen der Einkommensteuerstatistik nicht nachgewiesen werden.

Da die Geschäftsstatistik jährlich die Daten der im letzten Jahr maschinell veranlagten Fälle erhält, können aus der Geschäftsstatistik bereits gut ein Jahr nach Ende des Veranlagungsjahres erste Ergebnisse bereitgestellt werden (siehe Kapitel 2 und Abschnitt 4.2).

Die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer hat wichtige fiskalpolitische Aufgaben. Im Rahmen dieser Statistik werden die von den Wohnsitzländern vereinnahmten Lohnsteuerbeträge für die Zerlegung der Lohnsteuer ermittelt.³⁾ Die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird anhand von Schlüsselzahlen durchgeführt, die im Rahmen der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer errechnet werden.⁴⁾

Die Daten der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer werden nach einem zwischen Bund und Ländern inhaltlich und technisch abgestimmten Programm auch in sehr tiefer regionaler Gliederung zur Verfügung gestellt. Aus diesen Gründen werden in der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer zielgerichtet Plausibilitätsprüfungen verbunden mit umfangreichen Korrekturen durchgeführt. Im Rahmen der Geschäftsstatistik können vergleichbare Plausibilitätsprüfungen nicht durchgeführt werden. Selektive Plausibilitätsprüfungen erfolgen anhand der Ergebnisse. Die Berichterstattung auf der Grundlage der Geschäftsstatistik soll sich auf zentrale Bundesergebnisse konzentrieren. Aus dem umfangreichen Fundus der bei den Einkommensteuerveranlagungen anfallenden Daten sind im Statistischen Bundesamt Sonderauswertungen gegen Kostenerstattung möglich.

Die Aufbereitung der Daten der Geschäftsstatistik erfolgt vollständig im Statistischen Bundesamt unter Einsatz der SAS-Software. Die maschinelle Infrastruktur wurde durch die Erweiterung des SAS-Serversystems und die Bereitstellung des benötigten Plattenspeicherplatzes geschaffen. Unter Einbeziehung der amtsinternen SAS-Anwendungsunterstützung konnten effiziente Abläufe zur Auswertung der Einkommensteuerdaten implementiert werden.

Die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer und die Geschäftsstatistik beruhen beide auf den im Rahmen des Besteuerungsverfahrens zur Lohn- und Einkommensteuer anfallenden Daten und enthalten daher im Prinzip die gleichen Erhebungsmerkmale. Zur Minimierung des Zusatzaufwands der Finanzverwaltung gilt für die Geschäftsstatistik der gleiche Lieferdatensatz wie für die Bundesstatistik. Die Geschäftsstatistik profitiert von den Absprachen mit der Finanzverwaltung über die Abgrenzung der Merkmale der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer und die Bundesstatistik profitiert, wenn im Rahmen der Geschäftsstatistik Probleme bei der Abgrenzung neuer Merkmale frühzeitig auffallen und in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung geklärt werden können.

Die Hauptbedeutung der jährlichen Geschäftsstatistik liegt in der Verbesserung der Datenaktualität in den bei-

den „Zwischenjahren“, in denen keine Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer durchgeführt wird. Hieran besteht seitens der Steuerpolitik ein erhebliches Interesse, dem insbesondere durch die erweiterten Möglichkeiten des Statistischen Bundesamtes, kurzfristig Sonderauswertungen aus dem Gesamtbestand auch für spezielle steuerpolitische Fragestellungen durchführen zu können, entsprochen wird.

2 Datenqualität und -verfügbarkeit

2.1 Sicherung der Datenqualität

2.1.1 Selektive Plausibilisierung

Zur Sicherung der Datenqualität werden umfangreiche Plausibilisierungsmaßnahmen durchgeführt. Nach dem angewandten Konzept der selektiven Plausibilisierung ist es hierbei nicht das Ziel, sämtliche Fehler zu beseitigen, dies ist aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Daten auch nicht möglich, vielmehr sollen die Fehler identifiziert und bereinigt werden, die Auswirkungen auf das statistische Ergebnis haben. Hierbei werden in der Geschäftsstatistik vier unterschiedliche Fehlerarten unterschieden, die im Folgenden kurz beschrieben werden.

Die Daten der Geschäftsstatistik werden von den einzelnen Länderfinanzverwaltungen separat geliefert. Sie werden von ihnen zum Teil unterschiedlich kodiert und müssen vereinheitlicht werden. Hierbei handelt es sich nicht um Fehler im engeren Sinne. Das Problem liegt darin, dass identische Sachverhalte in den Ländern teilweise nicht einheitlich kodiert sind. So kann ein fehlender Wert in einigen Ländern mit einer „0“ und in anderen Ländern mit „Missing“ besetzt sein. Oder es sind Merkmale vorhanden, die von einigen Ländern in Cent und von anderen in Euro angegeben werden. Im Statistischen Bundesamt werden die Kodierungen vereinheitlicht. Gleichzeitig soll durch Rücksprache mit den zuständigen Stellen künftig eine Vereinheitlichung der Daten bereits bei der Lieferung erreicht werden.

Eine weitere Fehlergruppe sind nicht besetzte so genannte Mussfelder, das heißt Felder, die für die Statistikerstellung von zentraler Bedeutung sind. Eine Nichtlieferung von Angaben in diesen Feldern von einzelnen Länderfinanzverwaltungen muss zu einer Neulieferung der Daten führen.

Als dritte Fehlerkategorie sind korrigierbare Fehler zu nennen. Dies sind Fehler, die sich aufgrund logischer Beziehungen der Daten im Statistischen Bundesamt maschinell bereinigen lassen. So sind zum Beispiel die inländischen Einkünfte von im Ausland lebenden beschränkt steuerpflichtigen Personen zum Teil nicht der Summe der Einkünfte hinzugerechnet worden. Die Summe der Einkünfte muss in diesen Fällen maschinell korrigiert werden.

3) Siehe Loidl-Stuppi, J.: „Wie die Lohnsteuer in den Länderfinanzausgleich einfließt“ in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2005, S. 5 ff.

4) Siehe BMF-Dokumentation: „Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in der Gemeindefinanzreform“, http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_03/nn_4486/DE/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunal финанzen/1545.html (Stand: 24. November 2004).

Die letzte Gruppe bilden die vernachlässigbaren Fehler. Hierbei handelt es sich zum einen um Fehler, die keinen Einfluss auf die statistischen Ergebnisse haben und daher nach dem Konzept der selektiven Plausibilisierung nicht korrigiert werden. Zum anderen handelt es sich dabei um Fehler, die in Feldern auftreten, die für die Geschäftsstatistik irrelevant sind. Da die Geschäftsstatistik auf regionale Ergebnisse unterhalb des Bundeslandes verzichtet, ist zum Beispiel der amtliche Gemeindeschlüssel ein Merkmal, dass nicht auf seine Plausibilität überprüft werden muss. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zur Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer (siehe Abschnitt 1.2).

2.1.2 Doppelfallprüfung

Das Statistische Bundesamt erhält (wie in Kapitel 1 bereits erläutert) jährlich zu bestimmten Stichtagen Daten für mehrere Veranlagungsjahre. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Daten für ein Veranlagungsjahr in mehreren Lieferungen enthalten sind. Sind in einer ersten Lieferung Daten eines Steuerpflichtigen enthalten, der zwar veranlagt wurde, aber gegen den Bescheid Einspruch eingelegt hat, und ist dieser Einspruch noch nicht behandelt, dann wird der Datensatz dieses Steuerpflichtigen von der Finanzverwaltung erneut geliefert, sollte der Einspruch bis zum nächsten Liefertermin beschieden und der Steuerpflichtige neu veranlagt worden sein. Da aus diesem Grund im Material Doppelfälle auftreten können, müssen die Daten im Statistischen Bundesamt einer Doppelfallprüfung unterzogen und der „ältere“ Datensatz muss durch den aktuellen ersetzt werden.

Im Jahr 2004 gab es zu den Stichtagen 28. Februar 2004 und 30. September 2004 jeweils eine Datenlieferung der Finanzverwaltung.⁵⁾ In der zweiten Lieferung können Doppelfälle enthalten sein, um welche die erste Lieferung entsprechend korrigiert werden muss. Tabelle 2 zeigt das Ergebnis dieser Doppelfallprüfung. Von den insgesamt 21 Mill. Datensätzen, die im September geliefert wurden, waren 1,2 Mill. bereits in den im Februar gelieferten Daten enthalten und wurden entsprechend korrigiert. Für das Veranlagungsjahr 2001 wurden im September 2004 immer noch fast 700 000 Datensätze geliefert, hiervon waren aber über 60% Datensätze, die bereits in der Statistik enthalten waren. Die Daten, die für ein Veranlagungsjahr im dritten Bearbeitungsjahr geliefert werden (2004 ist das dritte Bearbeitungsjahr für das Veranlagungsjahr 2001), sind demnach mehrheitlich Doppelfälle, die nur einen beschränkten Einfluss auf

das Gesamtergebnis haben. Dieses Ergebnis ist im Zusammenhang mit der Datenverfügbarkeit von Bedeutung. Diesem Thema widmet sich der folgende Abschnitt 2.2.

2.2 Datenverfügbarkeit

Wie erwähnt liefert die Finanzverwaltung jährlich Daten für die drei aktuellsten Veranlagungsjahre. So werden in der Datenlieferung zum Stichtag 31. Dezember 2005 Daten für die Veranlagungsjahre 2002 bis 2004 übermittelt. Da die Mehrzahl der Steuerpflichtigen ihre Einkommensteuererklärungen bereits im ersten Bearbeitungsjahr abgibt, das heißt für 2004 im Jahr 2005, werden in dieser Lieferung mehrheitlich Daten für das Veranlagungsjahr 2004 enthalten sein. Der Termin für die letzte Datenlieferung wurde aufgrund von Erfordernissen der Bundesstatistik vom 31. Dezember 2004 auf den 30. September 2004 vorverlegt. Dies hatte zur Folge, dass für das Veranlagungsjahr 2003 das erste Bearbeitungsjahr noch nicht abgeschlossen war. Trotzdem liegen bereits Daten von 16 Mill. Steuerpflichtigen für 2003 vor und damit knapp 60% dessen, was für 2001 vorhanden ist. Nach bisherigen Schätzungen dürften nach Ablauf eines Bearbeitungsjahres bereits über 70% der Steuerpflichtigen des vorausgegangenen Veranlagungsjahres veranlagt und in der Statistik erfasst sein. Auch wenn, wie sich später noch zeigen wird, die Daten in der Hinsicht verzerrt sind, dass nach einem Bearbeitungsjahr überproportional viele Steuerpflichtige mit Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit in der Statistik enthalten sind, bietet ein solcher Datenbestand bereits die Möglichkeit erster Analysen. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Untersuchungen auf Bereiche konzentrieren, die von der Statistik schon sehr gut erfasst werden (z. B. die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit).

Nach zwei Bearbeitungsjahren ist der Datenbestand eines Veranlagungsjahres bereits so groß, dass belastbare Analysen mit ihm durchgeführt werden können. Über 95% aller Steuerpflichtigen werden mit der nächsten Datenlieferung Anfang 2006 für das Veranlagungsjahr 2003 bereits erfasst sein. Im derzeitigen Datenbestand sind rund 95% der Steuerpflichtigen für das Veranlagungsjahr 2002 enthalten.

Die optimistische Aussage zu der Möglichkeit belastbarer Analysen nach zwei Bearbeitungsjahren wird durch die Betrachtung der Datenlieferungen des dritten Jahres unterstützt. Diese bestehen, wie schon erwähnt, schwerpunktmäßig aus Korrekturlieferungen, die kaum einen Einfluss auf

Tabelle 2: Ergebnis der Doppelfallprüfung für die Lieferungen des Jahres 2004

Veranlagungsjahr	Gelieferte Datensätze		Dubletten		Daten insgesamt
	Februar	September	Anzahl	%	Anzahl
	Anzahl				
2001	27 448 381	696 026	435 247	62,53	27 709 160
2002	23 006 588	4 236 937	739 295	17,45	26 504 230
2003	527 119	16 138 522	29 020	0,18	16 636 621
Insgesamt ...	50 982 088	21 071 485	1 203 562	5,71	70 850 011

5) Aufgrund der Angleichung an die Liefertermine der Bundesstatistik wurde der Liefertermin 31. Dezember 2003 auf den 28. Februar 2004 nach hinten und der Liefertermin 31. Dezember 2004 auf den 30. September 2004 nach vorn verschoben.

die statistischen Ergebnisse haben. So konnten die Steuerpflichtigen, die für das Veranlagungsjahr 2001 als Doppelfälle identifiziert wurden (rund zwei Drittel der Lieferung), ihre Einkommensteuerlast durch ihren Widerspruch lediglich um 1,3% senken, was zu einer Reduktion der gesamten festgesetzten Einkommensteuer um weniger als 1 Promille führte. Durch die Einkommen der verbleibenden Steuerpflichtigen, die im dritten Bearbeitungsjahr tatsächlich neu geliefert wurden, hat sich die festgesetzte Einkommensteuer lediglich um 5% erhöht.

Die Zahlen zeigen, dass für erste aussagefähige Ergebnisse aus der Geschäftsstatistik nicht bis zum Ablauf der drei Bearbeitungsjahre gewartet werden muss, sondern dass belastbare Ergebnisse bereits nach zwei Jahren und spezielle Ergebnisse bereits nach einem Jahr produziert werden können.

3 Ergebnisse aus der Geschäftsstatistik

Im Folgenden stehen so genannte Standardergebnisse der Geschäftsstatistik für das Veranlagungsjahr 2001 im Mittelpunkt. Wie in der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer beschränken sich die Analysen auf die unbeschränkt Steuerpflichtigen.

3.1 Verteilung des Einkommens und der Steuerlast 2001

In Tabelle 3 sind der Gesamtbetrag der Einkünfte, das zu versteuernde Einkommen und die festzusetzende Einkommensteuer der unbeschränkt Steuerpflichtigen insgesamt verteilt auf Einkommensgrößenklassen dargestellt. Zusätzlich sind zu jeder Einkommensgrößenklasse die jeweilige Steuerbelastungsquote (festzusetzende Einkommensteuer bezogen auf den Gesamtbetrag der Einkünfte) und der

Durchschnittssteuersatz (festzusetzende Einkommensteuer bezogen auf das zu versteuernde Einkommen) angegeben.

Von den 27,6 Mill. unbeschränkt Steuerpflichtigen weisen 27,4 Mill. positive Einkünfte gemessen am Gesamtbetrag der Einkünfte auf (so genannte Gewinnfälle). Die restlichen 277 000 Steuerpflichtigen haben einen negativen Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 4,6 Mrd. Euro. Durch Abzüge erhöht sich diese negative Summe auf ein negatives zu versteuerndes Einkommen von knapp 6 Mrd. Euro. Die Gewinnfälle hatten 2001 einen Gesamtbetrag der Einkünfte von gut 962 Mrd. Euro, zu versteuern waren davon 814 Mrd. Euro, es wurden 177 Mrd. Euro an Einkommensteuer fällig.

46,5% aller unbeschränkt Steuerpflichtigen mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte befinden sich in der Einkommensklasse zwischen 20 000 und 50 000 Euro. 35,2% haben einen geringeren und die restlichen 18,3% einen höheren Gesamtbetrag der Einkünfte. Die für Einkommensverteilungen typische rechtsschiefe Verteilung zeigt sich auch in einem geringeren Wert für den Median des Gesamtbetrages der Einkünfte (26 700 Euro) als für das arithmetische Mittel (35 200 Euro).⁶⁾ Der Gini-Koeffizient als Maß der Ungleichheit beträgt beim Gesamtbetrag der Einkünfte 0,452.

Knapp 12 500 unbeschränkt Steuerpflichtige erzielten für das Veranlagungsjahr 2001 einen Gesamtbetrag der Einkünfte von über 1 Mill. Euro. Diese Einkommensmillionäre zahlten für ihre Einkünfte rund 13,3 Mrd. Euro Einkommensteuer. Dies entspricht 7,5% der gesamten festgesetzten Einkommensteuer von 176,9 Mrd. Euro. Die 9,6 Mill. Steuerpflichtigen mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 20 000 Euro mussten rund 4 Mrd. Euro Einkommensteuer bezahlen. Sie tragen damit lediglich rund 2,3% der gesamten Einkommensteuerlast. Der Gini-Koeffizient als Maß der Ungleichheit beträgt bei der festgesetz-

Tabelle 3: Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige in Deutschland 2001

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen		Festzusetzende Einkommensteuer		Steuerbelastungsquote	Durchschnittssteuersatz
	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%		
Verlustfälle										
unter 0	276 700	100	-4 615 980	100	-5 664 095	100	-	-	-	-
Gewinnfälle										
0 - 5 000	2 394 211	8,7	5 003 551	0,5	971 798	0,1	9 345	0,0	0,2	0,8
5 000 - 10 000	2 371 752	8,7	17 786 974	1,8	10 630 458	1,3	90 596	0,1	0,5	0,9
10 000 - 20 000	4 862 465	17,8	73 569 947	7,6	53 308 440	6,5	3 943 994	2,2	5,4	7,4
20 000 - 30 000	5 761 687	21,1	143 999 199	15,0	116 294 716	14,3	15 066 290	8,5	10,5	13,0
30 000 - 50 000	6 939 927	25,4	267 512 448	27,8	229 178 638	28,1	39 795 397	22,5	14,9	17,4
50 000 - 100 000	4 175 805	15,3	275 456 195	28,6	241 529 673	29,6	56 786 080	32,1	20,6	23,5
100 000 - 175 000	614 947	2,2	76 753 265	8,0	68 033 628	8,4	22 125 436	12,5	28,8	32,5
175 000 - 250 000	120 828	0,4	24 845 269	2,6	22 421 486	2,8	8 582 948	4,9	34,5	38,3
250 000 - 500 000	84 564	0,3	28 236 697	2,9	25 887 162	3,2	10 647 887	6,0	37,7	41,1
500 000 - 1 000 000 ..	24 163	0,1	16 283 158	1,7	15 108 228	1,9	6 496 869	3,7	39,9	43,0
1 000 000 - 2 500 000 .	9 330	0,0	13 761 734	1,4	12 867 184	1,6	5 557 700	3,1	40,4	43,2
2 500 000 - 5 000 000 .	2 081	0,0	7 062 967	0,7	6 597 903	0,8	2 825 863	1,6	40,0	42,8
5 000 000 oder mehr ...	1 060	0,0	12 227 007	1,3	11 570 144	1,4	4 948 403	2,8	40,5	42,8
Zusammen	27 362 820	100	962 498 412	100	814 399 459	100	176 876 810	100	18,4	21,7
Insgesamt ...	27 639 520		957 882 432		808 735 364		176 876 810		18,5	21,9

6) Bei rechtsschiefen Verteilungen gilt der Zusammenhang, dass der Median kleiner als das arithmetische Mittel ist, siehe Henze, A.: „Marktforschung – Grundlage für Marketing und Marktpolitik“, 1994, S. 71 f.

ten Einkommensteuer 0,695 und liegt damit deutlich über dem beim Gesamtbetrag der Einkünfte gemessenen Wert von 0,452. In der stärker ungleichen Verteilung der Steuerlast kommt der progressive Verlauf des Steuertarifs zum Ausdruck, der auch bei der Betrachtung der Steuerbelastungsquote bzw. des Durchschnittssteuersatzes deutlich wird. Liegen diese bei den unteren Einkommensklassen nur wenig über Null, betragen sie bei den höchsten Einkommensklassen über 40%. Durchschnittlich wird etwa jeder fünfte Euro des Gesamtbetrages der Einkünfte im Rahmen der Einkommensteuer an das Finanzamt abgeführt.

Ein starker Anstieg ist bei der Zahl der Steuerpflichtigen zu verzeichnen, die mit ihrem zu versteuernden Einkommen in die höchste Progressionsstufe fallen. Während die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer 1998 hier 478 000 Steuerpflichtige ausweist, sind es in der Geschäftsstatistik drei Jahre später 879 000. Diese tragen gut ein Drittel zum Einkommensteueraufkommen bei (1998 waren es knapp 30%). 1998 lag die Grenze für die höchste Progressionsstufe bei 61 377 Euro in der Grundtabelle und bei 122 754 Euro in der Splittingtabelle. Diese Grenze wurde

bis 2001 auf 54 999 Euro bei der Grund- bzw. 109 998 Euro bei der Splittingtabelle gesenkt.⁷⁾ Ziemlich genau die Hälfte des Anstiegs lässt sich durch die Absenkung der Grenzen erklären. Hätten 2001 noch die alten Grenzen gegolten, dann wären lediglich 670 000 Steuerpflichtige – also rund 200 000 weniger – in die höchste Progressionsstufe gefallen. Die Einkommensklasse, die knapp unterhalb des Spitzensteuersatzes liegt, ist so dicht besetzt, dass bei einer einprozentigen Erhöhung des zu versteuernden Einkommens rund 20 000 Steuerpflichtige zusätzlich in den höchsten Progressionsbereich fallen. Der restliche Anstieg bei den Spitzensteuerzahlern lässt sich daher durch den Anstieg des durchschnittlichen zu versteuernden Einkommens um 10% innerhalb der letzten drei Jahre erklären.

3.2 Verteilung der Einkünfte auf Einkunftsarten

Wie Tabelle 4 zeigt, erzielt ein Großteil aller Steuerpflichtigen Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (rund 88%), wobei in der Tabelle zu beachten ist, dass die Steuerpflich-

Tabelle 4: Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige in Deutschland nach Einkunftsarten für das Veranlagungsjahr 2001

Einkunftsart Bearbeitungsjahr	Positive Einkünfte		Negative Einkünfte	
	Steuerpflichtige	1 000 EUR	Steuerpflichtige	1 000 EUR
Einkünfte aus				
Land- und Forstwirtschaft				
2002	142 564	877 512	15 754	63 176
2003	321 588	5 648 865	43 583	317 324
2004	48 217	1 339 862	8 317	114 960
zusammen	512 369	7 866 239	67 654	495 461
Gewerbebetrieb				
2002	925 275	16 155 335	397 151	2 610 412
2003	1 587 598	51 263 125	546 303	8 958 962
2004	319 441	20 908 402	144 967	5 976 221
zusammen	2 832 314	88 326 862	1 088 421	17 545 595
Selbstständiger Arbeit				
2002	585 771	9 958 628	101 095	303 055
2003	697 953	32 109 146	102 081	530 785
2004	144 991	10 688 259	21 449	196 816
zusammen	1 428 715	52 756 033	224 625	1 030 657
Nichtselbstständiger Arbeit				
2002	17 648 901	551 522 305	25 376	48 032
2003	5 161 422	185 784 766	15 972	48 206
2004	900 351	38 347 954	4 101	27 403
zusammen	23 710 674	775 655 026	45 449	123 641
Kapitalvermögen				
2002	1 757 960	10 198 767	54 705	75 619
2003	1 019 655	14 691 378	63 848	214 382
2004	230 699	7 690 404	17 190	143 245
zusammen	3 008 314	32 580 550	135 743	433 246
Vermietung und Verpachtung				
2002	1 233 694	7 178 422	1 334 675	8 196 596
2003	1 006 270	9 938 806	1 072 955	10 612 815
2004	181 185	2 838 473	244 014	4 554 017
zusammen	2 421 149	19 955 701	2 651 644	23 363 428
Sonstige Einkünfte				
2002	3 009 252	12 652 011	4 392	13 019
2003	1 057 465	5 308 292	5 501	33 090
2004	153 354	1 007 821	1 974	25 131
zusammen	4 220 071	18 968 124	11 867	71 240
Summe der Einkünfte				
2002	19 085 623	608 038 798	1 727 863	9 797 693
2003	6 597 845	303 787 958	1 486 724	16 451 923
2004	1 144 282	82 487 885	329 812	8 919 120
insgesamt	26 827 750	994 314 641	3 544 399	35 168 736

7) Gleichzeitig sank allerdings der Spitzensteuersatz von 53 auf 48,5%.

tigen mehrfach gezählt werden, sobald sie in mehreren Einkunfts-kategorien Einkünfte erzielen. Dies trifft für knapp 40% der Steuerpflichtigen zu (12,5% weisen in mindestens drei Kategorien Einkünfte auf). Durch die Halbierung des Sparerfreibetrags ab 2000 hat sich die Anzahl der Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus Kapitalvermögen versteuern, seit 1998 auf 3,0 Mill. verdoppelt (die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer 1998 weist rund 1,5 Mill. Steuerpflichtige mit Einkünften aus Kapitalvermögen nach). 2001 erzielten über 10% der Steuerpflichtigen Einkünfte aus dieser Kategorie. Weiterhin unter 10% liegt der Anteil der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbstständiger Arbeit.

Insgesamt wurden 2001 rund 994 Mrd. Euro an positiven Einkünften in den verschiedenen Einkunftsarten erzielt. Auch hier entfällt der größte Anteil auf Einkünfte aus nicht-selbstständiger Arbeit (78%). Deutlich dahinter mit einem Anteil von knapp 9% liegen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Bei den negativen Einkünften ergibt sich ein anderes Bild. Hier hat die Einkunftsart Vermietung und Verpachtung die höchste Bedeutung, gefolgt von den Einkünften aus Gewerbebetrieb und mit deutlichem Abstand den Einkünften aus selbstständiger Arbeit. Wie Tabelle 4 zeigt, übersteigen die negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sogar die positiven Einkünfte aus dieser Einkunftsart. Alle anderen Einkunftsarten spielen bei der Erzielung negativer Einkünfte nur eine untergeordnete Rolle.

In Tabelle 4 wird neben der Struktur der Einkünfte deutlich, in welchem Jahr die Einkommensteuerveranlagung durchgeführt wurde (so genanntes Bearbeitungsjahr). So wurden 17,6 Mill. Steuerpflichtige, die im Veranlagungsjahr 2001 positive Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit erzielten, im ersten möglichen Bearbeitungsjahr (2002) veranlagt, 5,2 Mill. im zweiten und 900 000 im dritten Bearbeitungsjahr. Teilt man die Einkunfts-kategorien in Gewinn- und Überschusseinkünfte, so lässt sich idealtypisch sagen, dass im ersten Bearbeitungsjahr in erster Linie Überschusseinkommen veranlagt werden und im zweiten Jahr die Gewinneinkünfte. Wie im Kapitel 2 dargestellt, handelt es sich bei den Veranlagungen, die im dritten Jahr durchgeführt worden sind, mehrheitlich um geänderte Steuerfestsetzungen; das heißt diese Steuerfälle waren bereits in früheren Datenlieferungen enthalten und damit auch statistisch erfasst.

4 Perspektiven der Geschäftsstatistik

Die in Kapitel 3 dargestellten Ergebnisse sind auch aus der herkömmlichen dreijährlichen Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer generierbar. Entscheidender Vorteil für die Nutzer der Geschäftsstatistik ist, dass diese Auswertungen in Zukunft jährlich und dadurch zumindest in den Zwischenjahren der Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer wesentlich aktueller vorhanden sein werden. Im folgenden Abschnitt 4.1 stehen Auswertungen

im Vordergrund, die nur aufgrund der jährlichen Periodizität der Geschäftsstatistik möglich und somit auch nur mit ihr durchführbar sind.

4.1 Möglichkeit der Betrachtung eines Steuerpflichtigen über die Zeit

Kann eine bestimmte Gruppe von Steuerpflichtigen eindeutig über die Zeit beobachtet werden, können Anpassungsreaktionen auf Steuerrechtsänderungen und Änderungen sonstiger Rahmenbedingungen analysiert und daraus Schlüsse für die politische Beratung gezogen werden. Darüber hinaus können spezielle Untersuchungen wie Verteilungsanalysen auf Basis mehrerer Beobachtungszeitpunkte erstellt werden. Der Aufbau eines so genannten Taxpayer-Panels, welches genau diese Möglichkeit bietet, ist eine wichtige Entwicklungsperspektive der Geschäftsstatistik. Die prinzipiellen Möglichkeiten hierfür sind dank der jährlich anfallenden Daten und der Steuernummer, als Identifikator der Merkmalsträger zwischen den so genannten Erhebungswellen, gegeben.

Zum derzeitigen Stand verfügt die Geschäftsstatistik über Daten für ein vollständiges Veranlagungsjahr 2001 und ein fast abgeschlossenes Jahr 2002. Diese beiden Bestände wurden mit Hilfe der Steuernummer miteinander verknüpft. Eine weitere Verknüpfung mit den bisher vorhandenen Daten aus 2003 ist prinzipiell möglich. Jedoch ist der Datenbestand für das Jahr 2003 noch nicht repräsentativ, wodurch auch ein verknüpfter Datenbestand, der aus dem Material der Jahre 2001 bis 2003 bestehen würde, ebenfalls nicht repräsentativ wäre und nur verzerrte Ergebnisse generieren würde. Daher beziehen sich die folgenden Analysen auf einen verknüpften Datenbestand 2001/2002.⁸⁾

4.1.1 Verknüpfung der Veranlagungsjahre 2001/2002

Von den 26,5 Mill. Steuerpflichtigen, die für das Veranlagungsjahr 2002 statistisch bereits erfasst sind, konnten 23,8 Mill. einem Merkmalsträger des Basisjahres 2001 zugeordnet werden. Gründe für Nichtzuordnungen liegen darin, dass zum Beispiel Steuerpflichtige zum ersten Mal veranlagt wurden. Dies kann entweder dadurch geschehen, dass eine Person zum ersten Mal über steuerpflichtiges Einkommen verfügt oder dass Steuerpflichtige von gemeinsamer Veranlagung auf Einzelveranlagung wechseln und daher eine neue Steuernummer erhalten, die nicht in beiden Beständen enthalten ist. Darüber hinaus wird eine neue Steuernummer vergeben, wenn ein Steuerpflichtiger über die Ländergrenzen hinweg umzieht, wobei die alte Steuernummer im neuen Bundesland nicht in die Daten übernommen wird. Ändert sich hingegen die Steuernummer innerhalb eines Bundeslandes, dann ist die „alte“ Steuernummer als zusätzliche Information in den Daten enthalten und die Merkmalsträger können mit deren Hilfe zusammengeführt werden. Dies trifft im vorliegenden Panel bei rund 45 000 Steuerpflichtigen zu.

⁸⁾ Da das Jahr 2002 nicht vollständig abgeschlossen ist, sind auch hier Verzerrungen in den Ergebnissen zu erwarten. Diese dürften sich aber in vertretbarem Rahmen bewegen. Darüber hinaus sind nicht die Ergebnisse das Entscheidende dieses Abschnittes, sondern es sollen kurz einige Möglichkeiten aufgezeigt werden, die sich aus der Entwicklung eines Taxpayer-Panels ergeben.

Weitere Untersuchungen zur Verknüpfung der Daten müssen zeigen, inwieweit die Panelmortalität, das heißt das Herausfallen einzelner Merkmalsträger aus dem Panel, minimiert werden kann. Des Weiteren müssen Strategien entwickelt werden, wie Steuerpflichtige, die erstmals veranlagt werden, in das Panel integriert werden können. Entscheidend ist dabei nicht die vollständige Verknüpfung aller Steuerpflichtigen, sondern das Erreichen einer möglichst hohen Repräsentativität des zu entwickelnden Taxpayer-Panels. Mit den beiden folgenden Beispielen soll kurz ein Einblick in die Analysemöglichkeiten eines solchen Panels gegeben werden.

4.1.2 Einkommenskorrelationen

Mit einem Panel kann die Frage untersucht werden, inwieweit das Einkommen in der Periode t+1 mit dem Einkommen in der Periode t korreliert. Es können dabei Gruppen identifiziert werden, deren Einkommen unabhängig von den äußeren Rahmenbedingungen über die Zeit hoch korreliert sind, und im Gegensatz dazu Gruppen, deren Einkommen im Zeitablauf starken Schwankungen unterliegen. Dies wiederum erlaubt neue Rückschlüsse auf Fragen der Einkommensverteilung und die Beobachtung von Anpassungsreaktionen bei Steuerrechtsänderungen.

Mit den vorliegenden Paneldaten wurden Korrelationsanalysen für unterschiedliche Gruppen und Einkunftsarten durchgeführt. Tabelle 5 stellt das Ergebnis für die Gruppen „aller“, „reicher“ und „normaler“ Steuerpflichtiger sowie für die „Verlustfälle“ dar.⁹⁾ Als Einkommensmerkmale wurden die

Tabelle 5: Einkommenskorrelationen
Veranlagungsjahre 2001 und 2002

Personengruppe ¹⁾	Gewerbe-einkünfte	Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	Gesamtbetrag der Einkünfte
Alle	0,75	0,92	0,89
Reiche	0,56	0,86	0,11
Durchschnittsverdiener ..	0,82	0,92	0,90
Verlustfälle	-0,09	0,18	-0,39

1) Reiche = in mindestens einem Jahr ein Gesamtbetrag der Einkünfte über 500 000 Euro. Durchschnittsverdiener = in beiden Jahren ein Gesamtbetrag der Einkünfte zwischen 0 und 500 000 Euro. Verlustfälle = in mindestens einem Jahr ein Gesamtbetrag der Einkünfte unter 0 Euro.

Gewerbeeinkünfte, die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit und der Gesamtbetrag der Einkünfte untersucht. Verwendet wurde dabei der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman, da die für den Korrelationskoeffizienten nach Bravais/Pearson notwendige zweidimensionale Normalverteilungsannahme der Variablen nicht erfüllt ist.¹⁰⁾

Die höchste Korrelation ist bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit bei allen Steuerpflichtigen und bei der Personengruppe „Normalverdiener“ zu verzeichnen. Dieses Ergebnis geht konform mit den Erwartungen, da es sich hier in der Regel um Steuerpflichtige handelt, deren Erwerbs- und Verdienstverläufe im Zeitablauf relativ konstant sind. Es zeigt sich, dass die Korrelation bei der Einkunftsart „nichtselbstständige Arbeit“ generell höher ist als bei den Gewerbeeinkünften. Bei den Gewerbeeinkünften handelt es sich um eine Gewinneinkunftsart und Gewinne unterliegen naturgemäß größeren Schwankungen. Darüber hinaus zeigt sich, dass der Gesamtbetrag der Einkünfte der „reichen“ Steuerpflichtigen zwischen den Jahren nur gering miteinander korreliert ist. Das heißt die Einkommen dieser Personengruppe können sehr großen Schwankungen unterliegen. Quantitativ handelt es sich hierbei zwar nur um eine kleine Gruppe von Steuerpflichtigen, wie aber die Ergebnisse im Kapitel 3 zeigen, ist es diejenige Gruppe, die für die Erzielung von Steuereinnahmen aus der Einkommenssteuer für den Staat am wichtigsten ist.¹¹⁾ Bei den Verlustfällen kann keine Korrelation nachgewiesen werden, was ebenfalls den Erwartungen entspricht, da ein Steuerpflichtiger Verluste aus einer Periode früher oder später mit Gewinnen aus einer anderen Periode ausgleichen muss.

4.1.3 Mehrperiodige Einkommensverteilung

Wenn die höchsten Einkommen starken Schwankungen unterliegen, dann stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, auf der Basis einer Periode Einkommensverteilungen zu ermitteln, oder ob es die Realität nicht besser abbildet, wenn die Einkommen über mehrere Perioden betrachtet werden.

Mit den vorliegenden Daten wurde der Gini-Koeffizient als Verteilungsmaß sowohl für das Panel als auch für die einzelnen Jahre berechnet.¹²⁾ Hierbei konnten keine wesentlichen Unterschiede in der Höhe des Maßes festgestellt werden. Für alle Steuerpflichtigen berechnet betrug das Maß für 2001 0,43, für 2002 0,42 und über beide Jahre wiederum 0,42. Die geringen Unterschiede der berechneten Maße könnten allerdings an der Konzeption des Gini-Koeffizienten liegen. Der Koeffizient reagiert relativ sensibel gegenüber Veränderungen im mittleren Bereich und ist relativ stabil gegenüber Veränderungen im hohen Randbereich der Verteilung.¹³⁾ Von der Glättung der Einkommen über mehrere Perioden sind hauptsächlich die hohen Einkommen (ab 500 000 Euro) betroffen. Daher wurde in einer weiteren Analyse speziell die Verteilung der hohen Einkommen untersucht. Bei diesen sinkt der Koeffizient auf 0,45 (gegenüber 0,48 für 2001 und 0,53 für 2002), sobald er kombiniert über zwei Jahre berechnet wird. Eine Glättung der Einkommen durch die Betrachtung mehrerer Perioden scheint sich bei diesen Steuerpflichtigen tatsächlich auszuwirken.

9) Die Kategorie „Reich“ enthält Steuerpflichtige, die in mindestens einem der beiden Jahre einen Gesamtbetrag der Einkünfte von über 500 000 Euro realisiert haben. Unter „Durchschnittsverdiener“ werden diejenigen verstanden, die in beiden Jahren einen Gesamtbetrag der Einkünfte zwischen 0 und 500 000 Euro erzielen und unter „Verlustfälle“ werden diejenigen Steuerpflichtigen gezählt, die in einem der beiden Jahre einen negativen Gesamtbetrag der Einkünfte aufweisen. Durch diese Definition kann ein Steuerpflichtiger sowohl bei den Verlustfällen als auch bei den Reichen eingruppiert werden. Die Menge der Durchschnittsverdiener ist gegenüber den beiden anderen Mengen disjunkt.

10) Siehe hierzu Schaich, E. u. a.: „Statistik II“, WiSo-Kurzlehrbücher, 3. Aufl. 1990, S. 229 ff. Da die Normalverteilungsannahme nicht gegeben ist, würde die Verwendung des Bravais/Pearson-Korrelationskoeffizienten zu verzerrten Ergebnissen führen.

11) Siehe auch Haan, P./Steiner, V.: „Distributional Effects of the German tax Reform 2000“ in Schmollers Jahrbuch 125, 2005, S. 39 ff.

12) Der Gini-Koeffizient als Verteilungsmaß ist definiert zwischen 0 und 1, wobei 0 eine Gleichverteilung und 1 eine vollständige Konzentration des gesamten Merkmalsbetrages auf einen Merkmalsträger anzeigt. Ein steigender Gini-Koeffizient bedeutet demnach eine steigende Konzentration. Zum Konzept und zum Aussagewert des Gini-Koeffizienten siehe z. B. Schaich, E.: „Lorenzfunktion und Gini-Koeffizient in kritischer Betrachtung“ in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1971, S. 193 ff.

13) Zur kritischen Betrachtung des Gini-Koeffizienten siehe Schaich, E., Fußnote 12.

Die Betrachtung der mehrperiodigen Einkommen zeigt eine gleichmäßigere Einkommensverteilung.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse muss beachtet werden, dass es bei der Analyse lediglich zu einem Übergang von einer auf zwei Perioden gekommen ist und dass in der zweiten Periode noch nicht alle Merkmalsträger in den Daten enthalten sind. Sind auch die restlichen Daten für 2002 im Panel enthalten, müssen sich die Ergebnisse erst noch bestätigen. Darüber hinaus wird sich zeigen, ob eine Betrachtung von zwei Perioden für eine solche Analyse nicht weiterhin zu kurz greift. Liegen Ergebnisse für weitere Jahre vor, können Verteilungsanalysen über mehrere Perioden durchgeführt und dann Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob eine Einkommensverteilung sinnvoll mit einer Periode ermittelbar ist. Des Weiteren ist die Frage zu diskutieren, inwieweit der Gini-Koeffizient für eine solche Analyse das geeignete Maß ist.

4.2 Möglichkeit von Prognosen des Veranlagungsergebnisses

Die Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer bildet das Veranlagungsverhalten innerhalb eines bestimmten Bearbeitungszeitraums ab. Bei einer Präsentation von Ergebnissen für das Veranlagungsjahr 2001 werden die Veranlagungen innerhalb des Bearbeitungszeitraums 2002 bis 2004 dargestellt. Wenn im Jahr 2005 über Ergebnisse für das Veranlagungsjahr 2003 gesprochen wird, dann werden Verhaltensweisen aus den Jahren 2004 bis 2006 abgebildet, das heißt aus einem Bearbeitungszeitraum, der noch nicht abgeschlossen ist. Daher handelt es sich bei einer vorzeitigen Veröffentlichung von Veranlagungsergebnissen um Prognosen und nicht um Hochrechnungen.

Grundproblem bei der Prognose für Veranlagungsergebnisse ist die mangelnde Repräsentativität der Daten vor Abschluss eines Bearbeitungszeitraums. Dies liegt daran, dass diejenigen, die frühzeitig ihre Einkommensteuererklärung abgeben, sich strukturell von denjenigen unterscheiden, die später abgeben und später vom Finanzamt veranlagt werden. Messen lässt sich dies anhand der Entwicklung des durch-

schnittlichen Gesamtbetrages der Einkünfte während des Bearbeitungszeitraums, die für das Veranlagungsjahr 2001 im Schaubild abgetragen ist. Das Schaubild stellt für jeden abgelaufenen Monat des Bearbeitungszeitraums den bis dahin erreichten durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte dar. Zu erkennen ist, dass dieser mit jedem Monat zunimmt. Dies bedeutet, dass diejenigen Steuerpflichtigen, die nach einem Monat X veranlagt werden, durchschnittlich einen höheren Gesamtbetrag der Einkünfte aufweisen als diejenigen, die vor diesem Monat veranlagt wurden. Die Entwicklung beschreibt dabei einen logarithmischen Trend.

Soll frühzeitig auf das Veranlagungsergebnis geschlossen werden, muss diese Verzerrung ausgeglichen werden. Hierzu sind zwei grundsätzliche Wege denkbar. Erstens kann versucht werden, über die vorhandenen Erfahrungen Korrekturfaktoren zu finden, mit denen die Verzerrung des zu schätzenden Jahres ausgeglichen werden kann. So wäre es denkbar, dass zu einem Zeitpunkt t der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte relativ stabil um einen bestimmten Prozentsatz unterhalb des Wertes am Ende des Bearbeitungszeitraums liegt. Findet man solche Faktoren, dann kann der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte zum Zeitpunkt t entsprechend korrigiert werden.

Der zweite Weg besteht im Versuch, das aktuellste abgeschlossene Veranlagungsjahr als Referenzbasis zu nehmen, dieses mit dem zu schätzenden Veranlagungsjahr zu vergleichen und daraus Schlüsse auf das Veranlagungsergebnis zu ziehen. Im Folgenden werden drei Ansätze aus diesem Bereich näher vorgestellt, wobei das Veranlagungsjahr 2003 mit dem Jahr 2001 als Referenzjahr geschätzt werden soll.

4.2.1 Betrachtung konstanter Bearbeitungszeiträume

Bei diesem Ansatz werden diejenigen Steuerpflichtigen betrachtet, die innerhalb eines bestimmten Bearbeitungszeitraumes zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Für 2003 mit dem Referenzjahr 2001 können hierzu zum Beispiel die

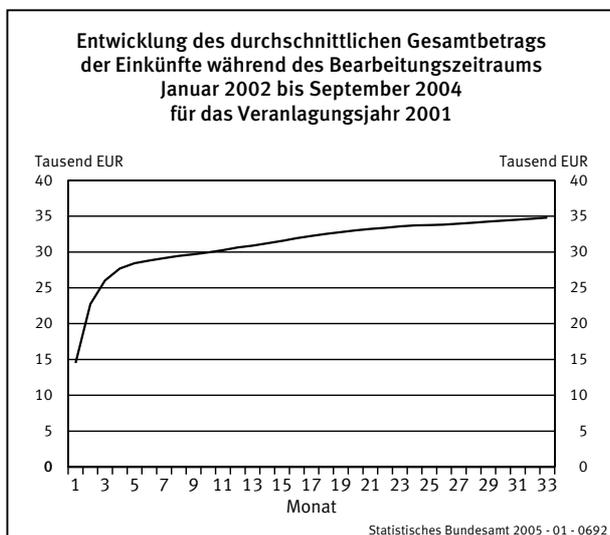


Tabelle 6: Vergleich der Ergebnisse der ersten neun Bearbeitungsmonate für die Veranlagungsjahre 2001 und 2003

Veranlagungs-jahr	Einheit	Gesamt-betrag der Einkünfte	Zu ver-steuerndes Einkommen	Festgesetzte Einkommen-steuer
Arithmetisches Mittel				
2001	EUR	29 539	24 980	5 827
2003	EUR	31 026	26 332	6 527
Veränderung ...	%	5,6	5,4	12,0
Anzahl				
2001	Steuer-pflichtige	15 088 929	15 073 683	11 708 783
2003	Steuer-pflichtige	16 574 114	16 555 083	13 053 291
Veränderung ...	%	9,8	9,8	11,5
Summe				
2001	1 000 EUR	445 707 231	376 536 508	68 224 648
2003	1 000 EUR	517 214 988	435 927 439	85 205 003
Veränderung ...	%	16,0	15,8	24,9
Median				
2001	EUR	25 743	21 206	4 028
2003	EUR	26 615	22 161	4 364
Veränderung ...	%	3,4	4,5	8,3

ersten neun Monate verwendet werden (1. Januar 2004 bis 30. September 2004). Tabelle 6 enthält die Ergebnisse der ersten neun Monate der beiden Veranlagungsjahre für die Merkmale Gesamtbetrag der Einkünfte, zu versteuerndes Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer. Sowohl die Anzahl an Steuerpflichtigen als auch das arithmetische Mittel der drei nachgewiesenen Merkmale und daraus abgeleitet die jeweilige Summe sind für das Jahr 2003 deutlich höher als für 2001. Beim Median sind nur geringe Steigerungen erkennbar.

Besonders der starke Anstieg der Zahl der Steuerpflichtigen erscheint erklärungsbedürftig. Die Daten des Veranlagungsjahres 2001 sind bereits um die geänderten Festsetzungen bereinigt, während die Daten für 2003 noch Steuerpflichtige enthalten, die gegen ihren Bescheid Einspruch erheben, der zu einer berechtigten Veranlagung führen kann.¹⁴⁾ Bei weiteren Datenlieferungen werden diese Steuerpflichtigen ein weiteres Mal enthalten sein. Der bisherige Datensatz wird dann gelöscht und durch den aktuellen ersetzt. Dies ist bei den Daten 2001 bereits geschehen und führt dazu, dass bei vergleichbarer Dauer des Bearbeitungszeitraums die Anzahl an Steuerpflichtigen im Referenzjahr im Vergleich zum Prognosejahr niedriger liegt. Da tendenziell die Steuerpflichtigen mit Einspruch einen höheren Gesamtbetrag der Einkünfte aufweisen als Steuerpflichtige ohne Einsprüche, werden auch die Wertmerkmale wie der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte im Referenzjahr systematisch unterzeichnet. Eine Prognose des Veranlagungsergebnisses aufgrund des Vergleichs gleicher Bearbeitungszeiträume führt daher systematisch zu einer Überschätzung des Ergebnisses. Weitere Untersuchungen müssen zeigen, wie hoch diese Überschätzung ist und ob sie sich korrigieren lässt.

4.2.2 Betrachtung der gleichen Steuerpflichtigen

Um den Mangel des ersten Ansatzes zu umgehen, werden bei diesem Ansatz nicht die gleichen Bearbeitungszeiträume betrachtet, sondern alle Steuerpflichtigen, die in beiden Veranlagungsjahren bereits zur Steuer veranlagt wurden und in der Statistik jeweils enthalten sind. Diese sollen dann als repräsentative Stichprobe für die Gesamtheit der Steuerpflichtigen dienen. Tabelle 7 enthält wiederum die Analysen der Tabelle 6, diesmal mit den Ergebnissen für diejenigen Steuerpflichtigen, die bereits in beiden Veranlagungsjahren statistisch erfasst sind.

Zeigten die Prognoseergebnisse für 2003 für die Wertmerkmale auf Basis konstanter Bearbeitungszeiträume eine Steigerung, signalisieren sie nun sowohl beim arithmetischen Mittel als auch bei der Summe für die Merkmale Gesamtbetrag der Einkünfte und zu versteuerndes Einkommen einen Rückgang und nur einen minimalen Anstieg bei der festgesetzten Einkommensteuer. Beim Median sind leichte Anstiege zu verzeichnen. Zu erklären ist dieses gegensätzliche Ergebnis mit der bereits eingangs dieses Abschnittes beschriebenen strukturellen Verzerrung bei den Einkommen. Wie im Schaubild gesehen, geben zu späteren Zeitpunkten des Bearbeitungszeitraums tendenziell besser verdienende Steuerpflichtige ihre Einkommensteuererklärung

Tabelle 7: Vergleich der in den Veranlagungsjahren 2001 und 2003 veranlagten Steuerpflichtigen

Veranlagungsjahr	Einheit	Gesamtbetrag der Einkünfte	Zu versteuerndes Einkommen	Festgesetzte Einkommensteuer
Arithmetisches Mittel				
2001	EUR	33 809	28 773	6 727
2003	EUR	33 555	28 342	6 812
Veränderung .	%	-0,8	-1,5	1,3
Anzahl				
2001	Steuerpflichtige	13 444 919	13 425 324	11 134 038
2003	Steuerpflichtige	13 444 919	13 427 341	11 042 161
Veränderung .	%	0,0	0,0	-0,8
Summe				
2001	1 000 EUR	454 554 014	386 289 902	74 896 171
2003	1 000 EUR	451 145 313	380 562 543	75 222 429
Veränderung .	%	-0,7	-1,5	0,4
Median				
2001	EUR	28 641	23 903	4 405
2003	EUR	28 770	24 131	4 626
Veränderung .	%	0,5	1,0	5,0

ab. Erwartet ein Steuerpflichtiger aufgrund gestiegener Einkünfte im Referenzjahr eine höhere Steuerfestsetzung, wird er die Abgabe solange wie möglich hinauszögern. Erwartet der gleiche Steuerpflichtige im Prognosejahr aufgrund sehr geringer Einkünfte eine Steuererstattung, wird er sich frühzeitig veranlagern lassen. In einer solchen Situation wird er bei einer verknüpften Betrachtung der beiden Veranlagungsjahre in beiden Datenbeständen enthalten sein. In der genau umgekehrten Situation (hohe Einkommen im Prognosejahr, geringe im Referenzjahr) wird er sein Verhaltensmuster entsprechend umkehren und es ist wahrscheinlich, dass er nur im Referenzjahr in den Daten enthalten ist. Ein solcher Steuerpflichtiger wird bei einer Verknüpfung nicht betrachtet. Durch diese unterschiedliche Behandlung wird das Ergebnis des Referenzjahres tendenziell überzeichnet. Auch hier müssen weitere Untersuchungen zeigen, wie stark diese Verzerrung ist und ob sie sich eventuell korrigieren lässt.

4.2.3 Betrachtung einer konstanten Anzahl an Steuerpflichtigen

Bei diesem Ansatz wird sowohl im Referenzjahr als auch im Prognosejahr eine konstante Anzahl Steuerpflichtiger betrachtet, die als erste zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Hintergrund der Überlegung ist, dass sich die Steuerpflichtigen, die zu einem gleichen Zeitpunkt veranlagt werden, strukturell nicht unterscheiden. Das Problem des zweiten Ansatzes kann auf diesem Weg umgangen werden. Gleichzeitig wird durch die Beschränkung auf eine konstante Anzahl Steuerpflichtiger verhindert, dass die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen im Prognosejahr wie im ersten Ansatz überschätzt wird.

Tabelle 8 zeigt die Ergebnisse des Vergleichs der ersten 10 Mill. Steuerpflichtigen, die in den Veranlagungsjahren 2001 und 2003 zur Einkommensteuer veranlagt wurden.

¹⁴⁾ Siehe hierzu die Ergebnisse zur Doppelfallprüfung im Abschnitt 2.1 des Beitrags.

Die Strukturen des Ergebnisses sind mit denen des ersten Ansatzes vergleichbar, jedoch auf geringerem Niveau. Dies ist durch die ähnliche Vorgehensweise zu erklären. Stellt sich dieser Ansatz als brauchbar heraus, ist für 2003 ein geringer Anstieg sowohl beim Gesamtbetrag der Einkünfte als auch beim zu versteuernden Einkommen zu erwarten. Einen stärkeren Anstieg signalisieren die Zahlen bei der festgesetzten Einkommensteuer. Im Durchschnitt steigt diese um 8,5% und in der Summe sogar um 10,2%. Hochgerechnet ergibt das für das Veranlagungsjahr 2003 eine festgesetzte Einkommensteuer von insgesamt 195 Mrd. Euro.

Tabelle 8: Vergleich der ersten 10 Mill. Steuerpflichtigen, die in den Veranlagungsjahren 2001 und 2003 veranlagt wurden

Veranlagungs-jahr	Einheit	Gesamt-betrag der Einkünfte	Zu ver-steuerndes Einkommen	Festgesetzte Einkommen-steuer
Arithmetisches Mittel				
2001	EUR	28 887	24 428	5 519
2003	EUR	30 005	25 354	5 988
Veränderung ..	%	3,9	3,8	8,5
Anzahl				
2001	Steuer-pflichtige	10 000 000	9 992 223	7 787 907
2003	Steuer-pflichtige	10 000 000	9 990 494	7 913 374
Veränderung ..	%	0,0	0,0	1,6
Summe				
2001	1 000 EUR	288 865 519	244 092 759	42 982 748
2003	1 000 EUR	300 053 287	253 295 226	47 386 910
Veränderung ..	%	3,9	3,8	10,2
Median				
2001	EUR	25 528	21 038	3 913
2003	EUR	26 205	21 841	4 184
Veränderung ..	%	2,7	3,8	6,9

Erweist sich dieser Ansatz bei weiteren Analysen als tragfähig, könnte hiermit ein Weg gefunden sein, Ergebnisse der Veranlagung zu prognostizieren und damit Trends frühzeitig zu erkennen. Dies gilt nicht nur für bestimmte Eckwerte, sondern auch für besondere Aspekte der Einkommensteuer.

5 Ausblick

Mit der vorliegenden Veröffentlichung werden erstmalig Ergebnisse aus der Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer vorgestellt, die zukünftig als Teil einer jährlichen Berichterstattung aus der Einkommensteuer veröffentlicht wird. Neben methodischen Grundlagen zeigt der Beitrag die zwei zentralen Aspekte der künftigen Arbeiten auf: den Aufbau eines Standardveröffentlichungsprogramms und die weiteren Entwicklungsarbeiten bei der Geschäftsstatistik hin zu einem Taxpayer-Panel und zu aktuelleren Ergebnissen mittels geeigneter Prognoseverfahren.

Die nächsten Schritte beim Aufbau eines Veröffentlichungsprogramms werden die Entwicklung eines statistischen Berichts sein, der standardmäßig und jährlich aktualisiert im Internet als Download zur Verfügung gestellt werden soll. Darüber hinaus steht die Geschäftsstatistik auch für Sonderauswertungen Dritten zur Verfügung. Der wichtigste Nutzer wird hierbei das Bundesministerium der Finanzen sein.

Darüber hinaus können gemäß § 2a Abs. 3 StStatG das Bundesministerium der Finanzen und die obersten Finanzbehörden der Länder zukünftig zur Abschätzung finanzieller Auswirkungen der Änderungen des Steuersystems die Einzeldaten vom Statistischen Bundesamt übermittelt bekommen. Die Veröffentlichung der Einzeldaten im Rahmen eines Scientific-Use-Files ab dem Veranlagungsjahr 2002 für die Wissenschaft stellt ein weiteres zukünftiges Arbeitsfeld im Bereich der Standardveröffentlichungen dar.

Bei den Entwicklungsarbeiten wird zunächst Grundlagenforschung betrieben, da zum einen für ein Taxpayer-Panel noch zu wenige Wellen vorhanden sind und zum anderen bei den Prognosemöglichkeiten zunächst Erfahrungen über die Treffsicherheit verschiedener Ansätze gesammelt werden müssen. Für beides sind weitere Datenlieferungen vonnöten. Ziel ist der Aufbau eines repräsentativen Taxpayer-Panels, das sowohl von der amtlichen Statistik als auch von der Wissenschaft zur Politikberatung verwendet werden kann, und eine noch aktuellere statistische Berichterstattung zur Einkommensteuer. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann, Dr. Joachim Schmidt, Dr. Erich Oltmanns¹⁾

Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt: Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie

Erste Daten für die Veränderungsrate des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahr werden in Deutschland gegenwärtig 45 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals veröffentlicht. Derzeit untersucht das Statistische Bundesamt im Rahmen eines vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) unterstützten Projektes die Frage, ob eine Veröffentlichung bereits 30 Tage nach Quartalsende mit vertretbarer Genauigkeit machbar wäre. Der vorliegende Aufsatz berichtet über dieses Projekt einer „BIP-Schnellschätzung“, das auf Daten und Konzepten vor der großen Revision 2005 fußt.

Vorbemerkung

Angesichts einer fortschreitenden europäischen Integration und einer zunehmend vereinheitlichten Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik für die Eurozone besteht ein verstärkter Bedarf an aussagekräftigen Statistiken auf europäischer Ebene. Höhere Zuverlässigkeit und Schnelligkeit sind dabei als wichtige Qualitätsmerkmale bei der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) anzusehen. Die Nachfrage politischer Entscheidungsträger der Europäischen Union (EU) nach schnelleren Quartalsergebnissen für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und seine Hauptaggregate gemäß den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 hat aber auch unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit mit Daten außereuropäischer Volkswirtschaften stark zugenommen.

Deutschland veröffentlicht gegenwärtig Quartalsergebnisse zum BIP (mit Veränderungen zum Vorquartal und zum Vorjahr) 45 Tage nach Ende des Berichtsquartals und liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Schätzung des Wachstums des BIP für die Eurozone und die EU insgesamt. Tiefere Untergliederungen des BIP nach Wirtschaftsbereichen und für die Verwendungsaggregate können von Deutschland zurzeit erst 55 Tage nach Quartalsende bereitgestellt werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Statistische Bundesamt im Jahr 2002 mit Unterstützung von Eurostat Untersuchungen zur beschleunigten Schätzung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts begonnen. Ziel der Studie ist es festzustellen, inwieweit aktuellere Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt bereits etwa 30 Tage nach Quartalsende mit vertretbarer Zuverlässigkeit und Genauigkeit geschätzt werden können. Die Ergebnisse sollen darüber hinaus eine Grundlage dafür bilden, dass bereits 45 Tage nach Quartalsende auch tiefere Untergliederungen des BIP nach Hauptaggregaten bereitgestellt werden können. Ende September 2003 lag ein erster und im Februar 2005 ein zweiter Projektbericht vor. Die Untersuchungen dauern an, und Anfang 2006 soll ein dritter Bericht die neuen Erkenntnisse zur Schnellschätzung, vor allem im Zusammenhang mit der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005²⁾, vorstellen.

Im Rahmen der bisherigen Studie entstand auf Grundlage ausgedehnter Recherchen zu international bereits existie-

¹⁾ Die Machbarkeitsstudie wurde unter Leitung von Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann in der Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“, durchgeführt. Für den folgenden Beitrag sind Dr. Erich Oltmanns und Dr. Joachim Schmidt verantwortlich.

²⁾ Siehe Braakmann, A./Hartmann, N./Räth, N./Strohm, W.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004“ in WiSta 5/2005, S. 425 ff.

renden Schnellschätzungen ein Verfahren zur kurzfristigen Schätzung des vierteljährlichen BIP für Deutschland, das so genannte Drei(3)-Säulen-Modell (3SM). Dieses Drei-Säulen-Modell umfasst eine ökonomische Schätzung (erste Säule), eine Expertenschätzung (zweite Säule) sowie die vollständige Abstimmung der Entstehungs- und Verwendungsaggregate (dritte Säule). Es ist nach heutigem Kenntnisstand eine konsequente Weiterentwicklung aller bisher bekannten Verfahren zur Schnellschätzung des BIP in anderen nationalen statistischen Ämtern. Parallel zur theoretischen Entwicklung des deutschen Schätzmodells fanden praktische Überprüfungen (Praxistests) des 3-Säulen-Modells statt. Das Zusammenspiel von ökonomischer Schätzung und Expertenschätzung sowie der technische und organisatorische Ablauf der Schnellschätzung konnten so laufend verbessert werden. Auf Grundlage der Erfahrungen in den Praxistests ist inzwischen gut zu beurteilen, ob die statistisch-ökonomische sowie die Prozessqualität des Verfahrens ausreichend sind, um aktuelle Ergebnisse für das vierteljährliche BIP 30 Tage nach Quartalsende zu schätzen.

1 Grundlagen der Untersuchung

1.1 Problemstellung und Organisation der Studie

Die Arbeiten lassen sich grob in vier Arbeitspakete gliedern:

- Untersuchung der Schätzverfahren anderer nationaler Statistikämter,
- Entwicklung eines statistisch-ökonomischen Schätzmodells für schnelle Schätzungen des vierteljährlichen BIP,
- Modelltest zur Beurteilung der statistischen Qualität der Schätzungen sowie zu Ablauf und Organisation des Schätzverfahrens (Praxistest),
- Abschätzungen des Aufwands und der Genauigkeit des Modells in einem laufenden Betrieb.

Für die Entwicklung eines tragfähigen Modells zur Schnellschätzung des BIP für Deutschland war zunächst ein ausführlicher Überblick über die zurzeit eingesetzten Verfahren zur schnellen Schätzung des vierteljährlichen BIP in den nationalen statistischen Ämtern notwendig (siehe Kapitel 2). Literaturauswertungen, zusätzliche mündliche und schriftliche Erläuterungen sowie Erfahrungen aus bilateralen Kontakten gehen hier ein. Die Datengrundlagen und Berechnungsmethoden werden auf Basis eines vorgegebenen Kriterienkatalogs beschrieben, verglichen und beurteilt. Eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der gängigen Verfahren spielen die statistischen Qualitätskriterien

zur Treffgenauigkeit der Schätzungen. Die diskutierten statistischen Maße gehen in die Optimierungsstrategie im ökonomischen Teil des Schätzmodells für Deutschland ein. Hinsichtlich eines laufenden Einsatzes des Schätzmodells in Deutschland wird die organisatorische Seite der Schnellschätzungen in den statistischen Ämtern besonders beleuchtet.

Das Verfahren zur kurzfristigen Schätzung des vierteljährlichen BIP baut auf dem internationalen Stand der Forschung auf (siehe Kapitel 3). Zunächst werden Intention und Grundstruktur des auf drei Säulen ruhenden Modells vorgestellt. Ein wesentlicher Teil des Modells (erste Säule) beschäftigt sich mit Spezifikation und Test der ökonomischen Schätzgleichungen für die ausgewählten Aggregate des BIP, und zwar sowohl auf der Entstehungsseite als auch auf der Verwendungsseite. Die jeweils „optimale“ Schätzgleichung wird dabei anhand vorgegebener Kriterien im Wege der so genannten Ex-post-Prognose bestimmt. Das Modell ruht zum Zweiten auf der Expertenschätzung als zweiter Säule. Die Schätzungen der jeweils zuständigen Fachreferate für die Entstehungs- und Verwendungsaggregate bilden quasi das „Gegengewicht“ zur entsprechenden ökonomischen Schätzung. Die abgestimmte Schätzung ist der letzte und zentrale Baustein der Schnellschätzung. Sie beschreibt das Vorgehen, wie die im Allgemeinen differierenden Ergebnisse der ökonomischen Schätzungen und der Expertenschätzungen, jeweils auf Entstehungs- und Verwendungsseite, zu einem veröffentlichungsreifen abgestimmten Ergebnis zusammengeführt werden. Der Schätzzeitpunkt, etwa 30 Tage nach Quartalsende ($t + 30$), orientiert sich an der Datenverfügbarkeit.³⁾ Zum Zeitpunkt $t + 30$ liegen in der Regel für die monatlichen Indikatoren Angaben für die ersten beiden Monate des Berichtsquartals vor, sodass nur der dritte Monat zu schätzen ist. Für einen früheren Zeitpunkt wäre die Schätzunsicherheit wegen des dann zusätzlich fehlenden zweiten Monats der monatlichen Indikatoren erheblich angestiegen.

Während der bisherigen Laufzeit der Studie wurde zu neun Terminen (drittes Quartal 2002 bis drittes Quartal 2004) die Leistungsfähigkeit des 3-Säulen-Modells untersucht (siehe Kapitel 4). Die Prüfungen beziehen sich zum einen auf die Treffgenauigkeit der Schätzungen für das BIP insgesamt sowie für die großen entstehungs- und verwendungsseitigen Aggregate, zum anderen auf die Qualität der Organisation und des Ablaufs der drei Schätzungen im tatsächlichen Betrieb. Im Zeitablauf ist ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess in der Modellbildung klar zu erkennen.

In die Gesamtbewertung des erarbeiteten Schätzmodells fließen sowohl die statistisch-ökonomische Qualität der Schätzergebnisse als auch die Prozessqualität des Verfahrens ein (siehe Kapitel 5). Fragen zum Aufwand beim laufenden Einsatz lassen sich aufgrund der Erfahrungen in den Praxistests ebenfalls beantworten. Ein Ausblick auf die

3) Gemäß der ursprünglichen Zielsetzung im ersten Studienabschnitt sollte die Tauglichkeit einer Schnellschätzung 45 Tage nach Ende des Quartals untersucht werden. Durch Straffung der Abläufe und eine weitere Optimierung der Prozesse konnte jedoch ab Mai 2003 die traditionelle Vierteljahresrechnung so beschleunigt werden, dass bereits 45 Tage nach Quartalsende das vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt ohne Untergliederung veröffentlicht werden kann. Diese so genannte Schnellmeldung basiert auf den Datengrundlagen und Berechnungsverfahren der angestammten Vierteljahresrechnung. In Bezug auf die Schnellschätzung führte die veränderte Sachlage zu der Entscheidung, ein statistisch-ökonomisches Schätzmodell für einen früheren als den ursprünglich gewählten Schätzzeitpunkt zu entwickeln.

geplanten Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Modells schließt die Darstellung ab.

Im ersten Studienabschnitt (Juli 2002 bis September 2003) waren zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, im zweiten Studienabschnitt (Oktober 2003 bis Februar 2005) ein wissenschaftlicher Mitarbeiter laufend mit den Projektarbeiten befasst. Darüber hinaus wirkten Fachleute aus den verschiedenen Sachgebieten der VGR mit. Zum einen steuerten sie wesentliche Informationen zur Auswahl der verwendeten Schätzindikatoren für die ökonometrischen Ansätze bei. Zum anderen spielten sie im Rahmen des neu entwickelten 3-Säulen-Modells eine zentrale Rolle als Experten, die eigenständige Schätzungen abgaben. Die Fachreferate waren in diesem Zusammenhang besonders während der Praxistests gefordert. Die ökonometrischen Testrechnungen sowie Schätzungen erledigten die Projektbearbeiter. Die Berechnungen wurden mit dem Statistik-/Ökonometrieprogramm *EViews* in der jeweils neuesten Version durchgeführt (*EViews 4.0* bzw. *5.0 Standard Edition*). Die Projektbetreuung und -steuerung erfolgte zentral.

1.2 Qualitätsaspekte

Gestützt auf die Empfehlungen der „Leadership Group (LEG) on Quality“ zur Qualität von Statistiken im ESS wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie der Grundstein zu einem operativen Qualitätsmanagement (QM) für das Modell zur kurzfristigen Schätzung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts gelegt. An dieser Stelle sollen kurz die wesentlichen Grundlagen und Zusammenhänge aufgezeigt werden.

Das operative Qualitätsmanagement lässt sich grob in vier Aufgabenfelder gliedern:

- Qualitätsplanung,
- Qualitätslenkung,
- Qualitätssicherung,
- Qualitätsverbesserung.

Jedes Aufgabenfeld hat eigene Ziele und spezifische Teilaufgaben. Bei der *Qualitätsplanung* werden für das Schätzmodell die Ziele Treffsicherheit (d. h.: Werden die Erwartungen der Nutzer dieser Statistik erfüllt?), Differenzierung (d. h.: Bietet das Schätzmodell etwas grundlegend Neues?), Robustheit (d. h.: Hält das Modell außergewöhnlichen Datenkonstellationen und Prozessstörungen stand?) und Fehlerfreiheit (d. h.: Weist das Modell bei der Einführung nur noch geringe „Fehler“ auf?) angestrebt. Zu den wichtigsten zielführenden Aufgaben gehören das Festlegen von Qualitätsforderungen bei der Entwicklung und Gestaltung des Schätzmodells sowie die Prozessplanung, -entwicklung und -gestaltung. Diese Thematik findet sich schwerpunktmäßig in Kapitel 3. Die *Qualitätslenkung* setzt sich die Einhaltung der Spezifikationen und Standards sowie die Beherrschung der Qualität der Prozesse zum Ziel. Die wesentlichen Aufgaben bestehen im Messen der Produkt- und Prozessqualität anhand von Kennzahlen, dem Festlegen von Verantwortlichkeiten für Messen und Prüfen sowie dem Arbeiten in Regelkreisen als Mittel der Prozessbeherrschung. Diese

Aufgaben sind besonders im Kapitel 4 dargestellt. Die *Qualitätssicherung* verfolgt im Rahmen des Qualitätsmanagements zwei Ziele. Zum einen ist nach außen gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern und der Öffentlichkeit sicherzustellen, dass das entwickelte Schätzmodell weitestgehend fehlerfrei ist und die Bedürfnisse der Kunden erfüllt. Zum anderen soll nach innen durch Qualitätssicherung erreicht werden, dass die Fachkollegen mögliche Fehler im Modell erkennen, beheben und beherrschen. Als wichtigste Aktivitäten sind in diesem Zusammenhang die Prüfung des Dateninputs, die Modellüberprüfung sowie Prozesskontrollen hervorzuheben. Die *Qualitätsverbesserung* als vierter und letzter Aufgabenbereich des operativen Qualitätsmanagements hat zum Ziel, permanent für Verbesserungen am Schätzmodell und den zugrunde liegenden Prozessen zu sorgen. Verbesserungsmaßnahmen dienen dabei zum einen der Erhöhung des Nutzens, zum anderen dem Streben nach „Fehlerfreiheit“ der Statistik. Mit Fragen sowohl der Qualitätssicherung als auch der Qualitätsverbesserung beschäftigen sich die Kapitel 4 bis 6.

2 Internationaler Stand der Forschung

2.1 Vorgehensweise bei der Darstellung

In einer Reihe von Ländern sind bereits Schnellschätzungen für das vierteljährliche BIP implementiert. Begleitend zur Entwicklung des 3-Säulen-Modells wurde eine Synopse erstellt, in der die in diesen Ländern gewonnenen Erfahrungen zusammen- und gegenübergestellt wurden. Trotz der Unterschiedlichkeit der international implementierten Verfahren konnte so unmittelbar an diese Erfahrungen angeknüpft werden und die Qualität des deutschen Verfahrens mit derjenigen der Schätzverfahren anderer Länder verglichen werden.

Für die Synopse wurde ein umfangreicher Kriterienkatalog aufgestellt, anhand dessen die verschiedenen Schnellschätzungen beurteilt wurden. Die Kriterien beziehen sich auf

- das Veröffentlichungsprogramm der Schnellschätzung,
- die Revisionspolitik,
- Revisionsmaße,
- Organisation und Verfahrensablauf,
- Datengrundlagen,
- Rechen- bzw. Schätzverfahren.

Zusätzlich zu den Schnellschätzungen der verschiedenen nationalen statistischen Ämter wurden auch die Schnellschätzungen Eurostats für die Eurozone und die Europäische Union in der Synopse berücksichtigt.

2.2 Verfahren in den nationalen statistischen Ämtern

Die Veröffentlichung von Schnellschätzungen für die Quartalsrechnung der VGR begann vor etwa 40 Jahren mit der Schnellschätzung der Vereinigten Staaten. Im Jahr 1993 folgte die erste Veröffentlichung einer Schnellschätzung des Vereinigten Königreichs und in der jüngeren Vergangenheit führten auch Italien, Litauen, die Niederlande und Japan Schnellschätzungen ein. Seit 2003 gibt es eine Schnellschätzung für die Europäische Union und die Eurozone, und seit dem vergangenen Jahr veröffentlichten Belgien und Frankreich Schnellschätzungen für das BIP.

In den meisten Ländern sind die nationalen statistischen Ämter für die Erstellung und Veröffentlichung zuständig. Eine Ausnahme bildet Belgien. Hier führt das „Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ die Schnellschätzung durch, und die Belgische Nationalbank veröffentlicht die Ergebnisse.

Die meisten in die Untersuchung einbezogenen Länder veröffentlichen die Ergebnisse ihrer Schnellschätzung innerhalb von 45 Tagen nach Ende des Referenzquartals. Am schnellsten veröffentlicht das Vereinigte Königreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Belgien und Litauen, wie Tabelle 1 zeigt.

Die Pressemitteilungen zu den Schnellschätzungen sind ebenfalls sehr unterschiedlich gestaltet. Dies gilt sowohl für den Inhalt als auch für den Umfang. Eine Veränderungsrate des BIP gegenüber dem Vorquartal veröffentlichen alle Länder. Mit Ausnahme von Griechenland geben alle Länder

diese Zahl auch in saison- und kalenderbereinigter Form an. Darüber hinaus veröffentlichen – abgesehen vom Vereinigten Königreich und Frankreich – alle Länder eine Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal. Im Übrigen ist zu betonen, dass der Stellenwert der Art der Veränderungsrate unterschiedlich ist. So veröffentlichen die Vereinigten Staaten zwar eine Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal, die Betonung in der Pressemitteilung liegt aber auf der – auf die Jahresrate hochgerechneten – Veränderungsrate des saison- und kalenderbereinigten BIP gegenüber dem Vorquartal (“quarter-to-quarter changes, seasonally adjusted at annual rates”⁴).

Hinsichtlich des Revisionskalenders bestehen große Unterschiede bei den in die Untersuchung einbezogenen Ländern. So werden die Daten der niederländischen Schnellschätzung noch einmal zum Zeitpunkt t+90 in überarbeiteter Form veröffentlicht, und endgültig werden sie nach spätestens 41 Monaten. In anderen Ländern wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten finden wesentlich häufiger Revisionen statt.

Äußerst heterogen ist das Bild auch hinsichtlich des Zeitpunktes, zu dem ein endgültiges Ergebnis vorliegt. So liegt dieses in Litauen bereits neun bis 18 Monate nach Ende des Referenzquartals vor, in Italien dagegen erst nach vier bis fünf Jahren. Im Rahmen dieser Studie wird zwar nicht den Ursachen für diese große Spannweite nachgegangen, es ist aber zu vermuten, dass sie zum einen in den jeweiligen Gegebenheiten hinsichtlich der Verfügbarkeit der Basisstatistiken bzw. Indikatoren zu suchen sind und zum anderen durch den besonderen Charakter der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen begründet werden können: „Für die Dar-

Tabelle 1: Schnellschätzungen des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich¹⁾

Land	Institution	Erste Veröffentlichung	Zeitpunkt der Veröffentlichung	Inhalt der Veröffentlichung			
				Veränderungsrate des BIP im Vergleich zum		Niveau des realen BIP	Daten bzw. Informationen zu Teilaggregaten
				Vorquartal	Vorjahr		
		Jahr	[t + ... Tage] ²⁾				
Belgien	Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (INR) ^{3)/} Belgische Nationalbank (BNB)	2004	30	Ja	Ja	Nein	Nein
Frankreich	Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE)	2004	42/43	Ja	Nein	Nein	Nein
Griechenland	National Statistical Service of Greece (NSSG)	2002	45	Ja	Ja	Ja	Verwendungsrechnung
Italien	National Institute of Statistics of Italy (ISTAT)	2000	45	Ja	Ja	Ja	Entstehungsrechnung
Litauen	Statistisches Amt Litauen (StD)	2000	30	Ja	Ja	Nein	Entstehungsrechnung
Niederlande	Statistics Netherlands (CBS)	2002	45	Ja	Ja	Ja	Entstehungs- und Verwendungsrechnung
Vereinigtes Königreich	Office for National Statistics (ONS)	1993	25	Ja	Nein	Ja	Entstehungsrechnung
Eurozone und EU	Eurostat	2003	45	Ja	Ja	Nein	Nein
Japan	Economic and Social Research Institute (ESRI)	2002	45	Ja ⁴⁾	Ja	Ja	Verwendungsrechnung
Vereinigte Staaten	Bureau of Economic Analysis (BEA)	1960er-Jahre	30	Ja ⁴⁾	Ja	Ja	Verwendungsrechnung

1) Zu weiteren Angaben zum internationalen Vergleich siehe auch Tabelle 8 auf S. 699. – 2) Tage nach Ablauf des Referenzquartals. – 3) INR: Instituut voor de Nationale Rekeningen. – 4) In annualisierter Form.

4) Hinweis von E. P. Seskin vom Bureau of Economic Analysis.

Tabelle 2: Prognosegüte von Schnellschätzungen des Bruttoinlandsprodukts im internationalen Vergleich¹⁾

Land	Beobachtungen	Revisionsdifferenz			Absolute Revisionsdifferenz		
		arithmetisches Mittel	Minimum	Maximum	arithmetisches Mittel	Minimum	Maximum
	Anzahl	Prozentpunkte					
Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorquartal ²⁾							
Italien	17	-0,01	-0,30	0,30	0,12	0,00	0,30
Niederlande	11	0,04	-0,50	0,40	0,20	0,00	0,50
Vereinigtes Königreich	40	0,08	-0,50	0,60	0,19	0,00	0,60
Eurozone	16	0,01	-0,20	0,27	0,10	0,00	0,27
Europäische Union	16	0,03	-0,10	0,22	0,09	0,00	0,22
Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahresquartal ²⁾							
Italien	17	-0,02	-1,22	1,22	0,50	0,00	1,22
Litauen	14	0,80	-0,40	2,70	0,93	0,00	2,70
Niederlande	11	0,15	-0,50	0,70	0,29	0,00	0,70
Vereinigtes Königreich ³⁾	40	0,31	-2,04	2,45	0,75	0,00	2,45
Eurozone	16	0,03	-0,39	0,28	0,17	0,04	0,39
Europäische Union	16	0,05	-0,23	0,30	0,16	0,00	0,30
Vereinigte Staaten ⁴⁾	35	0,15	-4,40	4,00	1,23	0,00	4,40

1) Veränderungsraten im Vergleich zum zuletzt veröffentlichten Ergebnis. Veröffentlichungsstand: Februar 2005. – 2) Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich: Kettenindizes, andere: Festpreisbasis. – 3) Bezugsgröße: Veränderungsraten gegenüber dem Vorquartal. Zu Vergleichszwecken annualisiert. – 4) Bezugsgröße: annualisierte Veränderungsraten gegenüber dem Vorquartal.

stellung des wirtschaftlichen Geschehens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt es kein in allen Einheiten feststehendes Schema.“⁵⁾ Vielmehr handelt es sich um „eine Zahl von Konstrukten, die sich jeweils unterscheiden und ständigem Wandel unterliegen“⁶⁾.

Bei den verwendeten Methoden zeigt sich, dass ein einheitliches „optimales“ Vorgehen nicht existiert. So reicht die Bandbreite der Verfahren von ökonomischen Rechnungen bis zu subjektiv geschätzten Trends. Bei der Beurteilung der Prognosegüte der Schnellschätzungen sind in der Tabelle 2 nur die Länder berücksichtigt, für die eine ausreichende Anzahl von Beobachtungen zur Verfügung steht und für die auch die Prognosemaße berechnet werden können, die später zur Beurteilung der im Rahmen der Studie durchgeführten ökonomischen Schätzungen dienen. Bei den Maßen handelt es sich zum einen um das arithmetische Mittel der Revisionsdifferenzen, die „Mittlere Revisionsdifferenz (MR)“, und zum anderen um die so genannte „Mittlere absolute Revisionsdifferenz (MAR)“. Zusätzlich dargestellt sind jeweils die minimale und die maximale Revisionsdifferenz. Verglichen wird die Prognosegüte für die Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal als auch für diejenige gegenüber dem Vorjahresquartal im Vergleich zum zuletzt veröffentlichten Ergebnis.

Für alle fünf dargestellten Schnellschätzungen sind die Prognosen der Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal nahezu unverzerrt, wie ein Blick auf die mittlere Revisionsdifferenz zeigt. Für Italien, die Eurozone und die Europäische Union liegt die mittlere absolute Revisionsdifferenz ungefähr bei 0,1 Prozentpunkten, für das Vereinigte Königreich und die Niederlande bei 0,2 Prozentpunkten.

Für die Bewertung der Güte der Prognosen gegenüber dem Vorjahresquartal stehen Informationen für zwei zusätzliche

Länder zur Verfügung, und zwar die Vereinigten Staaten und Litauen. Die Unterschiede in der Prognosegüte sind hier deutlich größer als bei dem Vergleich zum Vorquartal. So sind nur die Schätzungen für Italien, die Eurozone und die Europäische Union unverzerrt, und es sind zum Teil erhebliche Abweichungen zu beobachten. Sie liegen beispielsweise für die Schnellschätzung der Vereinigten Staaten bei -4,4 und für die von Litauen bei +2,7 Prozentpunkten. Dies lässt jedoch nur bedingt Schlussfolgerungen auf die Qualität der Schnellschätzungen beider Länder zu. Im Falle Litauens ist das Ausmaß der Revisionen vor dem Hintergrund hoher Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu betrachten. Und für die Vereinigten Staaten ist festzuhalten, dass die zuerst veröffentlichten Ergebnisse mittlerweile Gegenstand mehrerer großer Revisionen gewesen sind, die sich stark auf den Vergleich zum zuletzt veröffentlichten Ergebnis auswirken können.

3 Das deutsche Verfahren zur Schnellschätzung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts: das 3-Säulen-Modell

3.1 Überblick

Bei der Entwicklung eines Modells zur kurzfristigen Schätzung des BIP in der Bundesrepublik Deutschland waren vier wesentliche konstitutive Eigenschaften zu definieren. Sie betreffen

- den Modellcharakter,
- die Grundprinzipien des Modells,

5) Hildegard Bartels, zitiert nach Schmidt, J.: „Entwicklungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen seit 1950“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland 2004“, Festschrift für Hildegard Bartels zum 90. Geburtstag, Wiesbaden 2004, S. 41.

6) Siehe Fußnote 5.

- die Ansatzpunkte für die Schätzung,
- das Schätzverfahren.

Die vier genannten Kriterien ergeben sich zum einen aus der vorangehenden Analyse der Praktiken in anderen Ländern, zum anderen setzen sie an den tatsächlichen Verhältnissen (inhaltlich wie organisatorisch) in den VGR des Statistischen Bundesamtes an.

3.1.1 Modellcharakter

Bei der Modellentwicklung waren vorab zwei grundlegende Entscheidungen zu fällen, die erstens das Modellumfeld und zweitens den Modellgehalt betreffen. Beim *Modellumfeld* gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten. Entweder handelt es sich um ein *integriertes* Modell, das in die „normalen“ Arbeitsabläufe der VGR eingebettet ist, oder das Modell operiert *isoliert* von den „normalen“ Arbeitsabläufen sozusagen im „Elfenbeinturm“. Das von Anfang an favorisierte integrierte Modell hat sich als sehr leistungsfähig und zielführend herausgestellt. Der wechselseitige Erfahrungsaustausch zwischen „Stammrechnern“ und den Verantwortlichen für das Schätzmodell („Schnellschätzern“) führte zu effizienter Arbeitsweise (z. B. Zugriff auf zentrale Datenbestände, Vermeidung von Doppelarbeiten) und zu erheblichen Synergieeffekten (etwa durch regelmäßige Diskussionen zu den Datengrundlagen und den Berechnungsverfahren zwischen Stammrechnern und Schnellschätzern). Unter Qualitätsgesichtspunkten bietet der integrierte Ansatz mit Blick auf einen laufenden Betrieb erheblich bessere Bedingungen für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess des Schätzmodells. Diese Vorteile des integrierten Ansatzes überwiegen die Nachteile in Form eines erhöhten Diskussions- und Abstimmungsbedarfs im Vergleich zum isolierten Ansatz.

Unter dem *Modellgehalt* soll speziell die Gestaltung des ökonomischen Teils des Schätzmodells verstanden werden. Es war zu entscheiden, ob das Modell rein theoriegestützt, rein empirisch oder als Mischform spezifiziert wird. Die rein theoriegestützte Formulierung würde nur durch wirtschaftstheoretische Überlegungen abgesicherte Beziehungen zwischen erklärenden und zu erklärenden Variablen für die Prognose zulassen. Ein Indikatoransatz entspricht dem in der Regel. Ein rein empirisches Modell würde allein auf Schätzgleichungen fußen, die – unabhängig von ökonomischen Überlegungen („measurement without theory“) – aufgrund statistisch-ökonomischer Optimierungskriterien als „beste“ (Prognose-)Gleichungen bestimmt werden. Damit sind zum Beispiel autoregressive Ansätze⁸⁾ gemeint. Die Mischform erlaubt beide Alternativen. Die ursprüngliche Entscheidung für diese Mischform hat sich bewährt. Ein Mix aus theoriegestützten und empirischen Spezifikationen im ökonomischen Teil des Schätzmodells lässt sich flexibel an die Datenlage anpassen. Die ökonomische Fundierung und Interpretierbarkeit der Schätzungen ist im Regelfall gewährleistet. Im Einzelfall, wenn geeignete Variablen (Indi-

katoren) fehlen, können Schätzgleichungen ohne direkte ökonomische Interpretationsmöglichkeit die Lücke im Schätzmodell schließen.

3.1.2 Grundprinzipien des Modells

Die Entwicklung eines Modells zur kurzfristigen Schätzung der vierteljährlichen Veränderungsrate des realen BIP in Deutschland folgt drei Grundprinzipien:

- Orientierung am Bewährten („best practice“), das heißt Berücksichtigung internationaler Erfahrungen mit Schnellschätzungen im deutschen Modell. Das Motto der Modellentwicklung lautet: „Das Rad wird nicht neu erfunden“. Der Entwicklungsprozess startet auf dem gängigen Terrain. Nicht zuletzt berücksichtigt das Modell die im *Handbuch für vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* gegebenen Empfehlungen zur Methodik von Schnellschätzungen.⁹⁾ Einen weiteren wesentlichen Baustein bildet die laufende Kommunikation mit den Fachkollegen. Während der Laufzeit der Studie konnte so die ursprüngliche Konzeption entscheidend verbessert werden. Zeitintensive „Produktionsumwege“ konnten vermieden werden.
- Pragmatischer, zielorientierter (d. h. auf einen Dauereinsatz gerichteter) Entwicklungsprozess unter Einsatz gängiger Methoden der Zeitreihenanalyse. Die Leitlinie hier bildet eine Art „methodische Selbstbeschränkung“. Zu Beginn der Untersuchung wurden das Wünschenswerte einerseits und das Machbare andererseits gegenübergestellt. Die Diskussion ergab eine klare Zielformulierung. Hinsichtlich der ökonomischen Modellbildung heißt dies: Verwendung von Eingleichungsmodellen und Einsatz der bewährten Methoden der Zeitreihenanalyse. Insbesondere wurde nicht angestrebt, ein interdependentes Mehrgleichungsmodell zu entwickeln. Diese Alternative hätte einen hohen, unkalkulierbaren Entwicklungsaufwand und praktische Probleme (hoher Bedienungs- und Pflegeaufwand) bei einem eventuellen späteren Dauereinsatz des Schätzmodells mit sich gebracht.
- Prozessorientierte Gestaltung des Schätzmodells, die einen sicheren Betrieb gewährleistet. „Der Prozess muss stimmen“ lautet die Richtschnur bei der Entwicklung des Schätzmodells. Dazu gehört eine Dokumentation der Abläufe (Prozessschritte) sowie die Beschreibung von Schnittstellen (Übergabe von Informationen oder Daten). Wegen der kurzen Produktionszeit der Schätzung, also des Zeitraums zwischen erster Aktivität für die Schätzung und der Veröffentlichung einer geschätzten vierteljährlichen Veränderungsrate des realen BIP, ist auf standardisierte Abläufe und feste, verbindliche Liefertermine für Daten einschließlich definierter Übergabebedingungen (d. h. Format der Zahlen, Liefermedium usw.) besonderer Wert zu legen. Das in der Machbarkeitsstudie entwickelte Schätzmodell soll unmittelbar für die Praxis tauglich sein.

7) Als Ökonometrie soll hier die empirische Bestimmung ökonomischer Zusammenhänge bezeichnet werden, siehe Theil, H.: „Principles of Econometrics“, New York 1971, S. 1.

8) Siehe dazu unter Abschnitt 3.2.

9) Siehe Eurostat (Hrsg.): „Handbook on quarterly national accounts“, Luxemburg 1999, Kapitel 16.

3.1.3 Ansatzpunkte für die Schätzung

Es gibt drei (Aggregations-)Ebenen, auf denen die Entwicklung eines Schätzmodells ansetzen kann:

- Ebene des BIP insgesamt,
- Ebene der gegenwärtig veröffentlichten Entstehungs- und Verwendungsaggregate in $t+55$ (Veröffentlichungstiefe),
- Ebene der Teilmengen der veröffentlichten Aggregate.

Die Untersuchungen ergaben, dass eine Schätzung des vierteljährlichen BIP, allein beruhend auf einer kurzfristigen Schätzung des BIP *insgesamt* anhand geeigneter Indikatoren, zu große Schätzunsicherheiten birgt. Weiterhin zeigt die Studie grundsätzlich die Aggregate des BIP in der gegenwärtigen Veröffentlichungstiefe als geeigneten Ansatzpunkt der Schätzungen auf. In Einzelfällen ergeben sich bessere (ökonometrische) Schätzergebnisse für das BIP und die Hauptaggregate auf Entstehungs- und Verwendungsseite, wenn Teilaggregate der in der traditionellen Vierteljahresrechnung (in $t+55$) veröffentlichten Aggregate geschätzt und dann aggregiert werden.

3.1.4 Schätzverfahren

Das für Deutschland entwickelte Verfahren zur kurzfristigen Schätzung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts, das 3-Säulen-Modell (3SM) ist ein mehrgliedriges Verfahren. Es führt im Ergebnis zu einem konsistenten, abgestimmten Ergebnis für das BIP und dessen Aggregate auf Entstehungs- und Verwendungsseite. Das Verfahren liefert 30 Tage nach Quartalsende (in $t+30$) folgende Informationen:

- die Entwicklung im Vorjahresvergleich des realen vierteljährlichen BIP,
- die Entwicklung im Vorquartalsvergleich des vierteljährlichen BIP (real, saison- und kalenderbereinigt),
- entsprechende Aussagen, gegebenenfalls qualitativ, über einzelne Hauptaggregate der Entstehungs- und Verwendungsseite.

Es besteht aus drei voneinander getrennten Schätzungen:

- Säule 1: Die ökonometrische Schätzung.¹⁰⁾ Sie liefert rein quantitative Schätzungen für die Originalwerte (real) der Aggregate der Entstehungs- und Verwendungsseite auf Grundlage der bis zum Zeitpunkt $t+25$ vorliegenden Daten. Die Addition der Schätzungen der entstehungsseitigen Wertschöpfung und der Übergangsposten liefert ein entstehungsseitiges Ergebnis für das reale BIP. In gleicher Weise wird ein Ergebnis des realen BIP über die Aggregate der Verwendungsseite ermittelt. Die bei-

den Schätzungen für das BIP stimmen in der Regel nicht überein. Der Fertigstellungs- und Liefertermin der Ergebnisse der ersten Säule liegt bei $t+29$.

- Säule 2: Die Expertenschätzung. Sie setzt sich aus den Schätzungen der jeweils für die Berechnung verantwortlichen Fachreferate für die Aggregate auf der Entstehungs- und Verwendungsseite zusammen. Zugelassen sind hier sowohl quantitative Schätzungen, das heißt Berechnungen, als auch qualitative Aussagen, das heißt subjektive Einschätzungen, zur realen Quartalsentwicklung (Vorjahresvergleich). Auch hier weichen im Ergebnis entstehungs- und verwendungsseitiges reales BIP in der Regel voneinander ab. Liefertermin für die Expertenschätzung ist ebenfalls $t+29$.
- Säule 3: Die abgestimmte Schätzung. Sie basiert auf den Ergebnissen der ökonometrischen Schätzung und der Expertenschätzung. In einem zweistufigen Verfahren wird aus den differierenden Schätzungen für die Aggregate sowie das BIP eine abgestimmte Schätzung zur realen Entwicklung im Vorjahresvergleich gewonnen. Dabei gehen quantitative wie qualitative (Qualitäts-)Überlegungen in die Betrachtung ein. Anschließend werden die Ergebnisse saison- und kalenderbereinigt. Im Normalfall läuft dieser Prozess im Rahmen einer Abstimmungskonferenz am Tag $t+29$ ab, an der alle Fachreferate der Expertenschätzung sowie der „Ökonometriestab“ (im Rahmen des Projekts die Projektmitarbeiter) teilnehmen.

Das 3-Säulen-Modell hat mehrere wichtige Eigenschaften:

Das Modell ist in allen Teilen integrativ. Säule 1 ist kein isoliert betriebenes ökonometrisches Modell. Es ist eingebunden in den Daten- und Informationsfluss der Fachkollegen der VGR. Alle relevanten hausinternen und zusätzlich externe Informationen werden genutzt. Säule 2 baut ausschließlich auf den detaillierten Kenntnissen und den neuesten (quantitativen und qualitativen) Informationen der Fachreferate am aktuellen Rand auf. Säule 3 stellt eine modifizierte Form der Delphi-Prognose¹¹⁾ dar. Sie bietet mit ihrem formalen Aufbau die Möglichkeit, quantitative und qualitative Einschätzungen aller Fachkollegen zu verbinden. Der Prozess und das Ergebnis sind nachvollziehbar.

Das Modell ist prozessorientiert. Der Ablauf der Arbeitsschritte ist in einer Zeittafel klar wiedergegeben. Durch dokumentierte Absprachen und Arbeitshinweise werden eindeutig Zuständigkeiten und Verantwortungen für alle Schritte der Schätzung sowie die Schätzverfahren festgelegt.

Das Modell kann kontinuierlich verbessert werden. Aufgrund der exakten Dokumentation sind Schwachpunkte in

10) Der Begriff soll in diesem Zusammenhang in einem weiteren Sinn verstanden werden, als dies bei Nierhaus der Fall ist. Die ökonometrische Schätzung umfasst auch den dort als separate Methode beschriebenen Indikatoransatz. Siehe Nierhaus, W.: „Konjunkturprognosen und Prognoserisiko“ in ifo Schnelldienst 16/2001, S. 17.

11) Das Verfahren wurde 1952 entwickelt. Es handelt sich um eine spezielle Gruppenbefragung von Experten. Das Grundprinzip: Jedem Teilnehmer der Gruppe wird das gleiche Problem vorgelegt. Jeder Teilnehmer soll dann auf Basis der ihm vorgelegten Informationen für sich allein eine Prognose abgeben und diese begründen, gegebenenfalls mit weiteren Informationsquellen. Dadurch wird zunächst einmal die ganze Bandbreite der verschiedenen Meinungen sichtbar. Im Anschluss stellt man die vom Durchschnitt der Antworten abweichenden Äußerungen fest, und es wird nach Begründungen für die Abweichungen gesucht. Können die Urheber Ursachen angeben, so erhalten alle Teilnehmer diese Begründungen, die sonstigen Antworten und Charakteristika der bisherigen Antwortverteilung. Auf Basis dieser zusätzlichen Informationen geben alle Teilnehmer eine neue Antwort ab, die von der früheren abweichen kann, aber nicht muss. Der Prozess wird solange fortgesetzt, bis eine Mehrheitsaussage vorliegt. Diese Mehrheitsaussage stellt die Basis für die Prognose dar.

der Schätzung für den jeweils abgelaufenen Termin schnell ersichtlich. Die erkannten Verbesserungspotenziale im Ablauf und in der Schätzmethodik können bis zum nächsten Termin genutzt werden.

Das Modell liefert eine bessere Prognosegüte als die rein ökonomische Schätzung. Der erste Erfolgsfaktor dafür ist, dass die ersten beiden Säulen des Modells unabhängig voneinander sind. In der Expertenschätzung ist darauf zu achten, dass zwischen den befragten Referaten nicht bereits eine „interne Abstimmung“ über die zukünftige Entwicklung stattfindet. Die ursprünglich formulierte „Kommunikationssperre“ zwischen den Referaten untereinander und zum Ökonometriestab hat sich allerdings als suboptimal erwiesen. Der Austausch wichtiger Informationen vor dem Abstimmungstermin bis hin zur bilateralen Diskussion (Ökonometriker und Experte) über die Indikatoren sowie Einflussfaktoren für die jeweilige Schätzung führte häufig nochmals zu wechselseitigen substanziellen Verbesserungen der Experten- und der ökonomischen Schätzung. Gleichzeitig hielten sich alle an den Praxistests Beteiligten an den Grundsatz der Unabhängigkeit der Schätzungen. Die Kommunikation aller Fachreferate mit dem Ökonometriestab in der Abstimmungskonferenz liefert den zweiten Erfolgsfaktor.

3.2 Ökonometrische Schätzung

3.2.1 Methodische Vorgaben

Ziel dieser Säule des Modells ist es, Schätzungen unter Verwendung ökonomischer bzw. zeitreihenanalytischer Verfahren zu liefern, die zusammen mit der zweiten Säule des Modells, den Schätzungen der Experten, zu einem abgestimmten Ergebnis für das vierteljährliche BIP führen. Aus diesem Ziel können erste methodische Vorgaben für die ökonomische Säule abgeleitet werden.

Im Allgemeinen ist daraus abzuleiten, dass die ökonomische Säule sich soweit wie möglich den Methoden der traditionellen Vierteljahresrechnung annähern soll. Und im Besonderen ist daraus abzuleiten, dass die ökonomische Säule die verschiedenen Datensituationen zum Zeitpunkt der Schätzung zu berücksichtigen hat, die sich prinzipiell ergeben:

- Schätzung eines monatlichen Indikators,
- Schätzung eines vierteljährlichen Aggregats bzw. Indikators,
- Übernahme einer Setzung.

Hieraus entsteht ein erstes Gerüst für die ökonomische Säule: Sie ermittelt ihre Schätzungen auf einer Aggregationsebene, die eine Abstimmung mit den Expertenschätzungen ermöglicht, sie gelangt zu unabhängigen Schätzungen für die Entstehungsseite und die Verwendungsseite des BIP, und sie hat zum Zeitpunkt der Schätzung das gleiche Schätzproblem wie die Experten zu lösen. Der wesentliche Unterschied zur zweiten Säule sollte lediglich darin bestehen, dass für dieses Schätzproblem eine andere – nämlich ökonomische – Technik genutzt wird.

3.2.2 Aggregationsebene der Schätzung

In Übersicht 1 ist die Aggregationsebene für die Schätzung des BIP von der Entstehungsseite dargestellt. In der Festlegung dieser Aggregationsebene kommt eine Reihe von Überlegungen zum Ausdruck. So sollte eine Gliederungstiefe gewählt werden, für die monatliche Indikatoren oder Modellrechnungen bzw. bestimmte „Setzungen“ zur Verfügung stehen. Andererseits sollte sie nicht zu fein sein, um den Arbeitsaufwand, der mit der Erstellung der Schätzungen verbunden ist, in vertretbaren Grenzen zu halten. Das Ergebnis ist eine Tiefe, die der Hierarchieebene A 17 entspricht, wobei die Zahl die Anzahl der Wirtschaftsbereiche nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93) angibt. Die einzige Ausnahme bildet der Wirtschaftsbereich „Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen“. Dieser Bereich wird weiter untergliedert, da für die „Wohnungsvermietung“ eine unterjährige Modellrechnung besteht, die als Setzung in die Schnellschätzung übernommen wird. Die Schätzungen für die Aggregate der Entstehungsrechnung werden allesamt in konstanten Preisen ermittelt.

Übersicht 1: Aggregationsebene der Schnellschätzung
Entstehungsrechnung
Prozent

Rechengröße	Anteil am BIP ¹⁾
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	96,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,3
Land- und Forstwirtschaft	1,3
Fischerei	0,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	22,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	20,1
Energie- und Wasserversorgung	1,9
Baugewerbe	4,5
Bauhauptgewerbe	2,3
Ausbaugewerbe	2,1
Handel, Gaststättengewerbe und Verkehr	18,3
Handel	9,7
Kraftfahrzeughandel	1,4
Handelsvermittlung und Großhandel	4,5
Einzelhandel	3,8
Gastgewerbe	0,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,7
Verkehr	3,2
Nachrichtenübermittlung	4,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	30,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5,9
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	24,1
Wohnungsvermietung	8,5
Grundstückswesen und Unternehmensdienstleister	15,6
Öffentliche und private Dienstleister	20,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	5,7
Erziehung und Unterricht	3,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6,4
Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen	4,2
Häusliche Dienste	0,1
Unterstellte Bankgebühr	5,5
Bereinigte Bruttowertschöpfung	90,9
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	9,1
Bruttoinlandsprodukt	100

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. Durchschnitt der ex post geschätzten Quartale. Differenzen in den Summen durch Rundung möglich.

Übersicht 2: Aggregationsebene der Schnellschätzung
Verwendungsrechnung
Prozent

Rechengröße	Anteil am BIP ¹⁾
Konsumausgaben	76,3
Private Konsumausgaben	56,8
Konsumausgaben der privaten Haushalte	54,9
Preisindex für die Konsumausgaben der privaten Haushalte	X
Konsumausgaben der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen ²⁾	52,9
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	51,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,3
Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2,3
Energie und Wasserversorgung	1,6
Kraftfahrzeughandel	5,6
Großhandel	0,7
Einzelhandel	16,7
Gastgewerbe	2,1
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	2,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,1
Wohnungsvermietung	10,8
Grundstückswesen und Unternehmensdienstleister	0,8
Öffentliche und private Dienstleister	5,3
Saldo der Konsumausgaben mit der übrigen Welt ³⁾	1,7
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	1,9
Konsumausgaben des Staates	19,6
Preisindex für die Konsumausgaben des Staates	X
Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen ²⁾	18,8
Bund	2,0
Länder	5,4
Gemeinden	3,7
Sozialversicherung	7,6
Bruttoinvestitionen	18,7
Bruttoanlageinvestitionen	19,7
Ausrüstungen	7,7
Maschinen und Geräte	6,0
Fahrzeuge	1,7
Bauten	10,7
Bauhauptgewerbe	3,8
Ausbaugewerbe	3,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,9
Dienstleister für die Bauplanung	0,6
Dienstleister für die Grundstücksübertragung	0,4
Übrige Produzenten	1,6
Sonstige Anlagen	1,4
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ³⁾	-1,1
Inländische Verwendung	95,0
Außenbeitrag ³⁾	5,0
Exporte	37,5
Waren	32,6
Preisindex für die Ausfuhr von Waren	X
Waren in jeweiligen Preisen	34,3
Dienstleistungen	4,9
Preisindex für die Ausfuhr von Dienstleistungen	X
Dienstleistungen in jeweiligen Preisen	5,0
Importe	32,5
Waren	26,0
Preisindex für die Einfuhr von Waren	X
Waren in jeweiligen Preisen	27,4
Dienstleistungen	6,6
Preisindex für die Einfuhr von Dienstleistungen	X
Dienstleistungen in jeweiligen Preisen	7,6
Bruttoinlandsprodukt	100

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. Durchschnitt der ex post geschätzten Quartale. Differenzen in den Summen durch Rundung möglich. – 2) Teilaggregate in jeweiligen Preisen. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

Nicht alle der aufgeführten Aggregate sind Gegenstand ökonomischer Schätzungen. Neben der Wohnungsvermietung wird zum Beispiel für die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereiches „Fischerei und Fischzucht“ eine Setzung vorgenommen (Vorjahreswert) und der „Saldo der Gütersteuern und Gütersubventionen“ aus den Ansätzen des Fachreferates übernommen.

Anders als auf der Entstehungsseite wird auf der Verwendungsseite eine Reihe von Größen zunächst in jeweiligen Preisen geschätzt und anschließend deflationiert. Wie in Übersicht 2 dargestellt, gilt dies für die Konsumausgaben der privaten Haushalte (nach Lieferbereichen), die Konsumausgaben des Staates sowie für die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen. Die Ausrüstungsinvestitionen, die Bauinvestitionen (nach Produzentengruppen) sowie die Sonstigen Anlagen werden unmittelbar in konstanten Preisen geschätzt.

Eine Leitlinie der ökonometrischen Schätzungen ist es, ausgehend von absoluten Werten einzelner Zeitreihen durch Aggregation und Saldenbildung zu einem BIP-Wert und dessen Veränderungsrate zu gelangen. Hierdurch sollen Gewichtungprobleme, die bei der Schätzung von Wachstumsraten auftreten könnten, vermieden werden. Dies erfordert sowohl auf der Entstehungs- als auch auf der Verwendungsseite eine vollständige Staffelformelrechnung für das Bruttoinlandsprodukt. Für die Verwendungsseite bedeutet dies, dass zusätzlich zu den in den Vierteljahresveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes nachgewiesenen Größen ein „Saldo der Konsumausgaben mit der übrigen Welt“ geschätzt werden muss. Auf der Verwendungsseite werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nachgewiesen. Um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen, sind die Konsumausgaben der (inländischen) privaten Haushalte im Ausland hinzuzuaddieren und die Konsumausgaben von Gebietsfremden im Inland abzuziehen.

3.2.3 Datenquellen

Die wichtigsten Datenquellen für die ökonometrischen Schätzungen sind hausinterne Quellen des Statistischen Bundesamtes, die ergänzt werden durch Produkte externer Datenproduzenten. Zu den internen Quellen zählen im Wesentlichen Vierteljahresdaten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und monatliche Daten aus den verschiedenen Fachstatistiken, etwa aus den Statistiken im Produzierenden Gewerbe oder im Handel und Gastgewerbe. Einzelheiten sind der Übersicht 3 zu entnehmen.

Der Großteil der Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird direkt den Veröffentlichungen entnommen. Eine Ausnahme bilden etwa die Positionen der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. Diese werden vierteljährlich nur in einer A 6-Untergliederung veröffentlicht, liegen intern aber in deutlich feinerer Untergliederung vor. Die weiteren Angaben, insbesondere die verwendeten Indikatoren, stammen zu einem großen Teil aus den Fachserien des Statistischen Bundesamtes und aus den elektronischen Informationssystemen STATIS-BUND bzw. seit 2004 GENESIS-Online. Auch werden Informationen aus Pressemitteilungen genutzt. Wichtigste externe Quelle für die Schnellschätzung ist die Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank. Sie bildet die Grundlage für die Schätzung des Außenbeitrages.

3.2.4 Prognoseverfahren

Die ökonometrische Schätzung läuft in zwei Schritten ab. Zunächst werden so genannte Ex-post-Prognosen durch-

Übersicht 3: Datenquellen der BIP-Schnellschätzung

Bezeichnung	Produzent	Periodizität
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe Reihe 2.1: Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Reihe 2.2: Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus Reihe 1.1: Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen)	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Reihe 3.1: Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen)	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Reihe 7.4: Gastgewerbe	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Reihe 1.3: Hauptbericht	Statistisches Bundesamt	Jährlich
Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung	Statistisches Bundesamt	Vierteljährlich
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft	Statistisches Bundesamt	Monatlich
Erwerbstätigenrechnung	Statistisches Bundesamt	Vierteljährlich
Zahlungsbilanzstatistik	Deutsche Bundesbank	Monatlich
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	IAB ¹⁾	Vierteljährlich
ifo-Geschäftsklimaindex	ifo ²⁾	Monatlich

1) Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg. – 2) ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V., München.

geführt, und zwar für die jeweils letzten zwölf Quartale und – soweit es die Indikatoren betrifft – für die letzten 36 Monate. Da der „wahre“ bzw. zu schätzende Wert zum Zeitpunkt der Ex-post-Prognosen bereits bekannt ist und Aussagen über die Genauigkeit verschiedener Prognosemodelle möglich sind, werden sie für die Auswahl der ökonomischen Schätzverfahren herangezogen. Im zweiten Schritt werden mit den ausgewählten Modellen Ex-ante-Prognosen durchgeführt, die dann die ökonomische Säule des 3-Säulen-Modells bilden.

Methodisch handelt es sich bei den eingesetzten Schätzverfahren um ARIMA-Modelle. Da die Berechnungen grundsätzlich mit den Ursprungsdaten durchgeführt werden, das heißt mit den weder saison- noch kalenderbereinigten Werten, werden die Modelle in saisonaler Form geschätzt oder als ARIMA-Modelle mit Saison-Dummies.

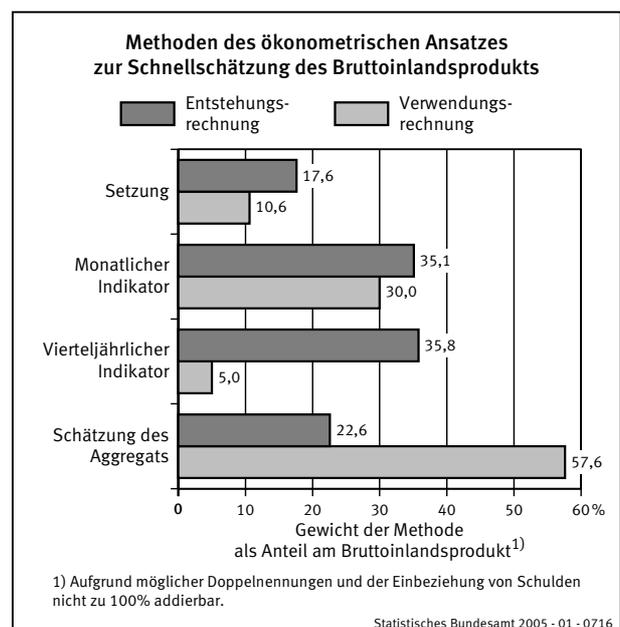
Zu Beginn der Schätzungen werden die Aggregate festgelegt, für die bestimmte Setzungen vorgenommen werden sollen. Für alle verbleibenden Aggregate werden ARIMA-Schätzungen mit Vierteljahresdaten durchgeführt. Nicht alle diese Prognoseergebnisse sind Bestandteil des ökonomischen Ansatzes. Eine ganze Reihe von ihnen fließt in die Schätzungen für das so genannte *Referenzmodell* ein. Mit diesem Referenzmodell werden zwei Absichten verfolgt: Erstens soll es als „Auffang-Position“ in der (späteren) Praxis der BIP-Schnellschätzung dienen. Da die für die Schätzung des Referenzmodells notwendigen Daten bereits 55

Tage nach Ende des vorhergehenden Quartals zur Verfügung stehen, kann bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ein Schätzergebnis für das laufende Quartal vorgelegt werden. Dieses kann als Ergebnis für die BIP-Schnellschätzung herangezogen werden, sollte in einem späteren Vierteljahr die Schätzung mit monatlichen Indikatoren zu unplausiblen Ergebnissen führen oder aufgrund des Auftretens technischer oder personeller Probleme nicht durchgeführt werden können. Zweitens soll es als Qualitätsmaßstab dienen. Die mit den ARIMA-Modellen durchgeführten Schätzungen können als „naive“ Prognose betrachtet werden und verfeinerte Ansätze sollten die Prognosegüte, ausgedrückt etwa durch das Theilsche U¹²⁾, dieser Modelle übertreffen.

Im nächsten Schritt werden ARIMA-Prognosen mit monatlichen Indikatoren durchgeführt und es wird überprüft, ob die Indikatoren für die Fortschreibung eines Aggregats geeignet sind. Sollte dies der Fall sein, wird der betreffende Indikator in das Schätzmodell aufgenommen. Gelingt es nicht, wird auf die Schätzung für das vierteljährliche Aggregat zurückgegriffen. Sollte es auch für ein Aggregat nicht möglich sein, ein Modell zu finden, das die Daten mit hinreichender Genauigkeit beschreibt, bzw. sollten dessen Prognoseeigenschaften unbefriedigend sein, wird für dieses Aggregat eine Setzung vorgenommen. Danach wird sukzessive versucht, die Prognosegenauigkeit des Modells zu verbessern. Gearbeitet wurde dabei immer an dem Aggregat, welches zum einen schlechte Prognoseleistungen und zum anderen ein hohes Verbesserungspotenzial zeigte. Für die entsprechende Auswahl wird insbesondere die mittlere absolute Revisionsdifferenz für die Veränderungsrate des Niveaus herangezogen.

Schaubild 1 gibt einen Überblick über die im Rahmen des ökonomischen Ansatzes verwendeten Methoden und über den Umfang ihres Einsatzes. Bei den Setzungen han-

Schaubild 1



12) Siehe Fußnote 7.

Tabelle 3: Prognosegüte des ökonomischen Ansatzes¹⁾
Entstehungsrechnung
Prozentpunkte

Rechengröße	Revisionsdifferenz			Absolute Revisionsdifferenz		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,16	-1,24	0,52	0,30	0,02	1,24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,13	-3,39	3,24	1,18	0,07	3,39
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,22	-2,19	1,10	0,78	0,14	2,19
Baugewerbe	-0,68	-3,09	2,50	1,41	0,40	3,09
Handel, Gaststättengewerbe und Verkehr	0,15	-2,08	4,66	1,05	0,10	4,66
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,06	-0,92	0,63	0,32	0,05	0,92
Öffentliche und private Dienstleister	-0,58	-1,59	0,46	0,65	0,00	1,59
Unterstellte Bankgebühr	1,01	-1,55	2,79	1,50	0,07	2,79
Bereinigte Bruttowertschöpfung	-0,23	-1,22	0,46	0,31	0,00	1,22
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	-0,30	-2,10	0,96	0,70	0,00	2,10
Bruttoinlandsprodukt	-0,24	-1,15	0,34	0,31	0,02	1,15

1) Bezugsgröße: Preisbereinigte Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal im Vergleich zum aktuellen Ergebnis. Rechenstand: Februar 2005.

delt es sich um Bereiche, für die auf Ergebnisse der traditionellen Vierteljahresrechnung zurückgegriffen wird. Diese Bereiche reduzieren die Schätzunsicherheit, sind deshalb als positiv zu bewerten. Direkte Schätzungen eines Aggregats in Form ökonomischer Prognosen oder regelgebundener Setzungen können mit erheblichen Ungenauigkeiten verbunden sein.¹³⁾ Es handelt sich um Methoden zweiter Wahl, die, wo immer es möglich ist, vermieden werden sollten. Der Schätzung monatlicher Indikatoren kommt zugute, dass üblicherweise nur ein Drittel des Quartals geschätzt werden muss, die Prognoseleistung allein deshalb hoch einzuschätzen ist. Schätzungen vierteljährlicher Indikatoren führen zu Prognoseergebnissen, die hinsichtlich ihrer Qualität zwischen den beiden zuvor genannten Verfahren liegen.

Schaubild 1 zeigt, dass der Anteil wünschenswerter Methoden auf der Entstehungsseite höher als auf der Verwendungsseite ist. So gibt es für fast ein Fünftel des entstehungsseitigen BIP eine Setzung, während es für die

Verwendungsseite nur für ein Zehntel der Fall ist. Und während für fast 60% des verwendungsseitigen BIP eine direkte Schätzung der vierteljährlichen Komponenten durchgeführt werden muss, ist es auf der Entstehungsseite für nur etwas mehr als ein Fünftel des BIP der Fall.

3.2.5 Prognosequalität

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Prognosegüte des ökonomischen Ansatzes für die Schätzung des entstehungsseitigen BIP und seiner Hauptkomponenten.

Für die ökonomische Schätzung des BIP war eine mittlere absolute Revisionsdifferenz von weniger als 0,5 Prozentpunkten als Qualitätsziel gesetzt, bezogen auf die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal (vor Abstimmung). Mit einer mittleren absoluten Revisionsdifferenz von 0,3 Prozentpunkten ist dieses Ziel für die Entstehungsseite klar erreicht. Bemerkenswert ist, dass die mittlere absolute

Tabelle 4: Prognosegüte des ökonomischen Ansatzes¹⁾
Verwendungsrechnung
Prozentpunkte

Rechengröße	Revisionsdifferenz			Absolute Revisionsdifferenz		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Konsumausgaben	-0,08	-1,27	0,60	0,40	0,07	1,27
Private Konsumausgaben	-0,12	-1,41	0,78	0,45	0,05	1,41
Konsumausgaben der privaten Haushalte	-0,12	-1,43	0,83	0,46	0,03	1,43
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,17	-1,70	2,37	0,95	0,04	2,37
Konsumausgaben des Staates	0,06	-1,53	1,63	0,72	0,03	1,63
Bruttoinvestitionen	0,10	-6,50	9,43	3,03	0,13	9,43
Bruttoanlageinvestitionen	-0,32	-3,06	3,58	1,60	0,20	3,58
Ausrüstungen	-0,62	-5,97	7,57	2,88	0,23	7,57
Bauten	-0,05	-3,22	2,97	1,41	0,02	3,22
Sonstige Anlagen	-0,47	-3,10	1,71	1,17	0,27	3,10
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	0,05	-0,93	0,87	0,40	0,00	0,93
Inländische Verwendung	-0,06	-1,51	1,59	0,65	0,04	1,59
Außenbeitrag	0,19	-0,73	1,14	0,54	0,05	1,14
Exporte	0,55	-2,14	2,74	1,29	0,04	2,74
Importe	0,05	-2,73	2,47	1,19	0,22	2,73
Bruttoinlandsprodukt	0,13	-1,11	1,28	0,51	0,02	1,28

1) Bezugsgröße: Preisbereinigte Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal im Vergleich zum aktuellen Ergebnis. Wachstumsbeitrag bei Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen sowie Außenbeitrag. Rechenstand: Februar 2005.

13) Regelgebundene Setzungen werden dann verwendet, wenn sich ökonomische Prognosen als völlig ungeeignet erweisen. In solchen Fällen wird z. B. der Wert des Vorjahresquartals als Prognose gesetzt oder ein gleitender Durchschnitt mehrerer Vorjahresquartale.

Revisionsdifferenz für einige Komponenten deutlich höher liegt, zum Beispiel sind es bei der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes mehr als 1,4 Prozentpunkte. Die Prognosefehler scheinen sich somit in der Summe auszugleichen.

Für das verwendungsseitige BIP liegt die mittlere absolute Revisionsdifferenz der ökonomischen Schätzung bei 0,5 Prozentpunkten, wie in Tabelle 4 zu sehen ist. Auffallend sind hier die großen Unterschiede hinsichtlich der Prognosegenauigkeit für die Komponenten der inländischen Verwendung. So liegt die mittlere absolute Revisionsdifferenz für die Konsumausgaben bei 0,4 Prozentpunkten, während sie bei den Bruttoinvestitionen 3 Prozentpunkte übersteigt. Zudem ist bei den Bruttoinvestitionen selbst noch ein starkes Gefälle zu beobachten. Die mittlere absolute Revisionsdifferenz für die Schätzung der Ausrüstungsinvestitionen liegt mit 2,9 Prozentpunkten mehr als doppelt so hoch wie diejenige für die Schätzung der Bauinvestitionen.

3.2.6 Verbesserungspotenziale

Wenngleich das Ziel einer mittleren absoluten Revisionsdifferenz von weniger als 0,5 Prozentpunkten als erreicht angesehen werden kann, ist es sinnvoll, nach Wegen zu suchen, die Qualität der ökonomischen Schätzungen weiter zu verbessern. Wenn die mittlere absolute Revisionsdifferenz als Qualitätskriterium herangezogen wird, liegt es nahe, sich zunächst auf Verbesserungsmöglichkeiten bei der Schätzung des verwendungsseitigen BIP zu konzentrieren. Mit einem Wert von 0,5 Prozentpunkten liegt die mittlere absolute Revisionsdifferenz hier direkt an der Grenze zum angestrebten Qualitätsziel. Zudem zeigte Schaubild 1, dass noch ein sehr großer Anteil des verwendungsseitigen BIP (etwa 60%) direkt aus der Reihe der vierteljährlichen Daten heraus geschätzt wird.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass auch in der traditionellen Vierteljahresrechnung nicht immer monatliche Indikatoren zur Verfügung stehen. Deshalb ist es nicht möglich, den Deckungsgrad der Schätzungen mit monatlichen Indikatoren beliebig auszudehnen. Eine andere Möglichkeit wäre, weitere Sonderrechnungen in den ökonomischen Ansatz einzubeziehen. Doch auch hier gibt es Grenzen. Die Sonderrechnungen beziehen sich oft auf gesamtwirtschaftlich unbedeutende Aggregate bzw. Komponenten des BIP, sodass der Aufwand für die Integration solcher Sonderrechnungen in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag in Form einer höheren Prognosegüte stünde.

3.3 Expertenschätzung

Die zweite Säule des Modells zur BIP-Schnellschätzung bildet die Expertenschätzung. Die Ergebnisse der Experten enthalten von den einzelnen Fachreferaten abgegebene Einschätzungen über die Veränderung der Komponenten des BIP gegenüber dem Vorjahresquartal. Jedes Fachreferat gibt eine Einschätzung für das Aggregat ab, für das es zuständig ist. Durch den früheren Veröffentlichungszeitpunkt der Schnellschätzung ($t+30$) gegenüber den traditionellen Erstveröffentlichungen ($t+45$ bzw. $t+55$) haben die Experten ihrerseits zeitlich vorgezogene Schätzungen durchzuführen. Die Schätzmethodik für die Expertenschätzung wird allen

Fachreferaten freigestellt. Daher ist sowohl ein völlig neuer Rechenansatz als auch eine Beibehaltung bzw. Modifikation des üblichen Ansatzes möglich. Es ist ebenfalls möglich, qualitative Informationen in den Prozess zur Ergebnisbildung einfließen zu lassen, sodass nicht unmittelbar quantifizierbare Ereignisse ebenfalls Auswirkungen auf das Ergebnis der Expertenschätzung haben können. Neben der Schätzmethodik haben die Fachreferate Entscheidungsfreiheit bezüglich der Datenbasis ihrer Rechnungen. Der Einsatz neuer Indikatoren ist dabei ebenso möglich wie der Verzicht auf oder die Neugewichtung von bisher verwendeten Indikatoren. Es ist weder erforderlich noch wird es in jedem Fall angestrebt, dass ökonomische Schätzung und Expertenschätzung die vollständig gleiche Datenbasis haben.

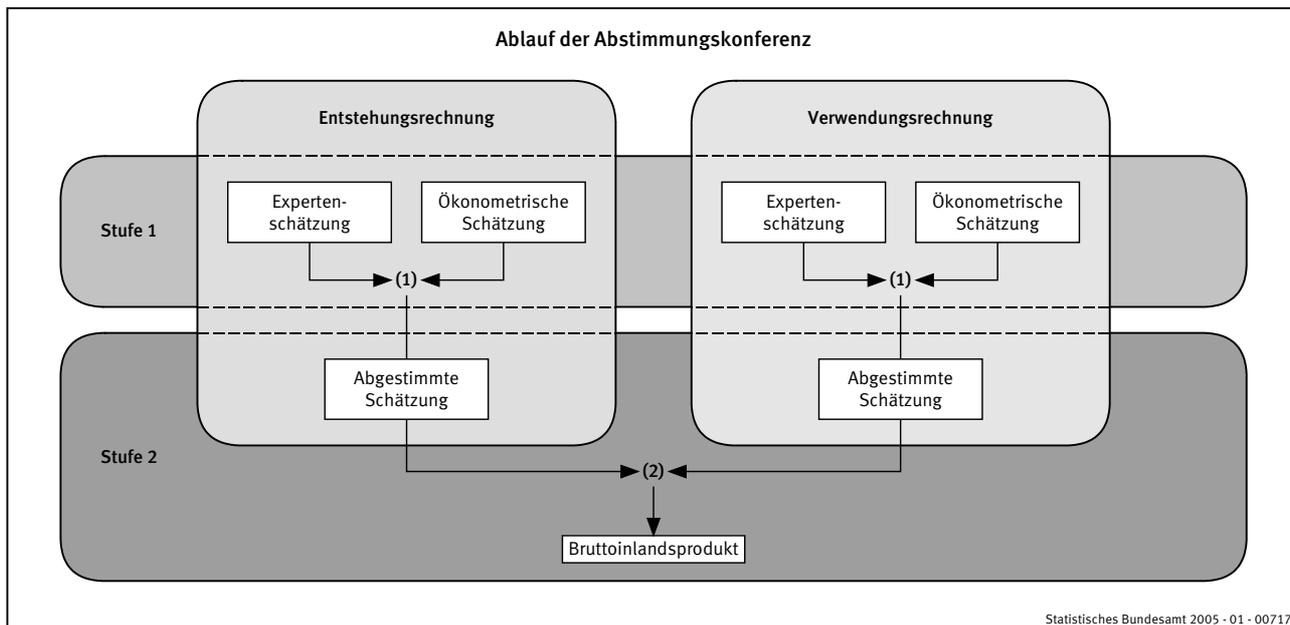
Um die Schnellschätzung termingerecht durchführen zu können, liefern die Fachreferate ihre Ergebnisse in der Regel am 29. Tag nach Ende des Berichtsquartals an eine koordinierende Stelle. Der Dateneingang wird auf fehlende und/oder fehlerhafte Daten geprüft. Stehen korrekte Ergebnisse nicht termingerecht zur Verfügung, so wird nur die ökonomische Schätzung verwendet. Zur Frage der tatsächlichen inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Expertenschätzung, und zwar mit besonderem Blick auf Unterschiede zur traditionellen Vierteljahresrechnung, hat die Projektgruppe im Juni 2004 eine Umfrage bei den beteiligten Fachreferaten durchgeführt. Auf die freiwillige Befragung antworteten alle verantwortlichen Fachleute in der Abteilung. Als Resultat kristallisierte sich zusammengefasst heraus:

- Die Berechnungen finden ab dem 15. Tag nach Quartalsende statt, für einige Aggregate erst unmittelbar (ein bis zwei Tage) vor dem Abgabetermin.
- Die Verantwortlichkeiten für die Berechnungen sind die gleichen wie bei der traditionellen Vierteljahresrechnung.
- Das Gleiche gilt für die Organisation der Arbeiten (im Fachreferat).
- Die Schnittstellen sind gleich, das heißt es gibt keine neuen „Produktionslinien“ oder -wege.
- Die Berechnungsverfahren werden als sehr ähnlich zur traditionellen Rechnung eingestuft.

Insgesamt bedeutet dies eine weitestgehende Konsistenz der Abläufe und damit auch der Ergebnisse der Schnellschätzung mit denen der traditionellen Vierteljahresrechnung. Selbstredend bestehen Unterschiede in der Höhe der Schätzanteile für fehlende Daten (quantitative und qualitative Indikatoren). Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist besonders herauszustellen: Die Fachreferate setzen bei ihrer Schnellschätzung gleiche oder sehr ähnliche Verfahren wie bei der traditionellen Rechnung ein. So kommt es zu Synergien zwischen der Expertenschätzung und der regulären Quartalsrechnung. Der Mehraufwand für die Expertenschätzung ist dadurch begrenzt.

Die Schätzansätze und Setzungen durch die Fachreferate sind für die zum Zeitpunkt der Schnellschätzung noch nicht

Schaubild 2



verfügbaren Daten festgehalten. Somit ist eine Rückverfolgbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Da die Berechnungsgrundlagen und -methoden der Expertenschätzung in enger inhaltlicher Verbindung zur traditionellen Vierteljahresrechnung stehen, ist eine zusätzliche Dokumentation entbehrlich. In der Beschreibung der Methoden und Grundlagen zu den vierteljährlichen Berechnungen des Inlandsprodukts nach ESGV 1995¹⁴⁾ sind die prinzipiellen, auch im Rahmen der Expertenschätzung zutreffenden Vorgehensweisen bereits beschrieben.

3.4 Abgestimmte Schätzung

Die dritte Säule der deutschen BIP-Schnellschätzung bildet der Abstimmungsprozess zwischen den Ergebnissen der ökonomischen und der Expertenschätzung. Als Abstimmungsform wird eine Abstimmungskonferenz gewählt, deren Ziel es ist, dass Vertreter beider Schätzansätze gemeinsam eine abgestimmte Schätzung erstellen. An der Abstimmungskonferenz nehmen daher die Vertreter der Fachreferate teil, die direkt oder indirekt, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Indikatoren, für die Berechnung der Expertenschätzungen verantwortlich sind. Ihre Aufgabe während der Konferenz ist es, die Expertenergebnisse zu begründen und gegebenenfalls zu verändern. Weitere Teilnehmer an der Abstimmungskonferenz sind die Mitglieder der Projektgruppe (des „Ökonometriestabs“). Sie vertreten die von ihnen berechneten Ergebnisse der ökonomischen Schätzung und sind für den technischen Ablauf der Konferenz verantwortlich. Geleitet wird die Abstimmungskonferenz vom Leiter des Projekts zur BIP-Schnellschätzung (Leiter Abstimmung). Er ist einmal Moderator und hat andererseits die Befugnis, ein abgestimmtes Gesamt- oder Teilergebnis festzulegen. Der inhaltliche Ablauf der

Abstimmungskonferenz ist an das 1952 entwickelte Delphi-Verfahren zur Gruppenbefragung von Experten (siehe Abschnitt 3.4) angelehnt. Zu Beginn der Abstimmungskonferenz erhalten alle Teilnehmer die Ergebnisse der Experten- und der ökonomischen Schätzung, die unabhängig voneinander erstellt wurden. Da sowohl die Entstehungs- als auch die Verwendungsseite in der angestrebten Rechartiefe abgebildet werden und ein BIP für beide Ansätze vorliegt, erhalten die Konferenzteilnehmer erstmals ein komplettes Bild der Einschätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Lage im Referenzquartal. Zu Beginn der Abstimmungskonferenz liegen vier in der Regel voneinander abweichende Ergebnisse für das BIP vor:

- Expertenschätzung: Aggregation der entstehungsseitigen Komponenten,
- Expertenschätzung: Aggregation der verwendungsseitigen Komponenten,
- ökonomische Schätzung: Aggregation der entstehungsseitigen Komponenten,
- ökonomische Schätzung: Aggregation der verwendungsseitigen Komponenten.

Um von dieser Ausgangssituation zu einem abgestimmten BIP zu gelangen, wird die Abstimmungskonferenz, wie Schaubild 2 schematisch zeigt, in zwei Stufen durchgeführt.

Die Abstimmung zwischen Ökonometriestab und Experten in der ersten Abstimmungsstufe ist ein Prozess, der je nach Differenz und Anpassungspotenzial bis zu vier Schritte umfassen kann. Ziel ist es, die Ergebnisse der verschiedenen Rechenansätze für die Komponenten auf der Entste-

14) Siehe Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S.23 „Vierteljährliche Berechnung des Inlandsprodukts nach ESGV 1995“.

hungs- und auf der Verwendungsseite schrittweise anzugleichen. Am Ende stehen ein zwischen Experten und Ökonometriestab abgestimmtes Ergebnis für die Entstehungsseite und ein abgestimmtes Ergebnis für die Verwendungsseite, die im Regelfall voneinander abweichen. Nach der Abstimmung der einzelnen Komponenten des BIP folgt nun die zweite Stufe des abgebildeten Prozesses. Hier geht es darum, die Ergebnisse für die Entstehungs- und die Verwendungsseite des BIP miteinander abzustimmen. Dies geschieht durch den Leiter der Abstimmungskonferenz, der die Vorschläge der Fachreferate, *welche* der in der ersten Stufe erzielten Resultate für Aggregate am ehesten geändert werden können, berücksichtigt.

Als Resultat der zweistufigen Abstimmungskonferenz liegen dann abgestimmte Ergebnisse für das reale Niveau des BIP im Referenzquartal und das Wachstum des realen BIP gegenüber dem Vorjahresquartal vor. Anhand des BIP-Niveaus ist eine Saison- und Kalenderbereinigung möglich und damit die Berechnung der preisbereinigten Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal. Für wichtige Komponenten des BIP liegen ebenfalls abgestimmte Ursprungswerte und saisonbereinigte Angaben vor. Die so festgelegten Veränderungsrate des BIP zum Vorquartal und zum Vorjahresquartal können dann Inhalt einer Pressemitteilung sein, die bereits etwa 30 Tage nach dem Ende des Berichtsquartals erscheinen kann. Bei vorsichtiger Interpretation könnten dabei auch Ergebnisse für die Komponenten des BIP (ohne Angabe konkreter Veränderungsrate) in die Kommentierung einbezogen werden.

Diese zunächst idealtypische, dann im Rahmen der Tests ständig weiter entwickelte Praxis einer Abstimmungskonferenz hat mehrere Vorteile. Ein Vorteil liegt darin, dass jeder Teilnehmer an der Runde gleich stark in den Abstimmungsprozess integriert ist, bei dem er eigenständig eine Schätzung abgeben und begründen muss. Ein weiterer Vorteil ist, dass mit der Begründung der Ergebnisse verständliche und kurze Informationen vorliegen, die im Rahmen der Konferenz hinterfragt und weiter erläutert werden können. Ein dritter Vorteil ist, dass jedes Fachreferat seine Ansätze unabhängig von anderen Konferenzteilnehmern abgibt. Indirekte Einflussnahmen auf die Ergebnisse und deren Entstehung werden so weitgehend vermieden.

4 Das Schätzverfahren in der Praxis

4.1 Organisation und Rahmen der Praxistests

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie fanden bisher neun Praxistests statt, und zwar erstmals für das dritte Quartal 2002 und letztmals für das dritte Quartal 2004. In diesen Testphasen sollten sowohl die statistisch-ökonomische Qualität des Modells anhand festgelegter Kriterien als auch die Eignung des entwickelten Verfahrens für einen Dauereinsatz überprüft werden. Untersucht wurden die abteilungsinternen Vorgänge innerhalb der VGR im Statistischen Bundesamt, nicht aber abteilungsübergreifende Beziehungen und Vorgänge, wie die Lieferung von Datenmaterial an-

der Fachabteilungen. Direkt eingebunden in die Praxistests waren die Mitarbeiter der Projektgruppe, alle Fachreferate, die im Rahmen des Projekts frühe Schätzungen über die Entwicklung von Komponenten des BIP bzw. die dazu notwendigen Indikatoren abgeben sollten, sowie der Projektleiter.

Die wesentlichen Arbeiten fielen jeweils in der zweiten Hälfte des ersten Monats nach Ende des Berichtsquartals an. Die Hauptaktivitäten sind in einer so genannten Prozess-tabelle festgehalten, die wichtigsten Arbeitsschritte für die Quartalsschätzung mit Verantwortlichkeiten, Lieferzeitpunkten, jeweiligen Zwischenergebnissen usw. genau aufgeführt. Übersicht 4 gibt den aktuellen Stand zum Abschluss des Projekts wieder.

Die Prozessorientierung gewährleistet

- klare Verfahrensanweisung: das heißt dass jeder weiß, was er wann zu tun hat,
- Terminkontrolle: das heißt ob der Zeitplan eingehalten wird,
- Controlling: das heißt dass im Nachgang unmittelbar Verbesserungspotenziale erkennbar sind.

Bei einem laufenden Betrieb der BIP-Schnellschätzung ist eine solche Prozessorientierung vor allem wegen der notwendigen kurzen Durchlaufzeiten der Teilaktivitäten unerlässlich. Referatsinterne Abläufe der Expertenreferate blieben unberücksichtigt, da hinsichtlich der Schätzmethodik für die Expertenschätzung Entscheidungsfreiheit besteht (siehe Abschnitt 3.3). Einerseits konnte somit den Referaten kein „Prozessschema“ vorgegeben werden, andererseits sollte der zusätzliche Dokumentationsaufwand in den Fachreferaten während der Machbarkeitsstudie möglichst gering gehalten werden.

Die Projektgruppe hatte während der Praxistests mehrere Aufgaben. Zunächst war eine ökonomische Schätzung für das jeweilige Quartal abzugeben. Auf Basis der Ergebnisse der Ex-post-Rechnungen wurden für die genannten neun Rechentermine ökonomische Schätzungen für die Aggregate der Entstehungs- und Verwendungsseite erstellt. Zum zweiten übernahm die Projektgruppe die organisatorischen Aufgaben in den Testphasen. Sie gab jeweils den Anstoß für die Abgabe von Expertenschätzungen zum BIP auf Entstehungs- und/oder Verwendungsseite. Genannt wurden dabei der Zeitpunkt der Lieferung, die Lieferverantwortlichen, die Übergabebedingungen, (z. B. Datenformate, Gliederungstiefe und Art der Datenübertragung) sowie Bearbeitungshinweise. Im weiteren Verlauf der Praxistests führte die Projektgruppe die Terminkontrolle sowie die Prüfung der eingehenden Expertenangaben durch. Zusätzlich sicherte die Projektgruppe die Transparenz der Vorgänge während der Praxistests. Das nächste Aufgabenfeld der Projektgruppe bestand in der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmungskonferenzen, insbesondere von der (Informations-)technischen Seite her. Die Einladungen zu den Konferenzen sowie die aufbereiteten ökonomischen Daten und die Ergebnisse der Expertenschätzungen sowie wei-

Übersicht 4: Prozesstabelle zur Schnellschätzung des Bruttoinlandsprodukts¹⁾

(Liefer-)Zeitpunkt		Arbeitsschritt (Beschreibung)	Nr.	Eigner	Anstoß	Input	Lieferant	Output
t+x ²⁾ (etwa)	Uhrzeit							
10		Ökonometrische Schätzung (ARIMA)	1	Ökonometriker	Datum	Vierteljahresdaten	Veröffentlichungsreferat der VGR	Teil-Ergebnisse der ökonometrischen Schätzung (ARIMA)
15		Expertenschätzung	2	Referatsleiter/-in	Datum	Informationen der Fachreferate	Interne/externe Quellen	Ergebnisse der Expertenschätzung der Referate
19		Aufforderung/Erinnerung Datenlieferung Expertenschätzung	3	Koordinierende Stelle	Datum	Liefvereinbarungen, Datenlieferblätter	Koordinierende Stelle	Anschreiben an Referate (einschl. Einladung zur Abstimmungskonferenz)
23		Ökonometrische Schätzung (Indikatoren)	4	Ökonometriker	Vollständigkeit der Indikatoren	Datensatz EViews	Fachabteilungen, externes Material	Teil-Ergebnisse der ökonometrischen Schätzung (Indikatoren)
29	9.00	Vorbereitung Abstimmungskonferenz (einschl. Datenprüfung und -transformation)	5	Koordinierende Stelle	Termin gemäß Anschreiben an Referat	Datenlieferung (Ergebnisse von ökonometrischer Schätzung und Expertenschätzung)	Ökonometriker, Referate	Konferenzunterlagen
29	12.00	Versand Konferenzunterlagen	6	Koordinierende Stelle	Ende Vorbereitung	Konferenzunterlagen	Koordinierende Stelle	Ökonometrische Schätzung und Expertenschätzung
29	14.00	Abstimmungskonferenz BIP	7	Leiter der Abstimmung	Anschreiben koordinierende Stelle (von t+19)	Ökonometrische Schätzung und Expertenschätzung	Koordinierende Stelle	Abgestimmte Schätzung (BIP-Schnellschätzung)
29	16.00	Entwurf der Pressemitteilung	8	Veröffentlichungsreferat VGR	Ende der Abstimmungskonferenz	Abgestimmte Schätzung (BIP-Schnellschätzung)	Leiter der Abstimmung	Entwurf der Pressemitteilung
30	8.00	Veröffentlichungsfassung der Pressemitteilung		Referatsleiter/-in Presse	Vorlage	Entwurf der Pressemitteilung	Veröffentlichungsreferat der VGR	Veröffentlichungsfassung der Pressemitteilung
30	10.00	Freigabe der Pressemitteilung	9	Amtsleitung	Zustimmung Referatsleiter/-in Presse	Veröffentlichungsfassung der Pressemitteilung	Referatsleiter/-in Presse	Pressemitteilung
30	12.00	Veröffentlichung der Pressemitteilung	10	Pressestelle	Zustimmung Amtsleitung	Pressemitteilung	Amtsleitung	Pressemitteilung Statistisches Bundesamt

1) Die kursiv gedruckten Arbeitsschritte wurden im Rahmen der Praxistests nicht tatsächlich durchgeführt. – 2) x Tage nach Ende des Berichtsquartals (t+x).

tere Informationen zum Ablauf der Abstimmungskonferenzen den Beteiligten zu. Während der Konferenzen sorgte ein speziell entwickeltes Abstimmungsprogramm für die Transparenz und gute Visualisierbarkeit der Daten. Nicht zuletzt verantwortete die Projektgruppe die Nachbereitung der Tests mit zusätzlichen Informationen und Berichten, die sich in diesem Zusammenhang sehr bewährt haben. Zur Nachbearbeitung gehörte auch das Aufspüren von weiteren Verbesserungspotenzialen am Verfahren – entweder aufgrund eigener Überlegungen und Erfahrungen oder durch Hinweise der Fachkollegen.

4.2 Statistische Qualität der Schätzergebnisse

Die wichtigsten Beurteilungskriterien für die Qualität der Ergebnisse der BIP-Schnellschätzung sind die absoluten Revisionsdifferenzen und die Revisionsdifferenzen, jeweils gemessen an den Ergebnissen der traditionellen Vierteljahresrechnung (t+45/t+55) bzw. an den aktuellen Ergebnissen nach Rechenstand Februar 2005 für das jeweilige Berichtsquartal. Der Tabelle 5 sind im Überblick für die neun Praxistests die Revisionsdifferenzen für das vierteljährliche BIP zu entnehmen.

Zusätzlich sind die mittleren (absoluten) Revisionsdifferenzen für die Tests angegeben. Das gesteckte Qualitätsziel einer mittleren absoluten Revisionsdifferenz von weniger als 0,2 Prozentpunkten für das vierteljährliche BIP ist mit 0,15 Prozentpunkten klar erreicht. Die „einfachen“ Re-

Tabelle 5: Statistische Qualität der Quartalsschätzungen
Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahresquartal
Prozentpunkte

Praxistest (Lfd. Nr.)	Quartal	Revisionsdifferenz		Absolute Revisionsdifferenz	
		t + 55 ¹⁾	aktuell ²⁾	t + 55 ¹⁾	aktuell ²⁾
1	2002Q3	0,3	0,3	0,3	0,3
2	2002Q4	-0,3	-0,5	0,3	0,5
3	2003Q1	0,0	-0,1	0,0	0,1
4	2003Q2	-0,1	-0,2	0,1	0,2
5	2003Q3	0,0	-0,1	0,0	0,1
6	2003Q4	0,0	0,0	0,0	0,0
7	2004Q1	0,0	0,0	0,0	0,0
8	2004Q2	0,0	-0,1	0,0	0,1
9	2004Q3	0,0	0,0	0,0	0,0
Mittlere (absolute) Revisionsdifferenz		-0,01	-0,08	0,08	0,15

1) (Absolute) Abweichung der Schnellschätzung vom Ergebnis der traditionellen Vierteljahresrechnung in „t + 55“. – 2) (Absolute) Abweichung der Schnellschätzung vom aktuellen Ergebnis, Rechenstand: Februar 2005.

Tabelle 6: Revisionsbedarf der Schnellschätzung auf der Entstehungsseite¹⁾
Prozentpunkte

Rechengröße	Mittlere absolute Revisionsdifferenz		Qualitätsverlust	Bias	Absolute Abweichung	
	TR ²⁾	aktuell ³⁾			Maximal	Minimal
	1	2	Sp. 2 – 1	4	5	6
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,18	0,25	0,07	-0,21	0,5	0,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,84	1,04	0,20	-0,53	3,2	0,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,14	0,51	0,37	-0,04	1,3	0,1
Baugewerbe	0,61	0,95	0,34	-0,29	2,5	0,2
Handel, Gaststättengewerbe und Verkehr	0,41	0,48	0,07	-0,10	1,2	0,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,62	0,41	-0,21	-0,22	1,3	0,0
Öffentliche und private Dienstleister	0,44	0,54	0,11	-0,33	1,3	0,1
Unterstellte Bankgebühr	1,50	1,32	-0,18	-1,43	4,8	0,0
Bereinigte Bruttowertschöpfung	0,13	0,23	0,10	-0,03	0,6	0,0
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	0,64	1,21	0,57	-0,27	3,3	0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,08	0,15	0,07	-0,08	0,5	0,0

1) Bezugsgröße: Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal in Preisen von 1995. – 2) Mittlere absolute Abweichung der traditionellen Vierteljahresrechnung vom aktuellen Ergebnis, Rechenstand: Februar 2005. – 3) Mittlere absolute Abweichung der Schnellschätzung vom aktuellen Ergebnis, Rechenstand: Februar 2005.

visionsdifferenzen geben Aufschluss über mögliche Verzerrungen oder systematische Abweichungen der BIP-Schnellschätzung von späteren Rechenständen. Mittlere Revisionsdifferenzen von -0,01 bzw. -0,08 Prozentpunkten zeigen keinen problematischen „Bias“ an. Im Zeitablauf ist den Abweichungen auf den ersten Anschein eine klare Tendenz zu entnehmen: Mit Fortschreiten der Praxistests verbesserten sich die Schnellschätzungen für das BIP merklich. Angesichts der Ergebnisse für die letzten Praxistests ist die Qualität der Schnellschätzung, gemessen am gewählten Kriterium absolute Revisionsdifferenz, kaum noch zu steigern.

Die neun Praxistests liefern im Ganzen gesehen erhärtete Indizien zur Qualität einer Schnellschätzung (t+30) des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland. Wegen des aber noch relativ kurzen Testzeitraums, der sich nur über gut zwei Jahre erstreckte, sind vor allem die Mittelwerte für die (absoluten) Revisionsdifferenzen mit Vor-

sicht zu interpretieren. Statistisch abgesicherte Aussagen sind nicht möglich. Es fehlen weiterhin die in der internationalen Diskussion bedeutsamen Revisionsdifferenzen zum „endgültigen“ Ergebnis, das erst nach mehreren Jahren feststeht. Die Tabellen 6 und 7 geben zusammenfassend die Qualität der Schnellschätzung des vierteljährlichen BIP und seiner Hauptaggregate auf Entstehungs- und Verwendungsseite auf Grundlage der Testphase wieder.

Die mittlere absolute Revisionsdifferenz „aktuell“ bezeichnet die Abweichung der Schnellschätzung gegenüber dem derzeit aktuellen Ergebnisstand. Die mittlere absolute Revisionsdifferenz „TR“ entspricht der Abweichung der traditionellen Vierteljahresrechnung (t+55) gegenüber dem aktuellen Ergebnisstand. Der „Qualitätsverlust“ der BIP-Schnellschätzung gegenüber der traditionellen Vierteljahresrechnung ergibt sich als Differenz der beiden Qualitätsmaße. Diese Differenz zeigt den zusätzlichen Revisions-

Tabelle 7: Revisionsbedarf der Schnellschätzung auf der Verwendungsseite¹⁾
Prozentpunkte

Rechengröße	Mittlere absolute Revisionsdifferenz		Qualitätsverlust	Bias	Absolute Abweichung	
	TR ²⁾	aktuell ³⁾			Maximal	Minimal
	1	2	Sp. 2 – 1	4	5	6
Konsumausgaben	0,29	0,40	0,11	-0,10	1,0	0,0
Private Konsumausgaben	0,27	0,26	-0,01	-0,15	1,3	0,0
Konsumausgaben der privaten Haushalte	0,31	0,30	0,00	-0,09	1,3	0,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	0,86	1,61	0,75	-1,09	8,9	0,1
Konsumausgaben des Staates	0,67	0,92	0,25	0,04	3,2	0,2
Bruttoinvestitionen	2,36	3,47	1,11	1,21	6,4	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,08	1,23	0,15	-0,24	4,4	0,0
Ausrüstungen	2,54	2,79	0,25	-0,02	9,0	0,3
Bauten	0,49	0,75	0,25	-0,36	1,7	0,0
Sonstige Anlagen	0,45	0,71	0,26	-0,74	2,1	0,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	0,40	0,62	0,23	0,21	1,3	0,1
Inländische Verwendung	0,40	0,44	0,04	0,15	0,8	0,0
Außenbeitrag	0,34	0,49	0,14	-0,10	1,3	0,0
Exporte	0,70	1,67	0,98	0,97	5,2	0,0
Importe	0,90	2,14	1,24	1,78	4,3	0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,08	0,15	0,07	-0,08	0,5	0,0

1) Bezugsgröße: Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal in Preisen von 1995. – 2) Mittlere absolute Abweichung der traditionellen Vierteljahresrechnung vom aktuellen Ergebnis, Rechenstand: Februar 2005. – 3) Mittlere absolute Abweichung der Schnellschätzung vom aktuellen Ergebnis, Rechenstand: Februar 2005.

bedarf für die Schnellschätzung im Vergleich zur traditionellen Rechnung. Bei einem negativen Vorzeichen bei einem Aggregat der Entstehungs- oder Verwendungsseite handelt es sich genau genommen um einen Qualitäts*gewinn*: Der Revisionsbedarf der BIP-Schnellschätzung, gemessen am aktuellen Rechenstand, ist geringer als derjenige der traditionellen Rechnung (t+55). Oder anders ausgedrückt: Im Vergleich zur traditionellen Vierteljahresrechnung liegt die Schnellschätzung für ein Aggregat (mit negativem Vorzeichen) im Durchschnitt näher am aktuellen Ergebnis. Der Bias und die minimale sowie maximale Abweichung der Schnellschätzung beziehen sich auf den aktuellen Ergebnisstand. Die absoluten Revisionsdifferenzen für das BIP betragen im Höchstfall 0,5 Prozentpunkte.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle die (hier nicht wiedergegebene) vergleichsweise geringere Qualität des saison- und kalenderbereinigten Ergebnisses für die zweiten Quartale eines Jahres. Bedingt durch die zeitlichen Abläufe in der traditionellen Vierteljahresrechnung stehen zwar zum Zeitpunkt der Schnellmeldung des BIP (in t+45), nicht aber zum Zeitpunkt der Schnellschätzung (in t+30), die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank jeweils zur Jahresmitte überarbeiteten Einstellungen für das Verfahren Census-X12-ARIMA zur Verfügung. Dieses ablauftechnische Problem lässt sich nur durch aufwändige Neuorganisation der externen Lieferbeziehungen lösen, ein Schritt, der jedoch im Rahmen einer Machbarkeitsstudie nicht zu rechtfertigen ist.

4.3 Qualität des Verfahrens

Aufgrund der Erfahrungen in den Praxistests ist das entwickelte 3-Säulen-Modell als unbedingt „alltagstauglich“ anzusehen. Das Verfahren, das auf den drei Säulen ökonomische Schätzung, Expertenschätzung und abgestimmte Schätzung (Abstimmungskonferenz) ruht, zeichnet sich aus durch

- klare Liefervereinbarungen, die weitestgehend eingehalten wurden,
- genaue Vorgabe und Kontrolle von Terminen, die komplett gehalten wurden,
- hohe Transparenz der Abläufe.

Ganz entscheidend zum Gelingen des Verfahrens trägt die Akzeptanz im Kreis der beteiligten Fachreferate bei. Die Meinung der Kolleginnen und Kollegen in den VGR speziell zum Verfahrensteil Abstimmungskonferenz ist sehr bedeutsam. Die Projektgruppe bat daher in Form eines Fragebogens um Beurteilung und Verbesserungsvorschläge. Die Befragung fand im Mai 2004 statt. Als wesentliche Ergebnisse sind herauszustellen:

- Das Gesprächsklima und ähnliche Faktoren wurden als uneingeschränkt positiv empfunden.
- Die Organisation der Veranstaltung und die Präsentation verbesserten sich zunehmend im Laufe der Studie.

- Der Ablauf der Veranstaltung, insbesondere der Gehalt der fachlichen Diskussionen bei der Abstimmung, wird positiv beurteilt. Die Zeitstruktur des Abstimmungsprozesses ist noch zu verbessern.

Die Verbesserungsvorschläge zum Ablauf setzte die Projektgruppe – soweit organisatorisch und technisch machbar – um. Daneben ergaben sich im Verlauf der Praxistests des 3-Säulen-Modells die in der Übersicht 5 aufgeführten wichtigsten Verbesserungsmaßnahmen am Verfahren:

Übersicht 5: Maßnahmen zur Verbesserung des 3-Säulen-Modells

Praxistest Lfd. Nr.	Quartal	Maßnahmen
2	2002Q4	Datenfluss, Tabellengestaltung, zweite Stufe des Abstimmungsprozesses
3	2003Q1	Vertreterregelung, automatisches Abstimmungsprogramm, Konferenzunterlagen
4	2003Q2	Verfahrensanweisungen
5	2003Q3	Stabilisierung des Prozesses
6	2003Q4	Stabilisierung des Prozesses
7	2004Q1	Informationsaustausch zwischen Experten und Ökonometrikern
8	2004Q2	Abstimmungstableau, fiktive Pressemitteilung
9	2004Q3	Modalitäten der Datenlieferung und Datenübergabe, fiktive Pressemitteilung

Nach Abschluss des letzten Praxistests zeigten sich keine größeren Schwachstellen am Verfahren mehr, die die Praxistauglichkeit des 3-Säulen-Modells einschränken könnten und die deshalb im Rahmen des Projekts noch hätten beseitigt werden müssen. Unberührt davon verbleiben differenzielle Verbesserungsmöglichkeiten, sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf der Abstimmungskonferenz. Entsprechende Maßnahmen müssen nicht, können aber in einem späteren laufenden Betrieb Teil eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses am Verfahren sein.

Die Erfahrungen der Machbarkeitsstudie geben deutliche Hinweise auf die notwendigen Rahmenbedingungen für einen laufenden Einsatz des Verfahrens:

- Die Datenlieferwege und -beziehungen sind zu institutionalisieren und verpflichtend einzuhalten. Dies gilt vor allem für die Bereitstellung der Expertenschätzungen zur Abstimmungskonferenz, da eine Vielzahl von Fachreferaten mit wechselseitigen Lieferverpflichtungen eingebunden ist. Liefervereinbarungen (Service Level Agreements, SLA) sind anzustreben.
- Gesetzte Termine (Übergabezeitpunkte für Daten) müssen wegen der hohen Aktualität der Berechnungen strikt eingehalten werden. Ein strenges Termincontrolling ist notwendig.
- Die Abstimmungskonferenz ist (sachlich wie zeitlich) fest in den Aufgabenplänen zu verankern.
- Ein verantwortlicher Abstimmungsleiter ist zu bestimmen.
- Für alle Personen, die in wichtiger Funktion am Schätzverfahren beteiligt sind, müssen Vertreter für den Fall der Abwesenheit bestimmt sein.

Tabelle 8: Das deutsche Verfahren zur Schnellschätzung im internationalen Vergleich

Land	Terminkalender		Organisation					Statistische Qualität: mittlere absolute Revisionsdifferenz	
	erste Revision	zweite Revision	Ab- stimmungs- konferenz	eigene Organisa- tionseinheit	direkt zurechen- bares Personal	Projekt vor Einführung	Prognoseverfahren	Vorquartal	Vorjahres- quartal
	nach t + ... Tagen ¹⁾				Anzahl			Prozentpunkte	
Deutschland	45/55	135/145	Ja, 3SM	Nein	1,5	Ja	ARIMA-Indikatoransatz	-	0,15
Belgien	70	90	-	-	-	Ja	-	-	-
Frankreich	50	90	-	-	-	Ja	ARIMA-Indikatoransatz	0,04	-
Griechenland	70	1 - 4 Quartalen	Nein	Noch nicht	-	-	-	-	-
Italien	70	80	Nein	Nein	6	Ja	Tramo-Seats	0,12	0,50
Litauen	70	90	-	Ja	-	-	Regressionsansätze	-	0,93
Niederlande	90	32 - 41 Monaten	Nein	Nein	12	Nein	Subjektiv	0,20	0,29
Vereinigtes Königreich	45	85	Partiell	Nein	9	Nein	Holt-Winters	0,19	0,75
Japan	75	2 - 10 Quartalen	Nein	-	-	Ja	(Keine Zeitreihenverfahren)	-	-
Vereinigte Staaten	60	90	Ja, mehrere	Nein	7	-	Subjektiv	-	1,23

1) Sofern nichts anderes vermerkt.

- Es ist eine befriedigende Lösung für die Saison- und Kalenderbereinigung im Sommertermin (zweites Quartal) anzustreben.

Ein operatives Qualitätsmanagement als konsistenter „Qualitätsrahmen“ sollte auf Basis der beschriebenen Voraussetzungen etabliert werden. Dazu gehört nicht zuletzt, den während der Machbarkeitsstudie begonnenen kontinuierlichen Verbesserungsprozess weiterzuführen.

5 Gesamtbeurteilung

Insgesamt betrachtet weist das entwickelte Schätzverfahren des 3-Säulen-Modells für eine BIP-Schnellschätzung bereits etwa 30 Tage nach Ende des Berichtsquartals sowohl von der inhaltlichen als auch von der organisatorischen Seite her keine Mängel mehr auf, die einem Einsatz im laufenden Betrieb entgegenstünden. Im Verlauf der Studie hat sich die Qualität der ökonomischen Schätzansätze auf der Verwendungsseite erheblich verbessert, auch die bereits von Beginn an gute Qualität auf der Entstehungsseite nahm zu. Gleichzeitig ist die Expertenschätzung gut fundiert hinsichtlich Datenbasis und Schätzmethodik. Der technisch-organisatorische Ablauf des Verfahrens ist als ausgereift zu bezeichnen. Das 3-Säulen-Modell ist ein gut geeignetes Verfahren, um innerhalb von 30 Tagen nach Quartalsende zuverlässige schnelle und damit vertretbare Schätzungen des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland zu liefern. Tabelle 8 stellt das deutsche Verfahren den international etablierten Ansätzen gegenüber.

Die Tabelle 8 zeigt die Eigenschaften des deutschen Verfahrens zur Schnellschätzung des vierteljährlichen BIP in der getesteten Form. Die Grundlage dieser Übersicht bilden die Tabellen aus Kapitel 2. Das deutsche Verfahren hat wesentliche, bereits international gängige Elemente einer Schnellschätzung aufgenommen, so zum Beispiel einen mathematischen Ansatz als Basis der Schätzung und die Konzentration auf das preisbereinigte (reale) BIP. Die Frage nach dem konkreten Inhalt einer deutschen Veröffentli-

chung bleibt während der Testphase offen. Beim (geplanten) Veröffentlichungszeitpunkt orientiert sich Deutschland mit 30 Tagen nach Ende des Berichtsquartals an den Vereinigten Staaten. Die statistische Qualität der Quartalsschätzungen ist wegen des kurzen Testzeitraums international allerdings schwer einzuordnen.

6 Ausblick

Über einen Dauereinsatz des Verfahrens mit laufender Veröffentlichung einer schnellen Schätzung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland wird noch entschieden. Der Starttermin für den laufenden Einsatz des Verfahrens wird durch die große Revision 2005 der VGR in Deutschland beeinflusst. Die methodischen Änderungen im Rahmen der Revision sind bislang nicht im Schätzverfahren berücksichtigt. Lösungen für die Umstellung der Berechnungen auf Vorjahrespreisbasis (Kettenindizes) und für die geänderte Buchung der Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM) im ökonomischen Ansatz werden zurzeit auf Grundlage der revidierten traditionellen Vierteljahresrechnung erarbeitet und getestet. Unter diesen Rahmenbedingungen erscheint eine Veröffentlichung Ende April 2006 mit der BIP-Schnellschätzung für das erste Quartal 2006 als frühest möglicher Starttermin, sofern die Kapazitäten dafür zur Verfügung gestellt werden.

Ende des Jahres 2005 wird das 3-Säulen-Modell im Rahmen von Informationsveranstaltungen einem breiteren Kreis potenzieller Nutzer vorgestellt. Auf Grundlage der bis dahin vorliegenden Projektergebnisse soll dies ein weiterer Prüfstein für das Verfahren sein. [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Rita Bolleyer

Revision der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren

Im April dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre ab 1991 veröffentlicht. Die Ergebnisse für die Investitionen nach Güterarten haben sich in revidierter Fassung wenig geändert, dagegen wurde eine neue Aufteilung der Investitionen nach Wirtschaftszweigen vorgelegt. Dieser Aufsatz erläutert die neuen Datenquellen und Methoden der Berechnung der Anlageinvestitionen nach Wirtschaftszweigen und Sektoren.

Anlageinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Anlageinvestitionen haben eine besondere Bedeutung für die Volkswirtschaft. Sie bestimmen deren Leistungs- und Wettbewerbskraft und damit das zukünftige Wirtschaftswachstum. Wie rasch eine Wirtschaft wachsen kann, hängt in hohem Maße vom Kapitalstock ab, dessen Größe und Qualität durch die in der Vergangenheit getätigten Investitionen bestimmt wird. Deshalb stellen die Investitionen bei der Konjunkturbeobachtung einen wichtigen Wachstumsindikator dar. Ihre konjunkturellen Ausschläge übertreffen deutlich die des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder der Konsumausgaben.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein Verwendungsaggregat des BIP. In jeweiligen Preisen machten sie im Jahr

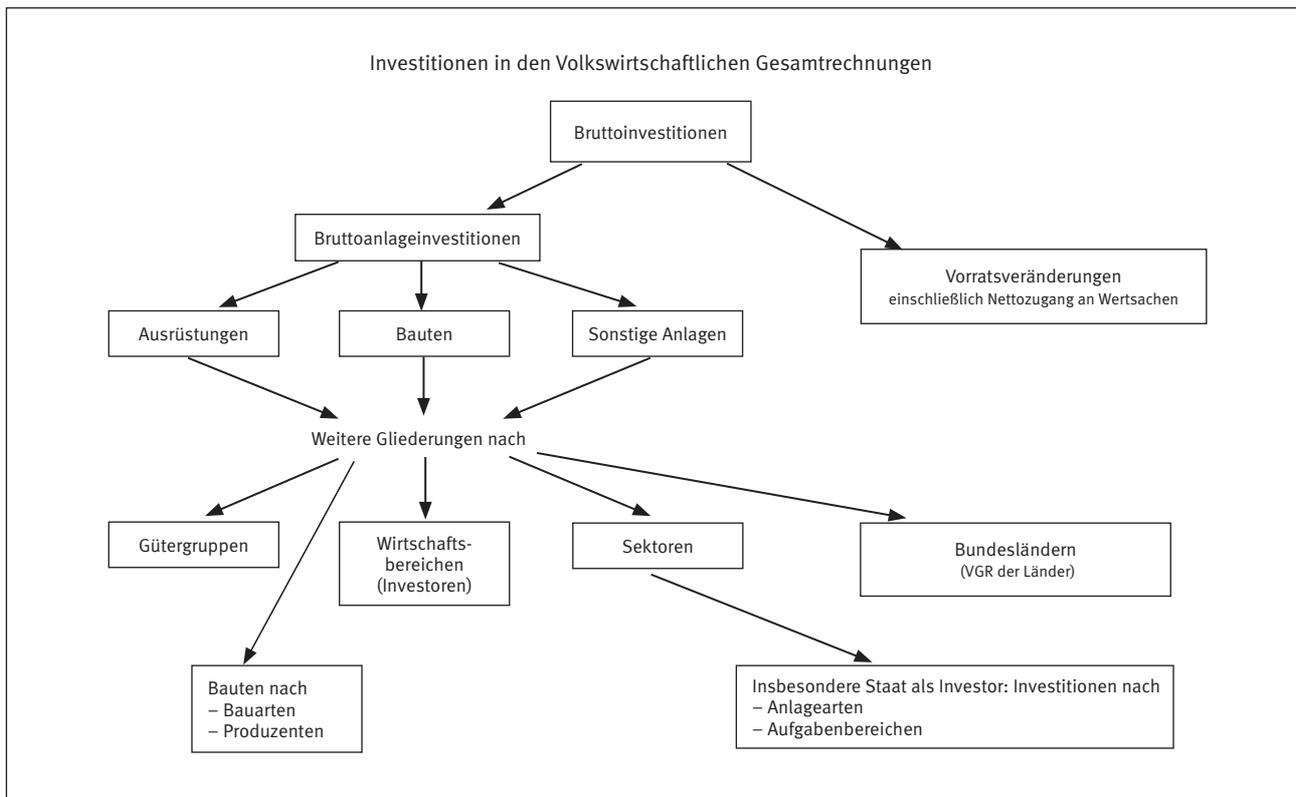
2004 17,2% des BIP aus; zu Beginn der 1990er-Jahre waren es im Zusammenhang mit dem Aufbau in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 23%. Nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) umfassen die Bruttoanlageinvestitionen den Wert der Anlagegüter, die von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Dazu rechnen die Käufe neuer Anlagen, die Käufe von gebrauchten Anlagen (abzüglich Verkäufen) sowie der Zugang an selbsterstellten Anlagen. Der Wert der Dienstleistungen, die mit der Herstellung oder dem Kauf von Investitionsgütern verbunden sind (z. B. Installation von Ausrüstungsgütern), wird gleichfalls einbezogen.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden in den VGR nach verschiedenen Gliederungen veröffentlicht.¹⁾ Im Vordergrund steht üblicherweise die Betrachtung der Investitionen nach Güterarten, also die Frage nach dem Investitionsobjekt, bei der zunächst zwischen Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen differenziert und anschließend nach weiteren Gütergruppen unterschieden wird. Darüber hinaus werden die Anlageinvestitionen sowohl nach Wirtschaftszweigen als auch nach Sektoren dargestellt, um die Investoren der Anlagegüter zu zeigen und für die jeweilige Wirtschaftsbranche das Bild über ihre wirtschaftliche Entwicklung zu vervollständigen.

Den beiden unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Investitionen nach Investitionsobjekt und nach Investor liegen verschiedene Berechnungsansätze zugrunde. Der Pro-

¹⁾ Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Beiheft Investitionen, 1991 bis 2004, revidierte Ergebnisse.

Schaubild 1



duktionsansatz, auch als Güterstrom- oder Commodity-flow-Rechnung bezeichnet, stellt das Investitionsobjekt in den Mittelpunkt der Betrachtung und basiert auf Erhebungen bei den Produzenten von Investitionsgütern. Das sind beispielsweise Unternehmen, die Bauleistungen erbringen, und aus deren Angaben die Bauinvestitionen abgeleitet werden können. Oder es handelt sich um Produzenten von Ausrüstungsgütern, die Angaben zu produzierten und mit dem Ausland gehandelten Ausrüstungen machen, anhand derer die Ausrüstungsinvestitionen berechnet werden können.²⁾

Der Verwendungsansatz – auch Investorenrechnung genannt – wertet das statistische Ausgangsmaterial über die Investoren als Nachfrager von Investitionsgütern, allen voran die amtlichen Investitionserhebungen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, aus. Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes stehen die Berechnungsmethoden und Ergebnisse der Investorenrechnung. Im Rahmen der Investorenrechnung werden Ergebnisse nach 60 investierenden Wirtschaftszweigen ermittelt. Darüber hinaus werden auch Ergebnisse nach fünf investierenden Sektoren gezeigt. Dabei stehen die Investitionen des Staates im Mittelpunkt des Interesses.

Während anhand des Produktionsansatzes vierteljährlich aktuelle Berechnungen für Ausrüstungen und Bauten möglich sind, können aus der Investorenrechnung nach einem halben Jahr erste Schätzungen, nach 1,5 Jahren eine fundierte Berechnung anhand der dann vorliegenden Ergeb-

nisse der Investitionserhebungen für ein Berichtsjahr zur Verfügung gestellt werden. Allerdings bleiben auch zu diesem Zeitpunkt Lücken im statistischen Ausgangsmaterial für einige Dienstleistungsbereiche bestehen. Deshalb werden für Ausrüstungen und Bauten im Rahmen der Investorenrechnung separate Ergebnisse berechnet und anschließend mit den bereits vorliegenden Ergebnissen der Commodity-flow-Rechnungen abgestimmt. Die neue Dienstleistungsstatistik, für die ab dem Berichtsjahr 2000 Ergebnisse vorliegen und die im Rahmen der VGR-Revision 2005 eingearbeitet wurde, konnte viele Lücken der Investorenrechnung schließen, sodass diese verstärkt zur Plausibilitätsprüfung der Commodity-flow-Rechnung herangezogen werden kann. Auch die Vervollständigung des statistischen Ausgangsmaterials in anderen Wirtschaftsbereichen führte zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung der Investorenrechnung. Für die Berechnung der Investitionen in sonstige Anlagen gibt es jeweils nur einen Berechnungsansatz. Während die Ergebnisse für die erworbene Software beispielsweise auf einer Befragung von Investoren beruhen, wird der Wert der Urheberrechte anhand eines Produktionsansatzes ermittelt.

Die Investorenrechnung ist eine wichtige Grundlage für die Berechnung der Belastung der Investitionen mit der nicht abziehbaren Umsatzsteuer. Im Rahmen der Commodity-flow-Rechnung werden zunächst die Investitionen ohne Steuer berechnet. Anschließend liefert die Investorenrechnung den Wert der Steuer, der auf den Investitionen der

2) Siehe Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S.22 „Inlandsprodukt nach ESVG 1995 – Methoden und Grundlagen – 2000“, S. 218 ff.

nicht vorsteuerabzugsberechtigten Unternehmen lastet. Außerdem dienen die Ergebnisse der Investorenrechnung der Berechnung der Mehrwertsteuereigenmittel der Europäischen Union (EU), die eine der Haupteinnahmequellen des EU-Haushalts darstellen.

Revision der VGR 2005

Im Rahmen der Revision der VGR 2005, deren Ergebnisse das Statistische Bundesamt im April 2005 veröffentlicht hat, wurden insbesondere die Zeitreihen der Investorenrechnung grundlegend überarbeitet. Generell dienen Revisionen der VGR

- dem Einbau bisher nicht verwendeter statistischer Berechnungsgrundlagen,
- der Anwendung neuer Berechnungsmethoden,
- dem Übergang auf eine neue Preisbasis bzw. bei der aktuellen Revision auf die Berechnung in Vorjahrespreisen und
- der methodischen Weiterentwicklung von Konzepten, Definitionen und Klassifikationen.

Die Änderungen bei den Investitionen in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftszweigen ergeben sich vor allem aus der Einarbeitung von neuem statistischem Ausgangsmaterial. Als Erstes ist hier die ab dem Berichtsjahr 2000 erhobene Dienstleistungsstatistik zu nennen, deren Ergebnisse zum ersten Mal in die Investitionsberechnungen für meh-

rere Dienstleistungsbereiche eingeflossen sind und deren Niveau zum Teil neu justiert haben. Darüber hinaus wurden erstmalig Ergebnisse der Jahresabschlussstatistik öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlicher Unternehmen für die Entsorgungswirtschaft sowie Daten der strukturellen Unternehmensstatistik im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Baugewerbes für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten eingearbeitet.

Neue Berechnungsmethoden wurden vor allem in den Bereichen Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal und Schifffahrt angewandt. Beim Wirtschaftszweig Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal wurde verstärkt die Leasing-Umfrage des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung einbezogen, wohingegen die Berechnungsmethode der Investitionen der Schifffahrtsunternehmen auf die Produktions- und Außenhandelsstatistik umgestellt wurde.

Wie Tabelle 1 für das Berichtsjahr 2000 zeigt, führte die Überarbeitung der Investorenrechnung zu Verschiebungen in der Struktur der Investoren: Während das Verarbeitende Gewerbe, der Landverkehr und vor allem die für Unternehmen tätigen Dienstleister als Investoren an Bedeutung verloren haben, wurden die Investitionen der Leasingunternehmen, der Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens sowie der Entsorgungsunternehmen deutlich erhöht. Die Gründe für die zum Teil starken Änderungen werden im folgenden Kapitel für die einzelnen Wirtschaftsbereiche erläutert.

Tabelle 1: Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2000
Investitionen in neue Anlagen, in jeweiligen Preisen

Wirtschaftsbereiche	Neues Ergebnis	Bisheriges Ergebnis	Differenz Sp. 1 – 2	Neues Ergebnis	Bisheriges Ergebnis
	Mrd. EUR			Anteile an den Investitionen aller Wirtschaftsbereiche in %	
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	6,55	6,60	-0,05	1,4	1,5
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	65,47	70,28	-4,81	14,4	15,6
Energie- und Wasserversorgung	12,80	12,43	+0,37	2,8	2,8
Baugewerbe	5,76	5,21	+0,55	1,3	1,2
Handel, Gastgewerbe	23,96	23,26	+0,70	5,3	5,2
Landverkehr	7,70	13,06	-5,36	1,7	2,9
Schifffahrt	3,57	4,23	-0,66	0,8	0,9
Luftfahrt	2,03	2,96	-0,93	0,4	0,7
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr	9,16	7,02	+2,14	2,0	1,6
Nachrichtenübermittlung	7,78	11,76	-3,98	1,7	2,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	10,32	9,84	+0,48	2,3	2,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	152,01	138,29	+13,72	33,5	30,6
Vermietung beweglicher Sachen	47,15	25,04	+22,11	10,4	5,5
Datenverarbeitung, Datenbanken	5,58	4,09	+1,49	1,2	0,9
Forschung und Entwicklung	1,88	1,67	+0,21	0,4	0,4
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	12,71	42,02	-29,31	2,8	9,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	23,15	23,25	-0,10	5,1	5,2
Erziehung, Unterricht	8,65	8,66	-0,01	1,9	1,9
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	23,60	22,59	+1,01	5,2	5,0
Erbringung von Entsorgungs- leistungen	9,19	5,58	+3,61	2,0	1,2
Übrige öffentliche und private Dienstleistungsunternehmen	14,33	13,60	+0,73	3,2	3,0
Insgesamt	453,35	451,44	+1,91	100	100

Völlig neu ist die Berechnung von Ergebnissen in verketteten Vorjahrespreisen, die die bisherige Berechnung in Festpreisen eines bestimmten Basisjahres, zuletzt 1995, ersetzt. Nicht mehr die relativen Preise eines Basisjahres sind Grundlage für alle anderen Berichtsjahre, sondern die Preisrelationen des Vorjahres für das jeweilige Berichtsjahr. Ausführliche Erläuterungen finden sich im VGR-Revisionsaufsatz im Mai-Heft dieser Zeitschrift.³⁾

Die Konzepte und Definitionen der Bruttoanlageinvestitionen haben sich bei der VGR-Revision 2005 nicht geändert. Auch unterscheidet sich die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, (WZ 2003), die nun den Ergebnissen zugrunde liegt, nur unwesentlich von der vorherigen Fassung aus dem Jahr 1993.

Die Methode der Investorenrechnung

Einführung

Die Investoren in Deutschland werden nach 60 Wirtschaftszweigen entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, gegliedert. Die Ergebnisse basieren soweit wie möglich auf Bilanzangaben von Unternehmen über jährliche Zugänge auf Anlagekonten, auf Angaben des Staates über Kassenausgaben für Investitionsgüterkäufe sowie auf sonstigen Unterlagen der Investoren. Nicht für alle Unternehmen und nicht für alle Wirtschaftsbereiche werden amtliche Investitionserhebungen durchgeführt, sodass Zusatzinformationen ausgewertet und Schätzungen durchgeführt werden müssen. Für die Investorenrechnung können, wie bereits erwähnt, nur Jahreswerte berechnet werden, und die Ergebnisse der Basisstatistiken sind etwa 1,5 Jahre nach Abschluss des Berichtsjahres verfügbar. Außerdem beziehen sich die Ergebnisse der Investorenrechnung stets auf *neue* Anlagen, da über die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen nur unzureichende Ausgangsdaten vorhanden sind.

Zunächst werden für jeden einzelnen Wirtschaftszweig anhand des in den folgenden Kapiteln beschriebenen Ausgangsmaterials sowohl die Investitionen in Ausrüstungen als auch in Bauten berechnet. Danach werden diese Ergebnisse an die Ergebnisse der Commodity-flow-Rechnungen für Ausrüstungen und Bauten angepasst.

Da für die Investitionen in sonstige Anlagen nur jeweils ein Berechnungsansatz durchgeführt wird, ist dort keine Abstimmung notwendig. Teilweise liegen Informationen zu investierenden Wirtschaftsbereichen vor, teilweise sind Gesamtgrößen auf Wirtschaftsbereiche aufzuteilen. Die Investitionen in sonstige Anlagen werden zusammen mit den Ausrüstungsinvestitionen nach 60 Wirtschaftszweigen veröffentlicht.

In zunehmendem Maß werden Investitionsobjekte vom Investor nicht gekauft, sondern geleast. Für den Nachweis der Anlageinvestitionen kommen in diesem Fall zwei Konzepte

in Betracht: die Buchung der Anlagegüter beim Eigentümer oder beim Nutzer des Investitionsgutes. Für Analysezwecke sind beide Konzepte sinnvoll. Für die Betrachtung der Vermögensbildung und Finanzierung einzelner Wirtschaftsbereiche und Sektoren ist der Nachweis nach den Eigentümern, für die Betrachtung von Produktionsvorgängen und des Produktionspotenzials der Nachweis nach den Nutzern der geleasten Investitionsgüter zweckmäßig. Der Investorenrechnung liegt gemäß dem ESVG das Eigentümerkonzept zugrunde.

Ausrüstungen und Bauten

Für jeden der 60 Wirtschaftsbereiche werden die Investitionen in neue Ausrüstungen einerseits und in neue Bauten andererseits berechnet. Für die meisten Wirtschaftsbereiche liegen amtliche Investitionserhebungen vor. Die neue Dienstleistungsstatistik, die erstmals für das Berichtsjahr 2000 durchgeführt wurde, hat große Lücken der Investorenrechnung geschlossen, denn in diesem Bereich waren bislang die statistischen Grundlagen völlig unzureichend. In mehreren Dienstleistungsbereichen werden in größerem Umfang staatliche Investitionen getätigt, für die als Quelle die Finanzstatistik herangezogen wird. Sofern keine Daten aus Investitionserhebungen für einen Wirtschaftszweig verfügbar sind, wird auf alternative Datenquellen zurückgegriffen.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei basiert die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen mangels einer Investitionserhebung auf den Daten der Produktions- und Außenhandelsstatistik, aus denen sich die Inlandsverfügbarkeit von Gütern, die typisch für die Produktionstätigkeit dieser Bereiche sind (z. B. Bodenbearbeitungsgeräte, Fischereischiffe) ableiten lässt. Nicht alle Güter einer Gütergruppe werden vom jeweilig betrachteten Wirtschaftszweig investiert, sodass Investitionsquoten geschätzt werden. Sie geben an, wie viel vom Gesamtaufkommen eines Investitionsgutes im betrachteten Wirtschaftsbereich investiert wird. Außerdem werden Handels- und Transportspannen geschätzt. Die Käufe von Kraftfahrzeugen in diesem Bereich lassen sich anhand der Zulassungsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes ermitteln. Die Berechnung der landwirtschaftlichen Bauten basiert auf den Ergebnissen der monatlichen Bauberichterstattung, bei der die Errichtung von Gebäuden in der Landwirtschaft erfragt wird. Das Investitionsvolumen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ist für die gesamte Volkswirtschaft von immer geringerer Bedeutung: Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei an den Käufen neuer Anlagegüter aller Wirtschaftsbereiche lediglich 1,4%.

Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe

Für die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden,

3) Siehe Braakmann, A./Hartmann, N./Räth, N./Strohm, W.: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004“ in WiSta 5/2005, S. 425 ff.

die im Jahr 2000 gut 14% der Investitionen in neue Anlagen insgesamt und sogar knapp 27% der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen der deutschen Volkswirtschaft tätigten, liegen amtliche Investitionserhebungen vor. Jährlich werden Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten nach ihren Investitionen in Ausrüstungen und Bauten befragt. Die Investitionen der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten mussten bislang zugeschätzt werden. Nun standen für die Berichtsjahre 2000 bis 2002 Investitionsergebnisse der strukturellen Unternehmensstatistik im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Baugewerbes für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten zur Verfügung und wurden eingearbeitet. Die Ergebnisse der neuen Erhebungen führten im Jahr 2000 zu einer Absenkung der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe um 4,8 Mrd. Euro.

Energie- und Wasserversorgung

Die Unternehmen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung tätigten im Jahr 2000 fast 13% der gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen. Sie geben jährlich gegenüber der amtlichen Statistik umfassend Auskunft über ihre Investitionen.

Handel und Gastgewerbe

5,3% der Käufe neuer Anlagegüter im Jahr 2000 tätigten die Unternehmen des Handels und des Gastgewerbes. Sie werden in jährlichen Erhebungen nach ihren Investitionen befragt. Aus dem Verhältnis von Investitionen zum Umsatz werden Investitionsquoten gebildet. Aus der Konsum- und Wertschöpfungsberechnung im Rahmen der VGR ist bekannt, dass der Umsatz aus den Jahresehebungen unter dem in der Handels- und Gaststättenzählung oder der Umsatzsteuerstatistik ermittelten liegt. Aus diesem Grund werden als Grundlage der Investitionsberechnungen die VGR-Produktionswerte im Handel und im Gastgewerbe verwendet, deren Niveau in erster Linie durch die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 sowie der Umsatzsteuerstatistik bestimmt wird.⁴⁾ Die Investitionsquoten aus der Investitionserhebung werden an die Produktionswerte angelegt, um die Sachanlageinvestitionen zu berechnen.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Bei den Unternehmen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung (2000: Anteil von 6,7% an den Käufen neuer Anlagegüter) hatte sich aus verschiedenen Gründen die Datenlage Ende der 1990er-Jahre zunächst erheblich verschlechtert. Die Investitionstätigkeit in diesen Bereichen erfolgte in großem Umfang durch die Deutsche Bahn, die Deutsche Telekom und die Deutsche Post. Als diese Unternehmen noch staatliche Unternehmen waren, wurden sehr detaillierte Angaben zur Geschäftstätigkeit und damit auch zu den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen dieser Unternehmen veröffentlicht. Spätere Geschäftsberichte der ent-

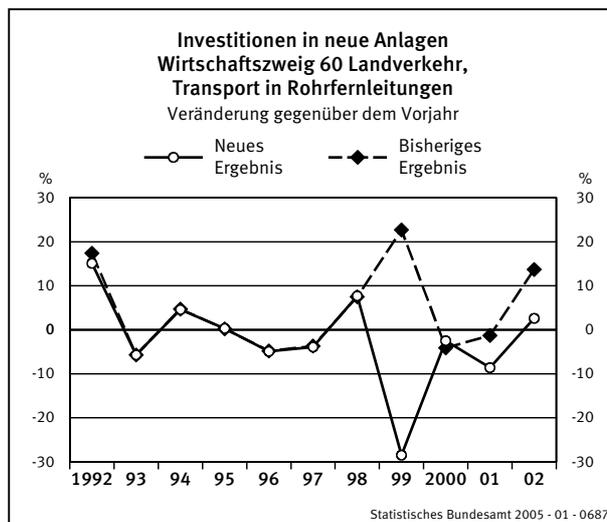
sprechenden Aktiengesellschaften wiesen Ausrüstungen und Bauten nicht mehr getrennt aus. Außerdem haben sich auf dem Telekommunikationsmarkt – vor allem durch die rasante Entwicklung beim Mobilfunk – inzwischen mehrere starke Wettbewerber eingefunden, deren Investitionen in der Abgrenzung der VGR zum größten Teil nicht bekannt waren und auf der Grundlage von Geschäftsberichten geschätzt werden mussten.

Auch der Bahnmarkt hat sich für weitere Wettbewerber geöffnet. Die Deutsche Bahn selbst hat sich in mehrere Aktiengesellschaften aufgeteilt, deren Schwerpunkte sich ab 1999 nicht mehr nur im Wirtschaftszweig 60 Landverkehr, sondern auch im Wirtschaftszweig 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr befinden. Entsprechende Umsetzungen wurden vorgenommen.

Seit dem Berichtsjahr 2000 stehen aus der neuen Dienstleistungsstatistik auch für die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung Ergebnisse zu Investitionen in der Gliederung nach Ausrüstungen, Bauten sowie immateriellen Anlagen zur Verfügung und stellen die Investitionsberechnungen in diesen Bereichen auf eine grundlegend verbesserte Basis. Die Ergebnisse werden für die Wirtschaftszweige 60 Landverkehr, 62 Luftfahrt, 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr und 64 Nachrichtenübermittlung verwendet. Da die Dienstleistungsstatistik zu Beginn der Berichterstattung noch Untererfassungen aufwies, wurden Zuschläge gemacht. Im Ergebnis deutlich geändert wurden dadurch die Käufe neuer Anlagegüter der Unternehmen des Landverkehrs und der Nachrichtenübermittlung: Sie wurden im Jahr 2000 jeweils um über 5 Mrd. bzw. um 4 Mrd. Euro gesenkt.

Die Umsetzung der investitionsstarken Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, DB Netz AG sowie DB Station & Service AG, vom Wirtschaftszweig Landverkehr in den Bereich Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr führte im Jahr

Schaubild 2

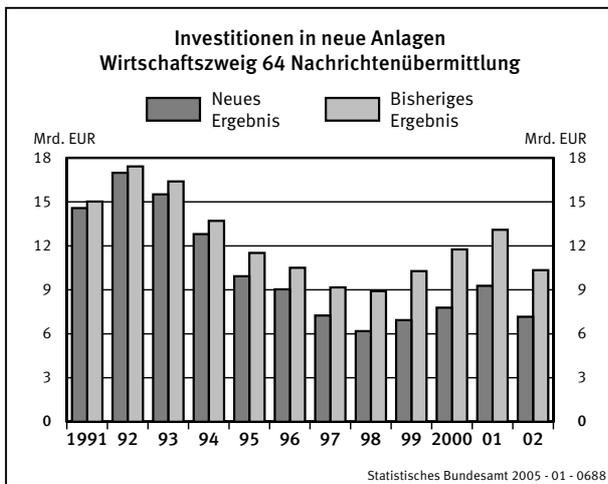


⁴⁾ Siehe Fußnote 2, hier: S. 74 ff.

1999 und danach zu einer erheblich schwächeren Investitionstätigkeit im Bereich des Landverkehrs als vor der Revision (siehe Schaubild 2). Dagegen nahm die Investitionstätigkeit im Wirtschaftszweig 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, zu.

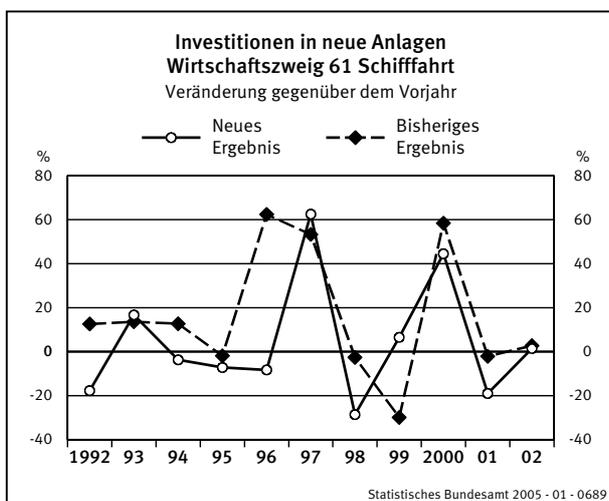
Im Bereich Nachrichtenübermittlung führten die Ergebnisse der neuen Dienstleistungsstatistik zu einer erheblichen Absenkung der Investitionen, weil zuvor die Investitionen der Paketdienste als zu hoch eingeschätzt worden waren. Wie das Schaubild 3 zeigt, hat sich dadurch eine im Niveau völlig neue Zeitreihe ergeben.

Schaubild 3



Für den Bereich 61 Schifffahrt werden seit der VGR-Revision 2005 die Ergebnisse der Produktions- und Außenhandelsstatistik genutzt. Damit wird insbesondere die Anschaffung von Schiffen deutscher Seeschiffahrtsunternehmen, die im deutschen Seeschiffahrtsregister eingetragen sind, erfasst

Schaubild 4



und Kompatibilität mit der Entstehungsrechnung sowie den Berechnungen der Ausrüstungsinvestitionen nach der Commodity-flow-Methode und des Außenbeitrags erreicht. Zuvor wurden Angaben des Verbands deutscher Reeder sowie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verwendet. Durch die neue Berechnungsweise verminderten sich im Jahr 2000 die Investitionen der Schifffahrtsunternehmen um rund 1 Mrd. Euro. Auch hier hat sich die Zeitreihe geändert, wie im Schaubild 4 zu sehen ist.

Kredit- und Versicherungsgewerbe

Die Kreditunternehmen sind gegenüber der Deutschen Bundesbank, die Unternehmen des Versicherungsgewerbes gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen berichtspflichtig, sodass aus diesen Quellen der Umfang der investierten Güter des Kredit- und Versicherungsgewerbes (2000: 2,3% aller neuen Anlagen) abgeleitet werden kann.

Grundstücks- und Wohnungswesen

Den weitaus größten Anteil an den Investitionen in neue Bauten hatte mit 62% im Jahr 2000 der Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen. Dagegen kaufte dieser Wirtschaftszweig nur 1,3% der neuen Ausrüstungen und sonstigen Anlagen. Insgesamt tätigten die Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges 33,5% der Käufe neuer Anlagen. Der hohe Anteil bei den Käufen neuer Bauten ergibt sich aus der praktizierten Abgrenzung dieses Wirtschaftszweiges: Er umfasst in den deutschen VGR die gesamten Investitionen in Wohngebäude unabhängig vom Eigentümer und einschließlich der Eigenleistungen der privaten Haushalte im Wohnungsbau. Wohngebäude werden hauptsächlich zu Wohnzwecken genutzt, können aber auch gewerblich genutzte Räume enthalten. Vor der Revision wurden in diesem Wirtschaftsbereich nur Investitionen in reine Wohnungen ausgewiesen. Der Wert der Investitionen in Wohnbauten ergibt sich aus der Commodity-flow-Rechnung für die Bauinvestitionen⁵⁾, die auf den Angaben der Bauleistungen erbringenden Unternehmen fußt. Für die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen dieses Wirtschaftszweiges werden nun die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik genutzt. Insgesamt erhöhten sich die Investitionen des Wirtschaftsbereiches durch den Übergang von Wohnungen zu Wohnbauten im Jahr 2000 um 13,7 Mrd. Euro.

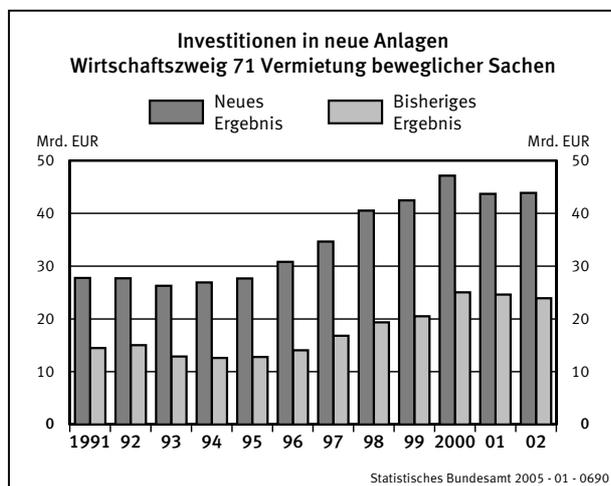
Vermietung beweglicher Sachen

Die Unternehmen des Bereichs Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal hatten im Jahr 2000 einen Anteil von 21,7% an den Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen und einen Anteil von 10,4% an den Investitionen in neue Anlagegüter insgesamt. In diesem Bereich sind vor allem Leasingunternehmen investiv tätig. Die Berechnung für die Leasingunternehmen basiert auf Angaben des Leasing-Investitionstests, der seit den 1970er-Jahren vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

5) Siehe Bolleyer, R.: „Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 11/2001, S. 945 ff., sowie Fußnote 2, hier: S. 219 ff.

durchgeführt wird.⁶⁾ Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges wurde in der Investorenrechnung bislang unterzeichnet, da in erster Linie das herstellernunabhängige Leasing abgebildet wurde. Mit den Daten aus dem Investitionstest Leasing fließen nun auch die Investitionen der Unternehmen, die schwerpunktmäßig herstellerabhängiges Leasing betreiben, in die Ergebnisse dieses Wirtschaftszweiges ein. Darüber hinaus erfolgt eine neue, modellhafte Zuschätzung für die Investitionen der Unternehmen, die im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Ausrüstungsgütern tätig sind. Durch diese Neuberechnung gewinnt der Wirtschaftszweig hinsichtlich der Investitionstätigkeit stark an Bedeutung: Die Investitionen in neue Anlagen werden in den Jahren 1991 bis 2002 um bis zu 119% höher als bisher ausgewiesen. Im Jahr 2000 erhöhten sie sich um 22 Mrd. auf rund 47 Mrd. Euro. Das Schaubild 5 zeigt die deutliche Zunahme für den Zeitraum 1991 bis 2002.

Schaubild 5



Die Investitionstätigkeit dieses Wirtschaftszweiges spiegelt die zunehmende Bedeutung des Leasings als Finanzierungsinstrument für Investitionsobjekte wider: Der Anteil der Käufe neuer Anlagegüter dieses Wirtschaftszweiges an den entsprechenden Käufen aller Wirtschaftszweige ist im Zeitablauf von rund 7% zu Beginn der 1990er-Jahre auf 10,8% im Jahr 2002 gestiegen. Betrachtet man den Anteil des Wirtschaftszweiges an den Käufen neuer Ausrüstungen

Tabelle 2: Wirtschaftszweig 71 Vermietung beweglicher Sachen Prozent

Gegenstand der Nachweisung	1991	1995	2000	2002
Käufe neuer Anlagen des WZ 71 an Käufen neuer Anlagen aller Wirtschaftszweige	7,6	6,7	10,4	10,8
Käufe neuer Ausrüstungen und sonstiger Anlagen des WZ 71 an den Käufen neuer Ausrüstungen und sonstiger Anlagen aller Wirtschaftszweige	15,7	17,4	21,7	22,2

und sonstiger Anlagen, so hat sich dieser von 15,7% im Jahr 1991 auf 22,2% im Jahr 2002 erhöht.

Übrige Dienstleistungsbereiche

Die Wirtschaftsbereiche Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie die überwiegend für Unternehmen tätigen Dienstleister, wie zum Beispiel Steuerberater, Bauingenieure oder Gebäudereiniger, investierten im Jahr 2000 in rund 4% der neuen Anlagen. Quelle der statistischen Informationen ist die neue Dienstleistungsstatistik. Die Einarbeitung der Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik führte vor allem für die überwiegend für Unternehmen tätigen Dienstleistungsunternehmen zu einer deutlichen Absenkung der Investitionen um fast 30 Mrd. Euro im Jahr 2000. Zuvor wurden die Ergebnisse dieses Bereiches als Abstimmungsposition zwischen Commodity-flow-Rechnung und Investorenrechnung genutzt.

Öffentliche und private Dienstleister

Auf Dienstleistungsbereiche, in denen sowohl öffentliche als auch private Dienstleister tätig sind, entfiel im Jahr 2000 ein Anteil von über 17% an den Käufen neuer Anlagegüter. Zu diesem Wirtschaftszweig zählen die Bereiche öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie sonstige öffentliche und private Dienstleister. Für Investitionen der staatlichen Institutionen dieser Bereiche werden in erster Linie Ergebnisse der Finanzstatistik verwendet. Darüber hinaus werden zur Berechnung der öffentlichen Bauinvestitionen Daten der Baugewerbestatistik genutzt.

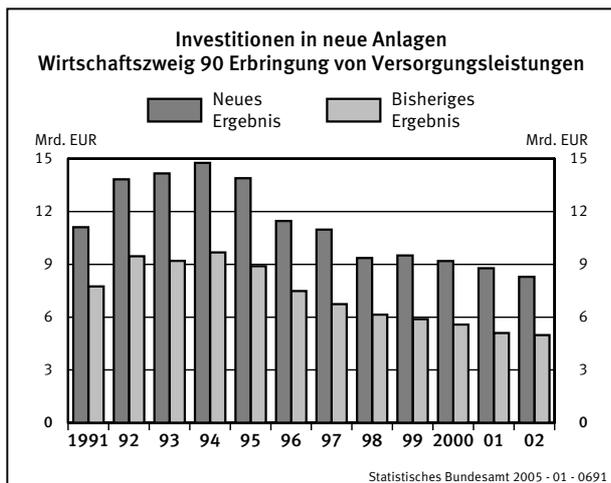
Lediglich der Wirtschaftszweig öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung wird allein von staatlichen Institutionen abgedeckt. Quelle für Informationen über die Ausrüstungsinvestitionen ist ausschließlich die Finanzstatistik, für Bauinvestitionen die Baugewerbestatistik. Für alle weiteren oben genannten öffentlichen und privaten Dienstleister erfolgen Zuschätzungen für Investitionen von Unternehmen und privaten Organisationen ohne Erwerbzweck. Im Bereich Erziehung und Unterricht wird der Teil der Investitionen nicht staatlicher Institutionen in Anlehnung an die Entstehungsrechnung zugeschätzt. Im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen konnte für diese Zuschätzung bis 1998 die Krankenhausstatistik mit Investitionsangaben der Krankenhäuser genutzt werden. Seitdem erfolgt eine modellhafte Schätzung anhand der Inlandsverfügbarkeit von medizinisch-technischen Geräten.

Die Berechnungen für den Wirtschaftszweig Erbringung von Entsorgungsleistungen wurden mit der Statistik der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen auf eine neue Datengrundlage gestellt; die Investitionen dieses Bereiches haben sich damit im Jahr 2000 um 3,6 Mrd. Euro deutlich erhöht. Diese Statistik ist für den Wirtschaftszweig von großer Bedeutung, da in den 1990er-Jahren in erheblichem Umfang öffentli-

6) Siehe Oppenländer, K. H./Poser, G.: „Handbuch der ifo-Umfragen“, S. 279 ff., sowie regelmäßig Städtler, A.: „ifo-Schnelldienst“, zuletzt Ausgabe 10/2005, S. 29 ff.

che Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ausgliedert und damit auch nicht mehr in der Finanzstatistik erfasst wurden. Außerdem vergeben immer mehr Kommunen Aufträge an private Entsorgungsunternehmen. Die Neuberechnung besteht somit aus drei Teilen: Investitionen des Staates aus der Finanzstatistik, Investitionen öffentlicher Unternehmen aus der Jahresabschlussstatistik und Zuschätzung für Investitionen privater Entsorger. Wie sich die gesamte Zeitreihe erhöht hat, zeigt Schaubild 6.

Schaubild 6



Sonstige Anlagen

Die sonstigen Anlagen umfassen zum einen immaterielle Anlagegüter wie erworbene und selbst erstellte Computerprogramme und Datenbanken, Urheberrechte, Suchbohrungen, zum anderen Grundstücksübertragungskosten für unbebaute Grundstücke sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. Eine detaillierte Beschreibung der Abgrenzung und Berechnung immaterieller Anlageinvestitionen ist in entsprechenden Aufsätzen zu finden.⁷⁾

Tabelle 3: Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2000
In jeweiligen Preisen, Mrd. EUR

Sonstige Anlagen	23,92
Software und Datenbanken	18,10
Urheberrechte	4,69
Übrige sonstige Anlagen	1,13

Computerprogramme und Datenbanken werden in den VGR unter dem Begriff „Software“ zusammengefasst und in erworbene und selbst erstellte Software unterteilt. Die Schätzung der erworbenen Software basiert vor allem auf einer Sonderumfrage „Investitionen in Software“, die im Rahmen des ifo-Konjunkturtests vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung über mehrere Jahre hinweg durchgeführt wurde. Die Aufteilung auf Wirtschaftsbereiche erfolgt für das Verarbeitende Gewerbe anhand von ifo-Angaben. Darüber hinaus dienen die Dienstleistungsstatistik und Plausi-

bilitätsüberlegungen über die Softwarenutzung als Aufteilungsgrundlage. Der Wert der selbst erstellten Software und deren Wirtschaftszweiguordnung werden anhand eines Modells mit Beschäftigtenangaben des jährlichen Mikrozensus geschätzt: Grundlage sind Angaben über Beschäftigte in datenverarbeitungstypischen sowie in technischen Berufen, die im weitesten Sinn Datenverarbeitungstätigkeiten ausüben.

Die Abgrenzung der Urheberrechte wurde bei der Revision 2005 um Dokumentar- und Kinderfilme, Videofilme, Industrie- und Wirtschaftsfilme erweitert und der Wert der Urheberrechte dadurch im Jahr 2000 um 0,74 Mrd. Euro angehoben. Datenbasis ist die Umsatzsteuerstatistik. Investierende Wirtschaftsbereiche sind zum einen der Wirtschaftszweig 22 Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern, zum anderen der Wirtschaftszweig 92 Kultur, Sport, Unterhaltung. Angaben über die Veränderung des Bestands an Nutztieren und Nutzpflanzungen im Bereich der Landwirtschaft stellt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Verfügung.

Die Werte für Suchbohrungen und Grundstücksübertragungskosten werden im Rahmen der Bauinvestitionsberechnungen ermittelt. Suchbohrungen werden zur Erforschung von Vorkommen an Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen vorgenommen. Datenquellen sind der Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe und der Jahresbericht des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung. Investierende Wirtschaftsbereiche sind der Bereich 11 Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen sowie der Bereich 14 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau.

Die Grundstücksübertragungskosten umfassen entsprechende Leistungen der Immobilienmakler, der Notare, der Gerichte sowie die Grunderwerbsteuer. Die Ergebnisse zur Grunderwerbsteuer stammen aus der Statistik über den Steuerhaushalt, die übrigen Werte werden aus der Umsatzsteuerstatistik abgeleitet. Die Aufteilung auf investierende Wirtschaftsbereiche erfolgt anhand der Wirtschaftszweigstruktur der Investitionen in neue Bauten.

Preisbereinigung

Jede Preisbereinigung knüpft primär stets an Gütergliederungen an, da Preise nur für Güter beobachtbar sind. Zur Deflationierung von Wirtschaftszweigergebnissen für die Investitionen werden folglich Informationen über deren Güterzusammensetzung benötigt. Die preisbereinigten Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen ergeben sich durch Addition der preisbereinigten Werte der Investitionsgüter in jedem Wirtschaftszweig. Zu diesem Zweck werden bei den Investitionen in neue Ausrüstungen Investitionskreuzmatrizen nach 60 Wirtschaftszweigen und rund 200 Güterarten erstellt. Dabei wird unterstellt, dass ein bestimmtes Gut unabhängig vom investierenden Wirtschaftsbereich den

⁷⁾ Siehe Schulz, I.: „Immaterielle Güter im Konzept der Anlageinvestitionen nach dem ESVG 1995“ in WiSta 12/2002, S. 1135 ff., und Frankford, L.: „Urheberrechte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 5/2000, S. 320 ff.

gleichen Preis hat. Die Kreuzmatrizen werden anhand von Schätzungen erstellt und anhand eines mathematischen Verfahrens mit den vorgegebenen Randverteilungen abgestimmt, da es keine statistischen Quellen für die Fundierung der inneren Kreuzmatrixstrukturen gibt. Aus diesem Grund werden in Deutschland auch keine Investitionskreuzmatrizen veröffentlicht. Als Preismaterial stehen die vierteljährlichen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise aus der amtlichen Preisstatistik zur Verfügung.⁸⁾

Bei den Bauinvestitionen wird für jeden Wirtschaftszweig eine Aufteilung der Bauten nach Hoch- und Tiefbauten sowie nach gewerblichen, öffentlichen und Bauten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck vorgenommen. Preise für diese Bauarten stammen aus der Preisvereinbarung der Bauinvestitionen; sie ergeben sich aus einer tiefer gegliederten Rechnung nach acht Bauarten und sieben Produzentengruppen auf Basis der Baupreisstatistik.⁹⁾ Die Preisvereinbarung der Käufe sonstiger Anlagegüter kann ebenfalls der in der Fußnote erwähnten Quelle entnommen werden.

Wie alle preisbereinigten VGR-Ergebnisse werden auch die Investitionen nach investierenden Bereichen nicht mehr nach der Festpreismethode, sondern nach der Vorjahrespreismethode berechnet. Die Volumenmessung erfolgt entsprechend internationalen Konventionen und verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis).¹⁰⁾ Die neue Methode ersetzt die bisherige Berechnung in konstanten Preisen eines festen – bisher alle fünf Jahre wechselnden – Basisjahres (zuletzt 1995). Darüber hinaus werden nun bei der Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen ab 1991 hedonische Preisindizes verwendet. Zuvor waren hedonische Preisindizes ab 2002 eingearbeitet.

Während sich der Verlauf der preisbereinigten Bauinvestitionen 1991 bis 2004 nach beiden Methoden kaum voneinander unterscheidet – die Preisrelationen der einzelnen Deflationierungspositionen haben sich im Zeitablauf nur geringfügig verschoben –, zeigt sich bei den Ausrüstungsinvestitionen je nach Deflationierungsmethode ein unterschiedliches Bild: Die preisbereinigten Ergebnisse für die Ausrüstungsinvestitionen auf Vorjahrespreisbasis einschließlich hedonischer Preisindizes stiegen im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2004 um 1,2% stärker an als die bisherigen Ergebnisse auf Festpreisbasis 1995 = 100 ohne hedonische Preiselemente.¹¹⁾

Ergebnisse der Investorenrechnung nach 60 Wirtschaftszweigen liegen gegenwärtig bis zum Berichtsjahr 2002, nach 15 Wirtschaftszweigen bis zum Berichtsjahr 2003 vor. Ergebnisse in tiefer Gliederung für das Jahr 2003 und erste Ergebnisse für das Jahr 2004 werden Ende August dieses Jahres veröffentlicht.

Die Methode der Sektorenrechnung

Neben den Investitionen nach investierenden Wirtschaftsbereichen werden auch Ergebnisse nach investierenden Sektoren berechnet. Dabei werden zunächst fünf inländische Sektoren unterschieden: nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, Private Haushalte sowie Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den finanziellen Kapitalgesellschaften zählen die Kapitalgesellschaften des Bank- und Versicherungsgewerbes, sodass die Anlagenkäufe dieses Sektors denen der betreffenden Wirtschaftszweige entsprechen. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gehören die übrigen Kapitalgesellschaften. Zum Sektor Private Haushalte zählen Selbstständigen-, Arbeitnehmer- und sonstige private Haushalte, das heißt auch unternehmerisch tätige Einzelpersonen wie zum Beispiel Landwirte, Ärzte, Rechtsanwälte. Die Abgrenzung des Sektors der Privaten Haushalte zum Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ergibt sich nicht unmittelbar aus der Berechnung der Investitionen nach Wirtschaftszweigen, sondern erfolgt in separaten Rechenschritten. Direkte Informationen zur Sektoraufteilung können zum einen der Dienstleistungsstatistik, zum anderen für den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen der Statistik der Baufertigstellungen nach Bauherren entnommen werden. Als weitere Quellen zur Aufteilung dienen die Agrarberichte der Bundesregierung sowie die Strukturhebungen für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie der Energie- und Wasserversorgung. Für einige Wirtschaftsbereiche liegen keine Informationen für die Sektoraufteilung nach Privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften vor, sodass Schätzungen auf Basis der Produktionswerte vorgenommen werden.

Die Investitionen des Staatssektors sind von besonderem, vor allem auch politischem Interesse. In den letzten Jahren spiegeln sie die angespannte Haushaltslage des Staates wider: Sie wurden im Zeitraum 2000 bis 2004 um über 17% reduziert. Dabei wird nur die direkte Investitionstätigkeit des Staates einbezogen, nicht jedoch vom Staat gezahlte Investitionszuschüsse. So erhält beispielsweise die Deutsche Bahn AG jährlich mehrere Milliarden Euro Baukostenzuschüsse, um das Schienennetz instand zu halten und neue Trassen zu bauen, die in den VGR als Investitionen der Deutschen Bahn AG und damit des Sektors der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nachgewiesen werden. Von politischer Bedeutung sind die öffentlichen Investitionen auch, weil sie Teil des Finanzierungssaldos des Staates im Rahmen der Maastricht-Kriterien sind.

Für die Bauinvestitionen des Staates dient die Baugewerbestatistik als Berechnungsgrundlage. Dort werden Bauunternehmen nach ihren Auftraggebern, auch öffentlichen

8) Siehe Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe S.24 „Methoden der Preis- und Volumenmessung“, S. 43 ff.

9) Siehe Fußnote 8, hier: S. 45 f.

10) Siehe Mayer, H: „Preis- und Volumenmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 12/2001, S. 1032 ff.

11) Siehe Fußnote 3, hier: S. 450.

Tabelle 4: Investitionen nach Sektoren im Jahr 2000
in jeweiligen Preisen

Gegenstand der Nachweisung	Investitionen in neue Anlagen		Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen	Investitionen in neue und gebrauchte Anlagen	
	Mrd. EUR	%		Mrd. EUR	%
Staat	38,42	8,5	-1,63	36,79	100
Bund	6,73	18,3
Länder	7,90	21,5
Gemeinden	21,28	57,8
Sozialversicherung	0,88	2,4
Nicht staatliche Sektoren	414,93	91,5	-9,29	405,64	.
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	245,46	54,1	.	.	.
Finanzielle Kapitalgesellschaften	11,04	2,4	.	.	.
Private Haushalte	154,58	34,1	.	.	.
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	3,85	0,8	.	.	.
Alle Sektoren ...	453,35	100	-10,92	442,43	.

Investoren, befragt. Außerdem erfolgt ein Vergleich mit den Kassenergebnissen aus der Finanzstatistik. Da laut ESVG die Bauinvestitionen nach Baufortschritt – und nicht entsprechend den Zahlungsvorgängen – zu buchen sind und die öffentlichen Institutionen teilweise mit erheblicher zeitlicher Verzögerung ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen, werden in den VGR die Ergebnisse der Baugewerbestatistik zugrunde gelegt. Für die Ausrüstungen und sonstigen Anlagen wird dagegen die Finanzstatistik verwendet.

Der Sektor Staat wird weiter in die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden sowie die Sozialversicherung unterteilt. Hauptinvestoren sind die Gemeinden: Sie tätigten im Jahr 2000 57,8% der staatlichen Investitionen, 1995 waren es sogar knapp 65%. Rund 90% der Investitionen der Kommunen sind Bauinvestitionen. Quelle für die Unterteilung ist die Finanzstatistik.

Der Sektor Private Organisationen ohne Erwerbszweck ist nur unzureichend statistisch fundiert. Die Baugewerbestatistik liefert Ergebnisse zu den Bauinvestitionen dieser Organisationen, da dort Bauunternehmen nach privaten Organisationen ohne Erwerbszweck als Auftraggebern befragt werden. Käufe neuer Ausrüstungen und sonstiger Anlagen werden geschätzt, da es keine Statistiken dazu gibt.

Die Käufe von neuen Anlagegütern sind vollständig nach den fünf genannten inländischen Sektoren darstellbar. Für die Berechnung der Käufe bzw. Verkäufe von gebrauchten Anlagegütern zwischen den einzelnen Sektoren steht nicht genügend statistisches Ausgangsmaterial zur Verfügung. Deshalb werden Anlageinvestitionen, die jeweils die Ver-/Käufe von gebrauchten Anlagegütern einschließen, nur für den Sektor Staat und die übrigen Sektoren als Ganzes gezeigt. Während sich die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Bauten und Land in der Volkswirtschaft zu null saldieren, werden gebrauchte Ausrüstungen mit privaten Haushalten (Gegenbuchung: Privater Konsum) und mit dem Ausland (Gegenbuchung: Im-/Export) gehandelt. Dabei überwiegen bislang in Deutschland die Verkäufe an Ausrüstungen stets die Käufe.

Bruttoanlageinvestitionen werden gegenwärtig bis zum Berichtsjahr 2003 für alle Sektoren veröffentlicht. Für das Berichtsjahr 2004 werden die Investitionen nur für den

Staat sowie die nicht staatlichen Sektoren als Ganzes nachgewiesen. Ende August 2005 werden jedoch auch hier Ergebnisse für alle Sektoren veröffentlicht. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Eichmann

Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)

Im Rahmen der im Frühjahr 2005 abgeschlossenen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde neben der Einführung der Vorjahrespreisbasis zur Darstellung der Wirtschaftsentwicklung in preisbereinigter Form als weitere wichtige Methodenänderung das Konzept zur Berechnung und Verbuchung der Dienstleistungen von Banken geändert. Dieses neue Konzept ändert den Inhalt wichtiger gesamtwirtschaftlicher Aggregate, darunter auch den des Bruttoinlandsprodukts. Der nachstehende Beitrag erläutert das neue Konzept und seine Auswirkungen auf die betroffenen gesamtwirtschaftlichen Größen beispielhaft für das Jahr 2000.

Vorbemerkung

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1889/2002 der Kommission vom 23. Oktober 2002¹⁾ wurde auf europäischer Ebene eine grundsätzliche Entscheidung hinsichtlich der Berechnung und Verbuchung des Wertes der Dienstleistungen (Produktionswert) von Banken im Zusammenhang mit deren Zinsgeschäft im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) getroffen. Im Rahmen der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) übernahm das Statistische Bundesamt diese konzeptionelle Neuregelung in die deutschen Berechnungen. Zur Verdeutlichung der Unterschiede wird statt der bisherigen Bezeichnung „Unterstellte Bankgebühr“ in Zukunft die Bezeichnung „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (Financial intermediation services indirectly measured – FISIM)“ verwendet.

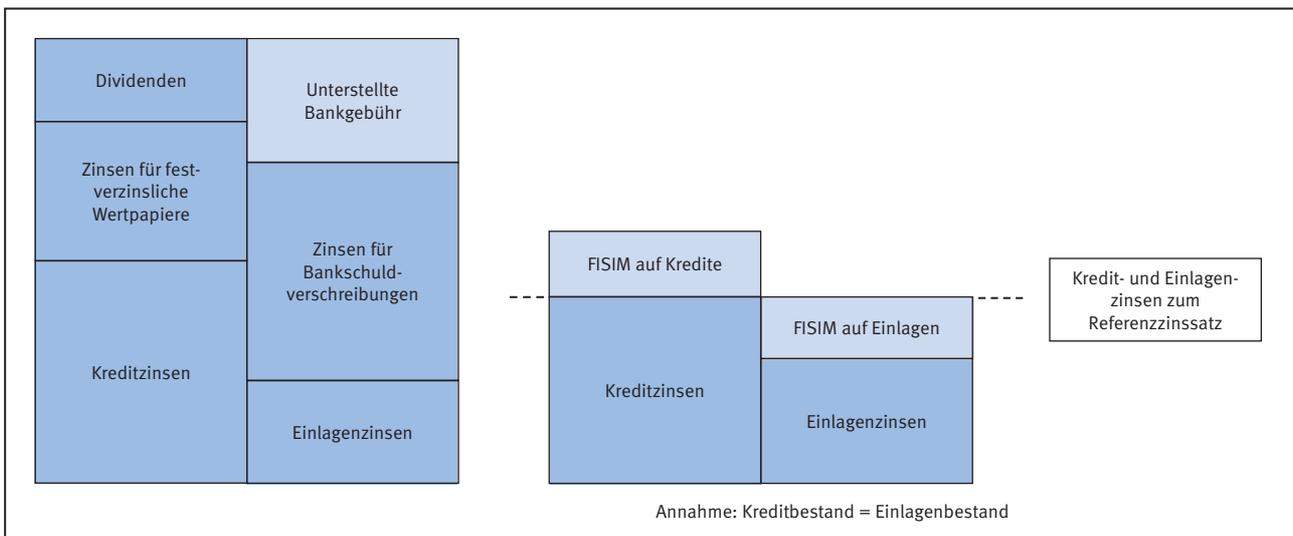
Der Produktionswert der Banken ist schwierig zu bestimmen. In der Regel wird der Produktionswert einer Wirtschaftseinheit als Summe aus Umsatz, Wert der selbst-erstellten Anlagen und Vorratsveränderungen an eigenen Erzeugnissen errechnet. Banken haben, abgesehen von bestimmten expliziten Entgelten (z. B. für Beratungsleistungen), keinen Umsatz im herkömmlichen Sinne. Deshalb galt bisher der Überschuss der empfangenen Vermögenseinkommen (Dividenden und Zinsen bereinigt um die Erträge aus der Anlage eigener Mittel) über die geleisteten Zinsen als Ersatzgröße für den fehlenden Umsatz (siehe nachfolgende Übersicht, linke Seite).

Weil kein plausibles Verfahren gefunden werden konnte, den Wert dieser Bankdienstleistungen den Konsumenten zuzuordnen, wurden sie bislang insgesamt als Vorleistungen einer zusätzlichen fiktiven Wirtschaftseinheit behandelt. Um den Teil des Wertes der Bankdienstleistungen, der an sich insbesondere dem Konsum der Haushalte und des Staates hätte zugerechnet werden müssen, wurde das Bruttoinlandsprodukt zu niedrig ausgewiesen. Das hat sich nun geändert.

Das neue Konzept umfasst zwei Komponenten. Zum einen wird der Wert der von Banken produzierten Bankdienstleistungen auf eine neue Art bestimmt und zum anderen wird dieser Wert den Verbrauchern der Bankdienstleistungen zugeordnet. Somit beeinflussen nunmehr auch Bankdienstleistungen Höhe und Entwicklung von Inlandsprodukt und Nationaleinkommen.

¹⁾ Amtsbl. der EG Nr. L 286 vom 24. Oktober 2002, S. 11 ff.

Unterstellte Bankgebühr (alt) und FISIM (neu)
Schematischer Vergleich



Im Zeitraum 1995 bis 2002 lag das nominale Bruttoinlandsprodukt FISIM-bedingt im Durchschnitt um rund 1,5% höher als ohne Aufteilung der Bankdienstleistungen. Auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ergab sich daraus kein Einfluss. Diese Korrekturen entsprechen, soweit schon Ergebnisse vorliegen, denen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Dem neuen Konzept liegt die Idee zugrunde, dass es einen von Dienstleistungsentgelten freien Zins (Referenzzins) gibt, der für Kreditnehmer und Einleger gleich ist. Tatsächlich zahlen Kreditnehmer jedoch einen um ein Dienstleistungsentgelt erhöhten Referenzzins, während umgekehrt Einleger tatsächlich einen niedrigeren als den Referenzzins gutgeschrieben bekommen, weil die Banken das den Einlegern zugerechnete Dienstleistungsentgelt gleich einbehalten. Als dienstleistungsfreier Referenzzinssatz wird der Interbankenzinssatz angesehen (siehe Übersicht, rechte Seite).

1 Alte und neue Regelung für die Behandlung von Bankdienstleistungen im ESGV 1995

Die neue FISIM-Regelung unterscheidet sich von der alten Regelung für die „Unterstellte Bankgebühr“ neben der in-

landsprodukt- und nationaleinkommenserhöhenden Allokation im Wesentlichen durch drei Merkmale:

- FISIM wird nur in den Teilsektoren Kreditinstitute (S.122) und Sonstige Finanzinstitute (ohne Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen) (S.123), jeweils ohne Investmentfonds, produziert. Der Teilsektor S.122 ist identisch mit der Gesamtheit der MFIs (Monetary Financial Institutes) in der Abgrenzung der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Produktionswert der Zentralbank (S.121), der bisher analog zum Produktionswert der Geschäftsbanken bestimmt wurde (d.h. als unterstellte Bankgebühr), wird in Zukunft als Summe der „administrativen Kosten“ (im Wesentlichen Summe aus Vorleistungen, Abschreibungen und Arbeitnehmerentgelten) berechnet.
- FISIM wird nur noch im Zusammenhang mit Krediten (AF.4) und Einlagen, das heißt Sichteinlagen (AF.22) und sonstigen Einlagen (AF.29), produziert. Grundlage für die vorherige Berechnung der „Unterstellten Bankgebühr“ waren darüber hinaus die von Banken gehaltenen Wertpapierbestände sowie passivseitig die Bankschuldverschreibungen.
- FISIM ergibt sich, wie schon erwähnt, aus der Differenz zwischen den tatsächlichen und den zum Referenzzins-

Tabelle 1: FISIM-Produktion inländischer Banken nach Kundengruppen im Jahr 2000
Mrd. EUR

Sektor-Code	Bezeichnung	FISIM insgesamt	FISIM auf Bankkredite	FISIM auf Bankeinlagen
S.11	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	10,9	8,0	2,9
S.12 (Rest)	Finanzielle Kapitalgesellschaften ohne FISIM-Produktion .	1,7	0,2	1,5
S.13	Staat	4,3	3,3	1,0
S.14a	Private Haushalte (Konsumenten)	14,6	4,1	10,5
S.14b	Private Haushalte (Wohnungs-Eigentümer)	13,5	13,5	-
S.14c	Private Haushalte (Einzelunternehmer)	7,5	5,7	1,8
S.15	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,6	0,1	0,5
S.2	Ausfuhr	6,6	4,2	2,4
Summe ...	FISIM-Produktionswert	59,6	39,0	20,7

Tabelle 2: FISIM-Import nach inländischen Kundengruppen im Jahr 2000
Mrd. EUR

Sektor-Code	Bezeichnung	FISIM insgesamt	FISIM auf Bankkredite	FISIM auf Bankeinlagen
S.11	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1,7	0,9	0,8
S.13	Staat	0,3	0,1	0,2
S.14c	Private Haushalte (Einzelunternehmer)	0,1	-	0,1
Summe ...	FISIM-Import	2,1	1,0	1,1

satz errechneten Zinsen. Als Referenzzinssatz gilt der (dienstleistungsentgeltfrei gedachte) durchschnittliche Interbankenzinssatz.

Diese drei Grundelemente der FISIM-Verordnung werden durch weitere Vorschriften ergänzt, die sich auf folgende Sachverhalte beziehen: einen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Zinszahlungen zu verwendenden speziellen „externen Referenzzinssatz“, die Trennung der Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen durch private Haushalte für konsumtive und für produktive Zwecke, die Aufteilung der FISIM auf Wirtschaftsbereiche nach Maßgabe der Produktionswerte sowie die Berechnung der FISIM in konstanten Preisen unter Zuhilfenahme eines Volumenindikators.

2 Produktion und Einfuhr von FISIM im Jahr 2000

Für das Jahr 2000 ergaben die Berechnungen folgende Ergebnisse für die inländische Produktion und Einfuhr von FISIM gegliedert nach Kundengruppen. Im Hinblick auf die Zuordnung zu den gesamtwirtschaftlichen Verwendungsaggregaten wurde der Haushaltssektor entsprechend untergliedert (siehe Tabellen 1 und 2).

3 Auswirkungen auf wichtige gesamtwirtschaftliche Aggregate im Jahr 2000

Das neue Konzept ändert den Inhalt verschiedener gesamtwirtschaftlicher Aggregate, die in den Leistungskonten (d. h. den nichtfinanziellen Konten) nachgewiesen werden. Betroffen von der Änderung sind in der Kontensequenz Aggregate bis hin zu den Verwendungsgrößen. Dies gilt auch für wichtige, aus den Aggregaten abgeleitete statistische Maßzahlen wie die Lohnquote und die Sparquote. Die Ersparnis selbst und der Finanzierungssaldo bleiben von den Änderungen unberührt. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt, das Bruttonationaleinkommen sowie auf die Einkommensströme, die im Einkommensverteilungskonto nachgewiesen werden.

3.1 Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt

Im Gesamtwirtschaftlichen Güterkonto werden der gesamtwirtschaftliche Produktionswert sowie die gesamtwirtschaft-

lichen Vorleistungen nachgewiesen. Das Bruttoinlandsprodukt lässt sich so leicht berechnen, in dem vom gesamtwirtschaftlichen Produktionswert (zuzüglich Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen) die gesamtwirtschaftlichen Vorleistungen abgezogen werden.

Tabelle 3: Gesamtwirtschaftliches Güterkonto im Jahr 2000
FISIM
Mrd. EUR

Aufkommen		Verwendung	
Produktionswert	64,8	Vorleistungen	40,5
Banken	59,6	davon: Importe von Dienstleistungen	2,1
Staat	4,6	Konsum des Staates	4,6
Private Organisationen ohne Erwerbszweck ...	0,6	Konsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	0,6
Einfuhr	2,1	Konsum privater Haushalte	14,6
		Ausfuhr	6,6
Summe ...	66,9	Summe ...	66,9

Insgesamt steigt das Aufkommen an Gütern um 66,9 Mrd. Euro. Davon entfallen 64,8 Mrd. Euro auf den inländischen Produktionswert und 2,1 Mrd. Euro auf höher ausgewiesene Einfuhren. Die Vorleistungen steigen gleichzeitig um 40,5 Mrd. Euro. Aus dem höheren inländischen Produktionswert und den weniger gestiegenen Vorleistungen resultiert eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 24,3 Mrd. Euro. Das entspricht 1,2% des revidierten Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2000.

Der inländische Produktionswert liegt dabei nicht nur um den Wert der eigentlichen FISIM-Produktion inländischer Banken (59,6 Mrd. Euro) höher. Auch dem Staat (4,6 Mrd. Euro) und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (0,6 Mrd. Euro) wird ein höherer Produktionswert zugerechnet. Letzteres hängt mit den Berechnungsregeln für den Produktionswert dieser Sektoren zusammen. Aufgrund dieser Berechnungsregeln wird deren Produktionswert als Summe der „administrative costs“ (d. h. als Summe aus Vorleistungen, Abschreibungen und Arbeitnehmerentgelten) bestimmt. Somit führt eine Inanspruchnahme von FISIM durch den Staat und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck vorab zu einer Erhöhung ihrer Vorleistungen. Diese sind in den gesamtwirtschaftlichen Vorleistungen (40,5 Mrd. Euro) enthalten. Nach den Berechnungsregeln führt eine Erhöhung der Vorleistungen dann zu einer gleich großen Erhöhung des Produktionswertes des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Daraus resultiert, dass sich der inländische Produktionswert um mehr als den FISIM-Produktionswert inländischer Banken steigert.

Tabelle 4: Export und Import von FISIM im Jahr 2000

Bankdienstleistungen erbracht von	Verbuchung	Betrag in Mrd. EUR
Inländischen Banken an ausländische Kreditnehmer	bisher empfangene Zinsen, jetzt Dienstleistungsausfuhr	-4,2
Ausländischen Banken an inländische Einleger	bisher nicht in den empfangenen Zinsen enthalten, deshalb Aufstockung, kompensierende Gegenbuchung: Dienstleistungseinfuhr	+1,1
nachrichtlich: Saldo	Korrekturbedarf bei den empfangenen grenzüberschreitenden Zinsen	-3,1
Ausländischen Banken an inländische Kreditnehmer	bisher geleistete Zinsen, jetzt Dienstleistungseinfuhr	-1,0
Inländischen Banken an ausländische Einleger	bisher nicht in den geleisteten Zinsen enthalten, deshalb Aufstockung, kompensierende Gegenbuchung: Dienstleistungsausfuhr	+2,4
nachrichtlich: Saldo	Korrekturbedarf bei den geleisteten grenzüberschreitenden Zinsen	+1,4

Inländische Nichtbanken können als Kreditnehmer oder Einleger bei ausländischen Banken ebenfalls Bankdienstleistungen in Anspruch nehmen. In den Importen von Dienstleistungen schlug sich das bis jetzt nicht nieder. Um den entsprechenden Betrag (2,1 Mrd. Euro) waren die (Dienstleistungs-)Importe zu erhöhen. Verwendungseitig sind sie Teil der gesamtwirtschaftlichen Vorleistungen. Umgekehrt nehmen ausländische Nichtbanken Dienstleistungen inländischer Banken in Anspruch. Deshalb liegt die Ausfuhr insgesamt um 6,6 Mrd. Euro höher.

Ein Blick auf die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts vervollständigt die Betrachtung. Das Bruttoinlandsprodukt liegt nach dem neuen Konzept, wie gesagt, um 24,3 Mrd. Euro höher. Die Gegenbuchung erfolgt beim Konsum (private Haushalte: +14,6 Mrd. Euro, private Organisationen ohne Erwerbszweck: +0,6 Mrd. Euro, Staat: +4,6 Mrd. Euro) sowie beim Außenbeitrag (+4,5 Mrd. Euro, d. h. 6,6 Mrd. Euro höhere Exporte minus 2,1 Mrd. Euro höhere Importe). Der zusätzliche Staatskonsum (und der der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) ergibt sich daraus, dass diese Sektoren im Prinzip auch gleichzeitig die Konsumenten ihrer eigenen Produktion sind. Erhöht sich der Produktionswert dieser Sektoren, so steigt ihr Konsum um den gleichen Betrag.

3.2 Auswirkungen auf das Bruttonationaleinkommen

Auch das Bruttonationaleinkommen ändert sich durch die FISIM-Neuregelung. Das Bruttonationaleinkommen wird aus dem Bruttoinlandsprodukt abgeleitet, in dem das Bruttoinlandsprodukt um den Saldo der grenzüberschreitenden Primäreinkommen korrigiert wird. Wichtiger Bestandteil dieser grenzüberschreitenden Primäreinkommen sind Zinszahlungen zwischen inländischen Banken und ausländischen Nichtbanken sowie zwischen ausländischen Banken und inländischen Nichtbanken. Da ein Teil dieser Zinsen nunmehr als Bankdienstleistungsexport (6,6 Mrd. Euro) bzw. Bankdienstleistungsimport (2,1 Mrd. Euro) angesehen wird, müssen diese grenzüberschreitenden Zinsströme korrigiert werden. Dies ist notwendig, um einerseits Doppelzählungen als grenzüberschreitende Dienstleistungen und als grenzüberschreitende Einkommen zu vermeiden und um andererseits zusätzlich verbuchte Dienstleistungsausfuhr an ausländische Einleger im Inland bzw. Dienstleistungseinfuhr von inländischen Einlegern bei ausländischen Banken rechnerisch auszugleichen.

Die tatsächlichen grenzüberschreitenden Zinsen für Kredite und Einlagen sind deshalb wie in der Tabelle 4 aufgeführt zu korrigieren.

Die FISIM-bedingten Änderungen für das Bruttoinlandsprodukt, den Saldo der Primäreinkommen und das Bruttonationaleinkommen stellen sich im Zusammenhang wie folgt dar:

Tabelle 5: FISIM-bedingte Änderungen von Bruttoinlandsprodukt, Saldo der Primäreinkommen und Bruttonationaleinkommen im Jahr 2000
Mrd. EUR

Bruttoinlandsprodukt	+24,3
zuzüglich empfangene Primäreinkommen	-3,1
abzüglich geleistete Primäreinkommen	+1,4
= Bruttonationaleinkommen	+19,8

Das Bruttonationaleinkommen steigt mit +19,8 Mrd. Euro weniger an als das Bruttoinlandsprodukt mit 24,3 Mrd. Euro, weil der Saldo der Primäreinkommen um 4,5 Mrd. Euro sinkt. Die Abnahme des Saldos der Primäreinkommen kompensiert nicht zufällig die Zunahme des Außenbeitrags um den gleichen Betrag. Vielmehr ergibt sich dies aus der Tatsache, dass

- zum einen das in den empfangenen Zinsen vorher enthaltene Dienstleistungsentgelt (4,2 Mrd. Euro) lediglich zu den Dienstleistungsausfuhr und das vorher in den geleisteten Zinsen enthaltene Dienstleistungsentgelt (1,0 Mrd. Euro) lediglich zu den Dienstleistungseinfuhr umgesetzt wurde,
- zum anderen die für inländische Einleger im Ausland um 1,1 Mrd. Euro erhöhten Zinseinnahmen von einem gleich großen Dienstleistungsimport und die an die ausländischen Einleger im Inland um 2,4 Mrd. Euro erhöhten Zinsausgaben von einem gleich großen Dienstleistungsexport kompensiert werden.

Zusammengefasst ändert sich das Bruttonationaleinkommen lediglich aufgrund der Änderung der letzten inländischen Verwendung von Gütern, weil sich die Änderungen des Außenbeitrags und des Saldos der Primäreinkommen gegenseitig aufheben. In der Änderung des Bruttoinlandsprodukts schlagen sich hingegen die Umsetzungen von den grenzüberschreitenden Primäreinkommen zu den grenzüberschreitenden Dienstleistungen nieder. Darüber hinaus bedingen um das Dienstleistungsentgelt betragsmäßig

aufgestockte Primäreinkommen spiegelbildliche kompensierende Dienstleistungstransaktionen, die gleichfalls das Bruttoinlandsprodukt verändern.

Die nachfolgende Tabelle 6 zeigt den Zusammenhang und insbesondere die gegenläufigen Korrekturbuchungen im Zusammenhang mit dem Außenbeitrag und den grenzüberschreitenden Primäreinkommen.

Tabelle 6: FISIM-bedingte Änderungen der letzten inländischen Verwendung, des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2000
Mrd. EUR

Aggregat	Betrag
Letzte inländische Verwendung	
Letzter Konsum der privaten Haushalte	+14,6
Letzter Konsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	+0,6
Letzter Konsum des Staates	+4,6
Summe	+19,8
Außenbeitrag	+4,5
Bruttoinlandsprodukt	+24,3
Saldo der Primäreinkommen	-4,5
Bruttonationaleinkommen	+19,8

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen haben sich geändert. Wie am Beispiel der Ausfuhren und Einfuhren gezeigt wurde, waren davon spiegelbildlich die grenzüberschreitenden Zinsströme betroffen. Dies gilt auch für die Zinsströme zwischen inländischen Wirtschaftseinheiten. Genauer, es gilt auch für die Kredit- und Einlagenzinsen, die zwischen inländischen Banken und den anderen inländischen Wirtschaftseinheiten fließen und die im Einkommensverteilungskonto nachgewiesen werden.

3.3 Auswirkungen auf das Einkommensverteilungskonto

Wenn Zinsströme geändert werden, ändert sich das (primäre) Einkommensverteilungskonto. Die in diesem Konto nachgewiesenen Zinsströme ändern sich jedoch nur teilweise. Zum Beispiel sind Zinszahlungen des Staates an private Haushalte, die Staatsanleihen halten, von der FISIM-Regelung überhaupt nicht betroffen. Aus diesem Grund werden die in den VGR nachgewiesenen Zinsströme ein Konglomerat „dienstleistungsberinigter“ und „nicht-dienstleistungsberinigter“ Zinsen darstellen.

Das Muster der Korrekturen wurde im Zusammenhang mit den grenzüberschreitenden Zinsströmen beispielhaft erläutert. An Banken gezahlte Kreditzinsen werden um das in ihnen enthaltene Dienstleistungsentgelt reduziert und zu den relevanten Verwendungsgrößen umgesetzt. Von Banken gezahlte Einlagenzinsen werden um das Dienstleistungsentgelt aufgestockt. Der Aufstockungsbetrag fließt gleichfalls über die Verwendungskanäle an die Banken zurück. Die Dienstleistungsentgelte im Zusammenhang mit Krediten und Einlagen summieren sich wieder zum in- und ausländischen Aufkommen an FISIM von 61,8 Mrd. Euro.

Zu beachten ist darüber hinaus, dass im Kontensystem, an das sich die nachfolgende Darstellung anlehnt, Transaktionen mit der übrigen Welt aus deren Sicht nachgewiesen wer-

den. Während der Saldo der Primäreinkommen zum Beispiel aus deutscher Sicht um 4,5 Mrd. Euro durch die Korrekturen sinkt, steigt er aus Sicht der übrigen Welt um den gleichen Betrag. In der letzten Spalte wird die Summe der absoluten Beträge der beiden ersten Spalten, das heißt ohne Berücksichtigung des Vorzeichens dargestellt.

In der folgenden Tabelle 7 werden diese notwendigen Korrekturen an den Zinsströmen der Sektoren zusammenfassend gezeigt.

Tabelle 7: Änderungen der empfangenen und geleisteten Zinsen nach Sektoren im Jahr 2000
Mrd. EUR

Sektoren	Empfangene Zinsen	Geleistete Zinsen	Summe der absoluten Beträge empfangene und geleistete Zinsen
FISIM-Produzenten			
S.12 MFIs	-39,0	+20,7	59,7
S.2 Übrige Welt (MFIs) ...	-1,0	+1,1	2,1
Summe ...	-40,0	+21,8	61,8
FISIM-Konsumenten			
S.11 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ..	+3,7	-8,8	12,6
S.12 (Sonstige)	+1,5	-0,2	1,7
S.13 Staat	+1,2	-3,4	4,6
S.14 Private Haushalte ..	+12,4	-23,3	35,7
S.15 Private Organisationen ohne Erwerbszweck ...	+0,5	-0,1	0,6
S.2 Übrige Welt (Nicht-MFIs).....	+2,4	-4,2	6,6
Summe ...	+21,8	-40,0	61,8

Die eingangs aufgestellte Behauptung, dass sich die Zinskorrekturen betragsmäßig zum gesamten Aufkommen an FISIM addieren, kann anhand der Tabelle 7 nachvollzogen werden.

Im ersten Teil der Tabelle FISIM-Produzenten werden die Zinskorrekturen dargestellt, die die Zinseinnahmen und -ausgaben inländischer Banken erfassen. Darüber hinaus ist der Teil der Korrekturen an den grenzüberschreitenden Zinszahlungen aufgeführt, die zwischen inländischen Kunden und ausländischen Banken stattfinden. Bei den in- und ausländischen FISIM-Produzenten sind die empfangenen Zinsen zu kürzen (insgesamt um 40,0 Mrd. Euro) und die geleisteten Zinsen zu erhöhen (insgesamt um 21,8 Mrd. Euro).

Genau umgekehrt verhält es sich bei den in- und ausländischen Bankkunden. Dort sind es die aus ihrer Sicht geleisteten Zinsen, die nach unten zu korrigieren (insgesamt um 40,0 Mrd. Euro) und die empfangenen Zinsen, die zu erhöhen sind (insgesamt um 21,8 Mrd. Euro).

Da diese Zinskorrekturen spiegelbildlich den Dienstleistungsentgelten (FISIM) entsprechen, addieren sich die Korrekturbeträge sowohl auf der Bankenseite als auch auf der Bankkundenseite jeweils zum Gesamtbetrag des Aufkommens bzw. der Verwendung von FISIM von 61,8 Mrd. Euro.

In den künftigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird an verschiedenen Stellen ein nachrichtlicher Nachweis der in den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten enthaltenen FISIM-Komponenten erfolgen. Damit ist ein Nachvollzug des von der FISIM-Berechnung ausgehenden Einflusses auf Höhe und Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate möglich.

4 FISIM zu Vorjahrespreisen

Ausgehend von der Feststellung, dass für ein in der geschilderten Weise berechnetes Dienstleistungsentgelt die Erhebung eines Preises und somit ein Preisindex nicht möglich ist, schlägt die FISIM-Verordnung zur Preisbereinigung der nominalen Größen ein Verfahren vor, das als „Volumenfortschreibung“ beschrieben werden kann. Danach wird der nominale FISIM-Wert eines Basisjahres mit Hilfe eines Volumenindikators fortgeschrieben. Als Volumenindikator werden die preisbereinigten Kredit- und Einlagenbestände angesehen (Preisindex der letzten inländischen Verwendung). Dieser Volumenindikator ermöglicht eine Berechnung von FISIM zu Preisen eines festen Basisjahres. Gleichzeitig lassen sich implizite Preisindizes für FISIM berechnen, indem die nominalen Werte durch die realen Werte (mit fester Preisbasis) dividiert werden. Diese Preisindizes dienen in einem weiteren Schritt dazu, eine FISIM-Berechnung auf Vorjahrespreisbasis durchzuführen.

5 Statistische Quellen, Rechengang

Die FISIM-Berechnung erfordert ein Mehr an statistischen Quellen als die bisherige Berechnung. Es sind drei Bereiche der VGR, die von der FISIM-Neuregelung betroffen sind. Außer der Berechnung der FISIM selbst sind das die Einkommensverteilungskonten, insbesondere die „Zinsmatrix“, sowie die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank. Ausgangspunkt der Berechnung ist dabei die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank, also deren Bestandsrechnung. Die Aktiva und Passiva der Banken im Rahmen der Bestandsrechnung der Finanzierungsrechnung sind die Grundlage für die Berechnung des wohl wichtigsten Teils der Zinsmatrix, der tatsächlichen Zinseinnahmen und -ausgaben der Banken. Dieser Teil der Zinsmatrix wiederum ist Grundlage für die Berechnung der FISIM. Deshalb wurde von Anfang an darauf geachtet, dass diese drei Teile der VGR konsistent sind.

Der Rechengang zur Bestimmung der FISIM kann, in Schritte unterteilt, wie folgt dargestellt werden:

Im ersten Schritt werden die Aktiva und Passiva, das heißt insbesondere die Kredite und Einlagen nach Sektoren, der Bankenstatistik entnommen. In diesem Zusammenhang werden auch Umsetzungen in der sektoralen Zuordnung, die von der Finanzierungsrechnung vorgenommen werden, vom Statistischen Bundesamt nachvollzogen. Dabei handelt es sich insbesondere um Kredite, die nach den Konventionen der VGR von staatlichen Stellen in Anspruch genommen werden.

Im zweiten Schritt wird eine Modellrechnung aufgebaut. Den (korrigierten) Krediten und Einlagen der Banken werden Zinssätze zugeordnet. Für die Jahre 1991 bis 2002 musste für diese Zwecke die damalige Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank genügen. Diese Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank wurde zwischenzeitlich von einer neuen Zinsstatistik der Europäischen Zentralbank (ab Januar 2003) abgelöst.

Die entscheidende Verbesserung der neuen Zinsstatistik der Europäischen Zentralbank hinsichtlich ihrer Eignung für Zwecke der FISIM-Berechnungen besteht darin, dass nunmehr nicht nur Zinssätze im Neugeschäft für bestimmte Instrumente (kurzfristige Kredite, Termingelder usw.), so wie bis jetzt im Nachweis der Deutschen Bundesbank, sondern auch Durchschnittzinssätze der Bestände für Sektoren (ESVG-Abgrenzung) erfragt werden.

Aus der Kombination der Kredite und Einlagen mit den entsprechenden Zinssätzen ergeben sich Schätzungen für die entsprechenden Zinseinnahmen und -ausgaben der Banken. Die Ergebnisse der Modellrechnung müssen danach auf die tatsächlichen Zinseinnahmen und -ausgaben der Banken, wie sie den jährlichen Gewinn- und Verlustrechnungen zu entnehmen sind, abgestimmt werden.

Dieser Abstimmung geht eine Bereinigung der in den Gewinn- und Verlustrechnungen nachgewiesenen Zinseinnahmen und -ausgaben der Banken voraus. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken werden nach dem Unternehmenskonzept erstellt. Sie umfassen also auch die Zinsströme der (rechtlich unselbstständigen) ausländischen Filialen deutscher Banken. Da diese ausländischen Filialen deutscher Banken keine inländischen Wirtschaftseinheiten darstellen, müssen deren Zinseinnahmen und -ausgaben eliminiert werden. Dabei wird das Statistische Bundesamt durch Schätzungen der Deutschen Bundesbank unterstützt. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass dies bei den Aktiva und Passiva der Banken nicht notwendig ist, da hier von vornherein nur der inländische Teil des Kreditinstituts mit seinen Aktiva und Passiva erfasst wird.

Die Ergebnisse der Modellrechnung sind auf die modifizierten tatsächlichen Werte der Gewinn- und Verlustrechnungen abzustimmen. Der eigentlichen Abstimmung auf diese Eckwerte geht jedoch noch ein weiterer Schritt voraus. In einigen Fällen, so bei den von Versicherungen an Banken geleisteten bzw. bei den von Versicherungen von Banken empfangenen Zinsen, liegen aus der Rechnungslegung der Versicherungen verlässliche Angaben vor. Diese Werte der Versicherungen ersetzen in der Modellrechnung die geschätzten Ergebnisse. Dies gilt auch für die von Banken grenzüberschreitend geleisteten und empfangenen Zinsen. In diesem Fall ist die Zahlungsbilanzstatistik die externe Quelle für die verwendeten Angaben. Da schließlich die Zinsströme aus (inländischen) Interbankbeziehungen gleich groß sein müssen, denn was eine inländische Bank an eine andere inländische Bank an Zinsen zahlt, muss dem entsprechen, was diese empfängt, wird der Schätzwert für die von inländischen Banken an inländische Banken gezahlten Zinsen auch auf der Einnahmenseite des Bankensektors übernommen. Entsprechend wird mit den Interbanken-

aktiva bzw. -passiva verfahren. Maßgeblich ist der Wert der Interbankenpassiva. Danach wird die Differenz zwischen dem (teilweise korrigierten) Ergebnis der Modellrechnung und dem (modifizierten Ergebnis) der Gewinn- und Verlustrechnung auf die Positionen verteilt, die nicht fixiert sind (Versicherungen und grenzüberschreitende Zinsen).

Der Referenzzinssatz ergibt sich aus den Interbankenpassiva und den von inländischen Banken an inländische Banken gezahlten Zinsen. Da, wie geschildert, die Spiegelbildlichkeit zuvor hergestellt wurde, entspricht diese Referenzrate genau der, die sich auch aus den Interbankenaktiva und den von inländischen Banken empfangenen Zinsen ergibt.

Werden die Kredite und Einlagen der Banken nach Sektoren mit dieser Referenzrate multipliziert, so stellt die Differenz zu den tatsächlichen Zinseinnahmen und -ausgaben (nach allen Modifikationen und Abstimmungen) das Dienstleistungsentgelt dar. Das Ergebnis ist dann eine Tabelle wie sie oben unter der Überschrift „FISIM-Produktion inländischer Banken nach Kundengruppen“ (siehe Tabelle 1 auf S. 711) dargestellt wurde.

6 Zur Interpretation der Daten

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass die neue Berechnung des Dienstleistungsentgelts der Banken von dem Gedanken ausgeht, dieses Dienstleistungsentgelt lasse sich ausgehend von der Differenz der tatsächlichen durchschnittlichen Kredit- und Einlagenzinssätze und eines als „dienstleistungsfrei“ gedachten aktuellen Referenzzinssatzes bestimmen. Als „dienstleistungsfreier“ Referenzzinssatz wird der durchschnittliche aktuelle Interbankenzinssatz angesehen. Der tatsächlich von Kreditnehmern zu entrichtende Zinssatz setzt sich somit aus dem Referenzzinssatz und einem gleichfalls in Prozentpunkten messbaren Dienstleistungsentgelt zusammen, während Einlegern ein um das Dienstleistungsentgelt auf den Referenzzinssatz erhöhter Zins zugerechnet wird. Somit hängt die Stabilität des (in Prozentpunkten gemessenen) Dienstleistungsentgelts davon ab, wie schnell sich Änderungen des aktuellen Referenzzinssatzes in den durchschnittlichen Kredit- bzw. Einlagenzinssätzen niederschlagen. Ergänzende Untersuchungen legen nahe, dass die Annahme einer raschen Umsetzung von Referenzzinssatzänderungen für das Neugeschäft der Banken durchaus zutrifft. Bezugsgrundlage der Berechnungen sind jedoch nicht Zinssätze im Neugeschäft, sondern, wie erwähnt, Durchschnittzinssätze von Kredit- und Einlagenbeständen. Sofern für diese variable Zinssätze vereinbart wurden, ist gleichfalls von einer raschen Anpassung an Referenzzinssatzänderungen auszugehen. Da in Deutschland jedoch²⁾, ebenso wie in Belgien, Frankreich und den Niederlanden, vornehmlich Kontrakte mit einem über eine (lange) Laufzeit festen Zinssatz vereinbart werden, resultiert daraus eine Trägheit der Anpassung der Durchschnittszinsen an den jeweils aktuellen Referenzzinssatz. Dies ergibt sich daraus, dass die Kredit- und Einlagenbestände eines bestimmten Jahres Vereinbarungen

aus früheren Jahren einschließlich fester Zinssatzzusagen umfassen. Berücksichtigt man darüber hinaus, dass zum Kerngeschäft der Banken die Fristentransformation („aus kurz mach lang“) gehört, so ist von vornherein zu erwarten, dass die Anpassung der Zinssätze für die in der Regel eher kurzfristigen Bankeinlagen mit kürzerem zeitlichen Abstand erfolgt als für die in der Regel eher längerfristigen Bankkredite. Dies hat Konsequenzen für das korrespondierende „Dienstleistungsentgelt“, weil der in der Berechnung anzuwendende aktuelle Interbankenzinssatz in keiner inhaltlichen Beziehung zu diesen früher vereinbarten Kontrakten steht. Sie wurden ja auf Basis der bei Vertragsabschluss geltenden früheren Interbankenzinssätze abgeschlossen.

Das FISIM-Konzept ist für das Statistische Bundesamt rechtsverbindlich. Da die deutsche Realität aber in der beschriebenen Weise vom konzeptionellen Leitbild abweicht, sollte eine Interpretation der Ergebnisse diese Abweichungen mit bedenken. [u](#)

²⁾ Europäische Zentralbank: Monatsbericht November 2004, S. 16.

Dipl.-Soziologin Ulrike Timm, Dr. Irene Kahle

E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zeichnen sich durch eine ausgesprochen dynamische Entwicklung aus, der politisch hohe Aufmerksamkeit zuteil wird. Im Juni 2002 verabschiedete der Europäische Rat den Aktionsplan „eEurope 2005“. Damit sollen u. a. der Ausbau geeigneter Infrastrukturen, etwa durch Schaffung sicherer Breitbandverbindungen, der elektronische Handel (E-Commerce), elektronische Behördendienste (E-Government), Online-Gesundheitsversorgung (E-Health) und elektronisches Lernen gefördert werden. Dieselbe Zielsetzung verfolgt das Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ der Bundesregierung. Das Europäische Statistische System begleitet mit verschiedenen Erhebungen die Entwicklung der IKT in Europa und in Deutschland. Seit dem Jahr 2002 werden in fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) harmonisierte Piloterhebungen zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten durchgeführt. An diesen Piloterhebungen hat sich die deutsche amtliche Statistik seither jährlich beteiligt. An der IKT-Erhebung 2004 nahmen insgesamt 10 303 Personen ab zehn Jahren in 4 898 Haushalten teil.

Im vorliegenden Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse der Erhebung 2004 vorgestellt. Neben der allgemeinen Entwicklung der Internetbeteiligung liegt der Schwerpunkt insbesondere auf den Zwecken der Internetnutzung. Im Vordergrund des vorliegenden Aufsatzes stehen die 2004 erst-

mals erhobenen Fragen zur Bedeutung und Akzeptanz des E-Government in der Bevölkerung.¹⁾ Alle in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse zur IKT-Nutzung in privaten Haushalten beziehen sich – sofern nicht anders angegeben – auf das erste Quartal des jeweiligen Jahres.

Sowohl bei der Ausstattung der privaten Haushalte mit PC und Internet als auch bei der Internetnutzung von Personen sind seit 2002 erhebliche Zuwachsraten erkennbar. Der Trend zum Internet hat sich damit auch 2004 weiterhin fortgesetzt. Ein Zeitvergleich hinsichtlich der Nutzungszwecke zeigt, dass nicht nur die Zahl der Internetnutzenden jährlich weiter steigt, sondern dass das Internet auch zunehmend breitere Einsatzmöglichkeiten findet.

Auch die Möglichkeiten des E-Government werden für Onliner attraktiver. Allerdings bezieht sich dies in erster Linie auf die Informationssuche auf den Homepages öffentlicher Einrichtungen. Am interaktiven Austausch von Formularen und insbesondere am Ersatz persönlicher Behördenbesuche durch den Gang ins Internet ist jedoch bislang ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung interessiert. Ein Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren zieht eine Erledigung von Behördengängen über das Internet in Erwägung (25%), lediglich 9% üben diese bereits aus. Die Hauptvorteile des E-Government liegen nach Meinung der Befragten vor allem in der Zeitersparnis und der Unabhängigkeit von Öffnungs-

1) Weitere Ergebnisse finden sich in der Pressebroschüre „Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004“ sowie im umfangreichen Tabellenmaterial, das zusammen mit den vollständigen Erhebungsunterlagen als Download auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/Informationsgesellschaft>) erhältlich ist. Ergebnisse und Erhebungsunterlagen der Erhebung 2003 sind ebenfalls über diesen Link zugänglich.

Darüber hinaus wurden bereits verschiedene Aufsätze zum Thema in Wirtschaft und Statistik veröffentlicht. Zum Ausstattungsbestand siehe Deckl, S.: „Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie“ in WiSta 4/2003, S. 354 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2002 siehe Pöttsch, O./Decker, J./Kühnen, C.: „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ in WiSta 2/2003, S. 94 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2003 siehe Kahle, I./Timm, U./Schäfer, D.: „Internetnutzung in privaten Haushalten“ in WiSta 10/2004, S. 1110 ff.

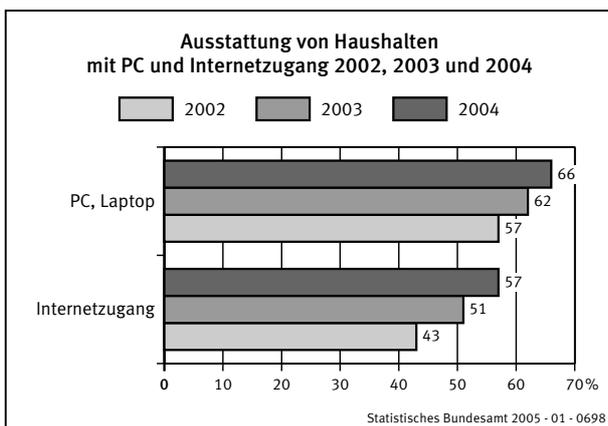
zeiten. Höhere Transparenz von Verwaltungsvorgängen – ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung – spielt demgegenüber für die Interessentinnen und Interessenten nur eine untergeordnete Rolle.

Zugleich stehen zwei Drittel der Bevölkerung dem E-Government desinteressiert gegenüber. Hauptsächlich der fehlende Kontakt und (vermeintlich oder tatsächlich) mangelnde Beratung sprechen gegen den „virtuellen“ Behördengang über das Internet. Die Akzeptanz von E-Government-Angeboten steht also im Interessenkonflikt von pragmatischen Erwägungen und dem gleichzeitigen Wunsch nach individueller Beratungsleistung.

1 Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im privaten Haushalt setzt eine entsprechende Ausstattung mit moderner IKT voraus. 2004 hatten 66% der privaten Haushalte einen Personalcomputer (PC, einschl. Notebooks). Im Vergleich zu 2002 (57%) und 2003 (62%) ist damit der Ausstattungsgrad weiter angestiegen (siehe Schaubild 1). An das Vorhandensein von PCs ist weitgehend auch die Internetverbreitung geknüpft: 95% aller Haushalte mit einem Internetanschluss nutzten 2004 den PC als Zugangsgerät zum Internet. Die Verbreitung des Internetzugangs in den privaten Haushalten hat in den letzten Jahren sogar stärker als die PC-Ausstattung zugelegt: 57% der Haushalte hatten 2004 einen Internetzugang von zu Hause aus (Online-Haushalte). 2002 betrug der Anteil erst 43%.

Schaubild 1



Der Internetnutzung der privaten Haushalte wird politisch und wirtschaftlich eine hohe Bedeutung zugemessen. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern²⁾ – hier auf Haushalte mit mindestens einem Haushaltsmitglied zwi-

schen 16 und 74 Jahren beschränkt – zeigt sich, dass die deutschen Haushalte im Rahmen der EU überdurchschnittlich gut ausgestattet sind: 2004 verfügten 60% der Haushalte über einen Internetzugang von zu Hause aus³⁾, im Durchschnitt der EU-15-Länder lag der Anteil nur bei 47%. Auch die Zunahme des Ausstattungsgrads – von 46% im Jahr 2002 auf 60% im Jahr 2004 – fiel in Deutschland deutlich stärker aus als in der gesamten EU: Der Anteil der Haushalte mit Internetzugang ist in Deutschland seit 2002 um 30% gestiegen, in den Mitgliedsländern der EU (EU-15) dagegen nur um 21%.

Ob Haushalte über einen Internetanschluss zu Hause verfügen, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Einen relativ hohen Einfluss hat das Alter der Haushaltsmitglieder. Von den 10- bis 24-Jährigen lebten 2004 85% in einem Haushalt mit Internetanschluss. Bei den 25- bis 54-Jährigen hatte mit 75% bereits ein etwas geringerer Anteil einen häuslichen Zugang zum Internet, bei den Personen ab 55 Jahren waren es nur 32%. Entsprechend verfügten auch deutlich weniger Rentnerinnen und Rentner zu Hause über einen Internetanschluss (28%) als etwa berufstätige Personen (77%) oder Studierende (92%).

Aber auch das Einkommen hat spürbaren Einfluss auf die Ausstattung mit einem Internetzugang. Zugang von zu Hause aus haben nach wie vor in erster Linie Haushalte mit hohem Haushaltseinkommen: 87% der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 3 600 Euro haben einen Internetanschluss. Dagegen sind nur 34% der Haushalte der unteren Einkommensgruppe (unter 1 300 Euro) und 56% der Haushalte mit einem Einkommen zwischen 1 300 und 2 600 Euro damit ausgestattet.

Die meisten Haushalte ohne Internetzugang (Offline-Haushalte) nannten als Grund für den fehlenden privaten Internetzugang mangelnden Bedarf (66%), wobei jedoch mehrere Gründe eine Rolle spielen können. Neben dem Bedarf werden nach wie vor ökonomische Gründe angeführt: 31% sehen in zu hohen Anschaffungskosten, 29% in zu hohen Zugangskosten Hindernisse für den Internetzugang. Fehlende Kenntnisse werden von 30% der Offline-Haushalte genannt. Eine weitere wichtige Erklärung für den Verzicht ist, dass 25% der Offline-Haushalte zwar zu Hause ohne Anschluss sind, dafür aber anderswo einen Zugang zum Internet nutzen.

2 Computernutzung

Die Ausstattung eines Haushaltes mit Informations- und Kommunikationstechnologie allein gibt noch keine Auskunft darüber, wie verbreitet die Nutzung dieser Technologien innerhalb der Bevölkerung tatsächlich ist. Nicht in jedem Fall nutzen alle Mitglieder eines Haushaltes die vorhandenen Geräte oder Zugangsmöglichkeiten. Und Menschen, die zu Hause auf Computer und/oder Internetzugang

2) Die Ergebnisse für andere Länder und für die Europäische Union (EU-15) wurden der Eurostat Online Datenbank über den Europäischen Datenservice (EDS; <http://www.eds-destatis.de>) entnommen. Die Ergebnisse für die EU-15 enthalten in der Regel keine Daten für alle Mitgliedsländer der EU. Im EDS sind Werte für die EU-15 dann ausgewiesen, wenn die Länder mit Daten mindestens 60% der Bevölkerung und 55% der Mitgliedstaaten abdecken. Da bei einzelnen Indikatoren und Berichtsjahren für unterschiedliche Länder keine Angaben vorliegen, wird an dieser Stelle auf eine exakte Dokumentation der jeweils einbezogenen Länder verzichtet. Die Angaben für die EU-15 sind daher als Größenordnungen von Niveau und Entwicklung der einzelnen Indikatoren zu verstehen.

3) Da hier Rentnerhaushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder über 74 Jahre alt sind, unberücksichtigt bleiben, liegt der Ausstattungsgrad für Deutschland mit 60% bei dieser Abgrenzung etwas über den 57%, die in Schaubild 1 für alle Haushalte angegeben sind.

verzichten, können anderweitig Zugriff auf diese Technologien haben. Daher wird im Folgenden der Blick auf den persönlichen Umgang mit PC und Internet gerichtet.

Nach den Ergebnissen der Erhebung 2004 haben 67% der Bevölkerung Deutschlands ab 10 Jahren – dies entspricht mehr als 49 Mill. Menschen – im ersten Quartal 2004 einen Computer genutzt, sei es privat, beruflich oder im Rahmen der Schule oder Ausbildung. Dabei ist die PC-Nutzung in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich angestiegen: 2002 haben 61% der Bevölkerung ab 10 Jahren im ersten Vierteljahr mindestens ein Mal am PC gesessen, im Jahr 2003 lag der Anteil bei 64%. Die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern ist nach wie vor groß: 62% Computernutzerinnen bei den Frauen stehen 72% Nutzer bei den Männern gegenüber. Der Zuwachs von 2002 auf 2004 fiel jedoch bei Männern und Frauen annähernd gleich aus (6 Prozentpunkte gegenüber 7 Prozentpunkten).

Nach wie vor findet der Computer in Abhängigkeit vom Alter unterschiedlich starke Akzeptanz. Von den 10- bis 14-Jährigen hatten 2004 bereits 94% einen Computer genutzt, bei den 15- bis 24-Jährigen waren es 96%. Erst in höheren Altersgruppen nimmt die Computernutzung langsam ab, wobei von einer stärkeren „Computerdistanz“ höchstens bei den Seniorinnen und Senioren gesprochen werden kann: Von den Personen ab 65 Jahren setzten sich 2004 nur 19% an den PC. In den höheren Altersgruppen zeigt sich auch eine stärkere Differenzierung zwischen den Geschlechtern. Während bis zum Alter von 55 Jahren Männer und Frauen bei der PC-Nutzung etwa gleichauf liegen, nutzten im Alter über 54 Jahre mit 41% deutlich mehr Männer als Frauen (22%) den PC.

Die stärkste Zunahme der Computernutzung weisen im Zeitvergleich jedoch nicht die jüngeren, sondern die älteren Personen auf. Während bei den Personen unter 25 Jahren insbesondere von 2003 auf 2004 kaum noch Steigerungen auszumachen sind, ist der Anteil der Computernutzenden bei den 25- bis 54-Jährigen in den letzten drei Jahren um 8 Prozentpunkte, bei den über 54-Jährigen um 6 Prozentpunkte gestiegen.

Unterschiede zwischen Ost und West sind im Jahr 2004 praktisch nicht mehr vorhanden. Deutlichere Unterschiede in der Computernutzung ergeben sich hingegen nach dem Bildungsgrad: Während 2004 lediglich 40% der Haupt- oder Volksschulabgänger/-innen den Computer genutzt haben, sind es bei Personen mit mittlerer Reife 75%, bei Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife sogar 87%.

Dabei nutzten auch solche Personengruppen vermehrt den Computer, die nicht am Arbeitsplatz oder durch die Ausbildung bereits mit dem PC zu tun haben. So hatten beispielsweise 2002 57% der Arbeitslosen einen PC genutzt, 2003 waren es 64%, 2004 bereits 68%. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Personen im Ruhestand (Anstieg von 19% im Jahr 2002 auf 26% im Jahr 2004) sowie bei Hausfrauen und -männern (von 42% im Jahr 2002 auf 48% im Jahr 2004).

3 Internetnutzung

Nutzung von PC und Internet hängen in hohem Maße zusammen: Personen, die Zugriffsmöglichkeit auf einen Computer haben, „surfen“ meist auch im Internet. Der Personenkreis, der ausschließlich den PC, nicht aber das Internet nutzt, wird kleiner: Während 2002 drei Viertel der PC-Nutzer im ersten Quartal auch das Internet in Anspruch nahmen, waren es 2004 bereits 86% (2003: 79%).

Insgesamt ist bei der Internetnutzung eine kontinuierliche Steigerung zu beobachten: Im ersten Vierteljahr 2004 haben 58% der Bevölkerung ab 10 Jahren – das entspricht mehr als 42 Mill. Menschen – das Internet für private oder berufliche Zwecke bzw. im Rahmen von Schule und Ausbildung mindestens einmal in Anspruch genommen. Im Jahr 2003 waren es 52%, 2002 erst 46%. Damit ist das Ziel der Bundesregierung⁴⁾, 75% der Bevölkerung ab 14 Jahren ins Internet zu bringen, ein Stück näher gerückt. Wird nur die Gruppe der über 14-Jährigen hinsichtlich der Frage betrachtet, ob sie überhaupt schon einmal das Internet genutzt haben, so liegt der Anteil im Jahr 2004 bei 63%.

Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland hinsichtlich der Internetnutzung zwar keine Spitzenposition ein, rangiert aber über dem Durchschnitt der EU-15. Der Anteil der Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die 2004 regelmäßig [mindestens einmal pro Woche^{5)] das Internet nutzten, lag in Deutschland bei 50%, in der EU-15 hingegen erst bei 43%. Die zunehmende Ausstattung der Haushalte mit einem Internetzugang findet auch in der Internetnutzung der Bevölkerung ihren Niederschlag: Der Anteil der mindestens einmal pro Woche das Internet nutzenden Personen ist in Deutschland von 44% im ersten Quartal 2003 auf 50% im Jahr 2004 angestiegen. Damit lag die Zunahme in Deutschland in etwa im Rahmen der Entwicklung in der gesamten EU-15, wo der Anteil von 38% im Jahr 2003 auf 43% im Jahr 2004 anstieg.}

3.1 Wer nutzt das Internet?

Ein weiteres Ziel im Aktionsprogramm der Bundesregierung ist eine gleiche oder gleichwertige Internetbeteiligung von Frauen. Denn auch bei der Nutzung des Internets werden auf den ersten Blick Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts deutlich: 2004 haben 63% der Männer im Internet „gesurft“, bei den Frauen waren es nur 53%. Dieser Unterschied war auch schon in den Vorjahren in ähnlicher Größenordnung erkennbar.

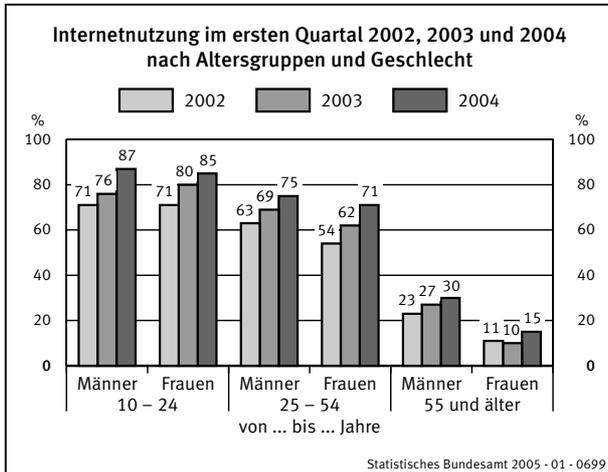
Insgesamt ist das Internet vor allem eine von jüngeren Leuten nachgefragte Technologie. So gingen 2004 86% der unter 25-Jährigen online, aber nur 22% der über 54-Jährigen. Die Betrachtung des Alters der das Internet nutzenden Männer und Frauen in Schaubild 2 verdeutlicht, dass das Ziel gleicher Internetbeteiligung zumindest in den jüngeren Altersgruppen annähernd erreicht ist. Bei den unter 25-Jährigen gibt es praktisch keinen Unterschied mehr. Bei den

4) Siehe Aktionsprogramm der Bundesregierung „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit/Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), 2003.

5) Die Beschränkung auf die regelmäßige Nutzung ist im internationalen Vergleich üblich.

über 54-Jährigen ist dieser dagegen noch deutlich zu erkennen: 30% Nutzern bei den Männern stehen hier 15% Nutzerinnen bei den Frauen gegenüber. Damit zeigt sich bei der Internetnutzung der gleiche Effekt von Alter und Geschlecht wie bei der PC-Nutzung.

Schaubild 2



Korrespondierend mit Alter und Ausbildungsanforderungen liegen Studierende bei der Internetnutzung vorn (99%), gefolgt von Schülerinnen und Schülern ab 15 Jahren (93%) sowie Auszubildenden (90%). Die Internetnutzung von Schülerinnen und Schülern hat dabei im Vergleich zum Vorjahr um 7 Prozentpunkte, die von Auszubildenden um 9 Prozentpunkte zugelegt. Personen im Ruhestand nutzen das Internet erwartungsgemäß nur zu 18% (2003: 16%). Aber auch 59% der Arbeitslosen haben 2004 das Internet genutzt; der Anteil lag damit um 12 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

3.2 Wie intensiv wird das Internet genutzt?

Fast die Hälfte der Internetnutzenden (47%) ging im ersten Quartal 2004 jeden oder fast jeden Tag aus beruflichen oder privaten Gründen online, weitere 32% taten dies höchstens einmal pro Woche. Fast 80% der Internetnutzenden im ersten Vierteljahr 2004 gingen also regelmäßig online. Dabei gibt es eindeutige geschlechtsspezifische Nutzungsmuster: Insbesondere bei der (fast) täglichen Nutzung liegen die Männer mit 54% deutlich über dem entsprechenden Anteil bei den internetnutzenden Frauen (39%). Frauen gingen hingegen in weit größerem Ausmaß (37%) als die Männer (28%) höchstens einmal wöchentlich ins World Wide Web.

36% der Internetnutzenden waren 2004 eine Stunde oder weniger pro Woche online. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass dies 42% der internetnutzenden Frauen, aber nur 30% der Männer waren. Andererseits haben weitere 22% aller Internetnutzenden mehr als fünf Stunden pro Woche im Netz verbracht: 27% bei den Männern, aber nur 15% bei den Frauen.

Auch die Nutzungsdauer steht in engem Zusammenhang mit der persönlichen Situation der Befragten. Es sind vor allem die jüngeren internetnutzenden Personen in Ausbil-

dung, die eine besonders lange Nutzungsdauer aufweisen. So sind 40% der Studierenden, 29% der Schülerinnen und Schüler sowie 27% der Auszubildenden mehr als fünf Stunden pro Woche online. Umgekehrt verbringen nur 10% der Studierenden eine Stunde oder weniger pro Woche im Netz, dagegen trifft dies auf 53% der Hausfrauen bzw. -männer und 47% der Personen im Ruhestand zu.

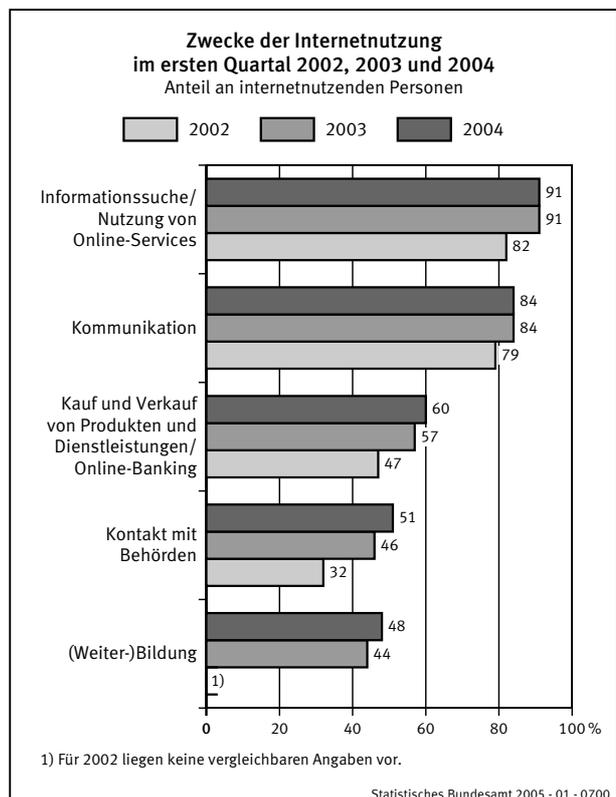
4 Zwecke der Internetnutzung

Der Trend zum World Wide Web – so die bisher dargestellten Ergebnisse – hat sich 2004 weiterhin fortgesetzt. Dabei findet das Internet nicht nur im Beruf, sondern ebenso im Privatleben Anwendung: Nahezu alle Internetnutzenden gingen auch für private Zwecke online (99%); der Anteil derer, die das Internet ausschließlich im Rahmen des Berufs oder der Ausbildung einsetzen, ist damit verschwindend gering.

Die einzelnen Zwecke der privaten Internetnutzung sind breit gefächert – sie lassen sich in fünf übergeordnete Schwerpunkte zusammenfassen: Online-Kontakte mit öffentlichen Einrichtungen, Informationssuche, Kommunikation mit anderen, Bildungsaktivitäten sowie E-Commerce.

Zwei dieser Bereiche wurden von einer großen Mehrheit der Internetnutzenden frequentiert. 91% haben schon einmal privat das Internet für die Informationssuche genutzt oder Online-Services (z. B. Reisedienstleistungen) in Anspruch genommen. Kommunikation über das Internet – beispielsweise das Versenden von E-Mails – wurde 2004 fast ebenso stark nachgefragt, und zwar von 84% der Internetnutzenden (siehe Schaubild 3). Dabei hat der Anteil der Onliner, die

Schaubild 3



das Internet in diesen Bereichen genutzt haben, seit 2003 nicht weiter zugenommen.

Andere Bereiche folgten erst mit deutlichem Abstand. So gingen für den gesamten Bereich des E-Commerce und Online-Banking 60% der Internetnutzenden ins Netz. Kontakte zu Behörden (51%), das so genannte „E-Government“⁶⁾, oder Bildungsangebote (48%) nahm jeweils die Hälfte der Internetnutzenden wahr. Allerdings wurden diese Aktivitäten von einem im Vergleich zu den Vorjahren gestiegenen Anteil der Internetnutzenden ausgeübt. Die weitere Zunahme in diesen Bereichen zeigt, dass nicht nur die Zahl der Internetnutzenden im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist, sondern dass das Internet in wachsendem Maße auch für eine größere Vielfalt von Zwecken genutzt wird. In welchem Umfang einzelne Aktivitäten in diesen Bereichen ausgeübt werden, wird im Folgenden näher erläutert.

4.1 E-Government

Eines der im Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ thematisierten Ziele der Bundesregierung ist es, die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen über das Internet abzuwickeln und damit sämtliche Abläufe komfortabler, schneller und unbürokratischer zu gestalten. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht die im Juli 2003 beschlossene Initiative der Bundesregierung zum Bürokratieabbau. Vor diesem Hintergrund wurden in die Erhebung 2004 über den Fragenkatalog des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) hinaus noch weitergehende Fragen speziell zu Behördengängen über das Internet integriert.

Der von Eurostat für die jährlich durchgeführten harmonisierten Piloterhebungen zur IKT-Nutzung definierte Indikator für die Verbreitung von E-Government (siehe Schaubild 3) ist relativ breit gefasst als „Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen“. Eingegangen in die Fragestellung sind die Aspekte „Suche nach Informationen im Internetangebot öffentlicher Einrichtungen“, „Herunterladen von amtlichen Formularen“ sowie „Rücksendung ausgefüllter Formulare“. In diesem Verständnis ist also ein Kontakt zu einer Behörde nicht notwendigerweise Ersatz für einen „Behördengang“ im eigentlichen Sinne. „Suche nach Informationen“ kann beispielsweise auch bedeuten, auf der Internetseite einer Behörde deren Öffnungszeiten erfahren zu wollen.

4.1.1 Online-Kontakte mit öffentlichen Einrichtungen

51% der Internetnutzenden hatten im ersten Vierteljahr Online-Kontakte mit öffentlichen Einrichtungen. Bei differenzierterer Betrachtung ging knapp die Hälfte aller Internetnutzenden (48%) im ersten Vierteljahr 2004 auf den Internetseiten von Behörden und anderen Institutionen auf Informationssuche. Dagegen nutzten nur 20% die Online-Angebote zum Herunterladen von Formularen – beispielsweise für Steuerzwecke, Zollanmeldungen, Fahrzeuganmeldungen, persönliche Dokumente oder Bescheinigungen.

Bei der Abgabe von Formularen blieben die meisten hingegen beim „traditionellen“ Weg zum Amt: Lediglich 10% der Internetnutzenden versandten die Formulare über das Internet. Vor allem die Informationssuche erfreute sich dabei gegenüber 2003 (40%) zunehmender Beliebtheit; die Anteile der Internetnutzenden, die Formulare auf elektronischem Wege heruntergeladen oder versandt haben, nahmen dagegen nicht weiter zu (2003: 21 bzw. 11%).

Vor allem Selbstständige nutzten im Vergleich zu Angestellten, Beamtinnen und Beamten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern die Angebote öffentlicher Einrichtungen überdurchschnittlich stark. Noch deutlicher ist der unterschiedliche Zugang zum E-Government, wenn nach Bildungsabschluss differenziert wird: Je höher der Bildungsabschluss, um so eher nehmen Personen die Internetangebote der öffentlichen Verwaltungen in Anspruch. Dies gilt nicht nur für die Suche nach Informationen, die für 66% der Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss, aber nur für 40% der Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen von Bedeutung ist, sondern noch stärker für das Herunterladen von Formularen. Etwa ein Drittel der Internetnutzenden mit (Fach-)Hochschulabschluss (32%) gegenüber 16% derjenigen mit Hauptschulabschluss nutzten 2004 diese Möglichkeit.

Wenngleich das E-Government im Vergleich mit anderen Zwecken für Internetnutzende nur von zweitrangigem Interesse ist, so zeigt sich im europäischen Vergleich – hier bezogen auf die Bevölkerung von 16 bis 74 Jahren –, dass in Deutschland die entsprechenden Angebote etwas intensiver in Anspruch genommen werden als in anderen Ländern. 31% der Bevölkerung Deutschlands suchten nach Informationen öffentlicher Stellen. Im ersten Vierteljahr 2004 lag Deutschland damit um knapp ein Viertel über dem Durchschnitt der Europäischen Union (25% in der EU-15). Spitzenreiter in der EU sind hier Dänemark und Schweden mit 43%. Auch beim Herunterladen von amtlichen Formularen aus dem Internetangebot ist die Bevölkerung in Deutschland etwas aktiver: 14% gegenüber 11% in der EU-15 nutzen das Internet für diesen Zweck. Bei der – insgesamt eher verhaltenen – Nutzung des Internet zum Rücksenden ausgefüllter Formulare an öffentliche Stellen liegt Deutschland dagegen nur wenig über dem EU-15-Durchschnitt (7% gegenüber 6% in der EU-15).

4.1.2 E-Government – Ersatz für persönliche Behördengänge?

In welchem Umfang können Online-Kontakte mit öffentlichen Institutionen tatsächlich den Gang zu einer Behörde ersetzen? Auf welches Interesse trifft diese enger gefasste Möglichkeit des E-Government nicht nur bei Internetnutzenden, sondern in der Bevölkerung insgesamt? Über den eher allgemeinen Behördenkontakt hinaus zielten in der Erhebung 2004 weitere, von der Initiative „Bund Online 2005“ initiierte Fragen auf Umfang und Einschätzung von Behördengängen über das Internet ab sowie auf die Gründe, den Besuch von Behörden möglicherweise nach wie vor auf her-

⁶⁾ Die Prozentangabe zum E-Government in Schaubild 3 basiert auf den von Eurostat vorgegebenen Fragen zu Kontakten mit öffentlichen Einrichtungen über das Internet allgemein, nicht auf den zusätzlich erhobenen – thematisch eingeschränkteren – Angaben speziell zu Online-Behördengängen (siehe Abschnitt 4.1).

kömmlichem Weg zu erledigen. Durch die Fokussierung auf den eigentlichen Behördenbesuch im engen Sinne bleibt die Internetnutzung als Ersatz für den telefonischen Kontakt oder das schriftliche oder telefonische Einholen von Informationen – ohne dabei die Behörde persönlich aufzusuchen – hierbei im Prinzip unberücksichtigt. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse repräsentieren damit gleichsam eine Teilmenge der Ergebnisse aus dem vorhergehenden Abschnitt 4.1.1. Anders als bei den vorangehenden Fragen zum allgemeinen E-Government richtete sich dieser Teil der Erhebung an alle Personen ab 15 Jahren – nicht nur an Internetnutzende –, um auch potenzielle Argumente der Bürger/-innen gegen die Inanspruchnahme von E-Government zu ergründen.

Nach eigener Einschätzung steht für 41% aller Personen im Alter ab 15 Jahren nur ein bis zwei Mal im Jahr ein Gang zu einer Behörde an. Weitere 29% haben noch seltener Bedarf. Jede/-r Fünfte (21%) sucht drei bis fünf Mal jährlich ein Amt auf, und nur 10% der Bevölkerung in Deutschland haben Anliegen, für die sie öfter als fünf Mal im Jahr eine Behörde aufsuchen. Insbesondere für Personen mit vielen Behördengängen könnten E-Government-Angebote eine wesentliche Erleichterung bedeuten.

Vor allem Personen in besonderen Lebenslagen sind auf engeren Kontakt mit den Behörden angewiesen. Sowohl allein Erziehende als auch Arbeitslose suchen aus nahe liegenden Gründen besonders häufig die Behörden auf: Während nur 4% aller Personen insgesamt mehr als zehn Mal pro Jahr zu einer Behörde gehen, gilt dies für 10% der allein Erziehenden und sogar für 20% der Arbeitslosen. Personen im Ruhestand hingegen haben seltener als die Gesamtbevölkerung Anlass für einen Gang ins Amt, ebenso wie Hausfrauen oder -männer.

Interesse an elektronischen Behördengängen in der Bevölkerung

Bietet das Internet im Verständnis der Bevölkerung eine Alternative zum persönlichen Besuch? Knapp jede/r Zehnte hat schon einmal einen Behörden-„Gang“ über das Inter-

net durchgeführt, bei einem weiteren Viertel der Bevölkerung ab 15 Jahren bestand daran generell Interesse (siehe Schaubild 4). Dabei zeigt sich ein enger Zusammenhang mit der Häufigkeit der Behördenbesuche: Mit steigender Zahl der Behördengänge nimmt der Anteil der Personen zu, die zumindest einen Teil davon auch über das Internet erledigen. Steht seltener als ein Mal pro Jahr ein Gang zu einer öffentlichen Einrichtung auf der Tagesordnung, liegt der Anteil der E-Government-Nutzer/-innen lediglich bei 5%; von den Personen, die häufiger als fünf Mal jährlich ein Amt aufsuchen, nutzen dagegen 16% die Möglichkeit, diese Besuche online zu erledigen. Insbesondere allein Erziehende, aber auch Familien mit Kind(ern) sind – wenngleich sie die derzeitigen Angebote noch nicht häufiger nutzen als andere Personengruppen – überdurchschnittlich stark am E-Government interessiert.

Die Offenheit für die Möglichkeiten des E-Government ist eng an die Nutzung des Internets gekoppelt: Für Personen, die das Internet nicht oder nur selten genutzt haben (letztmalig vor dem Berichtsquartal), sind Online-Behördengänge kaum attraktiv (siehe Schaubild 4). Nur 6 % bekunden daran Interesse. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn Personen das Internet auch für andere Zwecke nutzen: In dieser Gruppe ist sowohl das generelle Interesse (39%) als auch die tatsächliche Nutzung (16%) wesentlich weiter verbreitet. Allerdings bekundet mit 45% auch ein beachtlicher Teil dieser Internetnutzenden Desinteresse an „elektronischen Behördenbesuchen“.

Nicht alle potenziellen Angebote treffen dabei auf gleich starke Resonanz. Welche Akzente setzen jene 34% der Bevölkerung, die Online-Behördengänge bereits nutzen oder dies zumindest in Erwägung ziehen? An welchen Dienstleistungsangeboten besteht Interesse und welche werden im Einzelnen genutzt?

Insbesondere bei Meldeangelegenheiten, aber auch bei Diensten, die das Kraftfahrzeugwesen betreffen, besteht das größte Interesse an Angeboten über das Internet (siehe Schaubild 5). Zugleich ist jedoch der Anteil derer, die diese Dienste bereits online nutzen, relativ klein. Die elektronische Arbeitsvermittlung sowie die Online-Steuererklärung werden – neben Information und Beratung – bereits von einem deutlich höheren Anteil genutzt.

Das Interesse an bestimmten Behördendienstleistungen als Online-Angebot ist in verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark. Beispielsweise ist die Inanspruchnahme staatlicher Leistungen über das Internet für einen überdurchschnittlich hohen Anteil der allein Erziehenden (64%) und der Paare mit Kind(ern) (62%), aber auch der Arbeitslosen und Studierenden (je 67%) interessant. Dieselben Personengruppen haben auch überdurchschnittlich starkes Interesse an einer Arbeitsvermittlung über das Internet. An der Abwicklung von Kfz-Angelegenheiten melden vor allem Berufstätige Bedarf an (85%).

Hauptvorteile von Online-Behördengängen

Bei der Überlegung, Behördengänge online abzuwickeln, stehen vor allem Zeitgründe im Vordergrund: Jeweils über 90% der Personen, die an Online-Angeboten der öffentli-

Schaubild 4

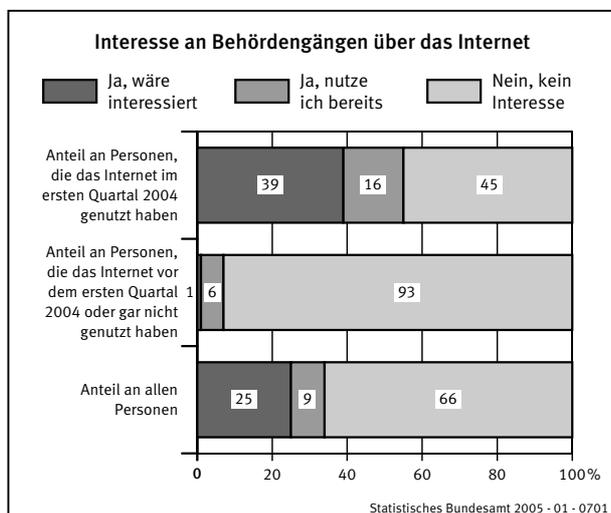
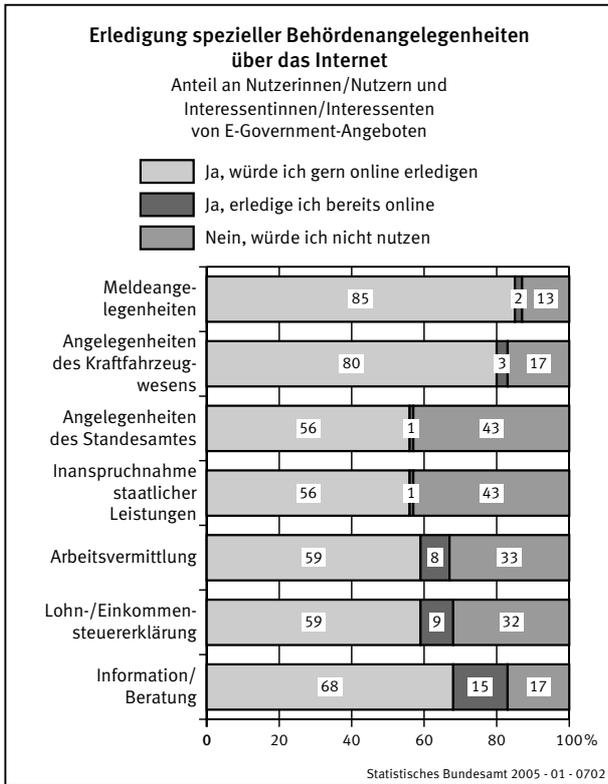
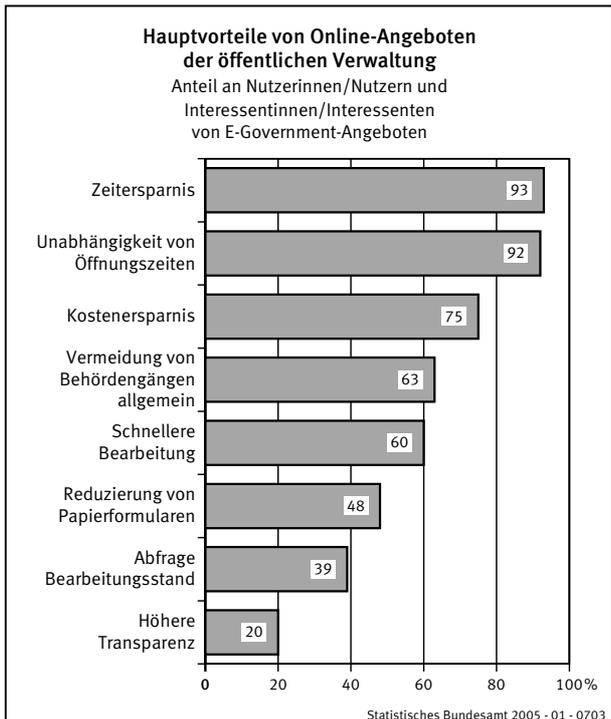


Schaubild 5



chen Verwaltung interessiert sind bzw. diese derzeit schon nutzen, sehen die Hauptvorteile in der Zeitersparnis und der Unabhängigkeit von Öffnungszeiten (siehe Schaubild 6), gefolgt von Kostenvorteilen. Der Aspekt „höhere Transparenz“ – ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung im

Schaubild 6



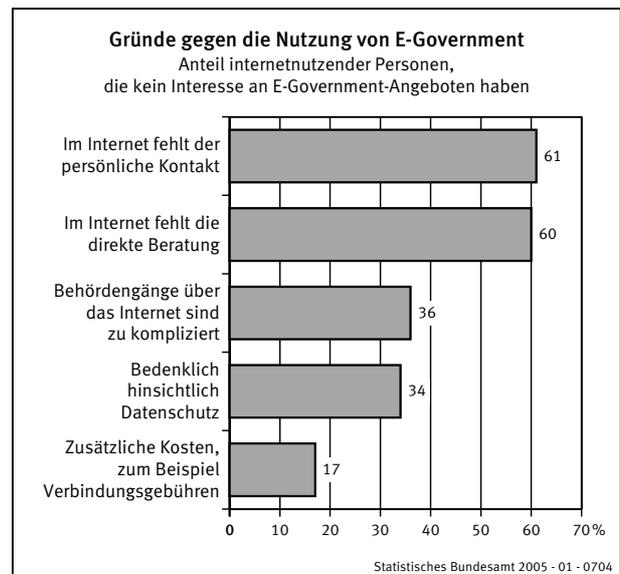
Zusammenhang mit der beabsichtigten Entbürokratisierung von Verwaltungsvorgängen – scheint dagegen für die Kundinnen und Kunden der öffentlichen Verwaltung kein zentrales Thema darzustellen.

Gründe gegen die Nutzung von E-Government

Trotz der politischen Relevanz der Verbreitung des Online-Angebots von Behördendienstleistungen besteht offenbar nicht bei allen Personen entsprechender Bedarf: Wie im Vorangegangenen dargestellt, haben 66% der Bevölkerung E-Government-Angebote bisher weder genutzt noch haben sie Interesse daran. Dabei können die Gründe, die gegen die Inanspruchnahme sprechen, sehr unterschiedlich ausfallen.

Zum einen spielen die technischen Gegebenheiten eine Rolle: 59% der am E-Government desinteressierten Personen sind allein deshalb von der Nachfrage nach elektronischen Behördengängen „ausgeschlossen“, weil sie kein Internet nutzen. Mit 41% ist jedoch auch der Anteil derer beachtlich, die zwar das Internet für andere Zwecke, nicht jedoch für das E-Government nutzen. Für diese Internetnutzenden ohne Interesse am E-Government spielen Kostengründe kaum eine Rolle: Nur 17% geben dies als Motiv gegen die Nutzung von E-Government an (siehe Schaubild 7). Vielmehr steht für Internetnutzende bei der Ablehnung elektronischer Behördendienstleistungen der Wunsch nach Beratung und persönlichem Kontakt im Vordergrund. Diese Überlegungen sind weiter verbreitet als Befürchtungen hinsichtlich des Datenschutzes oder generelle Probleme beim Verständnis von E-Government-Angeboten. Dennoch fallen auch diese Erwägungen bei jeweils einem Drittel dieser Internetnutzenden ins Gewicht.

Schaubild 7



Im Vergleich mit den zuvor dargestellten Vorteilen von Online-Angeboten der öffentlichen Verwaltung zeichnet sich damit ab, dass die Inanspruchnahme des Angebots von Behördendiensten über das Internet vor allem im Spannungsfeld zwischen gewünschter zeitlicher Flexibilität und

dem gleichzeitigen Wunsch nach persönlicher Beratung steht.

4.2 Suche nach Informationen und Nutzung von Online-Services

E-Government wird somit trotz der zunehmenden Nutzung in der Bevölkerung bisher verhalten aufgenommen. Zwar nutzt etwa die Hälfte der Onliner entsprechende Angebote – allerdings ist der Behördenkontakt bei weitem nicht der am häufigsten genannte Anlass für den Gang ins Internet. Vielmehr gilt das stärkste Interesse bei der Internetnutzung nach wie vor der Informationssuche und der Nutzung von Serviceangeboten: Neun von zehn Onlinern gingen 2004 zu diesem Zweck ins Internet, das entspricht mehr als 38 Mill. Personen ab 10 Jahren.

Die Suche nach Informationen über Produkte bzw. Dienstleistungen im engeren Sinne steht 2004 dabei unverändert im Vordergrund (siehe Schaubild 8). 82% aller internetnutzenden Personen nutzten das Internet zu diesem Zweck. Fast die Hälfte (48%) nahm Reisedienstleistungen in Anspruch, etwa um allgemein Informationen über Reisen einzuholen sowie für die Buchung von Unterkünften oder Fahrkarten. Im Vergleich zum Vorjahr (36%) zeigen sich hier die stärksten Zunahmen, während andere Aktivitäten im Bereich Informationssuche weitgehend unverändert blieben.

Schaubild 8



Andere Aktivitäten folgten mit deutlichem Abstand. Sei es das Abspielen und/oder Herunterladen von Spielen oder Musik, das Lesen von Zeitungen oder Magazinen oder auch die Arbeitssuche – jeweils zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Internetnutzenden nahm diese Zwecke zum Anlass, privat online zu gehen. Der Zugang zu Radio bzw. Fernsehen über das Internet stieß lediglich bei 13% auf Interesse – allerdings handelt es sich um ein wachsen-

des Feld: Seit 2002 (7%) hat sich der Anteil dieser Nutzerinnen und Nutzer beinahe verdoppelt.

Von verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern werden dabei durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt. Beispielsweise wird die Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen wie auch die Nutzung von Reisedienstleistungen häufiger von Personen in mittleren und höheren Altersgruppen als Zweck des Internetbesuchs genannt – also von Personen ab 25 Jahren, die mehrheitlich entweder im Berufsleben stehen oder bereits im Ruhestand sind. Die Möglichkeit, Musik und/oder Spiele aus dem World Wide Web herunterzuladen, aber auch der Zugang zu Internetradio oder -fernsehen wird hingegen überdurchschnittlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter bis unter 25 Jahren wahrgenommen. Beide Aktivitäten, wie auch das Lesen von Internetzeitsungen/-magazinen, bieten dabei insgesamt häufiger für Männer als für Frauen einen Anlass zu „surfen“.

Arbeitssuche und das Versenden von Bewerbungen mit Hilfe des Internets findet eher im mittleren Alter statt. Vor allem erwerbslose Personen nutzten diese Möglichkeiten (74% von den erwerbslosen Internetnutzenden). Der höhere Anteil Arbeitsloser in den neuen Bundesländern erklärt, dass die Arbeitssuche von Internetnutzenden in den neuen Ländern und Berlin-Ost weitaus häufiger als Grund für den Gang ins Internet angegeben wird (29% gegenüber 19% in den alten Bundesländern), während die meisten anderen Aktivitäten häufiger von Internetnutzenden im früheren Bundesgebiet genannt werden.

4.3 Kommunikation über das Internet

Die Nutzung des Internets für private Kommunikationszwecke erfreut sich fast ebenso großer Beliebtheit wie die Informationssuche. Insbesondere das Senden und Empfangen von E-Mails ist fester Bestandteil des Online-Alltags: 80% der Internetnutzenden bedienen sich dieser Möglichkeit des elektronischen Austausches mit anderen. Vor allem aber das Chatten oder der Besuch von Informationsforen werden immer häufiger genutzt: 32% der Internetnutzenden gingen 2004 für diesen Zweck online; 2003 waren es noch 26%. Telefonieren oder die Durchführung von Videokonferenzen über das Internet finden hingegen noch wenig Anhänger/-innen.

Während der Austausch von E-Mails über alle Altersgruppen hinweg ein gängiges Kommunikationsmittel ist, ist der Chat oder der Besuch von Foren im Internet ein „junges“ Phänomen: Mit 56% nutzt über die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren das World Wide Web für diesen Zweck. Bei den 25- bis 54-Jährigen sind es dagegen nur 24%, bei den über 54-Jährigen lediglich 15%.

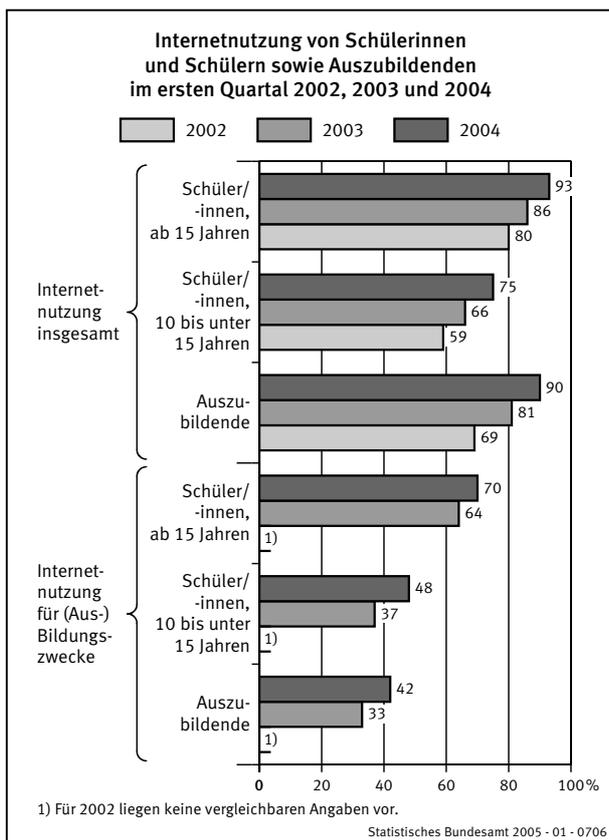
4.4 Bildung über das Internet

Ein weiterer zentraler Aspekt des Aktionsprogramms „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ der Bundesregierung – neben dem Ausbau von E-Government-Angeboten – ist der Einsatz von Informationstechnologien im Bereich der Bildung. Auf alle Internetnutzenden ab 10 Jahren bezogen,

nutzt knapp die Hälfte die Möglichkeit, sich über das Internet (weiter) zu bilden. Damit wird dieser Bereich als einziger der fünf übergeordneten Schwerpunkte (siehe Schaubild 3) noch etwas seltener genutzt als das E-Government. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es sich hierbei um sehr spezifische Internetangebote handelt, die lediglich von bestimmten Personengruppen ausgiebig genutzt werden, vorrangig von jüngeren, die (noch) in der Ausbildungsphase stehen.

Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen haben den Nutzen des Internets schon seit längerem erkannt: Nahezu alle Personen in dieser Gruppe (99%) gingen 2004 online; ein beinahe ebenso hoher Anteil (96%) setzte das Internet auch für Zwecke der Hochschulausbildung ein. Dabei liegen die entsprechenden Werte im Zeitvergleich seit 2002 fast unverändert hoch, im Studium ist das Internet also inzwischen zum alltäglichen Hilfsmittel avanciert. Demgegenüber ist die Nutzung des Internets durch Schüler/-innen und Auszubildende in den letzten Jahren stark angestiegen (siehe Schaubild 9).

Schaubild 9



Schüler/-innen ab 15 Jahren und auch Auszubildende waren 2004 zu 93 bzw. 90% online. Das „Schlusslicht“ bilden die Schüler/-innen im Alter von 10 bis unter 15 Jahren, aber auch in dieser Gruppe sind immerhin drei Viertel im Internet gewesen. Insbesondere bei den Auszubildenden und bei den jüngeren Schüler/-innen hat der Anteil der Internetnutzenden verglichen mit dem in der Bevölkerung ab 10 Jahren seit 2002 überdurchschnittlich zugelegt.

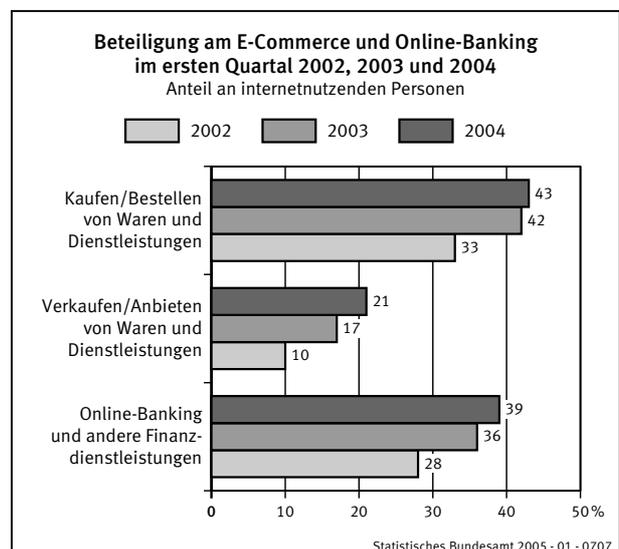
Von den Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden wird das Internet nicht nur zur Informationssuche und für Kommunikationszwecke, sondern in durchaus beachtlichem Umfang – und in deutlich zunehmendem Maße – privat für (Aus-)Bildungszwecke eingesetzt. Am häufigsten von den älteren Schülerinnen und Schülern (70%), aber immerhin auch noch von fast der Hälfte der jüngeren (48%). Der Anteil der Auszubildenden, die für Ausbildungszwecke privat online gehen, erreichte 42%. 29% der jüngeren und 55% der älteren Schüler/-innen berichteten, am Ausbildungsort, also in der Schule, online gewesen zu sein; unter den Auszubildenden traf dies auf 42% zu. Bei den Studierenden stellt sich das Bild positiver dar: 78% gingen in der Hochschule ins World Wide Web.

Auch für die Weiterbildung bietet sich das Internet an: Ein Fünftel der Internetnutzenden (20%) ging privat im Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung online, 35% nutzten das Internet für private Weiterbildungszwecke. Die Nutzung für private Weiterbildungszwecke nahm gegenüber 2003 (24%) erheblich zu. Der Einsatz für die Weiterbildung ist stark vom Bildungshintergrund bestimmt: Personen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss nutzten das Internet erheblich seltener für die Weiterbildung aus beruflichem oder privatem Interesse (14 bzw. 22%), als dies beispielsweise bei (Fach-)Hochschulabsolventen/-absolventinnen der Fall war (34 bzw. 47% der Internetnutzenden).

4.5 E-Commerce und Online-Banking

Die Beteiligung der Internetnutzenden am E-Commerce und Online-Banking hat – wie in Schaubild 3 gezeigt wurde – seit 2002 insgesamt deutlich zugelegt. Die am häufigsten genannte Aktivität in diesem Bereich ist das Kaufen oder Bestellen von Waren und Dienstleistungen über das Internet, das auch die Nutzung von elektronischen Marktplätzen und Internetauktionen einschließt. 43% der Onliner nutzten 2004 diese Möglichkeit (siehe Schaubild 10). Im europäischen Vergleich rangiert Deutschland – hier bezogen auf die Bevölkerung und nicht nur auf die Internetnutzenden – bei den Internetkäufen auf einem der führenden Plätze.

Schaubild 10



Unter der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren lag der Anteil der Internetkäufer/-innen im ersten Quartal 2004 in Deutschland bei 29% und damit deutlich über dem Durchschnitt in der Europäischen Union (EU-15) mit 21%.

Beim Online-Einkauf ist 2004 zwar ein starker Anstieg des Anteils der Beteiligten gegenüber 2002 (33%) festzustellen, gegenüber 2003 (42%) ist aber kaum mehr eine Steigerung zu verzeichnen. Dies steht nicht im Widerspruch zur allgemeinen Zunahme des E-Commerce. Da immer mehr Menschen das Internet nutzen, steigt bei einem gleich bleibendem Anteil an den Internetnutzenden auch die absolute Zahl derjenigen, die sich am E-Commerce beteiligen. Ferner bleibt der Umfang der elektronischen Käufe einer Person bei der Untersuchung der Beteiligung unberücksichtigt.

Am Verkaufen und Anbieten von Produkten beteiligten sich nur 21% der Internetnutzenden. Intensiver wurden Online-Banking und andere Finanzdienstleistungen in Anspruch genommen (39%), wobei andere Finanzdienstleistungen lediglich von 6% der Internetnutzenden genannt wurden. Im Zeitvergleich hat seit 2002 das Verkaufen von Waren über das Internet (von 10 auf 21%), aber auch das Online-Banking (von 28 auf 39%) etwas stärker zugenommen als das Kaufen bzw. Bestellen von Waren.

Am stärksten engagierten sich im gesamten Bereich E-Commerce/Online-Banking die mittleren Jahrgänge zwischen 25 und 54 Jahren, die vergleichsweise häufiger im Erwerbsleben stehen. Nach wie vor tätigen Internetnutzende im früheren Bundesgebiet häufiger Einkäufe online, als dies in den neuen Ländern der Fall ist (45 gegenüber 36%). Besonders fällt jedoch auf, dass Männer in allen Einzelaspekten des Ein- und Verkaufs über das Internet stärker vertreten sind als Frauen.

Der Einkauf über das Internet ist der wichtigste Teilbereich des E-Commerce. Welche Produkte bestellen Personen, die sich am Internet-Shopping beteiligen? Grundsätzlich gibt es beachtliche Unterschiede in der Bestellhäufigkeit einzelner Produktgruppen. Den Spitzenplatz nahmen mit 42% Bücher und Zeitschriften ein. An zweiter Stelle rangierten mit 36% Bekleidung bzw. Sportartikel, im Gegensatz zu Büchern/Zeitschriften eher klassische Versandhandelsprodukte. Auch die Bestellung von Videofilmen und Musik-CDs war bei den Internetkäufern und -käuferinnen beliebt (23%). Während 48% der Internetnutzenden 2004 allgemein Reiseleistungen in Anspruch nahmen, also beispielsweise auch Informationen über Reisen einholten (siehe Schaubild 8), haben nur 17% der kleineren Gruppe der Internetkäufer/-innen Reisen, Tickets oder Unterkünfte tatsächlich im Internet gebucht. Im Vergleich zu anderen Produkten spielten der Kauf von Lebensmitteln, Finanzdienstleistungen, Medikamenten oder die Beteiligung an Lotterien und Wetten nach wie vor keine nennenswerte Rolle.

Bei den Produkten zeigen sich vor allem unterschiedliche Präferenzen bei Männern und Frauen. Während von den im Internet kaufenden Frauen jeweils 45% Bücher/Zeitschriften bzw. Kleidung/Sportartikel bestellt hatten, taten dies nur 40 bzw. 28% der Männer. Software (22%), Hardware (20%) und Elektronikartikel (24%) wurden hingegen erheblich häufiger von Männern nachgefragt (Frauen: Software 8%, Hardware 4% bzw. Elektronikartikel 11%).

4.5.1 Gründe gegen den Interneteinkauf

Nicht alle Onliner nutzten das Netz für den Einkauf. Von den Personen, die zwar im ersten Quartal 2004 das Internet nutzten, sich aber (bisher) nicht am Interneteinkauf beteiligten, wurden unterschiedliche Gründe genannt. Mit 66% gab eine große Mehrheit an, „keinen Bedarf“ dafür zu haben. Für 48% fehlte die persönliche Beratung im Geschäft und die Möglichkeit, Produkte selbst in Augenschein nehmen zu können. Fehlendes Vertrauen zu den Internethandelsunternehmen, etwa hinsichtlich Reklamation oder Garantie (28%), oder in die korrekte Lieferung oder Rücksendung der Waren (21%) wurden in merklicher Größenordnung angeführt. 19% mochten aus Gewohnheit nicht auf den Einkauf im herkömmlichen Einzelhandel verzichten.

Die vorgenannten Gründe könnten ebenso konventionelle Käufe im Versandhandel betreffen; andere Vorbehalte richteten sich hingegen spezifisch gegen das Internet. Jeweils rund ein Viertel der Internetnutzenden führte Zweifel an der Sicherheit bei der Weitergabe von Kreditkarteninformationen oder hinsichtlich des Datenschutzes als Grund für den Verzicht auf Online-Käufe an (29 bzw. 24%). Andere Bedenken, wie etwa ein eingeschränktes oder zu teures Warenangebot im Internet, zu lange Lieferzeiten im Vergleich zum herkömmlichen Gang ins Geschäft oder auch Probleme, die bestellten Produkte zu Hause zu empfangen, spielten hingegen kaum eine Rolle.

5 Ausblick

Die Pilotstudien zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten wurden 2004 – wie ihre Vorläufer für die Jahre 2002 und 2003 – vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern und mit Unterstützung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführt. Das Europäische Statistische System begleitet mit der Bereitstellung einschlägiger Daten die politische Zielsetzung der Förderung von IKT in Europa und in Deutschland.

Auf europäischer Ebene hat die Bereitstellung von Indikatoren zur IKT hohe Bedeutung. Daher wurde auf europäischer Ebene eine Verordnung verabschiedet, die die Lieferung entsprechender Informationen durch alle Mitgliedsländer ab 2006 vorschreibt. Für 2005 sind weitere Pilotstudien angelaufen, die – neben der Untersuchung neuer Module (z. B. zu den Fähigkeiten im Umgang mit IKT) – auch die Kontinuität jährlicher Ergebnisse sichern.

Die Bedeutung, die dem Ausbau des E-Government-Angebots nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene beigemessen wird, hat dazu geführt, dass der deutschen IKT-Erhebung 2004 gleichsam Vorreiterfunktion zukommt. Für die Erhebung 2006 wird ein umfangreicher Fragenkomplex in das Erhebungsinstrument aufgenommen, der das deutsche E-Government-Modul mit entsprechenden Modifikationen für die europaweit harmonisierte Erhebung adaptiert. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele, Dipl.-Volkswirt Michael Ziebach

Gewerbeanzeigen 2004

Von den deutschen Gewerbeämtern wurden im Jahr 2004 rund 1,85 Mill. Gewerbeanzeigen entgegengenommen. Dabei handelt es sich um 960 000 Anmeldungen, 678 000 Abmeldungen und 204 000 Ummeldungen gewerblicher Tätigkeit. Seit der ersten bundesweit durchgeführten statistischen Auswertung der Gewerbeanzeigen im Jahr 1996 sind noch nie so viele Meldungen eingegangen wie im vergangenen Jahr. Die starke Zunahme um 12% ist vor allem die Folge eines Gründungsbooms von Kleinunternehmen, darunter auch der so genannten Ich-AGs, sowie von Gründungen, die mit Hilfe eines Überbrückungsgeldes der Bundesagentur für Arbeit gefördert wurden.

Die Anlässe, weshalb eine Gewerbeanzeige zu erstatten ist, sind vielfältig. So ist eine Anmeldung nicht nur bei Gründung, sondern auch bei Änderung der Gewerbeausübung vorzunehmen. Bei 85% aller Anmeldungen wurde zwar mitgeteilt, dass ein neuer Betrieb gegründet werden sollte, doch dürfte es sich nur bei einem Fünftel dieser Fälle (176 000) um Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Substanz gehandelt haben. Bei den übrigen 644 000 Neugründungen darf unterstellt werden, dass es sich um kleinere Unternehmen¹⁾ handelte, deren wirtschaftliche Aktivitäten sich zumindest am Anfang in Grenzen hielten. In rund 59 000 Fällen wurde lediglich darüber informiert, dass ein Betrieb aus einem anderen Meldebezirk zugezogen sei. Etwa ebenso viele Gewerbetreibende gaben an, dass sie einen Betrieb übernommen hätten, sei es durch Erbfolge, Kauf oder Pacht. In allen übrigen Fällen waren Gesellschaf-tereintritt, Änderung der Rechtsform oder die Umwandlung

des Unternehmens Anlass für die Anzeige. Für die Abmeldungen gelten entsprechende Anlässe bzw. Verteilungen. Ummeldungen erfolgen anlässlich der Verlegung des Betriebes innerhalb des Meldebezirkes oder wegen Änderung der ausgeübten Tätigkeit.

Gesamtbild

Die Gewerbeanzeigenstatistik beruht auf der statistischen Auswertung der Gewerbeanzeigen. Sie profitiert dabei von der in der Gewerbeordnung festgelegten Pflicht, dass Beginn und Beendigung eines Gewerbebetriebes sowie andere Veränderungen in der Gewerbeausübung der zuständigen Meldebehörde mitzuteilen sind. Da in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ein großes öffentliches Interesse an Informationen über Existenzgründungen und Betriebsschließungen und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt besteht, sollte mit der Einführung der Gewerbeanzeigenstatistik im Jahr 1996 die Datenlage dazu verbessert werden.

Diese Erwartungen wurden von der Gewerbeanzeigenstatistik anfänglich jedoch nur eingeschränkt erfüllt. Erst seit 2003 können die vielfältigen Gründe für die Erstattung einer Gewerbeanzeige genauer ermittelt werden, sodass sich die Marktein- und Marktaustritte von Betrieben besser abgrenzen lassen.

Was die Auswirkungen von Gründungen und Schließungen von Betrieben auf den Arbeitsmarkt anbelangt, so sind zwar seit 2003 die Angaben zu den Beschäftigten durch Änderun-

¹⁾ Einzelunternehmen, die weder Arbeitnehmer beschäftigen noch im Handelsregister oder in die Handwerksrolle eingetragen sind.

gen in den Formularen vollständiger und genauer geworden. Es ist jedoch weiter davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Gründung eines Unternehmens eine Aussage über die künftige Beschäftigungslage nur sehr vage sein kann, da die weitere geschäftliche Entwicklung in diesem Stadium schwer einzuschätzen ist. Die künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeiten eines neu gegründeten Unternehmens ließe sich nur durch einen jährlichen Abgleich mit dem Unternehmensregister beobachten. Den damit verbundenen erheblichen Aufwand vermag die amtliche Statistik zurzeit nicht zu leisten. Bei Stilllegungen eines Betriebes dürfte die Verringerung der Belegschaft schon früher begonnen haben, sodass das vollständige Ausmaß des Arbeitsplatzabbaus sich nicht erschließen lässt. Auch unterliegen Freie Berufe (z. B. Anwälte) und Heilberufe sowie die so genannte Urproduktion (z. B. Bergbau, Land- und Forstwirtschaft) nicht der Gewerbeordnung und sind daher in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Nach wie vor ist es auch schwierig, die Vielzahl von Gründungen danach einzuordnen, welche wirtschaftliche Bedeutung ihnen zukommt. Daher sind die Wahl der Rechtsform, die Zahl der Beschäftigten sowie ein Eintrag in ein Register oder die Handwerksrolle Kriterien für eine Unterscheidung nach der wirtschaftlichen Substanz.

Ungeachtet dieser Einschränkungen vermittelt die Gewerbeanzeigenstatistik ein aktuelles Bild über Fluktuationen von

Unternehmen und sonstige Veränderungen in der Unternehmensdemographie. So zeigt sie anschaulich, welche Auswirkungen die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit nach Arbeitslosigkeit und die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union (EU) auf die Gründungszahlen haben.

Seit Einführung der Gewerbeanzeigenstatistik im Jahr 1996 wurden jährlich rund 400 000 kleine Betriebe gegründet. Für das Jahr 2003 wurden in der Gewerbeanzeigenstatistik 514 000 Gründungen kleinerer Betriebe nachgewiesen, 2004 sogar 644 000. Die Zuwachsraten für Gründungen kleiner Betriebe waren in den letzten beiden Jahren mit jeweils über 25% sehr hoch.

Schaubild 1

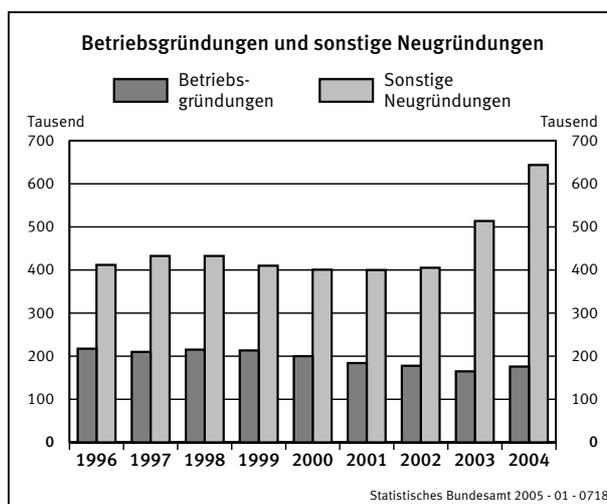


Tabelle 1: Entwicklung der Gewerbeanzeigen

Jahr	Gewerbeanmeldungen	Gewerbummeldungen	Gewerbeabmeldungen	Meldungen von Automaten-aufstellern und des Reise-gewerbes	Gesamtzahl der Meldungen
Früheres Bundesgebiet ¹⁾					
1996	646 431	129 053	536 606	13 014	1 325 104
1997	669 004	137 665	568 006	13 336	1 388 011
1998	675 720	141 393	579 261	11 278	1 407 652
1999	653 383	141 899	590 863	9 932	1 396 077
2000	637 722	140 393	549 812	8 859	1 336 786
2001	616 421	135 957	533 754	9 057	1 295 189
2002	617 439	141 086	540 808	8 512	1 307 845
2003	687 813	143 299	555 507	11 505	1 398 124
2004	810 445	163 489	576 568	12 154	1 562 656
Neue Länder					
1996	133 582	40 951	111 283	5 273	291 089
1997	133 931	40 730	113 858	4 327	292 846
1998	135 657	43 425	116 953	3 788	299 823
1999	127 552	43 431	115 900	3 448	290 331
2000	117 450	40 739	112 931	3 068	274 188
2001	112 557	36 762	111 407	2 599	263 325
2002	105 894	36 624	104 882	2 175	249 575
2003	122 893	35 201	97 616	2 205	257 915
2004	150 088	40 120	101 078	2 310	293 596
Deutschland					
1996	780 013	170 004	647 889	18 287	1 616 193
1997	802 935	178 395	681 864	17 663	1 680 857
1998	811 377	184 818	696 214	15 066	1 707 475
1999	780 935	185 330	706 763	13 380	1 686 408
2000	755 172	181 132	662 743	11 927	1 610 974
2001	728 978	172 719	645 161	11 656	1 558 514
2002	723 333	177 710	645 690	10 687	1 557 420
2003	810 706	178 500	653 123	13 710	1 656 039
2004	960 533	203 609	677 646	14 464	1 856 252

1) Einschl. Berlin-Ost.

Diese Entwicklung wird durch die steigende Inanspruchnahme der Fördermaßnahmen zur Selbstständigkeit der Bundesagentur für Arbeit bestätigt. Die Bundesagentur für Arbeit bewilligte 2003 rund 256 000 Personen ein Überbrückungsgeld oder Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG), 2004 erhielten 360 000 Personen derartige Beihilfen. Dies ist mehr als die Hälfte aller kleinen Gründungen, wie sie in der Gewerbeanzeigenstatistik nachgewiesen werden.

Die Zunahme der Gründungen kleiner Unternehmen wirkte sich auf das gesamte Meldegeschehen aus. Im Jahr 1998 waren noch über 1,7 Mill. Anzeigen (An-, Ab-, Ummeldungen) erstattet worden. Bis zum Jahr 2002 ging die Zahl der jährlichen Meldungen auf unter 1,6 Mill. zurück. Seit 2003 verzeichnen die Gewerbeämter wieder einen deutlichen Anstieg der Meldeaktivitäten. Im Jahr 2004 wurde mit fast 1,9 Mill. Gewerbeanzeigen die bisher höchste Zahl seit Durchführung dieser Erhebung erreicht.

Die Zahl der Gründungen größerer Betriebe war von über 217 000 im Jahr 1996 fast konstant auf 165 000 im Jahr 2003 zurückgegangen. Im vergangenen Jahr kam es zu einem nicht erwarteten Anstieg der Gründungen, denen eine größere wirtschaftliche Bedeutung zugeschrieben wird. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass es vor allem mehr Gründungen von Einzelunternehmen gegeben hat, die hauptsächlich im Baugewerbe, aber auch im Verar-

Tabelle 2: Gewerbebeanmeldungen¹⁾ seit 1996

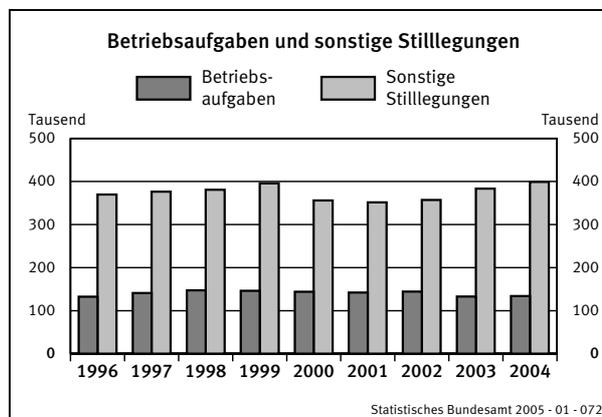
Jahr	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Neuerichtungen					Umwandlung	Zuzüge	Übernahmen			
		Betriebsgründung		sonstige Neugründung		insgesamt			Rechtsformwechsel	Gesellschaftereintritt	Erbfolge, Kauf, Pacht	
		zusammen	dar.: Hauptniederlassung	zusammen	dar.: Nebenwerb							
Anzahl												
1996	780013	217210	165370	411962	.	.	24307	126534	.	.	.	
1997	802935	210091	158418	432505	.	.	30701	129638	.	.	.	
1998	811377	215207	163425	432587	.	.	33038	130545	.	.	.	
1999	780935	213305	161233	409779	.	.	32796	125055	.	.	.	
2000	755172	199994	148887	400701	.	.	36730	117747	.	.	.	
2001	728978	184025	137002	399871	.	.	37717	107365	.	.	.	
2002	723333	177635	132674	405193	.	.	37209	103296	.	.	.	
2003 ²⁾	810706	164885	118846	513554	149017	3763	50159	78345	12703	4020	61622	
2004	960533	175964	123724	643556	209968	4109	58984	77920	14385	4950	58585	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1997	+2,9	-3,3	-4,2	+5,0	.	.	+26,3	+2,5	.	.	.	
1998	+1,1	+2,4	+3,2	+0,0	.	.	+7,6	+0,7	.	.	.	
1999	-3,8	-0,9	-1,3	-5,3	.	.	-0,7	-4,2	.	.	.	
2000	-3,3	-6,2	-7,7	-2,2	.	.	+12,0	-5,8	.	.	.	
2001	-3,5	-8,0	-8,0	-0,2	.	.	+2,7	-8,8	.	.	.	
2002	-0,8	-3,5	-3,2	+1,3	.	.	-1,3	-3,8	.	.	.	
2003 ²⁾	+12,1	-7,2	-10,4	+26,7	X	X	X	X	X	X	X	
2004	+18,5	+6,7	+4,1	+25,3	+40,9	+9,2	+17,6	-0,5	+13,2	+23,1	-4,9	

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ergebnisse der Gliederungspositionen wegen Änderungen in der Erhebungsmethode mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

beitenden Gewerbe tätig sein wollten. Gleichzeitig hat auch die Zahl der neuen Betriebe mit Handwerkseigenschaft um über ein Drittel zugenommen. Es ist daher anzunehmen, dass sich im Zuge der Osterweiterung der EU verstärkt Handwerksbetriebe aus den neuen Mitgliedstaaten in Deutschland niedergelassen haben, die aufgrund ihrer Handwerkseigenschaft den größeren Betrieben zugerechnet werden. So hat sich 2004 binnen Jahresfrist beispielsweise die Zahl der Betriebsgründer mit polnischer Staatsangehörigkeit versechsfacht. Einschränkend bei der Interpretation der Zahlen über Betriebsgründungen ist aber anzumerken, dass aus der Gewerbeanzeige nicht erkennbar ist, inwieweit das angemeldete Handwerk zulassungspflichtig oder zulassungsfrei ist. Daher sind Fehlinterpretationen beim Ausfüllen der Anzeige nicht auszuschließen.

Die Entwicklung der Abmeldungen (siehe Tabelle 3 auf S. 731) vermittelt kein eindeutiges Bild. Sie zeigt, dass die Zahl der Betriebsaufgaben, also die Aufgaben größerer Betriebe, im Jahr 2004 deutlich niedriger gewesen ist als in den Vorjahren. Dies könnte aber auch damit zusammenhängen, dass Umwandlungen von Unternehmen, zum Beispiel durch Verschmelzung, vor 2003 nicht gesondert erfragt wurden, also früher den Betriebsaufgaben zugerechnet wurden. Dagegen haben in den letzten beiden Jahren wesentlich mehr kleine Betriebe ihre Tätigkeit aufgegeben als in den Jahren davor. Dies dürfte zum einen mit dem erwähnten Gründungsboom der letzten beiden Jahre zusammenhängen, und zwar in den Fällen, in denen sich schon nach kurzer Zeit die Geschäftsidee als nicht realisierbar erwies. Zum anderen sind die Finanzbehörden seit 2003 verpflichtet, die Gewerbeämter zu unterrichten, wenn die Steuerpflicht erloschen ist, damit eine Abmeldung „von Amts wegen“ erfolgen kann. Eine Saldierung der An- und Abmeldungen

Schaubild 2



kann die Veränderung des Unternehmensbestandes nicht realistisch abbilden. Die Zahl der Anmeldungen, auch wenn sie als Gründungen deklariert sind, überzeichnet das Gründungsgeschehen. Allein im Jahr 2004 haben rund 20000 Gewerbebetriebe ihren einstmals angemeldeten Betrieb mit der Begründung wieder abgemeldet, diesen niemals ausgeübt zu haben. Wie hoch die Zahl derer ist, die mit der Gewerbebeanmeldung nur eine Absichtserklärung abgeben oder die Gewerbebeanmeldung nur für günstige Einkaufsmöglichkeiten nutzen wollen, ist schwer einzuschätzen. Jedoch dürften die Zwangsmitgliedschaft bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern und die damit verbundenen Kosten die Neigung steigern, sich wieder abzumelden. Andererseits gibt es auch Betriebe, die ihre Tätigkeit längst eingestellt haben, aber trotzdem keine Abmeldung erstatten. Daher dürfte die Zahl der Abmeldungen nicht die tatsächlichen Marktaustritte widerspiegeln.

Anmeldungen

Bis Ende des Jahres 2002 mussten Gewerbetreibende lediglich angeben, ob der Grund für die Anmeldung eine so genannte „Neuerrichtung“ oder eine „Übernahme“ ist. Ab 2003 sind die Anlässe genauer zu spezifizieren. Folgende Möglichkeiten können dabei in Betracht kommen:

1. Neugründungen

Von den insgesamt 961 000 Gewerbeanmeldungen wurden 820 000 als Neugründungen deklariert. Daraus kann aber nicht unmittelbar abgeleitet werden, dass die gleiche Zahl neuer Unternehmen zum bisherigen Unternehmensbestand hinzugekommen ist und viele neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind. Vielmehr ist es notwendig, diese Gründungen nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu differenzieren. Als „Betriebsgründungen“ gelten Gründungen mit vermutter größerer wirtschaftlicher Bedeutung, wobei folgende Kriterien erfüllt sein müssen: Die Gründung erfolgt mit der Rechtsform einer Personen- oder Kapitalgesellschaft, Genossenschaft, eines Vereins oder einer Stiftung. Auch Einzelunternehmen zählen dazu, sofern sie entweder ins Handelsregister oder in die Handwerksrolle eingetragen sind oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Im Jahr 2004 gab es 176 000 solcher Betriebsgründungen. Demgegenüber handelt es sich bei den sonstigen Neugründungen um Einzelunternehmen, die weder ins Handelsregister eingetragen sind noch Beschäftigte haben und auch über keinen Eintrag in die Handwerksrolle verfügen. 2004 wurden insgesamt 644 000 Gründungen von Kleinunternehmen vorgenommen, die zu einem Drittel im Nebenerwerb betrieben wurden.

2. Umwandlungen

Darunter sind Verschmelzungen oder Teilungen von Unternehmen zu verstehen. Ein Beispiel für eine Verschmelzung ist, wenn sich zwei oder mehr Einzelunternehmen zu einer Personengesellschaft vereinigen. Bei der Teilung eines Unternehmens werden häufig im Zuge einer so genannten Aufspaltung Betriebsteile rechtlich selbstständig. Mit 4 100 Fällen im Jahr 2004 fiel die Zahl der Umwandlungen im Vergleich zu den übrigen Meldungen relativ klein aus.

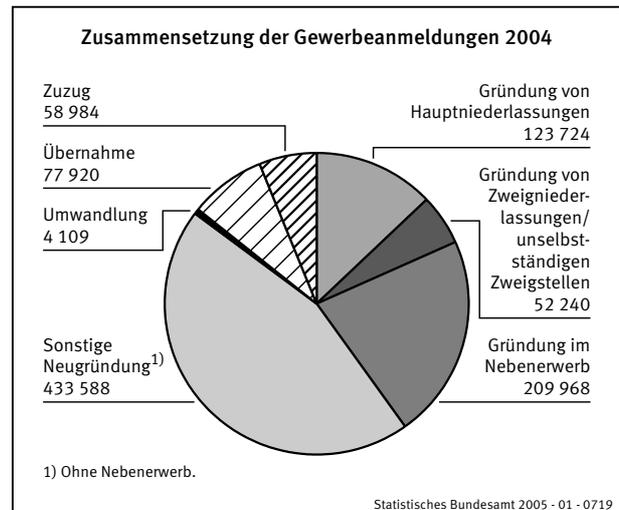
3. Zuzüge

Bei 59 000 Meldungen wurde darüber informiert, dass sich der Betrieb nach seinem Umzug aus einem anderen Meldebezirk in der Gemeinde neu niedergelassen hat. Ein Umzug innerhalb eines Meldebezirks fällt nicht in diese Kategorie, sondern muss als Ummeldung angezeigt werden (siehe Ummeldungen).

4. Wechsel der Rechtsform

Nach dem Handelsrecht und dem Umwandlungsgesetz kann die Rechtsform eines Unternehmens geändert werden. Als häufigste Ursache kommt eine Änderung der Haftungsbedingungen in Betracht, wenn zum Beispiel eine Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft übergeführt wird. Dann muss die alte Rechtsform ab-

Schaubild 3



und die neue angemeldet werden. Knapp 14 400 solcher Fälle wurden im Jahr 2004 registriert.

5. Gesellschaftereintritte

Zu Gesellschaftereintritten kommt es lediglich bei Personengesellschaften, wobei nur die geschäftsführenden Gesellschafter tangiert sind. Im Jahr 2004 sind rund 5 000 Gesellschaftereintritte verzeichnet worden.

6. Erbfolge, Kauf, Pacht

Auch bei Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes durch einen anderen Gewerbetreibenden muss das zuständige Gewerbeamt in Kenntnis gesetzt werden. Im Jahr 2004 wurden 58 600 Fälle gemeldet, bei denen der Eintritt der Erbfolge, der Kauf eines Betriebes oder dessen Pachtung Gegenstand der Meldung war.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen im Jahr 2004 um 18% gestiegen. Besonders die 644 000 angezeigten Neugründungen von Kleinunternehmen, die gegenüber dem Jahr 2003 um 25% zugenommen haben, trugen wie erwähnt zu dieser Entwicklung maßgeblich bei. Auch die Gründungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, also die Betriebsgründungen, lagen gegenüber 2003 um knapp 7% höher.

Ummeldungen

Eine Ummeldung muss erfolgen, wenn sich die Betriebstätigkeit verändert, wenn ein Betrieb innerhalb des Meldebezirks verlegt wird oder wenn beides zusammen eintritt. Insgesamt wurden im Jahr 2004 knapp 204 000 Ummeldungen bei den zuständigen Gemeinden angezeigt. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten kommt den Ummeldungen allerdings keine besonders hohe Bedeutung zu.

Die wirtschaftliche Tätigkeit veränderte sich 2004 bei 92 200 Unternehmen, in 84 000 Fällen fand ein Umzug innerhalb eines Meldebezirks statt, und in 27 500 Fällen trat beides gleichzeitig ein.

Tabelle 3: Gewerbeabmeldungen¹⁾ seit 1996

Jahr	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Aufgaben					Fortzüge	Übergaben			
		Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung		Umwandlung		insgesamt	Rechtsformwechsel	Gesellschafteraustritt	Erbfolge, Verkauf, Verpachtung
		zusammen	dar.: Hauptniederlassung	zusammen	dar.: Nebenerwerb						
Anzahl											
1996	647 889	132 403	92 430	369 496	.	.	37 635	108 355	.	.	.
1997	681 864	141 129	98 797	376 036	.	.	46 208	118 491	.	.	.
1998	696 214	147 352	103 521	380 493	.	.	48 093	120 276	.	.	.
1999	706 763	146 148	104 368	395 524	.	.	48 276	116 815	.	.	.
2000	662 743	143 901	102 043	355 738	.	.	51 881	111 223	.	.	.
2001	645 161	142 022	101 128	351 267	.	.	51 034	100 838	.	.	.
2002	645 690	144 270	102 234	356 970	.	.	49 739	94 711	.	.	.
2003 ²⁾	653 123	132 687	94 007	383 380	54 636	5 963	58 966	72 127	15 152	9 042	47 933
2004	677 646	133 766	93 577	398 782	77 771	6 551	66 447	72 100	15 962	9 884	46 254
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
1997	+5,2	+6,6	+6,9	+1,8	.	.	+22,8	+9,4	.	.	.
1998	+2,1	+4,4	+4,8	+1,2	.	.	+4,1	+1,5	.	.	.
1999	+1,5	-0,8	+0,8	+4,0	.	.	+0,4	-2,9	.	.	.
2000	-6,2	-1,5	-2,2	-10,1	.	.	+7,5	-4,8	.	.	.
2001	-2,7	-1,3	-0,9	-1,3	.	.	-1,6	-9,3	.	.	.
2002	+0,1	+1,6	+1,1	+1,6	.	.	-2,5	-6,1	.	.	.
2003 ²⁾	+1,2	-8,0	-8,0	+7,4	X	X	X	X	X	X	X
2004	+3,8	+0,8	-0,5	+4,0	+42,3	+9,9	+12,7	-0,0	+5,3	+9,3	-3,5

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ergebnisse der Gliederungspositionen wegen Änderungen in der Erhebungsmethode mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Gegenüber dem Vorjahr kam es zu 14% mehr Ummeldungen. Diese Entwicklung galt sowohl für die Veränderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit als auch für die Umzüge.

Abmeldungen

Hinsichtlich der Darstellungsmöglichkeiten gilt für die 678 000 Gewerbeabmeldungen sinngemäß das Gleiche wie für die Anmeldungen.

Aus den Meldungen ist zu ersehen, dass 134 000 Betriebe mit größerer Bedeutung stillgelegt wurden (Betriebsaufgaben), darunter 40 200 unselbstständige Zweigstellen oder Zweigniederlassungen. Zudem gaben 399 000 Kleinunter-

nehmen (sonstige Stilllegungen) ihre Tätigkeit auf, darunter 78 000 Nebenerwerbsbetriebe.

Gegenüber dem Vorjahr sind damit knapp 4% mehr Gewerbebetriebe abgemeldet worden. Während die Zahl der Abmeldungen von größeren Betrieben (Betriebsaufgaben) gegenüber 2003 nur um 1% höher ausfiel, kam es zu 4% mehr Stilllegungen von Kleinbetrieben.

Gewerbeanzeigen nach Wirtschaftszweigen

Bei jeder Gewerbeanzeige ist der Gegenstand der ausgeübten Tätigkeit vom Gewerbetreibenden möglichst exakt und detailliert zu beschreiben. Bei mehreren Tätigkeiten muss darüber hinaus der Gewerbeschwerpunkt gekennzeichnet werden. Da neu gegründete Unternehmen häufig noch nicht genau wissen, in welchen Bereichen (Wirtschaftszweigen) sie künftig ihre Gewinne erzielen werden, gestaltet sich die Beantwortung dieser Frage in der Praxis als nicht einfach. Daher wird die angezeigte Tätigkeit anhand der verbalen Beschreibung nur nach dem 2-Steller der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), verschlüsselt.

Knapp 40% der Gewerbeabmeldungen wurden 2004 dem Dienstleistungsbereich zugeordnet. Auf den Handel bezogen sich 29% der Anmeldungen und ein Zehntel auf das Baugewerbe. Weiteren 7% der Anmeldungen lagen Vorhaben im Gastgewerbe zugrunde, während auf das Verarbeitende Gewerbe nur 4% der Anmeldungen entfielen.

Werden die Gründungen nach der wirtschaftlichen Bedeutung unterschieden, so waren im Verarbeitenden Gewerbe

Schaubild 4

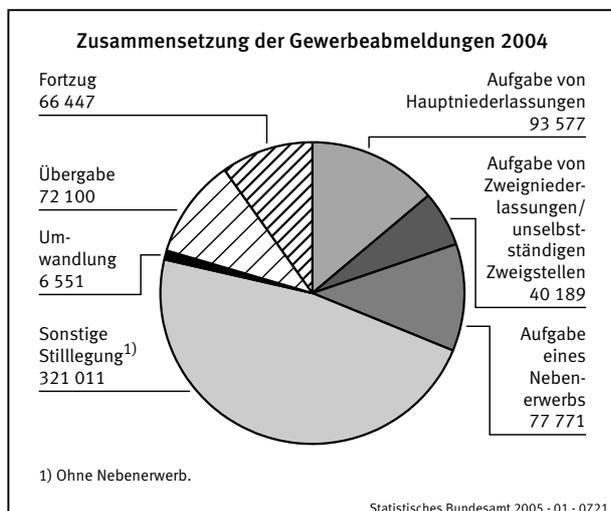


Tabelle 4: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 2004 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig Rechtsform	Gewerbeanmeldungen						Gewerbeabmeldungen					
	insgesamt	Betriebsgründung	sonstige Neugründung	Umwandlung	Zuzug	Übernahme ²⁾	insgesamt	Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung	Umwandlung	Fortzug	Übergabe ³⁾
nach Wirtschaftszweigen												
Land- und Forstwirtschaft	15 458	1 553	12 491	18	842	554	8 503	1 115	5 870	26	894	598
Verarbeitendes Gewerbe	36 720	10 786	17 836	544	3 292	4 262	31 157	9 137	12 962	724	3 719	4 615
Baugewerbe	91 704	24 538	57 270	180	5 781	3 935	56 409	14 100	31 331	276	5 924	4 778
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	279 357	52 946	184 501	1 540	15 143	25 227	221 931	47 723	129 535	2 257	17 696	24 720
Gastgewerbe	70 232	14 824	26 956	154	1 168	27 130	65 978	13 642	32 208	620	856	18 652
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	43 196	9 583	27 749	291	2 844	2 729	36 079	8 365	20 971	456	3 187	3 100
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	52 124	4 127	42 052	331	4 775	839	39 731	3 098	29 275	358	5 945	1 055
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	245 811	40 131	178 607	773	19 635	6 665	153 814	26 566	95 874	1 418	21 999	7 957
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen .	94 141	12 960	71 121	175	4 413	5 472	52 590	7 968	33 869	311	4 930	5 512
Übrige Wirtschaftszweige	31 790	4 516	24 973	103	1 091	1 107	11 454	2 052	6 887	105	1 297	1 113
nach Rechtsformen												
Einzelunternehmen	800 587	72 867	631 184	531	42 482	53 523	540 885	50 011	394 488	1 712	48 643	46 031
OHG, KG	5 037	2 846	205	65	374	1 547	5 324	2 959	96	114	424	1 731
GmbH & Co. KG	18 204	11 653	286	708	1 545	4 012	11 354	6 597	54	833	1 421	2 449
Gesellschaft bürgerlichen Rechts	40 014	21 983	9 294	82	1 887	6 768	36 579	18 683	3 354	287	2 190	12 065
GmbH	83 858	57 777	1 695	2 059	11 972	10 355	72 913	48 440	573	3 018	12 955	7 927
AG	3 596	2 089	51	344	391	721	5 112	3 302	14	317	434	1 045
Sonstige Rechtsformen	9 237	6 749	841	320	333	994	5 479	3 774	203	270	380	852
Insgesamt ...	960 533	175 964	643 556	4 109	58 984	77 920	677 646	133 766	398 782	6 551	66 447	72 100

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Z.B. Erbe, Kauf, Pacht, Rechtsformänderung. – 3) Z.B. Erbfolge, Verkauf, Verpachtung, Rechtsformänderung.

38% der Neugründungen Betriebsgründungen, also Gründungen von größerer wirtschaftlicher Bedeutung. Ein etwas niedrigerer Anteil (30%) ergibt sich im Baugewerbe. Dagegen besitzt im Handel nur eine von fünf Neugründungen eine größere wirtschaftliche Substanz. Von den gegründeten Dienstleistungsunternehmen können 17% als bedeutsam angesehen werden. Bei Betrieben, die in der Vermittlung von Kredit- und Versicherungsgeschäften tätig sind, ist der Anteil der wichtigeren Gründungen mit 9% am niedrigsten.

Der Anteil der Umzüge ist, gemessen an den Anmeldungen, mit 9% im Verarbeitenden Gewerbe am höchsten. Dagegen finden Umzüge im Gastgewerbe nur selten statt: Während nur in 2% der Anmeldungen ein Standortwechsel im Gastgewerbe angezeigt wurde, waren dort Eintritt der Erbfolge, Kauf oder Pacht in 36% der Fälle Anlass für die Anmeldung.

Bei den Abmeldungen lassen sich ähnliche Verhältnisse ermitteln. Bei den Ummeldungen wird seit 2003 auf die Auswertung nach Wirtschaftszweigen verzichtet.

Gewerbeanzeigen nach Rechtsformen

Aus der Rechtsform eines Betriebes, die im Rahmen der Gewerbeanmeldung anzugeben ist, kann möglicherweise auf die Bedeutung des geschäftlichen Vorhabens geschlossen werden. So deutet die Gründung einer Personen- oder Kapitalgesellschaft auf größere ökonomische Vorhaben hin, als dies bei einem Einzelunternehmen der Fall sein dürfte. Jedoch ist nicht grundsätzlich auszuschließen, dass auch

Einzelunternehmen größere wirtschaftliche Aktivitäten entwickeln können.

Über 80% der Unternehmen, die im Jahr 2004 eine Gewerbeanmeldung abgaben, waren Einzelunternehmen. Bei 9% der Anmeldungen von Einzelunternehmen handelt es sich um wirtschaftlich bedeutsame Gründungen, bei denen das Unternehmen entweder über einen Registereintrag verfügte, Mitarbeiter beschäftigte oder einen Eintrag in die Handwerksrolle hatte. 9% der anmeldenden Unternehmen hatten als Rechtsform die einer GmbH angezeigt; 7% waren Personengesellschaften.

Bei den Einzelunternehmen waren gut 5% der Anmeldungen auf die Verlagerung des Unternehmenssitzes zurückzuführen. Dagegen meldeten 14% der GmbHs, dass sie einen Umzug planten.

Eintritt der Erbfolge, Kauf oder Pacht waren bei 20% der Anmeldungen von Personengesellschaften Anlass für die Anzeige; bei den Einzelunternehmen war dies nur bei 6% der Anmeldungen der Fall.

Größe der Betriebe

Wie schon eingangs erläutert, besitzen die Angaben über die bei Gründungen geschaffenen oder bei Schließungen abgebauten Arbeitsplätze nur eine eingeschränkte Aussagefähigkeit. Bei über 85% aller An- und Abmeldungen wurde angegeben, dass keine Mitarbeiter eingestellt wurden oder von der Aufgabe betroffen waren. Selbst bei 55% der Gründungen, die als wirtschaftlich bedeutsam eingestuft

Tabelle 5: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ 2004 nach der Größe des Betriebes

Betriebe mit ... bis ... Arbeitnehmern/ Arbeitnehmerinnen	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		
		Betriebs- gründung	Zuzug	Übernahme		Betriebs- aufgabe	Fortzug	Übergabe
0	829 424	97 401	47 232	46 326	586 452	77 999	57 198	51 028
1	49 185	31 522	4 040	8 722	34 447	22 962	3 331	5 905
2 - 4	52 634	31 505	4 261	14 310	36 278	22 151	3 387	9 256
5 - 9	15 696	8 508	1 731	4 787	11 090	6 005	1 291	3 311
10 - 19	7 356	3 985	931	2 057	5 183	2 709	659	1 462
20 - 49	3 963	2 047	513	1 060	2 765	1 384	393	705
50 - 99	1 280	593	164	377	844	365	113	247
100 und mehr	995	403	112	281	587	191	75	186
Insgesamt ...	960 533	175 964	58 984	77 920	677 646	133 766	66 447	72 100

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

wurden, war zum Zeitpunkt der Anmeldung kein Personal beschäftigt. Bei der Aufgabe von wirtschaftlich bedeutsameren Betrieben waren bereits 58% ohne Beschäftigte. Auch bei Zuzug eines Betriebes aus einem anderen Meldebezirk waren in 80% der Fälle keine Arbeitnehmer betroffen. Nur bei Übernahme des Betriebes hatten 40% der meldenden Betriebe mindestens einen Arbeitnehmer.

Bei den Betriebsgründungen, bei denen angekündigt wurde, dass Arbeitnehmer eingestellt würden, meinten über 40% der Meldenden, mit nur einem Beschäftigten auszukommen, etwa ebenso viele hielten zwei bis vier und 10% fünf bis neun Beschäftigte für ausreichend. Nur bei rund 1 000 Betriebsgründungen (1%) wurde angezeigt, dass der

Betrieb mehr als 50 Mitarbeiter einstellen würde. Im Falle der Umwandlung von Betrieben, hatten immerhin 17% der Betriebe mit Beschäftigten mehr als 50 Arbeitnehmer/-innen. Für die abgemeldeten Betriebe sind die Anteile der einzelnen Größenklassen nahezu identisch.

Beschäftigte

Die Betriebsgründer/-innen gaben an, bei Geschäftsaufnahme 306 000 Vollzeitkräfte und 112 000 Teilzeitkräfte beschäftigen zu wollen. Die meisten neuen Stellen wurden im Handel und im Bereich Erbringung von Dienstleistungen (mit jeweils etwa 111 000) geschaffen. Im Gastgewerbe

Tabelle 6: Beschäftigte 2004 bei Betriebsgründungen und -aufgaben

Wirtschaftszweig Rechtsform	Betriebs- gründungen insgesamt	Beschäftigte bei Betriebsgründungen ¹⁾		Betriebsaufgaben insgesamt	Beschäftigte bei Betriebsaufgaben ²⁾	
		Vollzeit	Teilzeit		Vollzeit	Teilzeit
Insgesamt	175 964	305 656	111 553	133 766	207 947	52 532
		nach Wirtschaftszweigen				
Land- und Forstwirtschaft	1 553	2 039	550	1 115	2 675	260
Verarbeitendes Gewerbe	10 786	59 916	6 451	9 137	39 720	5 421
Baugewerbe	24 538	28 256	3 501	14 100	36 236	2 306
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	52 946	74 085	36 811	47 723	52 607	17 304
Gastgewerbe	14 824	20 050	19 434	13 642	16 786	10 403
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	9 583	24 493	6 833	8 365	16 099	2 818
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 127	6 039	1 440	3 098	2 090	495
Grundstücks- und Wohnungswesen Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	40 131	64 282	19 590	26 566	29 857	8 736
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	12 960	14 498	12 001	7 968	7 059	3 910
Übrige Wirtschaftszweige	4 516	11 998	4 942	2 052	4 818	879
		nach Rechtsformen				
Einzelunternehmen, eingetragen	3 447	3 413	2 419	5 954	4 674	1 742
Einzelunternehmen, nicht eingetragen	69 420	55 793	45 830	44 057	56 066	29 365
Personengesellschaften	37 012	58 287	20 662	28 803	31 558	6 235
dar.: KG	1 323	2 138	759	1 467	2 464	320
OHG	1 523	2 505	1 270	1 492	1 337	450
GmbH & Co. KG	11 653	46 329	14 481	6 597	21 999	3 093
GbR	21 983	5 384	3 598	18 683	4 941	2 308
GmbH	57 777	167 524	39 834	48 440	96 936	12 531
AG	2 089	12 721	1 001	3 302	13 479	1 758
Sonstige Rechtsformen	6 219	7 918	1 807	3 210	5 234	901

1) Beschäftigte bei Betriebsgründungen und bei Nebenerwerbsbetrieben. – 2) Beschäftigte bei Betriebsaufgaben und bei Nebenerwerbsbetrieben.

Tabelle 7: Gewerbetreibende 2004 bei Gründungen und Aufgaben von Betrieben¹⁾

Gewerbetreibende ²⁾	Neugründungen					Vollständige Aufgaben				
	insgesamt	Betriebsgründungen		sonstige Neugründungen		insgesamt	Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegungen	
		insgesamt	dar.: Hauptniederlassung	insgesamt	dar.: Neben-erwerb		insgesamt	dar.: Hauptniederlassung	insgesamt	dar.: Neben-erwerb
Frauen	272 988	44 889	34 276	228 099	85 560	169 072	33 470	25 661	135 602	31 269
Männer	613 538	186 737	126 511	426 801	135 747	403 072	136 327	93 483	266 745	50 058
Insgesamt ...	886 526	231 626	160 787	654 900	221 307	572 144	169 797	119 144	402 347	81 327

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Anzeigepflichtige Personen, die eine Neugründung oder eine vollständige Aufgabe angezeigt haben.

waren es zur Hälfte Teilzeitkräfte, die beschäftigt werden sollten, im Handel wurden die neuen Arbeitsplätze zu einem Drittel mit Teilzeitkräften besetzt, im Verarbeitenden Gewerbe nur zu einem Zehntel.

Die durchschnittliche Zahl der bei Gründung neu eingestellten Mitarbeiter war im Verarbeitenden Gewerbe mit sechs am höchsten. Im Baugewerbe war es durchschnittlich gerade eine Stelle, die neu geschaffen wurde. Dies bestätigt den bereits beschriebenen Hinweis, dass viele neue Betriebe im Baugewerbe von Handwerkern angezeigt wurden, die als Einzelperson tätig waren, und deren Betriebsgründungen nur aufgrund der ihnen zugewiesenen Handwerkseigenschaft den größeren Gründungen zugeordnet werden.

Von Aufgaben ihres Betriebes waren 208 000 Vollzeit- und 53 000 Teilzeitkräfte betroffen. Eine Saldierung der Beschäftigtenzahlen bei Gründung mit denen bei Schließung von Betrieben sollte nicht vorgenommen werden, da die Angaben zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zum einen nur eine Absichtserklärung gewesen sein könnten, zum anderen davon auszugehen ist, dass zum Zeitpunkt der Abmeldung die Belegschaft bereits reduziert war. Die absolut meisten Arbeitsplätze fielen durch die Schließung von Handelsbetrieben weg. Gemessen an der Zahl der Stilllegungen waren im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt fünf Arbeitsplätze betroffen, im Baugewerbe knapp drei und im Handel etwas mehr als eine Stelle.

Für die bei Geschäftsaufgabe weggefallenen Arbeitsplätze ergibt sich nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen ein ähnliches Bild wie bei den Gründungen, allerdings auf niedrigerem Niveau.

Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden

Bei Personengesellschaften zum Beispiel können mehrere geschäftsführende Gesellschafter das Unternehmen leiten. Dabei ist jeder dieser Gesellschafter verpflichtet, bei einer Änderung in der Gewerbeausübung eine gesonderte Meldung abzugeben. Diese einzelnen Meldungen werden bei der Ermittlung der Gründungen und Aufgaben von Betrieben zusammengefasst, um Doppelzählungen zu vermeiden. Personen, die aktiv das Geschäftsleben bestimmen, werden als Gewerbetreibende bezeichnet. Ihre Zahl ist also höher als die der abgegebenen Meldungen.

Von den rund 887 000 Gewerbetreibenden, die im Jahr 2004 eine Neugründung vornahmen, waren 30% Frauen. Bei den Betriebsaufgaben lag der Anteil der Frauen gleichfalls bei 30%. Bei den Gründungen mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung war der Anteil der Frauen mit 19% deutlich geringer.

Tabelle 8: Anzeigepflichtige Personen bei Neugründungen und vollständigen Aufgaben 2004 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Neugründungen			Vollständige Aufgaben		
	insgesamt	Betriebsgründungen	sonstige Neugründungen	insgesamt	Betriebsaufgaben	sonstige Stilllegungen
Insgesamt	886 526	231 626	654 900	572 144	169 797	402 347
darunter:						
Deutsch	782 325	203 280	579 045	502 830	149 452	353 378
Europäische Union ¹⁾	45 895	12 817	33 078	24 730	7 602	17 128
darunter:						
Britisch	1 835	706	1 129	1 233	432	801
Französisch	1 552	558	994	1 005	343	662
Griechisch	4 257	1 085	3 172	4 036	960	3 076
Italienisch	8 030	2 329	5 701	6 992	1 951	5 041
Niederländisch	2 929	1 478	1 451	2 074	1 084	990
Österreichisch	3 575	1 213	2 362	2 718	904	1 814
Polnisch	16 704	3 482	13 222	2 808	684	2 124
Spanisch	1 101	247	854	735	159	576
Kroatisch	2 814	593	2 221	1 808	407	1 401
Türkisch	22 313	5 545	16 768	17 446	3 923	13 523
Afrikanische Staatsangehörigkeiten	3 029	459	2 570	1 826	307	1 519
Amerikanische Staatsangehörigkeiten .	2 611	748	1 863	1 582	463	1 119
Asiatische Staatsangehörigkeiten	10 547	3 125	7 422	7 639	2 185	5 454

1) Ohne Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern.

Tabelle 9: Ursache der Aufgaben von Betrieben¹⁾

Ursache der Abmeldung	Vollständige Aufgaben insgesamt	Betriebsaufgaben			Sonstige Stilllegungen	
		insgesamt	Hauptniederlassungen	Zweigniederlassungen/ unselbstständige Zweigstellen	insgesamt	dar.: Nebenerwerb
Wirtschaftliche Schwierigkeiten	86 742	17 903	12 648	5 255	68 839	14 898
Insolvenzverfahren	16 031	11 805	9 795	2 010	4 226	299
Von Amts wegen	29 423	11 837	9 293	2 544	17 586	976
Persönliche/familiäre Gründe	49 572	8 374	6 957	1 417	41 198	9 072
Betrieb wurde nie ausgeübt	18 505	2 113	1 616	497	16 392	5 009
Sonstige Gründe	110 264	31 572	19 971	11 601	78 692	15 172
Keine Angabe	222 011	50 162	33 297	16 865	171 849	32 345
Insgesamt ...	532 548	133 766	93 577	40 189	398 782	77 771

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

88% der anzeigepflichtigen Personen, die im Jahr 2004 eine Neugründung vornahmen, waren deutsche Staatsbürger. Anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehörten gut 5% der Gewerbetreibenden an.²⁾ Bei den Neugründungen durch Staatsbürger der Europäischen Union (ohne Deutschland) lagen die Polen mit einem Anteil von 36% an der Spitze. Wie bereits im Vorjahr waren auch im Jahr 2004 die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger die größte Gruppe ausländischer Gründer; ihr Anteil an den Neugründungen betrug knapp 3%.

Gründeten Deutsche einen neuen Betrieb, so handelte es sich in 26% der Fälle um einen größeren Betrieb. Mit 28% war der entsprechende Anteil bei den übrigen Staatsbürgern der Europäischen Union noch höher. Polnische Staatsangehörige dagegen planten nur in 20% der Fälle, einen größeren Betrieb zu gründen. Der Anteil größerer Betriebe bei den Neugründungen von türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern betrug 25%.

Ursachen für die Aufgabe eines Betriebes

Bei der Abmeldung eines Gewerbes muss der Grund für die Aufgabe des Betriebes mitgeteilt werden. In knapp 42% der Fälle wurde jedoch keine Ursache für die Aufgabe des Betriebes genannt. Die Angaben der größeren Unternehmen sind in diesem Punkt etwas vollständiger als der Durchschnitt: so fehlen bei diesen die Gründe in 37% der Fälle, bei kleineren Unternehmen hatten 43% die entsprechende Frage nicht beantwortet.

Häufigster Grund für die Aufgabe eines Betriebes – gemessen an den Fällen, bei denen ein Grund genannt wurde – waren „wirtschaftliche Schwierigkeiten“; bei 21% der größeren Betriebe und bei 30% der kleinen Betriebe waren diese Ursache für die Betriebsaufgabe. Bei 18% der Abmeldungen kleinerer Unternehmen spielten „persönliche und familiäre Gründe“ eine Rolle. Bei den größeren Einheiten wurde die-

Tabelle 10: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ 2004 nach Ländern

Land	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		
		Neugründungen	Zuzüge	Übernahmen		vollständige Aufgaben	Fortzüge	Übergaben
Baden-Württemberg	116 463	96 250	9 890	9 805	88 298	65 777	10 859	9 360
Bayern	158 844	132 800	13 383	12 114	107 010	79 704	14 444	12 185
Berlin	47 158	41 744	727	4 490	30 404	24 856	1 255	4 124
Brandenburg	30 163	26 029	1 806	2 174	18 245	14 038	1 863	2 124
Bremen	6 912	5 928	155	775	5 164	4 185	257	570
Hamburg	21 914	19 423	426	1 989	13 540	11 360	625	1 411
Hessen	79 629	66 485	6 183	6 614	59 454	45 378	7 196	6 352
Mecklenburg-Vorpommern	20 407	18 420	800	1 110	14 169	12 040	1 088	954
Niedersachsen	84 472	71 565	4 954	7 573	59 758	47 471	5 202	6 700
Nordrhein-Westfalen	201 935	173 696	9 902	17 490	147 225	118 677	11 605	16 014
Rheinland-Pfalz	46 550	39 963	2 819	3 578	33 579	26 783	3 206	3 437
Saarland	10 209	8 783	506	884	7 800	6 424	638	696
Sachsen	49 171	43 564	2 424	2 844	32 630	26 933	2 830	2 514
Sachsen-Anhalt	25 071	22 833	788	1 358	17 688	15 752	854	991
Schleswig-Holstein	36 359	30 026	2 874	3 350	24 336	18 493	2 861	2 842
Thüringen	25 276	22 011	1 347	1 772	18 346	14 677	1 664	1 826
Deutschland ...	960 533	819 520	58 984	77 920	677 646	532 548	66 447	72 100

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

2) Für 2004 konnte noch keine gesonderte Darstellung der Aktivitäten von Gewerbetreibenden mit einer Staatsbürgerschaft Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas und Zyperns erfolgen.

ser Grund in nur 10% der Fälle erwähnt. Eine „Insolvenz“ war bei 14% der größeren Betriebe Grund für die Abmeldung; bei den kleinen Betrieben gaben nur 2% dies als Ursache an. Bei den größeren Unternehmen erfolgte in 14% der Fälle eine Abmeldung „von Amts wegen“, bei den kleineren Unternehmen kam es in 8% der Fälle zu dieser Art der Abmeldung. Eine Abmeldung „von Amts wegen“ wird dann von den Gewerbeämtern vorgenommen, wenn diese, beispielsweise auf Hinweis der Finanzbehörden, feststellen, dass der Betrieb eingestellt wurde, ohne dass der Gewerbetreibende dies angezeigt hat.

Gewerbemeldungen nach Bundesländern

Um die Innovationsfähigkeit einzelner Bundesländer hervorzuheben, wird häufig auf die Gewerbeanmeldungen verwiesen. Selbst wenn die absoluten Zahlen anhand der Einwohnerzahl, der Unternehmensbestände oder der Erwerbstätigen relativiert würden, können die Ergebnisse kontrovers interpretiert werden. So genügen in einem Land mit geringem Unternehmensbestand schon relativ wenige Gründungen, um eine hohe Gründungsquote zu erzielen. Da im Jahr 2004 viele Gründungen aus einer Arbeitslosigkeit heraus erfolgten (Ich-AGs), würde dies die Gründungsquote noch zusätzlich erhöhen. Dagegen hätte ein Bundesland mit einem vergleichsweise hohen Unternehmensbestand eine niedrigere Gründungsquote. Aus wirtschaftstheoretischer Sicht kann auch die Hypothese vertreten werden, dass wenige Gründungen auf eine gut funktionierende Wirtschaft hindeuten, da die Aktivitäten der bestehenden Unternehmen neuen Unternehmen nur in seltenen Fällen einen Marktzugang erlauben.

Ein Vergleich von Gründungsquoten nach Ländern erscheint aufgrund der aufgezeigten Interpretationsmöglichkeiten problematisch. [u](#)

Dipl.-Ing. Horst Winter

Boom in der Seeschifffahrt – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe

Nachdem sich 2003 der Seegüterumschlag deutscher Häfen um 3,4% erhöht hatte, wurde 2004 mit einem Plus von 6,7% nochmals eine erhebliche Steigerung erzielt. Die Tonnage lag bei knapp 272 Mill. Tonnen (t) und damit um über 17 Mill. t höher als 2003. Dieses Wachstum kam wie schon in den Vorjahren ausschließlich durch vermehrte Transporte zwischen deutschen und ausländischen Häfen (+ 6,9%) zustande. Der innerdeutsche Seeverkehr erhöhte sich dagegen nur um 0,4%

Bei der Betrachtung des Seegüterumschlags nach Fahrtgebieten zeigten diesmal Nordamerika mit 9,9%, Europa mit 7,8% und Afrika mit 6,7% die stärksten Zunahmen. Australien und Ozeanien, die 2003 mit einem Anstieg von knapp 30% die größte Steigerung aufgewiesen hatten, mussten im vergangenen Jahr mit einem Minus von fast 18% einen regelrechten Einbruch verzeichnen. Mengenmäßig standen im Seegüterumschlag weiterhin Halb- und Fertigwaren mit etwa 94 Mill. t an erster Stelle, gefolgt von Erdöl, Mineralölzeugnissen und Gasen mit 63 Mill. t.

Weiterhin unangefochten an der Spitze der deutschen Seehäfen liegt Hamburg. Mit 99,5 Mill. t Gesamtumschlag wurde das Ergebnis von 2003 um 6,4% übertroffen. Die an zweiter Position liegenden Häfen Bremen/Bremerhaven konnten ihren Umschlag sogar um 6,8% steigern, wiesen aber mit 45,4 Mill. t nicht einmal die Hälfte der Tonnage des Hamburger Hafens auf.

Von den 2004 insgesamt umgeschlagenen 271,9 Mill. t Gütern wurden etwas über 33 Mill. t auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert. Dies entspricht einem Anteil von

etwa 12%. An zweiter Stelle stand mit knapp 24 Mill. t die „Billigflagge“ Panama, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 23,3 Mill. t.

Die Zahl der ein- und ausgestiegenen Passagiere verringerte sich von 2003 auf 2004 um über 7%. Besonders betroffen war dabei der Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands, der um etwa 10% abnahm. Innerhalb Deutschlands waren die Passagierzahlen nur um 5,2% rückläufig.

Zunahme des Seegüterumschlags um 6,7%

Die schon 2003 mit einem Plus von 3,4% sehr positive Entwicklung im Seeverkehr wurde 2004 mit einer fast doppelt so hohen Zuwachsrate von 6,7% weit übertroffen. Insgesamt sind in den deutschen Seehäfen 271,9 Mill. t Güter umgeschlagen worden, über 17 Mill. t mehr als 2003. Dies ist ein neuer Rekordwert. Im Zeitraum seit 1994 konnten nur in den Jahren 2000 mit 8,2% und 1994 mit 6,8% höhere Zunahmen verzeichnet werden (siehe Tabelle 1 und Schaubild 1). Über einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet, hat sich der Seegüterumschlag von 196,5 Mill. t im Jahr 1994 bis zum Jahr 2004 um 75,4 Mill. t oder gut 38% erhöht. Anders als 2003 zeigte sich 2004 auch nur eine geringe Abschwächung zum Jahresende hin: Die außerordentlich positive Entwicklung reicht noch bis in die ersten zwei Monate des Jahres 2005 hinein (siehe Schaubild 2).

Wie schon 2003¹⁾ hat sich auch 2004 der Seegüterumschlag wieder erheblich besser entwickelt als die Gesamt-

1) Siehe Winter, H.: „Seeschifffahrt 2003 – Gesamtumschlag auf neuer Rekordhöhe“ in WiSta 7/2004, S. 752 ff.

Tabelle 1: Seegüterumschlag

Jahr	Gesamtumschlag		Bruttoinlandsprodukt
	1 000 t	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % ¹⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % ²⁾
1994	196 452	+6,8	+2,7
1995	205 059	+4,4	+1,9
1996	206 013	+0,5	+1,0
1997	213 318	+3,5	+1,8
1998	217 388	+1,9	+2,0
1999 ²⁾	224 097	+3,1	+2,0
2000	242 535	+8,2	+3,2
2001	246 050	+1,5	+1,2
2002	246 353	+0,1	+0,2
2003	254 834	+3,4	0,0
2004	271 869	+6,7	+1,6

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet. – 2) Die Daten ab dem Berichtsjahr 1999 sind der seit Januar 2000 geltenden Methodik angepasst worden. – 3) Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005.

wirtschaft. Den schon genannten Zuwachsraten im Seeverkehr von 3,4 bzw. 6,7% standen beim Bruttosozialprodukt nur solche von 0,0 bzw. 1,6% gegenüber.²⁾ Zurückzuführen sein dürften diese Diskrepanzen darauf, dass in den letzten beiden Jahren die deutsche Konjunktur positive Impulse hauptsächlich aus dem Export erhalten hat, wogegen bei der Binnennachfrage kaum Wachstum zu verzeichnen war. Gerade bei der Ausfuhr von Gütern kommt aber den deutschen Seehäfen eine große Bedeutung zu, die sich in den stark unterschiedlichen Entwicklungen zwischen dem innerdeutschen Seeverkehr, dem Empfang aus dem Ausland und dem Versand deutlich zeigt (siehe Tabelle 2). So wurden von den 2004 insgesamt umgeschlagenen 271,9 Mill. t Gütern

Schaubild 1

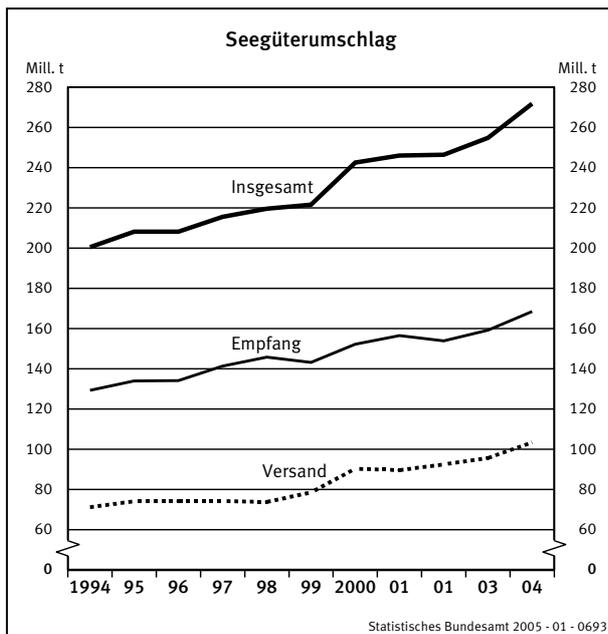
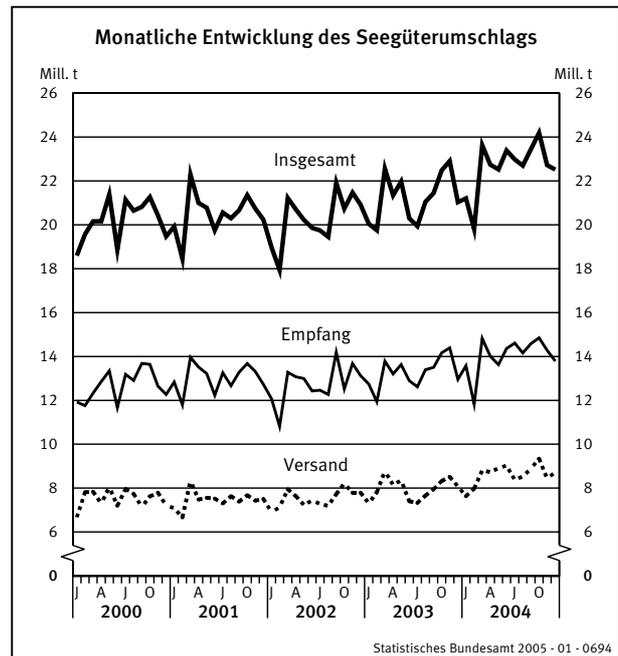


Schaubild 2



263,5 Mill. t im Verkehr mit Häfen im Ausland abgewickelt, nur 8,4 Mill. t im Verkehr zwischen deutschen Häfen. Der Anteil der ausländischen Häfen erhöhte sich damit leicht von 96,7% im Jahr 2003 auf nunmehr 96,9%. Der Versand in ausländische Häfen nahm mit 8,3% wieder erheblich stärker zu als der Empfang (+6,1%). Absolut wurden allerdings mit 163,8 Mill. t immer noch erheblich mehr Güter aus dem Ausland in deutschen Häfen empfangen als mit 99,7 Mill. t versendet. Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, dass sich in ihnen nicht nur die deutsche Wirtschaftsentwicklung widerspiegelt, sondern hier auch die zunehmende Transitfunktion deutscher Häfen – insbesondere Hamburgs – für osteuropäische Länder eine Rolle spielen dürfte. Leider ist es bisher in der amtlichen Statistik nur sehr eingeschränkt möglich, über Transportketten diese Transitbewegungen nachzuvollziehen, den Weg der Güter von und zu den Seehäfen zu verfolgen und damit den Umfang und die Entwicklung dieser Transitbewegungen zu analysieren.

Bei der Betrachtung des Seegüterumschlags nach Fahrtgebieten zeigten diesmal Nordamerika mit 9,9%, Europa mit 7,8% und Afrika mit 6,7% die stärksten Zuwächse. Der Seegüterumschlag mit Asien sowie mit Mittel- und Südamerika nahm nur unterdurchschnittlich zu. Australien und Ozeanien, die 2003 mit einem Anstieg des Seegüterverkehrs um etwa 30% die größte Steigerung aufgewiesen hatten, mussten im vergangenen Jahr mit einem Minus von 17,9% einen regelrechten Einbruch verzeichnen. Die Diskrepanzen zwischen der Entwicklung des Empfangs und der des Versands waren für Nordamerika besonders ausgeprägt. Hier stand einer Zunahme des Umschlags von fast 20% bei den versendeten Gütern eine Abnahme von 3,5% bei den empfangenen Gütern gegenüber. Für zwei andere Erdteile erga-

2) Siehe Pressemitteilung vom 28. April 2005 „Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004“.

Tabelle 2: Seegüterumschlag nach Fahrtgebieten

Fahrtgebiet	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	8,4	8,3	+0,4	4,7	4,7	-1,9	3,7	3,6	+3,4
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	263,5	246,5	+6,9	163,8	154,5	+6,1	99,7	92,0	+8,3
Europa	166,3	154,2	+7,8	110,1	103,7	+6,2	56,2	50,5	+11,2
Europäische Union ²⁾	115,4	94,2	+22,4	68,5	55,2	+24,2	46,9	39,1	+20,0
nachrichtlich: neue Mitgliedstaaten	19,1	19,8	-3,4	14,7	15,9	-7,2	4,4	3,9	+12,1
Sonstiges Europa ³⁾	50,9	60,0	-15,1	41,6	48,5	-14,3	9,3	11,5	-18,7
Ostseegebiet	86,9	79,3	+9,6	56,6	51,9	+9,0	30,4	27,4	+10,6
darunter:									
Schweden	27,3	25,7	+6,4	15,3	14,4	+6,1	12,0	11,2	+6,8
Finnland	18,4	16,8	+9,4	11,6	10,9	+6,4	6,8	5,9	+16,1
Dänemark, Ostsee	9,1	8,3	+6,4	4,7	4,4	+6,9	4,4	3,9	+12,3
Lettland	6,2	6,0	+4,1	5,5	5,2	+4,5	0,8	0,7	+1,5
Polen	6,9	8,1	-14,0	5,2	6,5	-20,4	1,8	1,6	+12,7
Russische Föderation, Ostsee	13,4	9,1	+9,8	10,3	6,4	+60,4	3,1	2,7	+13,6
Nordeuropa	53,1	51,9	+2,4	42,5	41,8	+1,6	10,6	10,0	+5,4
darunter:									
Vereinigtes Königreich	22,5	21,4	+4,9	15,9	15,2	+4,2	6,6	6,2	+6,4
Norwegen, Skagerrak und Oslofjord	27,0	26,8	+0,7	23,9	24,0	-0,4	3,1	2,8	+10,3
Westeuropa	20,5	17,6	+16,5	9,2	8,3	+11,9	11,2	9,3	+20,6
dar.: Niederlande	8,2	6,5	+25,9	4,6	4,3	+7,0	3,6	2,2	+62,6
Süd- und Südosteuropa	5,8	5,5	+6,3	1,8	1,7	+3,0	4,0	3,8	+7,8
Nordamerika	21,8	19,8	+9,9	8,0	8,3	-3,5	13,8	11,5	+19,6
Mittel- und Südamerika	18,0	17,9	+0,6	14,0	14,0	0,0	4,0	3,9	+2,6
Mittel- und Südamerika, Ostküste	15,4	15,4	+0,1	11,8	11,8	-0,7	3,6	3,5	+2,9
dar.: Brasilien	9,3	9,9	-6,0	7,5	7,9	-5,6	1,8	1,9	-7,6
Mittel- und Südamerika, Westküste	2,6	2,5	+3,3	2,2	2,1	+3,8	0,4	0,4	+0,2
Asien	40,7	38,4	+6,0	19,0	16,6	+14,7	21,7	21,8	-0,6
Asien, Mittelmeer	1,0	1,2	-14,0	0,2	0,4	-58,6	0,8	0,7	+12,7
Rotes Meer bis Persischer Golf	4,7	5,3	-10,6	0,8	0,5	+51,5	3,9	4,8	-17,6
Mittlerer Osten	2,5	2,3	+10,5	1,3	1,1	+13,3	1,2	1,1	+7,6
Ostasien	22,9	21,0	+8,7	11,3	9,5	+18,7	11,6	11,6	+0,5
dar.: Volksrepublik China	11,1	8,6	+28,9	6,9	5,1	+36,0	4,2	3,5	+18,7
Südostasien	9,6	8,7	+11,2	5,5	5,0	+9,9	4,2	3,7	+12,9
dar.: Singapur	5,4	4,7	+13,6	2,8	2,5	+10,7	2,5	2,2	+16,9
Afrika	15,0	14,0	+6,7	11,6	10,5	+11,3	3,3	3,6	-6,9
Nordafrika	6,5	3,8	+71,4	4,9	2,1	+136,0	1,6	1,7	-6,4
Westafrika	3,2	4,7	-33,1	2,5	3,9	-36,1	0,7	0,8	-18,6
Ostafrika	0,1	0,2	-59,8	0,0	0,0	-78,7	0,1	0,2	-58,2
Südafrika	5,2	5,3	-2,1	4,2	4,4	-4,8	1,0	0,9	+11,5
dar.: Republik Südafrika	5,0	5,2	-2,9	4,2	4,4	-4,9	0,8	0,8	+8,4
Australien und Ozeanien	1,7	2,1	-17,9	1,0	1,4	-25,6	0,7	0,7	-2,8
Insgesamt ...	271,9	254,8	+6,7	168,5	159,2	+5,8	103,4	95,6	+8,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet. – 2) Ab Mai 2004 einschl. der neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. – 3) Ab Mai 2004 ohne die vorgenannten Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

ben sich allerdings auch gegenläufige Entwicklungen. So erhöhte sich der Empfang aus Asien um knapp 15%, der Versand dorthin verringerte sich um 0,6%. Für Afrika lauten die entsprechenden Werte +11,3 und -6,9%. Ein besonderes Gewicht kommt bei der Entwicklung des Seegüterumschlags naturgemäß dem Verkehr mit Europa zu. Dieser machte mit 166,3 Mill. t über 61% des Gesamtumschlags aus. Für dieses Fahrgebiet hat sich der Versand um 11,2%, der Empfang dagegen nur um 6,2% erhöht.

Innerhalb der einzelnen Kontinente ergaben sich zum Teil stark unterschiedliche Entwicklungen. So nahm in Europa der Seeverkehr mit den Staaten der Europäischen Union (EU) um über 22% zu, der mit den sonstigen europäischen Staaten aber um etwa 15% ab. Bei den Angaben zur Europäischen Union ist allerdings zu beachten, dass hier ab Mai 2004 der Seegüterumschlag mit den zehn neuen Mitgliedstaaten mit einbezogen ist, die Veränderungen gegenüber

dem Vorjahr somit überhöht sind. Der umgekehrte Effekt betrifft das sonstige Europa – also die Nicht-EU-Staaten –, für das, bedingt durch die hier in den meisten Monaten des Jahres 2004 nicht mehr berücksichtigten neuen EU-Mitgliedstaaten, der Rückgang des Seegüterumschlags überzeichnet wird. Eine separate Betrachtung des Seeverkehrs mit den neuen Mitgliedstaaten zeigt bei einem Rückgang des Empfangs von etwas über 7% und einer starken Zunahme des Versands in diese Staaten von über 12% eine leichte Abnahme des Gesamtumschlags von 3,4%.

Mit einer Zunahme von 9,6% wies der Ostseeraum eine wesentlich höhere Zuwachsrate auf als Nordeuropa mit nur 2,4% oder Süd- und Südosteuropa mit 6,3%. Lediglich für Westeuropa war mit 16,5% ein stärkeres Plus zu verzeichnen, das hauptsächlich auf die Entwicklung des Seegüterumschlags mit den Niederlanden zurückzuführen ist. Für das Fahrtgebiet Afrika bewegten sich die Veränderungen

zwischen einem Plus von über 71% für den Norden und einem Minus von knapp 60% für den Osten. In Asien standen Rückgänge des Güterumschlags von etwa 10 bis 14% im Mittelmeerraum, Roten Meer und Persischen Golf Zunahmen von über 10% im Osten und Südosten dieses Kontinents gegenüber.

Über 25% mehr Güterumschlag mit den Niederlanden und China

Nach einzelnen Staaten differenziert, lag China mit einem Anstieg des Güterumschlags von fast 29% an der Spitze, wobei der Empfang von Gütern aus der Volksrepublik China um 36%, der Versand dorthin um rund 19% zunahm. Damit entwickelte sich der Seeverkehr mit diesem Land weiterhin erheblich dynamischer als der mit dem restlichen Ost- und Südostasien (siehe Schaubild 3). Ebenfalls außerordentlich stark angestiegen ist der Verkehr mit den Niederlanden, der um etwa 26% zunahm. Gerade bei der letztgenannten Zahl ist aber die grundlegende Erfassungsmethode der amtlichen Seeverkehrsstatistik zu beachten. Ermittelt werden in den einzelnen Seehäfen alle Be- und Entladungsvorgänge, differenziert u. a. nach der Art und Menge des Gutes und nach Herkunfts- bzw. Zielhafen. Festgestellt wird also nicht, für welchen Hafen oder welches Land das Gut endgültig bestimmt ist, sondern welchen Seehafen ein Gut als letzten angefahren hat bzw. als nächsten anfahren wird. Hinsichtlich des Verkehrs mit den Niederlanden ist also davon auszugehen, dass hier viele Güter, insbesondere solche mit dem Ziel- oder Herkunftshafen Rotterdam, nicht für die Niederlande selbst bestimmt sind oder von dort stam-

men, sondern nur umgeladen werden und für andere Staaten bestimmt sind bzw. von dort kommen. Grundsätzlich gilt dies für alle Ziel- und Herkunftsgebiete, da über den Weiter- bzw. Antransport der einzelnen Güter nichts bekannt ist. Für den Verkehr mit den Niederlanden ist es aber besonders relevant, da Rotterdam für Deutschland eine bedeutende Funktion als „Hub-Hafen“ einnimmt, der als Drehscheibe dient und in dem seegehende Verkehre gebündelt werden.

Ebenfalls stark angestiegen ist 2004 mit etwas unter 10% der Güterumschlag im Verkehr mit der Russischen Föderation sowie mit Finnland, worin die schon beschriebene überdurchschnittliche Entwicklung im Ostseeraum zum Ausdruck kommt. Andererseits liegt in diesem Fahrtgebiet aber auch Polen, das mit einem Minus von 14% einen stark rückläufigen Gütertausch über See mit Deutschland aufwies.

Seeverkehr stärker gewachsen als Eisenbahn- und Straßengüterverkehr

Verglichen mit den anderen Verkehrsträgern hat sich der Seeverkehr wieder überdurchschnittlich entwickelt. Zwar stieg 2004 die beförderte Gütermenge in der Binnenschifffahrt mit 7,2% noch etwas stärker als die im Seeverkehr, dies ist aber überwiegend durch die aufgrund der Trockenheit extrem niedrigen Werte für das Transportvolumen der Binnenschifffahrt im Jahr 2003 bedingt.³⁾ Stärker als der Seeverkehr nahm mit 14,7% auch der Luftverkehr zu, wobei hier der Gütertransport aber nur eine untergeordnete Rolle spielt und der Schwerpunkt eindeutig auf der Personenbeförderung liegt. Die hinsichtlich der Beförderungsmenge beiden wichtigsten Verkehrsträger – die Eisenbahn und insbesondere der Straßenverkehr – wiesen im vergangenen Jahr mit + 2,1 bzw. nur + 0,8% erheblich geringere Zuwachsraten auf. Mit einem Anteil von 75% am gesamten Gütertransportvolumen war der Straßengüterverkehr aber immer noch bedeutender als alle anderen Verkehrsträger zusammen. Insgesamt erhöhte sich die Beförderungsmenge aller Verkehrsträger von 2003 auf 2004 um 1,8%.⁴⁾

Die Seefrachtraten haben sich im letzten Jahr wieder um 3% verringert, nachdem sie 2003 noch um fast 6% angestiegen waren.⁵⁾ Der Indexstand von 97,6 (1995 = 100) lag damit weiterhin erheblich unter den in den Jahren 2000 bzw. 2001 erreichten Werten von 117,2 bzw. 113,9. Im Jahresverlauf zeigte sich – wie auch schon im Jahr zuvor – ein leichter Anstieg zur Jahresmitte hin bis auf Indexwerte von 100,1, danach wieder ein Rückgang bis auf einen Wert von 94,2 im Dezember 2004.

Knapp 94 Mill. t Halb- und Fertigwaren

Bei den im Seeverkehr umgeschlagenen Gütern standen mengenmäßig weiterhin Halb- und Fertigwaren mit knapp 94 Mill. t an erster Stelle, gefolgt von Erdöl, Mineralöl-

Schaubild 3



3) Siehe Winter, H.: „Binnenschifffahrt 2004 – Güterbeförderung nimmt um über 7% zu“ in WiSta 6/2005, S. 601 ff.

4) Siehe Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell 06/2005“, Zusammenfassende Übersicht.

5) Siehe Pressemitteilung vom 28. Januar 2005 „Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt im Jahr 2004“.

Tabelle 3: Seegüterumschlag nach Gutarten

Güterabteilung	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse	13,7	16,4	-16,6	6,2	6,7	-6,9	7,5	9,7	-23,4
darunter:									
Getreide	4,2	7,4	-43,9	0,9	1,2	-21,6	3,2	6,2	-48,1
Holz und Kork	5,3	4,8	+10,6	2,7	2,9	-7,0	2,6	1,9	+37,4
Andere Nahrungs- und Futtermittel	19,2	19,3	-0,3	11,5	11,8	-2,2	7,7	7,5	+2,7
darunter:									
Futtermittel	4,0	4,6	-12,3	2,7	3,1	-12,9	1,3	1,5	-11,1
Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Fette	4,4	4,8	-6,9	3,5	3,9	-11,2	1,0	0,9	+12,4
Feste mineralische Brennstoffe	13,9	12,4	+11,7	13,7	12,3	+11,5	0,2	0,1	+33,8
dar.: Steinkohle und Steinkohlenbriketts	11,8	10,4	+12,8	11,7	10,4	+12,8	0,0	0,0	+26,0
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	63,0	57,0	+10,4	48,9	46,0	+6,3	14,1	11,0	+27,7
darunter:									
Rohes Erdöl	40,6	36,4	+11,5	39,6	35,8	+10,4	1,0	0,5	+88,4
Kraftstoffe und Heizöl	19,8	18,1	+9,0	7,7	8,5	-9,8	12,1	9,6	+25,8
Erze und Metallabfälle	21,0	20,2	+4,1	19,2	18,5	+3,7	1,8	1,6	+8,8
darunter:									
Eisenerze	14,1	14,2	-0,4	14,0	14,1	-1,0	0,1	0,0	+893,4
NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	5,2	4,5	+15,0	4,3	3,8	+14,6	0,9	0,7	+17,0
Eisen, Stahl und NE-Metalle	10,1	8,9	+13,4	3,6	3,1	+17,3	6,5	5,9	+11,3
dar.: Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech	3,2	2,8	+16,2	0,6	0,5	+9,7	2,6	2,2	+17,7
Steine und Erden	13,5	13,0	+3,5	9,5	9,5	0,0	3,9	3,5	+13,1
Düngemittel	5,8	6,2	-7,5	1,6	1,6	-0,4	4,1	4,6	-10,1
dar.: Chemische Düngemittel	5,4	5,9	-9,0	1,5	1,5	+0,6	3,9	4,4	+12,3
Chemische Erzeugnisse	17,9	16,6	+7,7	7,8	7,4	+5,6	10,1	9,2	+9,4
dar.: Chemische Grundstoffe	8,6	8,1	+5,7	3,0	2,7	+8,4	5,6	5,4	+4,3
Andere Halb- und Fertigwaren	93,9	84,7	+10,8	46,3	42,2	+9,7	47,5	42,5	+11,9
darunter:									
Besondere Transportgüter	50,1	45,0	+11,4	23,2	21,1	+9,9	27,0	23,9	+12,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	9,9	8,7	+13,0	3,9	3,5	+12,6	6,0	5,3	+13,3
Insgesamt ...	271,9	254,8	+6,7	168,5	159,2	+5,8	103,4	95,6	+8,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

erzeugnissen und Gasen mit 63 Mill. t (siehe Tabelle 3). An dritter Stelle lagen Erze und Metallabfälle, von denen 21 Mill. t auf Seeschiffen von und zu deutschen Häfen befördert wurden. Insgesamt wiesen von den zehn Güterabteilun-

gen sieben mehr oder weniger starke Zuwächse des Güterumschlags auf, die von einem starken Plus von über 13% bei Eisen, Stahl und NE-Metallen bis zu einer nur leichten Zunahme von 3,5% bei der von der schwachen Baukonjunktur beeinträchtigten Güterabteilung Steine und Erden reichten. Bei Düngemitteln, landwirtschaftlichen und verwandten Erzeugnissen sowie in geringerem Maße auch bei den anderen Nahrungs- und Futtermitteln waren dagegen Rückgänge des Umschlags zu verzeichnen. So verringerte sich von 2003 auf 2004 die Menge der beförderten landwirtschaftlichen und verwandten Erzeugnisse um knapp 17%, die Düngemittel nahmen um 7,5%, die anderen Nahrungs- und Futtermittel um 0,3% ab.

Schaubild 4

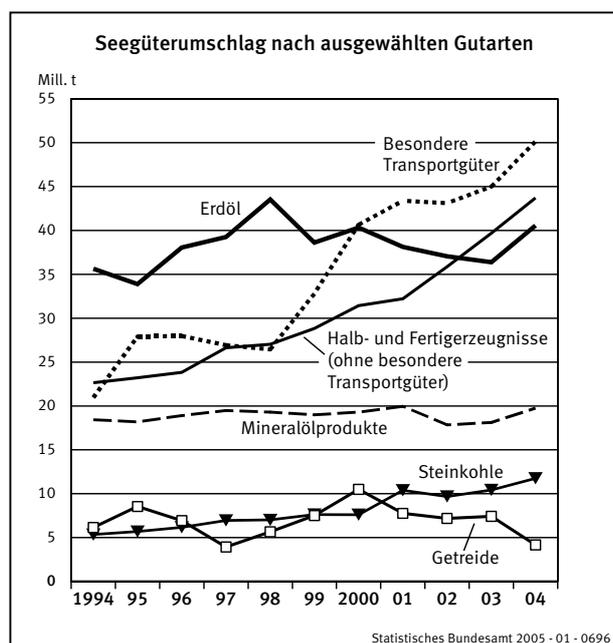


Schaubild 4 bildet die langfristige Entwicklung des Umschlags wichtiger Gutarten ab. Deutlich wird die seit 1994 kontinuierliche Zunahme bei den besonderen Transportgütern sowie den Halb- und Fertigerzeugnissen (ohne besondere Transportgüter). Erdöl, für das bis 1998 ebenfalls ein stetiger Anstieg des Umschlags festzustellen war, zeigte bis 2003 dagegen eine ständig rückläufige Tendenz, die erst im letzten Jahr wieder unterbrochen wurde. Nahezu Stagnation bzw. nur geringfügige Schwankungen des Umschlags sind bei den anderen drei im Schaubild dargestellten Güterarten Mineralölprodukte, Steinkohle und Getreide festzustellen.

Nach der Erscheinungsform der Güter (siehe Tabelle 4) differenziert, hat sich der Abstand zwischen Stückgütern und

Tabelle 4: Seegüterumschlag nach Massen- und Stückgut

Massen- und Stückgut Verpackungsart	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Massengut	128,4	125,6	+2,2	98,3	95,4	+3,0	30,1	30,2	-0,5
fest	59,2	62,4	-5,1	46,3	46,3	-0,1	12,9	16,1	-19,8
flüssig	69,2	63,2	+9,4	52,0	49,1	+6,0	17,2	14,1	+21,5
Stückgut	143,5	129,2	+11,1	70,2	63,8	+10,0	73,3	65,4	+12,1
in Containern	89,7	78,9	+13,8	42,9	37,8	+13,7	46,8	41,1	+13,9
auf Fahrzeugen	31,6	30,1	+4,8	17,1	16,5	+3,8	14,5	13,6	+6,1
sonstiges Stückgut	22,2	20,2	+9,8	10,1	9,5	+6,3	12,0	10,6	+12,9
Insgesamt ...	271,9	254,8	+6,7	168,5	159,2	+5,8	103,4	95,6	+8,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

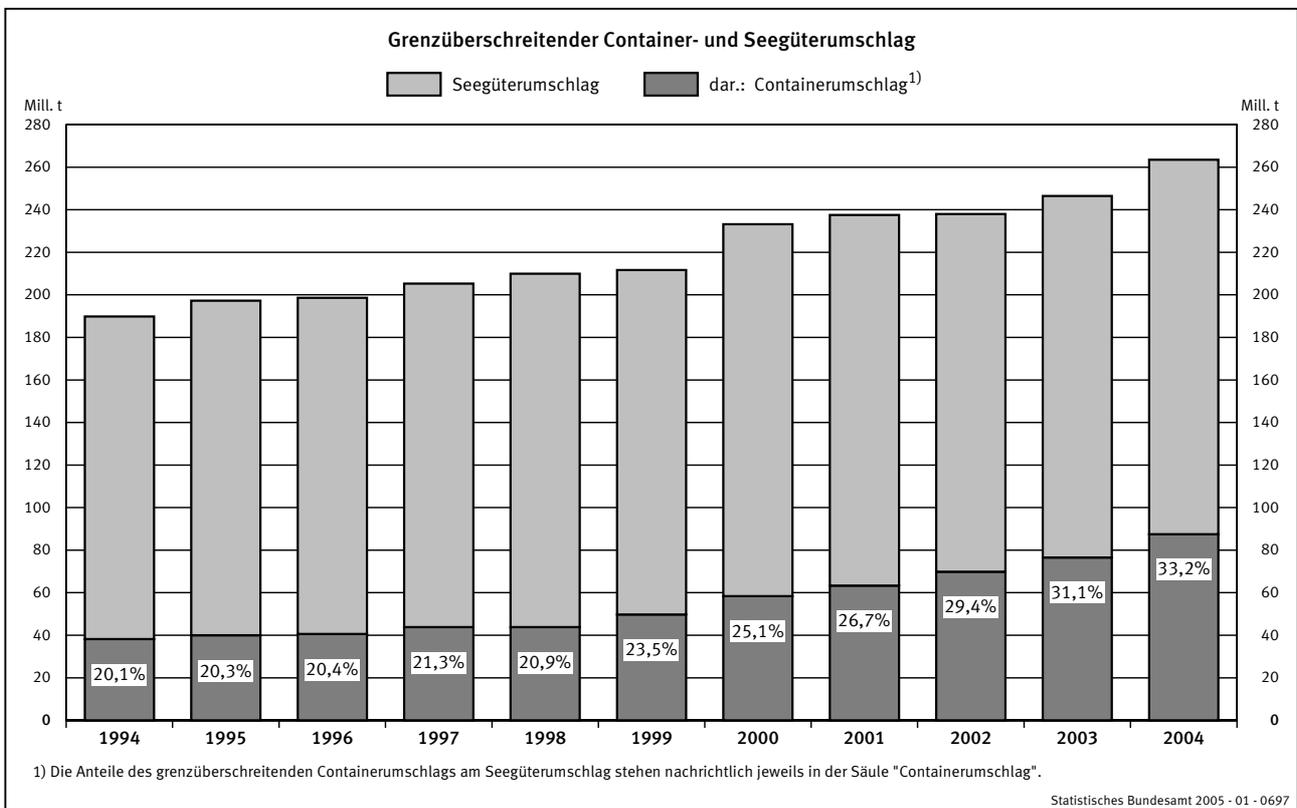
Massengütern weiter vergrößert. Unterschieden wird bei der „Erscheinungsform“ der Ladung nach „festem Massengut“, „flüssigem Massengut“, „Stückgut in Containern“, „Stückgut auf Fahrzeugen“ und „sonstigem Stückgut“. Massengüter sind solche, die ohne zusätzliche Verpackung in großen Mengen auf ein Schiff geschüttet oder gepumpt werden. Hierzu zählen u. a. Kohle, Erze, Baustoffe oder Rohöl. Stückgüter zeichnen sich dadurch aus, dass sie einzeln ein- und ausgeladen werden müssen. Dies gilt zum Beispiel für Maschinen, sonstige Metallerzeugnisse, Kunststoffe, Früchte sowie sämtliche verpackten Güter. 2003 übertraf das Stückgut erstmals das Massengut um 3,6 Mill. t, im vergangenen Jahr lag der Unterschied schon bei 15,1 Mill. t.

Zurückzuführen ist dies auf die mit etwa 14% sehr große Zuwachsrate beim Stückgut in Containern, wogegen beim festen Massengut ein Rückgang von etwas über 5% zu verzeichnen war.

Über 13% Wachstum bei Containertransporten

Der Umschlag mit Containern, der auch schon im Vorjahr mit etwas über 9% ein sehr starkes Wachstum aufgewiesen hatte, konnte 2004 seine positive Entwicklung nochmals steigern. So erhöhte sich die Zahl der transportierten Container von etwa 6 Mill. auf nunmehr 6,7 Mill. bzw. um 12,7%.

Schaubild 5



6) Ein TEU entspricht dem Äquivalent eines 20-Fuß-Standardcontainers (TEU = Twenty-foot-Equivalent-Unit).

Der Umschlag nahm um etwa 1,3 Mill. TEU⁶⁾ auf 10,8 Mill. TEU und damit sogar um etwas über 13% zu (siehe Tabelle 5). In den letzten fünf Jahren haben sich die Zahl der Container um über 46%, die TEU um über 50% erhöht. Welche Bedeutung dem Containerverkehr mittlerweile zukommt, macht ein Blick auf das Schaubild 5 deutlich. Hier ist für die letzten elf Jahre die Entwicklung des grenzüberschreitenden Seegüterumschlags (also ohne den Verkehr zwischen den deutschen Seehäfen) dargestellt sowie der Anteil, der in Containern befördert wird. 1994 waren dies mit etwa 20% gerade ein Fünftel aller Güter. Bis 1998 erhöhte sich der Containeranteil nur langsam auf knapp 21%. Danach setzte eine dynamische Entwicklung ein, bei der der Anteil der Containertransporte Jahr für Jahr um etwa 2 Prozentpunkte zunahm und nunmehr bei über 33% liegt. Das heißt 2004 wurde nahezu ein Drittel aller im Seeverkehr umgeschlagenen Güter in Containern befördert.

Tabelle 5: Containerverkehr

Jahr	Anzahl	Containerumschlag	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	1 000	1 000 TEU	%
2000	4 601	7 173	+ 15,7
2001	4 989	7 913	+ 10,3
2002	5 463	8 699	+ 9,9
2003	5 981	9 569	+ 10,0
2004	6 739	10 822	+ 13,1

Nach Fahrtgebieten unterschieden zeigt sich, dass der innerdeutsche Containerhandel mit etwa 2,2 Mill. t Umschlag nur weniger als 2,5% des Containerhandels insgesamt ausmacht und zudem – wie schon in den Vorjahren – auch von 2003 auf 2004 mit – 3,0% wieder rückläufig war.⁷⁾ Beim Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ergab sich dagegen ein Zuwachs von 14,3% auf nunmehr 87,5 Mill. t. Von den wichtigsten Fahrtgebieten wiesen die Europäische Union, die Staaten am Roten Meer und am Persischen Golf sowie die Volksrepublik China mit Zuwächsen von jeweils über 30% die größte Dynamik auf. Auch hier sind bezüglich der Europäischen Union und des sonstigen Europas die schon beschriebenen Probleme der Vergleichbarkeit zu beach-

ten, die sich aus dem Beitritt mehrerer osteuropäischer Staaten am 1. Mai 2004 zur EU ergeben. Nach Kontinenten betrachtet wies lediglich Australien (einschl. Neuseeland) eine kleine Abnahme von 2,8% auf. Bei den übrigen Erdteilen waren dagegen Zuwächse der Containertransporte zwischen 6,8% für Nordamerika und 15% für Asien festzustellen.

Die wachsende Bedeutung, die dem Containerverkehr auch global zukommt, macht Tabelle 6 deutlich.⁸⁾ Hier ist für die Jahre 1995, 2000, 2003 und 2004 die Entwicklung der jeweils weltweit zehn wichtigsten Containerhäfen dargestellt. Als einzige europäische Häfen waren hier im vergangenen Jahr noch Rotterdam und Hamburg vertreten, aus Nordamerika Los Angeles und für den arabischen Raum Dubai. Allerdings liegen diese vier Häfen nur auf den Positionen sieben bis zehn. Die ersten sechs Plätze werden sämtlich von Häfen im fernen Osten eingenommen, in Staaten wie China, Singapur, Korea und Taiwan. 1995 lagen noch fünf Häfen außerhalb dieser Region und Rotterdam – mittlerweile auf Rang sieben (2004) abgefallen – nahm weltweit noch die vierte Stelle ein. Hamburg als einziger deutscher Hafen in diesem globalen Ranking konnte seit dem Jahr 2000 seinen neunten Platz bewahren, worin sich die zunehmende Bedeutung des Containerverkehrs am gesamten Güterumschlag im Hamburger Hafen insgesamt widerspiegelt.

Ob sich die Entwicklung beim Containerverkehr im bisherigen Ausmaß fortsetzen kann, wird allerdings von Fachleuten zunehmend kritisch gesehen. Probleme drohen insbesondere durch Engpässe im boomenden Fernostverkehr. Die Schwierigkeiten werden dabei weniger in den Häfen dieser Region gesehen als in den Umschlagplätzen an der Westküste der Vereinigten Staaten bzw. in Nordeuropa.⁹⁾ Während zum Beispiel in China immer neue Mega-Terminals aus dem Boden gestampft werden, arbeiten viele amerikanische und europäische Häfen schon an ihrer Kapazitätsgrenze. Nach Angaben aus Fachkreisen¹⁰⁾ liegt zwar die Kapazitätsauslastung der nordeuropäischen Terminals nur bei gut 70%, wichtige Umschlagplätze wie Hamburg, Rotterdam, Felixstowe und Bremerhaven seien mit 80% Aus-

Tabelle 6: Die zehn wichtigsten Containerhäfen der Welt

Reihenfolge	1995		2000		2003		2004	
	Containerhafen	TEU	Containerhafen	TEU	Containerhafen	TEU	Containerhafen	TEU
1	Hongkong	12 550	Hongkong	18 098	Hongkong	20 449	Hongkong	22 000
2	Singapur	11 846	Singapur	17 087	Singapur	18 411	Singapur	21 329
3	Koahsiung	4 900	Pusan	7 540	Shanghai	11 280	Shanghai	14 550
4	Rotterdam	4 787	Koahsiung	7 426	Shenzhen	10 650	Shenzhen	13 666
5	Pusan	4 503	Rotterdam	6 275	Pusan	10 408	Pusan	11 400
6	Hamburg	2 890	Shanghai	5 612	Koahsiung	8 843	Koahsiung	9 700
7	Long Beach	2 844	Los Angeles	4 879	Los Angeles	7 179	Rotterdam	8 281
8	Yokohama	2 757	Long Beach	4 601	Rotterdam	7 107	Los Angeles	7 321
9	Los Angeles	2 555	Hamburg	4 248	Hamburg	6 138	Hamburg	7 004
10	Antwerpen	2 329	Antwerpen	4 082	Antwerpen	5 445	Dubai	6 420

Quelle für 1995, 2000 und 2003: Marine Department, Hongkong: Time Series of Statistics for the Past Years; für 2004: Webseiten der einzelnen Häfen.

7) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2004“, Tabelle 5.1.

8) Siehe Pressemitteilung vom 3. Mai 2005 „Hamburger Hafen bei Containern 2004 weltweit auf Platz 9“.

9) Deutsche Verkehrszeitung vom 26. Mai 2005 „Schiffahrts-Dollar sind in Terminals gut angelegt“.

10) So Neil Davidson, Direktor des Beratungsunternehmens Drewry Shipping Consultants Limited, siehe Fußnote 9.

lastung aber längst an eine kritische Grenze gestoßen und Southampton im Vereinigten Königreich sei „randvoll“. Als noch angespannter wird die Lage in den Westküstenhäfen der Vereinigten Staaten angesehen, wo zum Beispiel im kalifornischen Long Beach Überseeschiffe aus Asien im dritten Quartal 2004 bis zu fünf Tage auf einen Liegeplatz warten mussten.

Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven – Deutschlands größte Seehäfen

Unter den deutschen Seehäfen nahm Hamburg auch 2004 eine Spitzenstellung ein. Mit 99,5 Mill. t konnte die Hansestadt ihr Vorjahresergebnis um etwa 5,9 Mill. t oder 6,4% steigern (siehe Tabelle 7). Obwohl der prozentuale Zuwachs damit leicht unter der Zuwachsrate von 6,7% beim Seegüterumschlag insgesamt lag, entfällt auf Hamburg immer noch eine größere Tonnage als auf die beiden nachfolgenden Häfen zusammen. Wie auch schon in den Vorjahren belegten mit 45,4 Mill. t die bremischen Häfen den zweiten Platz. Es fällt auf, dass sich bei einer geringfügig über dem Durchschnitt liegenden Zuwachsrate von 6,8% die beiden hier zusammengefassten Häfen Bremen und Bremerhaven stark unterschiedlich entwickelt haben. Während der vom Umschlag ohnehin schon kleinere Hafen Bremen Stadt einen leichten Rückgang von 0,4% hinnehmen musste, konnte Bremerhaven ein Plus von über 10% verbuchen. Noch stärker gewachsen – nämlich um 14% – ist das an dritter Position liegende Wilhelmshaven. Dieser Hafen, dessen Bedeutung insbesondere im Empfang von Rohöl liegt, weist mittlerweile einen Umschlag von 45 Mill. t auf und lag damit nur noch geringfügig hinter den bremischen Häfen.

Bei den anderen bedeutenden deutschen Seehäfen ragen Cuxhaven mit einem Plus von über 33%, Nordenham mit 20,1% und – wie schon 2003 – auch Bützfleth mit einer Zunahme von 12,3% positiv, Rostock, Kiel, Brake und Sassnitz mit leichten Abnahmen von 2% bis etwas über 3% negativ heraus. Duisburg, das 2004 wieder größter deutscher Binnenhafen war, kann über den Rhein auch von seegängigen Schiffen angefahren werden. Beim Seeverkehr wies dieser Hafen nach einem starken Rückgang 2003 wieder einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 8,9% auf.

Seegüterumschlag mit Schiffen unter deutscher Flagge nimmt leicht zu

Mit 33,2 Mill. t hat sich der Gesamtumschlag mit Schiffen unter deutscher Flagge wieder geringfügig erhöht (siehe Tabelle 8). Da der Zuwachs von 2,9% aber unter dem des Seegüterumschlags insgesamt lag (+ 6,7%), verringerte sich 2004 der Anteil der deutschen Schiffe am Gesamtumschlag erneut und beträgt mittlerweile nur noch 12,2%. Im Jahr davor waren es 12,7%. Zu beachten ist dabei allerdings, dass sich durch die Ausflaggung auf so genannte „Billigflaggen“ ein Großteil der sich im Besitz deutscher Reeder befindenden Schiffe hier nicht wieder findet. Auf welche Größenordnung sich diese Ausflaggungen belaufen und wie groß der „deutsche“ Schiffsbestand wirklich ist, wird im Kapitel „Zunahme der Zahl der Handelsschiffe bei Stagnation der Zahl des Bordpersonals“ beschrieben.

Auf Rang zwei der umschlagsstärksten Flaggen im Seeverkehr mit Deutschland befand sich mit 23,9 Mill. t und einer Zunahme von 6,3% erneut die „Billigflagge“ Panama. Diese

Tabelle 7: Seegüterumschlag nach Häfen

Hafen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Hamburg	99,5	93,6	+6,4	60,2	57,2	+5,3	39,3	36,4	+3,8
Bremen/Bremerhaven	45,4	42,5	+6,8	24,6	23,8	+3,4	20,8	18,7	+11,1
Bremen Stadt	13,6	13,7	-0,4	9,7	10,3	-5,5	3,9	3,4	+15,1
Bremerhaven	31,8	28,8	+10,2	14,8	13,5	+10,1	16,9	15,4	+10,3
Wilhelmshaven	45,0	39,4	+14,0	35,0	31,0	+12,9	10,0	8,5	+18,3
Lübeck	19,2	17,8	+7,8	11,3	10,6	+6,3	7,9	7,2	+10,0
Rostock	16,4	16,7	-2,1	9,0	9,3	-3,3	7,4	7,4	-0,6
Brunsbüttel	6,9	7,2	-4,0	5,1	5,1	+0,6	1,8	2,1	-15,2
Brake	5,0	5,2	-3,4	3,1	3,2	-3,9	2,0	2,0	-2,6
Bützfleth	4,7	4,2	+12,3	3,2	2,7	+18,0	1,5	1,4	+1,7
Puttgarden	3,6	3,4	+5,9	1,4	1,3	+6,0	2,2	2,0	+5,8
Emden	3,5	3,3	+5,6	2,3	2,2	+5,8	1,2	1,1	+5,2
Kiel	3,0	3,1	-2,1	1,8	1,7	+5,9	1,2	1,4	-11,8
Nordenham	3,5	2,9	+20,1	3,1	2,5	+23,9	0,4	0,4	-2,0
Sassnitz	2,9	2,9	-2,7	1,5	1,5	-2,8	1,4	1,5	-2,6
Wismar	2,8	2,7	+5,2	1,3	1,5	-15,0	1,5	1,2	+31,1
Duisburg	1,7	1,5	+8,9	0,3	0,3	+4,7	1,4	1,2	+10,0
Cuxhaven	1,6	1,2	+33,3	0,7	0,6	+13,8	0,9	0,6	+54,8
Stralsund	1,0	0,9	+7,8	0,6	0,5	+15,5	0,4	0,4	-1,1
Sonstige Häfen	6,2	6,4	-3,1	4,0	4,3	-7,0	2,1	2,1	-0,4
Insgesamt ...	271,9	254,8	+6,7	168,5	159,2	+5,8	103,4	95,6	+8,1
Nachrichtlich:									
Ostseehäfen	51,1	49,8	+2,6	28,0	27,7	+1,1	23,0	22,1	+4,4
Nordseehäfen	218,2	202,9	+7,6	139,7	130,8	+6,7	78,5	72,0	+9,0
Eigengewichte der Ladungsträger	48,6	44,7	+8,8	24,1	22,2	+8,5	24,5	22,5	+9,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

Tabelle 8: Seegüterumschlag nach Flaggen¹⁾

Flaggen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾
Deutschland	33,2	32,3	+2,9	16,1	15,7	+2,2	17,1	16,5	+3,6
Panama	23,9	22,5	+6,3	14,0	13,2	+6,3	9,9	9,3	+6,2
Vereinigtes Königreich	23,3	17,0	+37,1	14,0	10,0	+39,2	9,3	7,0	+34,0
Norwegen	21,4	21,9	-2,3	16,9	18,1	-6,8	4,6	3,8	+19,1
Liberia	21,0	20,9	+0,6	15,0	14,8	+1,5	6,0	6,1	-1,4
Bahamas	19,5	17,2	+13,4	14,8	13,0	+13,5	4,7	4,2	+13,1
Schweden	15,9	14,7	+8,0	9,1	8,3	+9,4	6,8	6,4	+6,2
Niederlande	13,7	13,5	+1,1	6,9	7,0	-1,5	6,8	6,5	+4,0
Dänemark	11,2	11,0	+1,9	6,0	5,6	+6,2	5,3	5,4	-2,5
Malta	10,0	9,9	+1,4	7,0	6,3	+12,1	3,0	3,6	-17,2
Antigua und Barbuda	9,8	8,9	+9,8	5,7	5,3	+8,7	4,1	3,7	+11,4
Zypern	9,5	10,5	-9,9	7,1	7,8	-8,2	2,3	2,7	-14,6
Griechenland	7,5	6,8	+10,2	5,0	4,5	+10,8	2,5	2,3	+8,9
China	7,4	5,4	+36,6	4,2	3,1	+38,5	3,1	2,3	+34,0
Finnland	7,1	5,9	+20,7	5,1	4,4	+16,2	2,0	1,5	+33,9
Marshall-Inseln	5,5	3,6	+51,6	3,3	2,1	+56,5	2,1	1,5	+44,4
Singapur	4,3	3,8	+12,9	2,6	2,4	+7,5	1,8	1,4	+22,0
Sonstige	27,7	29,0	-4,5	15,6	17,6	-11,0	12,1	11,4	+5,6
Insgesamt ...	271,9	254,8	+6,7	168,5	159,2	+5,8	103,4	95,6	+8,1

1) Nach Ländern, ohne Eigengewichte der Ladungsträger. – 2) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

hatte 2003 Norwegen vom zweiten Platz verdrängt, ist mittlerweile aber vom Vereinigten Königreich, das mit einer Zunahme von über 37% nur noch um 0,6 Mill. t niedrigere Umschlagswerte aufweist, fast eingeholt worden. Zu den wenigen Flaggen, die im letzten Jahr einen rückläufigen Seegüterumschlag zeigten, gehört Norwegen. Mit 21,4 Mill. t lag es zwar noch auf dem vierten Platz, die nachfolgenden Staaten Liberia und insbesondere die mit über 13% Zunahme des Seegüterumschlags stark wachsenden Bahamas könnten Norwegen aber in den nächsten Jahren von diesem Platz verdrängen.

Den stärksten Zuwachs – allerdings auf noch niedrigem Niveau – wiesen Schiffe unter der Flagge der Marshall-Inseln auf, ein Staat der bisher als Billigflagge in Deutschland noch nicht stark vertreten war. Zwischen 2003 und 2004 nahm die unter dieser Flagge umgeschlagene Gütermenge um knapp 52% auf jetzt 5,5 Mill. t zu. Ebenfalls zweistellige Zuwachsraten verzeichneten neben dem schon genannten Vereinigten Königreich und den Bahamas noch China (+36,6%), Finnland (+20,7%), Singapur (+12,9%) und Griechenland (+10,2%). Den stärksten Rückgang zeigte die zypriotische Flagge mit einem Minus von fast 10%.

Zunahme des Güterverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal um über 11%

Einen aufschlussreichen Indikator zur Entwicklung des Seeverkehrs stellt der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal dar. Dieser verbindet mit Nord- und Ostsee zwei der wichtigsten maritimen Fahrtgebiete der Erde. Welche Bedeutung diesem Kanal zukommt, wird bei einem Vergleich mit den bei-

den anderen wichtigen Kanälen der Erde, dem Panama- und dem Suez-Kanal, deutlich. Wie die Webseiten dieser Kanäle ausweisen, passieren generell wesentlich mehr Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal als die anderen beiden Kanäle zusammen. Der Nord-Ostsee-Kanal ist damit die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Bei den transportierten Gütern liegt aber in der Regel der Suez-Kanal an der Spitze, gefolgt vom Panama-Kanal. Zurückzuführen ist dies darauf, dass diese beiden Wasserstraßen im Durchschnitt von erheblich größeren Schiffen befahren werden können. So lässt der Suez-Kanal Schiffe bis zu 16 m Tiefgang zu, der Panama-Kanal solche bis zu 12 m. Für den Nord-Ostsee-Kanal liegt der zulässige Tiefgang dagegen nur bei 9,5 m.

Mit insgesamt 38 244 Handelschiffen passierten 2004 1 731 oder 4,7% mehr Fahrzeuge diese Wasserstraße als im Vorjahr¹⁾, in dem die Zunahme auch schon bei 4,4% lag²⁾. Die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe hat sich weiter verringert; ihr Anteil betrug 2004 nur noch knapp 32%. 2003 lag dieser Anteil noch bei 35%, 2002 bei etwas über 38%. Auch hinsichtlich des Raumgehalts der Schiffe in NRZ (=Nettoraumzahl) hat der deutsche Anteil weiter abgenommen und beträgt jetzt etwa 18%, verglichen mit etwas unter 21% im Jahr 2003. Insgesamt hat sich die Nettoraumzahl von 2003 auf 2004 um etwa 6 Mill. oder gut 11% erhöht, was auf zunehmend größere Schiffe hinweist, die den Nord-Ostsee-Kanal passieren. So lag die Nettoraumzahl pro Schiff 2001 bei 1 348, 2002 waren es schon 1 373, 2003 durchschnittlich 1 454 und im letzten Jahr betrug sie 1 544. Schiffe unter deutscher Flagge liegen unter dem Durchschnitt und waren mit einer Nettoraumzahl von 869 nicht einmal halb so groß wie die Schiffe unter ausländischer Flagge mit einer Nettoraumzahl von 1 858.

1) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2004“, Tabellen 18.1, 18.2, 18.3. Die Daten zum Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal werden von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord erhoben.

2) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2003“, Tabellen 18.1, 18.2, 18.3.

Die am häufigsten vertretene ausländische Flagge war wie auch schon 2003 die der Niederlande. Mit 6 683 waren gut 17% aller oder etwa ein Viertel der ausländischen Schiffe niederländischer Herkunft. Unverändert an zweiter Stelle stand mit nunmehr 4 160 Schiffen die Flagge von Antigua und Barbuda, ein Staat, der zu den so genannten „Billigflaggen“ zählt. Den dritten Platz nahm weiterhin das Vereinigte Königreich ein, auf das etwa 3 600 Schiffe entfielen, gefolgt von der Russischen Föderation (knapp 2 000 Schiffe) und Zypern (etwa 1 300 Schiffe).

Das Gewicht der auf den Schiffen transportierten Ladung hat sich von 2004 auf 2003 um gut 8,3 Mill. t oder 11,5% erhöht. Insgesamt passierten 80,6 Mill. t Güter den Nord-Ostsee-Kanal, verglichen mit 72,3 Mill. t im Jahr zuvor. Auf Schiffen unter deutscher Flagge wurden etwa 14,8 Mill. t und damit 0,5 Mill. t Güter weniger transportiert. Der deutsche Anteil am Transportaufkommen, der 2003 noch bei gut 21% lag, verringerte sich damit deutlich auf nur noch etwa 18%.

Bei den Güterarten¹³⁾ dominierten mit über 40 Mill. t die Stückgüter, deren Tonnage sich gegenüber dem Vorjahr um über 9% erhöhte. Die größte Zuwachsrate war mit fast 163% allerdings bei der Kohle zu verzeichnen, deren transportierte Menge auf dem Nord-Ostsee-Kanal von etwa 905 Mill. im Jahr 2003 auf nunmehr knapp 2,4 Mill. t zugenommen hat. In diesen Zahlen dürften sich insbesondere die Auswirkungen des globalen Stahlbooms widerspiegeln, der zu einer vermehrten Nachfrage nach Kohle geführt hat. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass auch beim Transport von Eisen und Stahl ein Zuwachs von über 32% zu verzeichnen war. Die Tonnage ist hier um etwa 1,3 Mill. t auf 5,2 Mill. t gestiegen.

Zunahme der Zahl der Handelsschiffe bei Stagnation der Zahl des Bordpersonals

Nachdem sich zwischen 2000 und 2003 die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe kontinuierlich von 689 auf 482 verringert hatte, konnte im letzten Jahr wieder eine Zunahme um 26 auf 508 Einheiten festgestellt werden. Allein bei den Containerschiffen ist eine Zunahme um 38 Einheiten oder fast 25% zu verzeichnen. Die Zahl der Schiffe zur Personenbeförderung, die der Ro-Ro-Schiffe einschließlich Fährschiffen und der Stückgutfrachtschiffe ging dagegen auch 2004 weiter zurück.¹⁴⁾

Der Anstieg der Schiffszahlen spiegelte sich auch bei der Entwicklung des Raumgehaltes wider. Mit etwa 7,6 Mill. BRZ (= Bruttoreaumzahl) wurde 2004 der Vorjahreswert um über 31% übertroffen, was auf einen erheblich höheren Anteil größerer Schiffe unter deutscher Flagge hinweist.

Insgesamt können aber die im Rahmen der amtlichen Statistik ermittelten Angaben zu Schiffszahlen und Raumgehalt der Schiffe die Bedeutung Deutschlands als Schifffahrtsnation nicht vollständig wiedergeben. Der Grund liegt darin, dass hier nur die in den deutschen Schiffsregistern eingetragenen Schiffe enthalten sind. Nach der Nationalität der Reeder liegt Deutschland weltweit an dritter Stelle, übertroffen nur noch von Griechenland und Japan. Nach diesen vom Bremer Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ermittelten Angaben¹⁵⁾ besitzen griechische Reedereien eine Tonnage von 160,6 Mill. tdw¹⁶⁾, japanische kommen auf 118,6 Mill. tdw und deutsche auf 57,5 Mill. tdw. An vierter und fünfter Stelle folgen China mit 54,1 Mill. tdw und Norwegen mit 44,0 Mill. tdw. Verglichen mit den vom Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik für 2003 ermittelten Angaben hat sich Deutschland damit sogar um einen Platz verbessert.

Wenig verändert hat sich allerdings der sehr hohe Anteil „ausgeflaggter“ Seefahrzeuge. Hierunter sind Schiffe zu verstehen, die insbesondere aus steuerlichen, aber auch aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht im Register der Nation des Reeders, sondern unter so genannten „Billigflaggen“ registriert sind. Staaten, die Schiffseigentümern derartige Vorteile bieten, sind u. a. Panama, Liberia, die Bahamas oder Antigua und Barbuda. Deutsche Reeder lassen nach Angaben des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik etwa 85% ihrer Schiffe nicht unter deutscher Flagge fahren und werden hierbei nur noch von den japanischen Reedern übertroffen, die zu knapp 90% Billigflaggen in Anspruch nehmen. Bei den erstplazierten griechischen Reedern beträgt der entsprechende Anteil dagegen etwa 68%, bei den chinesischen Reedern nur etwas über 51%.

Nur geringfügig verändert hat sich die Zahl der bei der deutschen Seeberufsgenossenschaft versicherten Beschäftigten auf Handelsschiffen.¹⁷⁾ Ihre Zahl sank zwischen dem 1. Juli 2003 und dem 1. Juli 2004 von 9 140 auf 8 973 Personen und verringerte sich damit um 167 Personen oder 1,9%. Im Jahr zuvor hatte der Rückgang 983 Personen oder fast 10% betragen. Der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen auf Handelsschiffen Beschäftigten hat sich gegenüber 2003 mit etwa 36% nicht verändert. Insgesamt lag ihre Zahl bei 3 243 Personen, 65 weniger als 2003.

Starker Rückgang beim Personenseeverkehr

Nachdem 2003 noch 32,1 Mill. Fahrgäste in deutschen Häfen ein- oder ausgestiegen waren, waren es im letzten Jahr nur noch 29,8 Mill. (siehe Tabelle 9). Dies entspricht einem Rückgang um 7,3% der sich nahezu auf alle Fahrtgebiete erstreckt. Während sich 2003 der innerdeutsche Verkehr erheblich schlechter entwickelt hatte als der mit ausländischen Häfen, ist 2004 eine umgekehrte Entwicklung festzustellen. So verringerte sich der Personenverkehr zwi-

13) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2004“, Tabelle 18.6.

14) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2004“, Tabelle 20. Die Statistik über den Seeschiffsbestand in deutschen Schiffsregistern wird vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) geführt.

15) Deutsche Verkehrszeitung vom 28. Mai 2005 „Deutsche Reeder auf der Überholspur“.

16) Tons deadweight (1 tdw = 1 016 kg); Maß für die Gesamttragfähigkeit eines Schiffes.

17) Siehe Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2004“, Tabelle 19.1.

Tabelle 9: Ein- und ausgestiegene Fahrgäste

Fahrtgebiet	Insgesamt			Ausgestiegene Fahrgäste			Eingestiegene Fahrgäste		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	16,7	17,6	-5,2	8,3	8,8	-5,7	8,4	8,8	-4,6
darunter:									
Niedersachsen	10,6	11,0	-3,5	5,3	5,5	-3,6	5,3	5,5	-3,5
Schleswig-Holstein	5,9	6,5	-9,7	2,9	3,3	-10,5	3,0	3,3	-8,8
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	13,1	14,5	-9,8	6,5	7,2	-9,9	6,6	7,3	-9,6
dar.: Europa	13,1	14,5	-9,8	6,5	7,2	-9,9	6,6	7,3	-9,6
Europäische Union ²⁾	11,7	11,2	+3,8	5,8	5,6	+3,6	5,9	5,6	+3,9
nachrichtlich: neue Mitgliedstaaten	1,2	2,6	-53,1	0,6	1,3	-53,3	0,6	1,3	-53,0
Sonstiges Europa ³⁾	1,4	3,3	-56,2	0,7	1,6	-56,8	0,7	1,7	-55,7
Ostseegebiet	11,9	12,9	-8,0	5,9	6,4	-7,9	6,0	6,5	-8,0
darunter:									
Schweden	2,2	2,4	-5,9	1,1	1,2	-2,7	1,1	1,2	-8,9
Dänemark, Ostsee	8,1	7,6	7,9	4,0	3,8	+6,6	4,1	3,8	+9,1
Polen	1,2	2,6	-54,8	0,6	1,3	-54,2	0,6	1,3	-55,4
Nordeuropa	1,2	1,6	-24,8	0,6	0,8	-26,2	0,6	0,8	-23,5
darunter:									
Vereinigtes Königreich	0,1	0,1	+111,5	0,1	0,0	+106,7	0,1	0,0	+116,1
Dänemark/Nordsee	0,4	0,9	-57,8	0,2	0,5	-56,5	0,2	0,5	-59,0
Norwegen, Skagerrak und Oslofjord	1,2	0,6	+94,0	0,3	0,3	+6,6	0,4	0,3	+14,2
Insgesamt ...	29,8	32,1	-7,3	14,8	16,0	-7,6	15,0	16,1	-6,9

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet. – 2) Ab Mai 2004 einschl. der neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. – 3) Ab Mai 2004 ohne die vorgenannten neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

schen den deutschen Häfen nur um 5,2%, der mit ausländischen Häfen fast doppelt so stark um 9,8%. Von allen Fahrtgebieten zeigten nur das Vereinigte Königreich und Norwegen mit rund 111 bzw. 94% starke, die dänischen Ostseehäfen mit knapp 8% geringfügige Zuwächse. Mehr als halbiert haben sich die Fahrgastzahlen dagegen im Verkehr mit den dänischen Nordseehäfen und Polen. Für Letzteres dürfte der mit dem Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union verbundene Wegfall der so genannten „Butterfahrten“ verantwortlich sein. Dabei handelt es sich um Fahrten, bei denen ein Schiff von einem deutschen Hafen aus ausländisches Hoheitsgebiet ansteuert und dort den Passagieren ein zollfreier Einkauf ermöglicht wird. Auf die Bedeutung, die dieser besonderen Art der Seereise zukam, hat das Statistische Bundesamt u. a. in der „Zahl der Woche“ vom 3. August 2004 hingewiesen. Hier wurde der am Stettiner Haff liegende und vielfach unbekannte Hafen Altwarp hervorgehoben, der 2003 bei den Passagierzahlen noch an fünfter Stelle lag und dessen Passagierverkehr fast ausschließlich auf Butterfahrten in polnische Gewässer beruhte. Nach dem Wegfall der Butterfahrten ab dem 1. Mai 2004 nahm allein in Altwarp die Zahl der Fahrgäste nach Polen um weit über 50% ab.

Ausblick auf 2005

Nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Seegüterumschlag im ersten Quartal 2005 um etwas über 6% erhöht.¹⁸⁾ So ist der Gesamtumschlag von 64,6 Mill. t im ersten Vierteljahr 2004 auf 68,7 Mill. t im ersten Vierteljahr 2005 angestiegen, wobei insbesondere der Versand ins Ausland mit fast 10% überdurchschnittlich

zugenommen hat. Auch beim Empfang aus dem Ausland, der für den Seegüterverkehr wichtigsten Verkehrsrelation, ist eine Zunahme von 5,5% zu verzeichnen. Der Seeverkehr zwischen deutschen Häfen, der aber nur etwa 3% des Güterumschlags der Seeschifffahrt insgesamt ausmacht, nimmt dagegen verhältnismäßig stark um etwa 18% ab.

Nach Befragungen der Baseler ProgTrans AG und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zur Entwicklung des Transportaufkommens im laufenden Jahr werden die besten Perspektiven beim internationalen Luft- und Seefrachtverkehr gesehen.¹⁹⁾ Nach Aussagen von rund 300 Spitzenkräften aus dem Transportbereich wird bei insgesamt nur mäßig wachsenden Transportmengen und Preisen in Deutschland der Seefrachtverkehr insbesondere durch den starken Wirtschaftsaufschwung in Asien weiter angekurbelt werden. Deshalb sei gerade auf der Asien/Pazifik-Route mit einem starken Transportmengenwachstum zu rechnen. Ähnliches gelte – wenn auch wahrscheinlich nicht in der gleichen Größenordnung – im Nordatlantikverkehr. Für den innereuropäischen Seeverkehr müsse dagegen zumindest für das erste Halbjahr 2005 nur mit einer stabilen Nachfrageentwicklung bei den Transportkapazitäten gerechnet werden. [\[U\]](#)

18) Siehe „Schnellinformation zur Verkehrsstatistik, Seeschifffahrt, Umschlag März 2005“ vom 16. Juni 2005.

19) Deutsche Verkehrszeitung vom 9. Juni 2005 „Hochdruck im Luft- und Seeverkehr“.

Dr. Karl Schoer, Dipl.-Geograph Stefan Schweinert

Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen und Materialarten 1995 bis 2002

Der Verbrauch von Rohstoffen rückt derzeit verstärkt in den Mittelpunkt des politischen Interesses. Ursache ist zum einen die drohende Knappheit bestimmter nicht erneuerbarer Ressourcen, wie zum Beispiel Erdöl. Weiterhin sind mit der Entnahme und dem Einsatz von Rohstoffen vielfältige und je nach Rohstoffart unterschiedliche Umweltbelastungen verbunden. So führt die großflächige Materialentnahme im Tagebau beispielsweise zu Veränderungen von Ökosystemen oder der Einsatz von fossilen Energieträgern zur Emission von Treibhausgasen. In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird diesem Problemfeld durch den Indikator „Rohstoffproduktivität“ Rechnung getragen. Der Rohstoffindikator der Strategie wird aus den Materialflussrechnungen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) abgeleitet. Die in diesem Zusammenhang bisher verfügbaren Daten stellen das Aufkommen an Primärmaterial der UGR differenziert nach Materialarten dar. Das in diesem Papier vorgestellte neue Modul der UGR liefert zusätzliche Angaben über die Verwendung des Primärmaterials in einer Gliederung nach Produktions- und Konsumaktivitäten. Wesentliche Zielsetzung des neuen hier vorgestellten Bausteines ist es, die Entwicklung des Rohstoffindikators in konsistenter Weise mit den verursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten zu verknüpfen. Die bereitgestellte Datenbasis erlaubt, sowohl die Entwicklung des Indikators im Zusammenhang mit den dahinter stehenden wirtschaftlichen Aktivitäten zu erklären (Diagnose) als auch – darauf aufbauend – insbesondere marktwirtschaftliche Instrumente zur Verbesserung der Effizienz des Rohstoffeinsatzes (Maßnahmen) zu entwickeln. Der vorliegende Beitrag erläutert das methodische Konzept sowie die Berechnungsgrundlagen und -methoden des Moduls Primärmaterial-

flussrechnungen und stellt erste Daten und Analyseergebnisse vor.

1 Überblick

1.1 Zielsetzung

Wirtschaftliche Produktions- und Konsumaktivitäten sind zumeist mit Material- und Energieflüssen verbunden. Rohstoffe werden der Umwelt entnommen, in Produktions- oder Konsumprozessen eingesetzt und dabei transformiert, das heißt in andere Materialien (Güter, Rest- und Schadstoffe) umgewandelt. Die Rest- und Schadstoffe (z. B. Abfälle, Luftemissionen) werden schließlich wieder an die Umwelt zurückgegeben. Die Materialflussrechnungen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) streben eine vollständige Bilanzierung aller durch die wirtschaftlichen Aktivitäten induzierten Stoffströme an.

Im Mittelpunkt des hier vorgestellten UGR-Bausteines Primärmaterialflussrechnung steht die zweite Stufe des Durchlaufs von Material durch das wirtschaftliche System, nämlich die direkte Verwendung von Primärmaterial durch Produktions- und Konsumaktivitäten. Das Primärmaterial wird nach zusammengefassten Materialarten differenziert. Zu den Primärmaterialien zählen die aus der inländischen Umwelt entnommenen Rohstoffe sowie die importierten Güter unterschiedlichen Verarbeitungsgrades, das heißt sowohl Rohstoffe als auch Halb- und Fertigwaren. Die Zuordnung der Primärmaterialien zu den direkten Verwendern (Produktionsbereiche und private Haushalte gemäß den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) ermöglicht es, einen Bezug zwischen Primärmate-

rialverbrauch und den verursachenden wirtschaftlichen Aktivitäten herzustellen.

Der vorliegende Beitrag baut inhaltlich auf dem in Heft 3/2005 dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatz „Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen“ auf.¹⁾ Im Mittelpunkt dieses Beitrags stand die Darstellung des Inputs von Material in und des Outputs von Material aus der Volkswirtschaft entsprechend der Darstellung im gesamtwirtschaftlichen Materialkonto.²⁾ In dem Aufsatz wurde ein wesentlicher Teil der Inputseite, nämlich das Aufkommen an Primärmaterial in einer Differenzierung nach Materialarten näher betrachtet. Die Umweltwirkungen durch die Entnahme und die Verwendung von Material sind für die einzelnen Materialarten unterschiedlich. Eine differenzierte Betrachtung des Materialeinsatzes nach Materialarten eröffnet die Möglichkeit, die gesamtwirtschaftlichen Materialflüsse und die dadurch ausgelösten Umweltprobleme besser in Beziehung zueinander zu setzen.

Wesentlicher Bezugspunkt für das vorliegende Papier ist der Indikator „Rohstoffproduktivität“ der Strategie der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung.³⁾ Dieser Indikator setzt die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes in Beziehung zum abiotischen Primärmaterialeinsatz. Die Daten für den Nenner des Indikators stammen aus den Materialflussrechnungen der UGR des Statistischen Bundesamtes. Nicht einbezogen in den Indikator sind die biotischen Materialien, das heißt insbesondere die Erzeugnisse der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Fischerei und der Jagd. Die weitere Darstellung in diesem Aufsatz beschränkt sich entsprechend der Abgrenzung des Nachhaltigkeitsindikators auf die abiotischen Materialien.

Die hier und im vorangegangenen Aufsatz vorgelegten Ergebnisse können genutzt werden, um den Indikator mit differenzierteren Daten zu unterlegen. Während der Indikator selbst vorwiegend ein politisches Kommunikationsinstrument darstellt, das zur Problembeschreibung und – unter Bezugnahme auf die quantitative Zielvorgabe der Bundesregierung (Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020) – für die Erfolgskontrolle genutzt werden kann, bieten die hier vorgelegten Daten Möglichkeiten, die Entwicklung des Indikators im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu analysieren und darauf aufbauend Maßnahmen zu formulieren. Beispiele für solche Analysen, wie zum Beispiel die Ableitung von Effizienzindikatoren nach Produktionsbereichen sowie eine Zerlegung der Gesamtentwicklung in Komponenten wie „Wachstumseffekt“, „Struktureffekt“ und „Intensitätseffekt“, finden sich im Ergebnisteil des Aufsatzes.

In einem weiteren analytischen Ansatz können diese Daten für die Berechnung indirekter Effekte verwendet werden. Dazu werden die physischen Daten zu den Primärmaterialinputs mit den monetären Input-Output-Tabellen kombiniert, zum Beispiel um so genannte Rohstoffäquivalente für Importe oder Exporte zu schätzen.⁴⁾ Die Darstellung in Rohstoffäquivalenten ordnet die Materialverluste im Herstellungsland der verwendenden Ökonomie zu.⁵⁾

1.2 Materialflussrechnungen und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Wesentlicher Gegenstand der Nachhaltigkeitspolitik ist die Koordinierung der verschiedenen Sektorpolitiken mit dem Ziel, die Konflikte, die sich zwischen den grundsätzlichen Bereichen der Nachhaltigkeitspolitik (Ökonomie, Umwelt, Soziales) sowie innerhalb der drei Aufgabenbereiche ergeben, auszubalancieren und bestmögliche Lösungen zu finden. Ein derartiger integrierter Politikansatz erfordert idealerweise einen integrierten Datensatz, der es erlaubt, die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Themenbereichen zu analysieren. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bilden zusammen mit ihren Satellitensystemen Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Sozioökonomische Gesamtrechnungen (SGR) einen geeigneten Rahmen, um diese Anforderungen zu erfüllen. Die VGR sind der anerkannte Standard für die statistische Abbildung der ökonomischen Prozesse auf nationaler Ebene. Die UGR und die SGR erweitern als deren Satellitensysteme den Darstellungsbereich der VGR um die Abbildung wesentlicher Beziehungen des wirtschaftlichen Systems zur Umwelt und zum sozialen System. Dabei wird von einheitlichen Darstellungskonzepten (z. B. einheitlichen Grundgesamtheiten) und Klassifikationen ausgegangen, sodass die Daten aller drei Systeme voll miteinander kombinierbar sind. Das heißt zusammen bilden sie einen integrierten Datensatz, der die drei grundsätzlichen Aufgabenbereiche der Nachhaltigkeitspolitik umfasst. Zentrale gemeinsame Klassifikationen der drei Systeme sind zum Beispiel die Untergliederung der Produktion nach Produktionsbereichen, wie sie in den Input-Output-Tabellen verwendet wird, die Darstellung des privaten Konsums nach Aktivitätsfeldern sowie die Untergliederung der privaten Haushalte nach Haushaltstypen. Damit können insbesondere Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen der Nachhaltigkeitspolitik analysiert werden. Die Daten des Gesamtrechnungssystems können vor allem für die Modellierung von integrierten Szenarien zur nachhaltigen Entwicklung genutzt werden, die wesentliche Bereiche der Nachhaltigkeitspolitik

1) Siehe Lauber, U.: „Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen“ in WiSta 3/2005, S. 253 ff.

2) Siehe Schweinert, S.: „Nationales Handbuch Materialkonto“, Band 13 der Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2004.

3) Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“, Berlin 2002.

4) In Gewichtseinheiten gemessen handelt es sich bei rund 33% der im Jahr 2002 nach Deutschland importierten und 74% der aus Deutschland exportierten abiotischen Materialien um Halb- und Fertigwaren, die nur noch einen Teil der zu ihrer Herstellung insgesamt aufgewandten Rohstoffe enthalten. Die bei der Herstellung anfallenden Materialverluste, die in der Regel als Rest- und Schadstoffe an die Umwelt fließen, werden dem jeweiligen Herstellungsland zugerechnet.

5) Die Methode für die Berechnung indirekter Effekte ist bereits ein bewährtes Standardwerkzeug mit Bezug auf Beschäftigung, Energieeinsatz, Luftemissionen und Flächennutzung. Für Primärmaterial ist das Standardmodell jedoch nicht unmittelbar anwendbar, weil die sonst übliche „Durchschnittsannahme“ hier nur mit Einschränkungen gilt. Der Berechnungsansatz geht unter anderem von der Annahme aus, dass die monetäre Verwendungsstruktur des Outputs eines Produktionsbereiches die physischen Relationen hinreichend repräsentiert. Es gibt aber eine Reihe von Branchen, deren Output in Gewichtseinheiten nicht homogen ist, sodass die verschiedenen empfangenden Produktionsbereiche nicht jeweils den „Durchschnittsoutput“ einsetzen. Als ein Beispiel kann der Output der Nichteisenmetallerzeugung angeführt werden mit sehr unterschiedlichen Werten je Gewichtseinheit für die einzelnen Güter der „homogenen Gütergruppe“. Die Gültigkeit der Durchschnittsannahme muss Branche für Branche untersucht werden. Zumindest in einigen Fällen ist eine Erweiterung der existierenden monetären Input-Output-Tabellen vorzunehmen, indem bestimmte Produktionsbereiche weiter unterteilt werden. Es ist vorgesehen, solche speziell modifizierten Tabellen künftig zu ermitteln.

in einer ganzheitlichen Betrachtung abbilden. Solche Szenarien sind ein wichtiges Instrument zur wissenschaftlichen Politikberatung.⁶⁾

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verwendet 21 Indikatoren zur Beobachtung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Tatbeständen. Der hier im Mittelpunkt stehende Rohstoffindikator ist einer von mehreren aus dem System der Materialflussrechnungen der UGR durch Aggregation ableitbaren Indikatoren, die im Rahmen dieser Strategie eine Rolle spielen. Weitere dort einbezogene Materialflussindikatoren beziehen sich auf den gesamten Energieeinsatz, die erneuerbaren Energien und auf die Emissionen von Treibhausgasen sowie einiger wichtiger Luftschadstoffe. Neben den genannten Materialflussindikatoren ist ein großer Teil der weiteren Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, wie die Umweltindikatoren zu Flächennutzung und Verkehr sowie weitere ökonomische und soziale Indikatoren, ebenfalls in das Gesamtrechnungssystem eingebettet.

Die Daten aus dem System der Materialflussrechnungen spielen auch für die Nachhaltigkeitspolitik auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle. Die jüngste Initiative der Umweltminister der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des OECD-Rates zur Implementierung eines OECD-weiten Systems vergleichbarer Materialflussrechnungen weist auf die steigende Bedeutung dieses Ansatzes hin. Das in diesem Rahmen erstellte Datenmaterial wird unter anderem als Hintergrund für die so genannte 3R-Initiative (Reduce – Reuse – Recycle) benötigt. Diese Initiative wurde im Juni 2004 auf dem G8-Gipfel in Sea Island als Teil einer Politik hin zu einer nachhaltigen Entwicklung angestoßen. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel wurden die OECD-Aktivitäten zur Schaffung einer vergleichbaren Datenbasis zu den Materialflüssen ausdrücklich begrüßt. Auch im Rahmen der Europäischen Union (EU) spielen diese Daten im Zusammenhang mit der „Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen“ eine wichtige Rolle.

2 Das System der Material- und Energieflussrechnungen

Die Material- und Energieflussrechnungen sind der am weitesten entwickelte Teilbereich im Gesamtsystem der deutschen UGR. Konzeptioneller Ausgangspunkt der Materialflussrechnungen sind die monetären Input-Output-Tabellen (MIOT) der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die physischen Input-Output-Tabellen (PIOT) der UGR stellen ein Abbild der monetären Input-Output-Tabellen in physischen Einheiten [Tonnen (t) sowie Joule hinsichtlich des Energieeinsatzes] dar. Darüber hinaus erweitern sie die monetären Input-Output-Tabellen durch die Darstellung der Materialflüsse zwischen der Umwelt und der Wirtschaft. Das bedeutet, beide Rechenwerke enthalten Tabellen über

das Aufkommen und die Verwendung von Gütern. Die physischen Input-Output-Tabellen jedoch beschreiben zusätzlich die Entnahmen aus der Umwelt (in erster Linie biotische und abiotische Rohstoffe) sowie die Abgaben aus dem wirtschaftlichen System an die Umwelt (in erster Linie Emissionen und Abfall). Ferner enthalten sie Materialverflechtungstabellen, differenziert nach wirtschaftlichen Produktions- und Verbrauchsaktivitäten sowie nach Materialarten. Auf diese Weise bieten sie eine vollständige, systematische und detaillierte Beschreibung der mit den wirtschaftlichen Aktivitäten verbundenen Materialflüsse. Grundsätzlich umfassen die physischen Input-Output-Tabellen das Gesamtsystem der Material- und Energieflussrechnungen. Ihre Erstellung ist jedoch sehr arbeitsintensiv und daher nur in größeren zeitlichen Abständen möglich. Bislang wurden in den deutschen UGR physische Input-Output-Tabellen für die Jahre 1990 und 1995 berechnet. Ergänzend wurden verschiedene Submodule, die Ausschnitte aus den physischen Input-Output-Tabellen bilden, für die laufende Beobachtung auf jährlicher Basis entwickelt. Das gesamtwirtschaftliche Materialkonto stellt eine Zusammenfassung der physischen Input-Output-Tabellen dar, die sich auf die Abbildung der Materialinputs in und die Materialoutputs aus der Wirtschaft in einer Gliederung nach Materialarten beschränkt. Darüber hinaus wurden für ausgewählte wichtige Bereiche, wie Entnahme von Energie und Wasser und Abgabe von Luftemissionen, Abfall und Abwasser, konzeptionell in den Ansatz der physischen Input-Output-Tabellen eingebundene Module entwickelt, welche die Beziehungen zwischen Umwelt und Wirtschaft in der in den Input-Output-Tabellen üblichen tiefen Untergliederung nach wirtschaftlichen Aktivitäten (71 Produktionsbereiche und Konsum der privaten Haushalte) auf jährlicher Basis abbilden. Die hier vorgestellten Primärmaterialflussrechnungen erweitern das System der UGR, wie bereits erwähnt, um Angaben zur direkten Verwendung von Rohstoffen und Importen durch wirtschaftliche Aktivitäten. Eine zusätzliche Erweiterung bilden die vom Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder ermittelten regionalen Angaben zu den Materialflüssen.⁷⁾

3 Datenquellen und Berechnungsgrundlagen

3.1 Aufkommen von Primärmaterial

Ausgangspunkt für die Berechnungen zur Verwendung von abiotischem Primärmaterial sind die Ergebnisse zum Aufkommen von Primärmaterial in einer detaillierten Gliederung nach Materialarten (siehe Tabelle 1 auf S. 753). Basisdaten zum Aufkommen von Primärmaterial werden statistisch sehr detailliert nach Rohstoff- bzw. Güterarten erfasst. Angaben zur Entnahme von Rohstoffen im Inland stammen größtenteils aus der Produktionsstatistik. Diese Angaben werden, zum Beispiel für die nicht in der Pro-

6) Siehe Schoer, K.: „Die Nutzung von Gesamtrechnungsdaten für eine integrierte Nachhaltigkeitsberichterstattung“ in Vierteljahrshefte zu Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Heft 1/2004, S. 63 ff.

7) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen im Auftrag der Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) der Länder (Hrsg.): Tagungsband zum Kongress zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder am 23. Juni 2004 in Düsseldorf.

duktionsstatistik erfassten Kleinbetriebe, durch verschiedene Verbandsstatistiken ergänzt. Wesentliche Quelle für die Angaben zu den Importen und ergänzend auch zu den Exporten von Primärmaterial ist die Außenhandelsstatistik.⁸⁾ Die Zuordnung der Einfuhr von Gütern zu den jeweiligen Produktionsbereichen erfolgt durch Umschlüsselung der Angaben zum Außenhandel gemäß der Klassifikation der Außenhandelsstatistik [Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)] in die Systematik der Input-Output-Tabelle (SIO). Damit ist eine eindeutige Zuordnung der importierten Waren zu homogenen Gütergruppen der Input-Output-Tabellen möglich.

3.2 Verwendung von Primärmaterial

Für die Berechnung der Verwendungstabellen sind die einzelnen abiotischen Materialarten aus der Aufkommens-tabelle den Verwendungszwecken zuzuordnen. Die Primärmaterialien werden zum Teil als Vorleistungen für die verschiedenen Produktionsbereiche verbraucht und zum anderen Teil direkt für die Zwecke der letzten Verwendung eingesetzt. Somit muss das gesamte Aufkommen an einzelnen Materialien aufgeteilt werden auf die Produktionsbereiche und die einzelnen Kategorien der letzten Verwendung, wie Konsum der privaten Haushalte, Investitionen oder Exporte.⁹⁾ Wichtigste Datenquelle für die Bestimmung der Verwendungsstruktur der einzelnen Materialarten in physischen Einheiten sind sehr detaillierte monetäre Verwendungsstrukturen nach Materialarten, die für die Aufstellung der monetären Input-Output-Tabellen u. a. auf der Grundlage der Wareneingangserhebung gewonnen werden. Da auch bei einer relativ detaillierten Untergliederung nach Materialarten die jeweilige monetäre Verwendungsstruktur die physische nicht in allen Fällen hinreichend repräsentiert, wurden weitere Informationen zur Bestimmung der physischen Verwendungsstruktur herangezogen. Untersuchungen haben gezeigt, dass insbesondere bei manchen Rohstoffen der Differenzierungsgrad der verfügbaren monetären Informationen nicht ausreicht. Das heißt in den monetären Aggregaten (Güterarten) sind häufig Einzelmaterialien mit sehr unterschiedlichen Preisen zusammengefasst, wobei die Verwendungsstruktur der Einzelmaterialien sich von der Verwendungsstruktur des jeweiligen Aggregates unterscheidet. Rechentechnisch wurde zunächst zwischen der Verwendung von Rohstoffen (inländische Entnahme und Einfuhr) und der Verwendung eingeführter Halb- und Fertigwaren differenziert.

3.2.1 Verwendung von Rohstoffen

Rohstoffe werden im Inland gefördert sowie aus der übrigen Welt eingeführt. Angaben zur Verwendung von Rohstoffen liegen differenziert nach 43 Materialkategorien vor. Ergänzend zu den monetären Verwendungsstrukturen wurden für einzelne quantitativ bedeutsame Materialien direkte Anga-

ben zur physischen Verwendungsstruktur aus verschiedenen Datenquellen [in erster Linie von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe¹⁰⁾ sowie aus der Datenbank ProBas des Umweltbundesamtes und des Öko-Institutes] genutzt.

3.2.2 Verwendung eingeführter Halb- und Fertigwaren

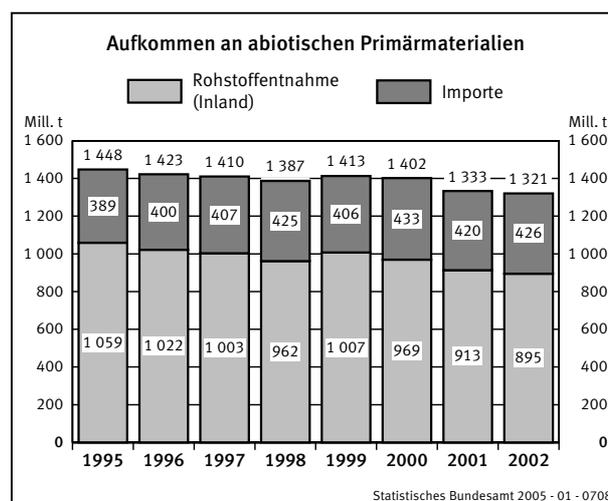
Für importierte Halb- und Fertigwaren wurde die physische Verwendungsstruktur der einzelnen Gütergruppen ausschließlich anhand der entsprechenden monetären Angaben der Input-Output-Tabellen geschätzt. Dazu wurde der Importvektor in Gewichtseinheiten mit einer den monetären Input-Output-Tabellen entnommenen Importmatrix multipliziert. Diese Importmatrix setzt sich aus etwa 70 homogenen Gütergruppen sowie den etwa 70 Produktionsbereichen und den Kategorien der letzten Verwendung zusammen. Sie spiegelt die für jedes Jahr individuelle monetäre Verteilung der eingeführten Güter auf die Produktionsbereiche und die Kategorien der letzten Verwendung wider. Dieses Berechnungsverfahren kann, entsprechend dem differenzierten Ansatz bei den Rohstoffen, in Zukunft möglicherweise noch verbessert werden. Dazu sind weitere Untersuchungen erforderlich.

4 Ergebnisse

4.1 Aufkommen und Verwendung von Primärmaterial nach wirtschaftlichen Aktivitäten und Materialarten

Schaubild 1 zeigt die Entwicklung des Aufkommens an abiotischem Primärmaterial in Deutschland gemäß der Abgren-

Schaubild 1

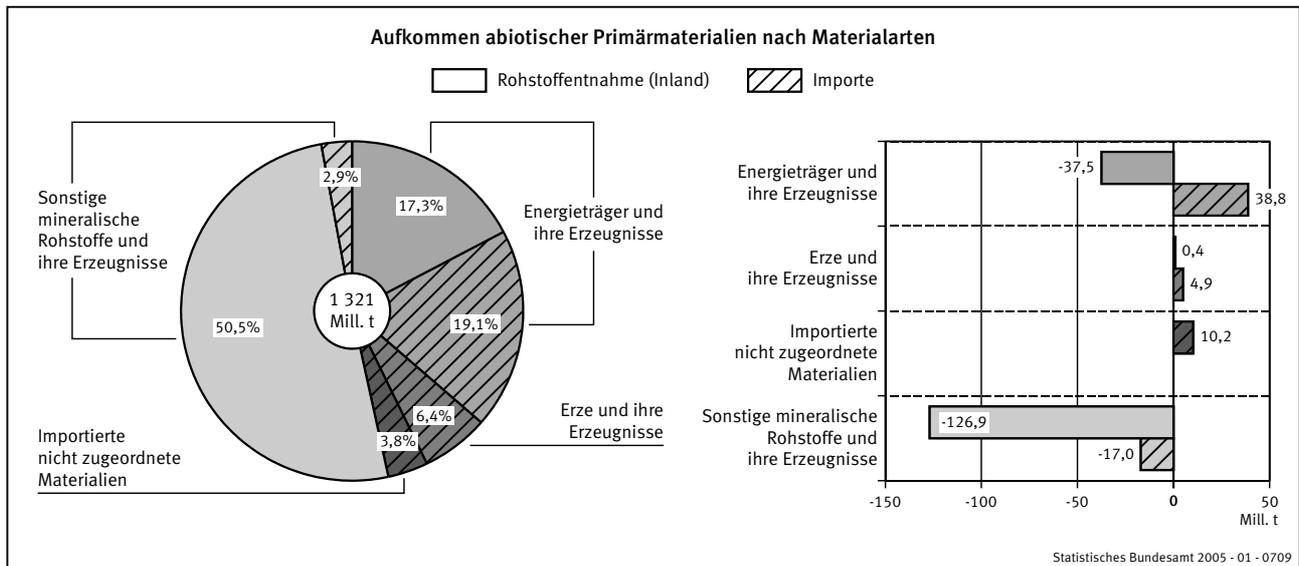


8) Siehe Fußnote 2.

9) Die Darstellung aus der Verwendungssicht setzt bei den bereits aus der Natur entnommenen Rohstoffen an. Die aus der inländischen Natur entnommenen Rohstoffe werden – zusammen mit den importierten Rohstoffen sowie Halb- und Fertigwaren – den verwendenden Produktionsbereichen und den Kategorien der letzten Verwendung zugeordnet. Die Entnahme von Rohstoffen aus der Natur durch die Rohstoffe extrahierenden Bereiche (Primärbereiche) wird bei dieser Sichtweise nicht als Verwendung, sondern als Produktion von Primärmaterial angesehen. Den Primärbereichen wird somit nur der Eigenverbrauch und der Einsatz fremdbezogener Primärmaterialien zugerechnet.

10) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: „Rohstoffsituation 2002“ in Rohstoffwirtschaftliche Länderstudien, Heft 31, Hannover 2003.

Schaubild 2



zung des Rohstoffindikators der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, zusammengesetzt aus der inländischen Entnahme von abiotischen Rohstoffen und der Einfuhr von abiotischen Materialien. Das Aufkommen an abiotischem Primärmaterial hat sich zwischen 1995 und 2002 um 127 Mill. t (-8,8%) verringert. Dem Rückgang der Rohstoffentnahme im Inland um 164 Mill. t (-15,5%) stand eine Erhöhung der Einfuhr von abiotischen Gütern um 37 Mill. t (9,5%) gegenüber.

Die Exporte abiotischer Güter nahmen um 57,1 Mill. t zu, das heißt die Ausfuhr, gemessen in Gewichtseinheiten, ist im betrachteten Zeitraum stärker gestiegen als die Einfuhr abiotischer Güter.

Schaubild 2 zeigt das Aufkommen an Primärmaterial differenziert nach zusammengefassten Materialkategorien. Diese wurden durch Aggregation aus der detaillierten Aufkommenstabelle (siehe Tabelle 1) abgeleitet. Primärenergieträger (in erster Linie Kohle, Rohöl und Erdgas), Erze und sonstige Mineralien (z. B. Sande, Kiese, Tone) sind Rohstoffe, die sowohl im Inland abgebaut als auch importiert werden. Erzeugnisse aus diesen Rohstoffen (Halb- und Fertigwaren) werden nach dem Konzept der Primärmaterialflussrechnungen ausschließlich eingeführt. Die Gruppe der importierten nicht zugeordneten Materialien enthält diejenigen eingeführten Halb- und Fertigwaren, die aufgrund ihrer Einordnung in Gütergruppen bislang nicht eindeutig einer bzw. einer vorwiegenden Primärmaterialkategorie zugeordnet werden konnten. Dazu gehören in erster Linie die Gruppen der chemischen Erzeugnisse, der Maschinen und der Fahrzeuge. Derzeit werden im Bereich der Materialflussrechnungen in den UGR Arbeiten durchgeführt, die eine schwerpunktmäßige Zuordnung möglichst aller Warenpositionen der Außenhandelsstatistik (und damit aller ein- und

ausgeführten Güter) zu einer zugrunde liegenden vorwiegenden Primärmaterialkategorie zum Ziel haben.

Am Gesamtaufkommen an Primärmaterial von 1 321 Mill. t im Jahr 2002 hat die Materialkategorie der sonstigen mineralischen Rohstoffe und ihrer Erzeugnisse, das sind im Wesentlichen Sande, Kiese und Salze, den größten Anteil (53,4%). Während die Energieträger und ihre Erzeugnisse noch einen Anteil von 36,4% erreichen, sind die Erze und ihre Erzeugnisse sowie die importierten nicht zugeordneten Materialien, gemessen in Gewichtseinheiten, mengenmäßig eher unbedeutend. Differenziert nach der Herkunft zeigt sich bei den Energieträgern eine in etwa Gleichverteilung zwischen inländischer Entnahme und Importen. Bei den sonstigen mineralischen Rohstoffen wird der weit überwiegende Anteil im Inland entnommen. Erze dagegen wurden fast ausschließlich importiert.

Zwischen 1995 und 2002 verminderte sich das Aufkommen an sonstigen mineralischen Rohstoffen um 127 Mill. t (-16%). Die Entwicklung beim Aufkommen an abiotischem Primärmaterial insgesamt wurde durch diese Materialart dominiert. Der Rückgang der Menge der im Inland geförderten Energieträger (-37 Mill. t) – in erster Linie bedingt durch die Schließung ostdeutscher Braunkohlegruben – wurde durch eine Zunahme beim Import von Energieträgern kompensiert (39 Mill. t).¹¹⁾ Beim Aufkommen der übrigen Materialien, Erze und ihre Erzeugnisse sowie importierte nicht zugeordnete Materialien, ergab sich ein deutlicher relativer Anstieg (+7 bzw. +26%), der aber bezogen auf die Gesamtentwicklung nur wenig ins Gewicht fiel.

Vom gesamten Aufkommen an Primärmaterial von 1 321 Mill. t im Jahr 2002 wurden 1 246 Mill. t als Vorleistungen für die Produktion sowie für den direkten Konsum der priva-

11) Die ausschließliche Darstellung der Energieträger in Gewichtseinheiten kann jedoch zu Fehlinterpretationen führen. In Abhängigkeit von der Art des Energieträgers (Kohle, Rohöl, Erdgas usw.) variiert die Energieintensität der Energieträger, gemessen in Energieeinheiten (z. B. Joule) je Gewichtseinheit. Die Energieintensität im Jahr 2002 hatte in etwa den gleichen Wert wie im Ausgangsjahr 1995. In den Zwischenjahren war jedoch eine Entwicklung hin zu einer Abnahme der Energieintensität zu beobachten; Ursache war eine Veränderung des Energieträgermixes hin zu Energieträgern mit einer höheren Energieträgerintensität (z. B. Einsatz von Erdgas anstelle von Kohle). Die Entwicklung wurde im Jahr 2002 wegen des zunehmenden Einsatzes von Braunkohle umgekehrt.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliches Aufkommen abiotischer Primärmaterialien nach Materialarten
 Mill. t

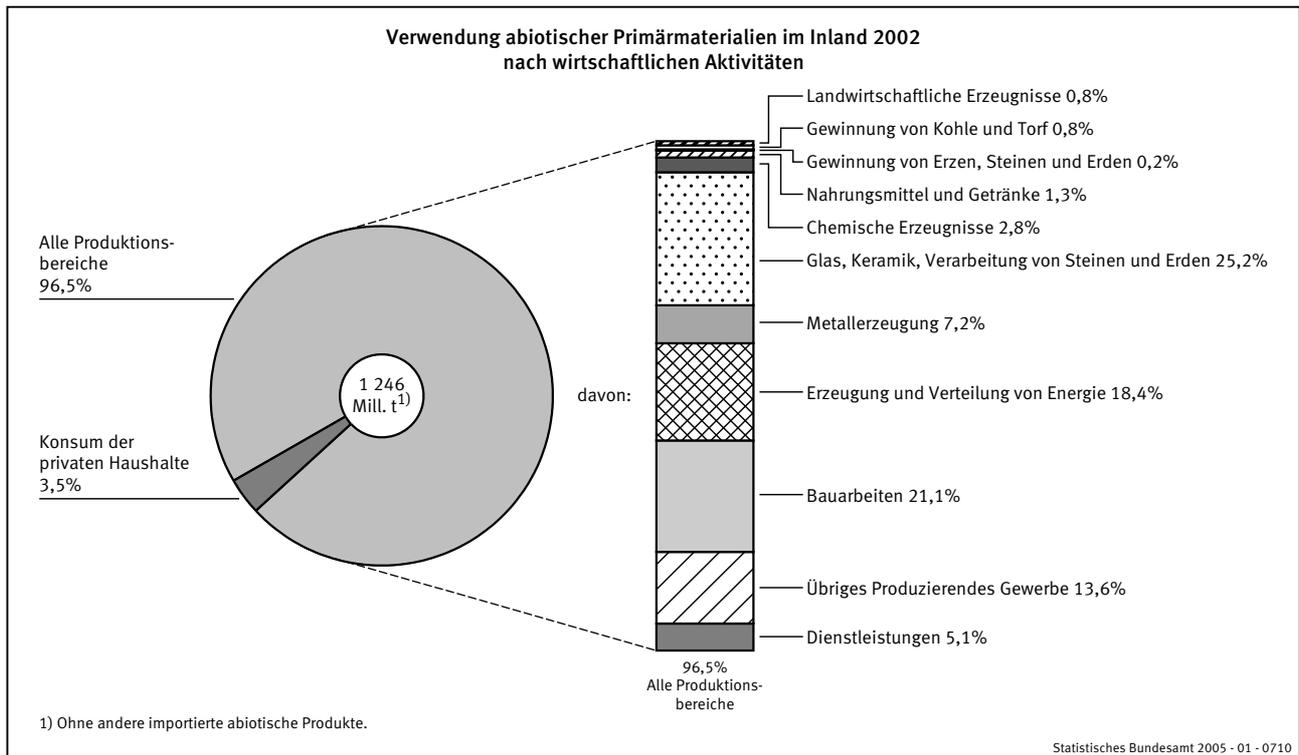
Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung 2002 gegenüber 1995
Inländische Entnahme abiotischer Rohstoffe ..	1 059,2	1 022,2	1 003,2	962,5	1 006,8	969,4	913,0	895,2	-164,0
Energieträger	265,3	255,6	243,6	226,8	220,7	220,5	222,2	227,9	-37,5
Steinkohle	53,6	48,2	46,8	41,6	39,5	33,6	27,4	26,4	-27,2
Braunkohle	192,8	187,2	177,2	166,0	161,3	167,7	175,4	181,8	-11,0
Rohöl	3,0	2,8	2,8	2,9	2,7	3,1	3,4	3,6	+0,7
Erdgas, Erdölgas	15,7	17,0	16,5	15,9	16,8	15,7	15,8	15,7	+0,0
Sonstige	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	+0,0
Erze	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	+0,4
Eisenerze	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	+0,4
Nicht-Eisenerze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Sonstige mineralische Rohstoffe	793,8	766,5	759,4	735,0	785,5	748,4	690,4	666,9	-126,9
Sande	201,0	188,6	182,6	174,0	180,6	170,7	155,2	145,8	-55,2
Quarzsande	18,0	17,6	16,9	16,3	16,8	15,4	14,5	14,2	-3,8
Kies und gebrochene Natursteine	449,4	427,6	425,6	410,8	448,6	429,0	391,6	379,3	-70,1
Natursteine	71,8	80,1	78,3	78,3	80,6	76,5	71,9	68,0	-3,8
Tone und Lehme	26,6	24,3	25,5	25,7	26,8	26,9	26,0	26,3	-0,3
Chemische und Düngemittelminerale	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,2	1,1	1,2	+0,1
Salze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Torf	3,1	2,9	3,0	3,3	3,4	3,5	3,4	3,0	-0,1
Sonstige Steine und Erden	22,7	24,2	26,4	25,3	27,4	25,2	26,6	29,0	+6,3
Einfuhr abiotischer Rohstoffe	252,9	268,1	265,9	275,7	266,0	280,7	272,3	285,2	+32,4
Energieträger	170,1	190,8	187,2	194,6	192,3	194,7	199,3	208,4	+38,2
Steinkohle	15,1	17,3	20,1	22,4	22,7	23,4	29,0	28,3	+13,2
Braunkohle	2,6	2,6	2,6	2,2	2,3	2,0	2,1	1,2	-1,5
Rohöl	100,5	103,7	100,4	108,3	103,7	105,1	104,8	104,5	+4,0
Erdgas, Erdölgas	51,8	67,3	64,0	61,7	63,7	64,3	63,4	74,4	+22,5
Sonstige	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Erze	47,3	42,9	45,6	51,2	43,6	51,9	44,5	48,6	+1,3
Eisenerze	43,2	39,3	41,7	47,6	39,2	47,5	40,2	44,4	+1,1
Nicht-Eisenerze	4,0	3,6	3,9	3,6	4,4	4,3	4,4	4,2	+0,2
Sonstige mineralische Rohstoffe	35,5	34,4	33,1	30,0	30,1	34,1	28,5	28,3	-7,2
Sande	2,6	3,0	2,3	2,1	2,3	3,0	2,2	1,5	-1,1
Quarzsande	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	-0,3
Kies und gebrochene Natursteine	20,7	19,7	18,7	15,8	16,1	17,1	13,3	12,8	-7,9
Natursteine	3,2	3,5	3,3	3,1	3,4	4,4	4,4	4,3	+1,0
Tone und Lehme	1,3	1,2	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	+0,0
Chemische und Düngemittelminerale	2,3	2,1	2,2	2,5	2,2	2,4	2,3	2,2	+0,0
Salze	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	+0,0
Torf	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,7	0,6	0,7	+0,3
Sonstige Steine und Erden	3,8	3,5	3,6	3,4	3,2	4,0	3,5	4,7	+0,8
Einfuhr von Halb- und Fertigwaren	136,3	132,4	141,0	148,9	139,9	151,9	147,4	140,5	+4,1
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe, Uran- und Thoriumerze	43,1	46,0	49,5	50,6	43,2	46,6	46,5	43,0	-0,1
Erzeugnisse von Erzen	32,8	29,0	33,1	35,7	35,4	39,7	37,5	36,4	+3,6
Erzeugnisse von nichtmetallischen mineralischen Rohstoffen	20,8	18,6	17,7	17,1	16,5	16,2	12,8	11,2	-9,6
Nicht zugeordnete Materialien	39,6	38,7	40,7	45,6	44,8	49,5	50,7	49,8	+10,2
Chemische Erzeugnisse	29,6	28,7	30,1	33,4	32,3	36,3	34,1	34,4	+4,9
Maschinen und Geräte	5,6	5,2	5,3	6,2	5,9	6,6	8,6	7,7	+2,1
Fahrzeuge	4,5	4,8	5,3	6,1	6,7	6,6	7,9	7,7	+3,3
Inländische Entnahme und Einfuhr insgesamt .	1 448,4	1 422,7	1 410,1	1 387,1	1 412,8	1 402,0	1 332,8	1 320,9	-127,5
Energieträger und ihre Erzeugnisse	478,6	492,4	480,2	472,0	456,3	461,8	468,0	479,2	+0,6
Erze und ihre Erzeugnisse	80,1	72,0	78,9	87,4	79,6	92,0	82,4	85,4	+5,3
Sonstige mineralische Rohstoffe und ihre Erzeugnisse	850,0	819,5	810,2	782,1	832,1	798,7	731,7	706,4	-143,6
Nicht zugeordnete Materialien	39,6	38,7	40,7	45,6	44,8	49,5	50,7	49,8	+10,2
nachrichtlich:									
Exporte abiotischer Materialien	165,4	178,5	188,3	193,3	194,9	210,1	212,7	222,5	+57,1
Energieverbrauch in Tj	14 269 152	14 745 937	14 614 437	14 501 361	14 323 877	14 356 210	14 601 675	14 324 823	...
Gewichtsintensität der Energieträger in t/Tj ..	33,5	33,4	32,9	32,5	31,9	32,2	32,0	33,5	...

ten Haushalte verwendet. Die verbleibende Differenz von 75 Mill. t ist dem Export und den weiteren Kategorien der inländischen Verwendung zuzurechnen. Schaubild 3 zeigt für das Jahr 2002 das abiotische Primärmaterial, das für die wirtschaftlichen Aktivitäten Produktion und Konsum der privaten Haushalte verwendet wurde. Der Anteil des Konsums der pri-

vaten Haushalte an der gesamten direkten Verwendung von Primärmaterial durch die Produktion und den Konsum der privaten Haushalte ist mit etwas über 3,5% relativ gering, auf die Produktionsbereiche entfallen demgegenüber 96,5%.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes sind die bedeutenden Verwender abiotischen Primärmaterials die „Her-

Schaubild 3



stellung von Glas und Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (25,2%), „Bauarbeiten“ (21,1%), die „Erzeugung und Verteilung von Energie“ (18,4%) und die „Metallerzeugung“ (7,2%). Zusammen verwenden diese Produktionsbereiche mehr als 70% des im Inland eingesetzten Primärmaterials. Die starke Konzentration des Primärmaterialeinsatzes auf wenige Branchen weist darauf

hin, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des absoluten Primärmaterialverbrauchs wie auch des Nachhaltigkeitsindicators Rohstoffproduktivität wesentlich durch die Entwicklung in diesen Branchen bestimmt wird. Detaillierte Tabellen finden sich in einer Online-Veröffentlichung (Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen und Materialkosten 1995 – 2002), die unter der Adresse

Tabelle 2: Verwendung abiotischer Primärmaterialien im Inland nach zusammengefassten Materialkategorien und wirtschaftlichen Aktivitäten 2002

Produktionsbereiche und Konsum der privaten Haushalte	Insgesamt		Energieträger und ihre Erzeugnisse ¹⁾		Erze und ihre Erzeugnisse ¹⁾		Sonstige mineralische Rohstoffe und ihre Erzeugnisse ¹⁾	
	Anteil in %	Veränderung gegenüber 1995 in Mill. t	Anteil in %	Veränderung gegenüber 1995 in Mill. t	Anteil in %	Veränderung gegenüber 1995 in Mill. t	Anteil in %	Veränderung gegenüber 1995 in Mill. t
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	0,8	-1,5	0,2	+0,1	0,1	+0,0	1,1	-1,4
Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes insgesamt	90,6	-120,4	87,5	-16,8	98,8	+5,3	92,3	-114,3
Gewinnung von Kohle und Torf	0,8	-15,0	2,1	-14,9	0,1	+0,0	0,0	+0,0
Gewinnung von Erzen, Steinen und Erden	0,2	-1,9	0,1	-0,3	0,0	+0,0	0,3	-1,7
Nahrungsmittel und Getränke	1,3	+2,1	0,6	+0,4	0,1	+0,0	1,9	+1,7
Chemische Erzeugnisse	2,8	+2,9	2,8	-0,4	1,1	+0,0	1,6	+0,7
Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	25,2	-77,7	0,9	-0,6	0,5	+0,0	46,5	-77,1
Metallerzeugung	7,2	+2,7	1,9	+1,3	79,0	+3,1	2,3	-2,0
Erzeugung und Verteilung von Energie ...	18,4	-1,9	49,3	-0,8	0,1	+0,0	0,2	-1,1
Bauarbeiten	21,1	-33,7	0,2	+0,1	1,5	-0,3	39,1	-33,6
Übriges Produzierendes Gewerbe	13,6	+2,1	29,6	-1,7	16,3	+2,6	0,4	-1,1
Dienstleistungen	5,1	-22,7	4,2	+1,0	0,8	+0,0	6,3	-23,7
Alle Produktionsbereiche	96,5	-144,7	91,9	-15,8	91,9	+5,4	99,8	-139,4
Konsum der privaten Haushalte	3,5	+3,0	8,1	+3,6	8,1	+0,0	0,2	-1,0
Alle Produktionsbereiche und Konsum der privaten Haushalte	100	-141,7	100	-12,1	100	+5,4	100	-140,5

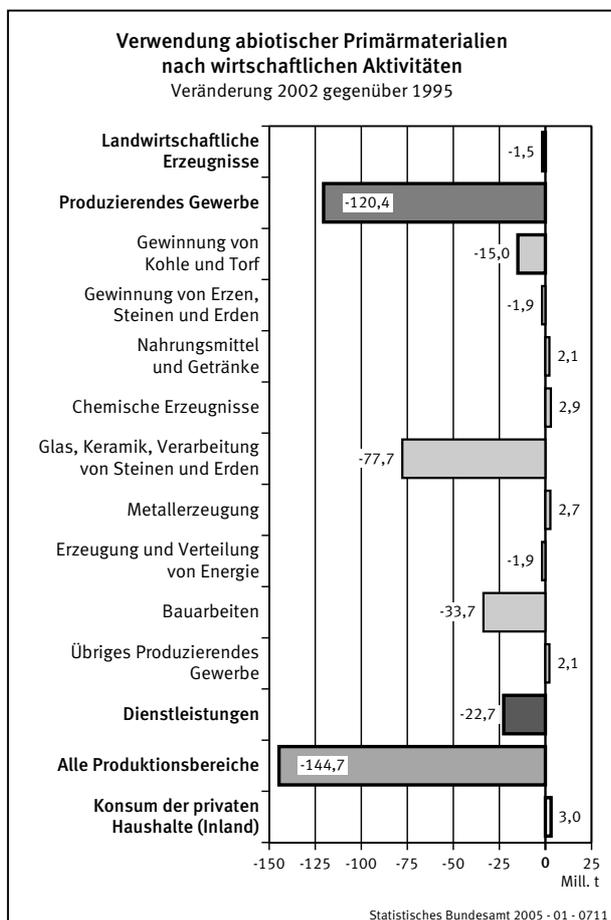
1) Ohne nicht zugeordnete Materialien.

www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fumw2_d.htm abgerufen werden kann.

In Tabelle 2 ist die Verwendung abiotischer Primärmaterialien durch die Produktionsbereiche und den Konsum der privaten Haushalte differenziert nach Materialkategorien dargestellt. Bei der Verwendung von Energieträgern und ihren Erzeugnissen dominiert die Elektrizitätserzeugung mit einem Anteil von fast 50%. Weitere wichtige Energieverbraucher sind die chemische Industrie, die Stahlindustrie (Metallerzeugung) und der Kohlebergbau. Der übrige Einsatz von Primärenergieträgern streut sehr breit über alle Produktionsbereiche. Die Erze und ihre Erzeugnisse werden zu fast 80% im Bereich Metallerzeugung eingesetzt. Der Rest streut ebenfalls recht breit über die Bereiche des Produzierenden Gewerbes. Bei Einsatz der sonstigen mineralischen Rohstoffe dominieren der Bereich „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ und das Baugewerbe mit Anteilen von 47 bzw. 39%.

In Schaubild 4 ist die Veränderung des Einsatzes abiotischer Primärmaterialien nach ökonomischen Aktivitäten dargestellt. Zwischen 1995 und 2002 verzeichneten die Produktionsbereiche einen Rückgang des Materialeinsatzes von insgesamt 145 Mill. t. Es zeigt sich, dass diese Entwicklung im betrachteten Zeitraum insbesondere durch den deutlichen Rückgang des Materialeinsatzes im Bereich „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (-78 Mill. t) sowie bei den Bauaktivitäten (-34 Mill. t) geprägt war.

Schaubild 4



Verglichen damit zeigten die übrigen Bereiche nur relativ geringe Zu- oder Abnahmen.

Die Veränderung des Einsatzes von abiotischem Primärmaterial differenziert nach Materialkategorien ist Tabelle 2 zu entnehmen. Die Entwicklung bei den sonstigen mineralischen Rohstoffen (-139 Mill. t) wird durch die genannten Bereiche „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ und „Bauarbeiten“ geprägt. Der Rückgang des Einsatzes von Energieträgern und deren Erzeugnissen (-16 Mill. t) geht insbesondere auf eine entsprechende Verminderung beim Kohlebergbau zurück. Der Anstieg des Einsatzes von Erzen und deren Erzeugnissen in Höhe von über 5 Mill. t verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf den Bereich Metallerzeugung und das übrige Produzierende Gewerbe. Der Anstieg beim übrigen Produzierenden Gewerbe spiegelt die Tendenz wider, dass nicht nur metallische Rohstoffe, die weit überwiegend in der Metallerzeugung zum Einsatz kommen, sondern zunehmend auch metallische Halb- und Fertigwaren importiert wurden, die als Vorleistungen in nachgelagerten Produktionsstufen Verwendung finden.

4.2 Intensität der Verwendung von Primärmaterial

Schaubild 5 zeigt die Intensität der Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen. Die Primärmaterialintensität ist definiert als das Verhältnis der verwendeten

Schaubild 5

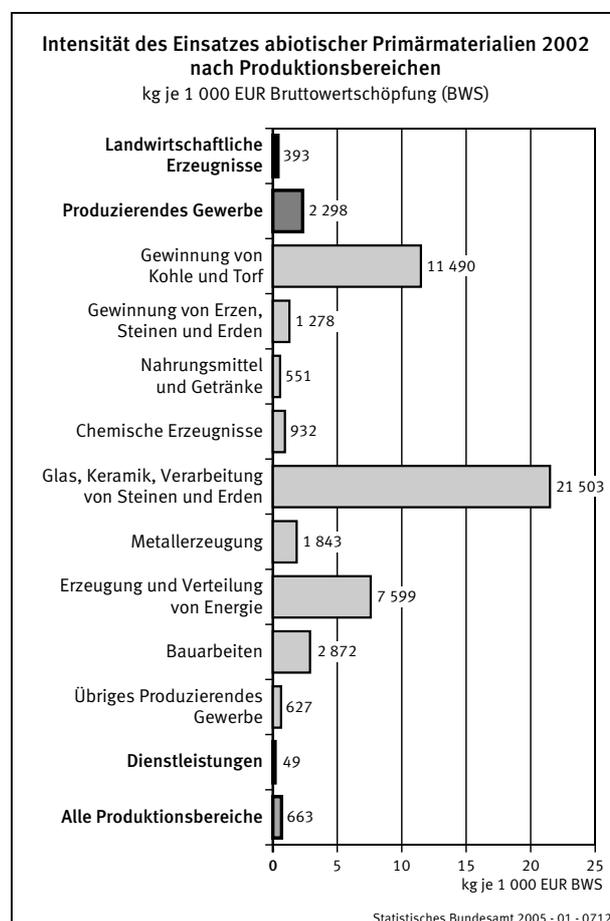


Tabelle 3: Intensität des Einsatzes abiotischer Primärmaterialien nach zusammengefassten Materialkategorien und Produktionsbereichen
Verwendung von Primärmaterial je Einheit Bruttowertschöpfung

2002

Produktionsbereiche und Konsum der privaten Haushalte	Insgesamt		Energieträger und ihre Erzeugnisse ¹⁾		Erze und ihre Erzeugnisse ¹⁾		Sonstige mineralische Rohstoffe und ihre Erzeugnisse ¹⁾	
	kg je 1 000 EUR	Veränderung gegenüber 1995 in %	kg je 1 000 EUR	Veränderung gegenüber 1995 in %	kg je 1 000 EUR	Veränderung gegenüber 1995 in %	kg je 1 000 EUR	Veränderung gegenüber 1995 in %
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	392,7	-22,8	29,1	-3,2	2,2	-12,2	312,8	-24,5
Erzeugnisse des Produzierenden								
Gewerbes insgesamt	2 297,7	-6,1	820,9	-0,2	163,6	+11,3	1 249,1	-12,4
Gewinnung von Kohle und Torf	11 490,1	+103,0	11 336,0	+102,0	65,1	+271,5	30,9	+81,1
Gewinnung von Erzen, Steinen und Erden	1 277,9	-19,8	121,4	-31,9	8,3	-19,1	1 124,4	-18,9
Nahrungsmittel und Getränke	551,3	+26,1	94,8	+28,4	3,5	+4,4	443,3	+26,3
Chemische Erzeugnisse	932,2	-1,9	342,5	-12,8	23,8	-10,4	275,2	-3,2
Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	21 502,6	-4,7	292,5	+4,8	27,7	+14,4	21 161,8	-4,8
Metallerzeugung	1 843,2	+1,9	183,5	+15,9	13 18,0	+3,8	317,4	-12,4
Erzeugung und Verteilung von Energie ...	7 599,0	-6,6	7 540,8	-6,2	3,7	+35,9	52,1	-44,7
Bauarbeiten	2 872,1	+11,8	12,3	+45,4	13,6	-0,6	2 836,7	+11,7
Übriges Produzierendes Gewerbe	626,6	-2,0	503,0	-4,4	48,9	+20,7	9,5	-33,0
Dienstleistungen	49,2	-38,0	14,9	-11,4	0,5	-11,3	32,4	-46,3
Alle Produktionsbereiche	662,5	-20,1	233,3	-13,7	44,7	-4,2	365,5	-26,1

1) Ohne nicht zugeordnete Materialien.

Menge an Material eines Produktionsbereiches zu seiner Bruttowertschöpfung. Der Rohstoffindikator der Nachhaltigkeitsstrategie ist als gesamtwirtschaftliche Produktivität definiert. Die Produktivität stellt rechnerisch den Kehrwert der Intensität dar. Beide Indikatoren sind gleichermaßen zur Darstellung von Effizienzentwicklungen geeignet.

Die Primärmaterialintensität ist in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Im Durchschnitt aller Produktionsbereiche lag die Intensität im Jahr 2002 bei 663 kg je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung. Weit unterdurchschnittlich war die Intensität für die Dienstleistungsbereiche mit 49 kg je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung. Der Durchschnittswert für das Produzierende Gewerbe belief sich auf 2 298 kg je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes waren wiederum einzelne Bereiche extrem primärmaterialintensiv. Dazu zählen der Kohlebergbau (11 490 kg je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung), der Bereich „Gewinnung von Erzen, Steinen und Erden“ (1 278 kg je 1 000 Euro), der Bereich „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (21 503 kg je 1 000 Euro), die „Metallerzeugung“ (1 843 kg je 1 000 Euro), die „Erzeugung und Verteilung von Energie“ (7 599 kg je 1 000 Euro) und die „Bauarbeiten“ (2 872 kg je 1 000 Euro). Die in Tabelle 3 gezeigte Untergliederung der Primärmaterialintensität nach Materialkategorien verdeutlicht, dass der Kohlebergbau und die Elektrizitätserzeugung sehr energieintensiv sind. Der Bereich Metallerzeugung weist eine besonders hohe Intensität beim Einsatz von Erzen auf und die Intensität des Einsatzes von sonstigen Mineralien ist vor allem in den Bereichen „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ und im Baugewerbe hoch.

Die Entwicklung der Primärmaterialintensität in den einzelnen Branchen war im Analysezeitraum 1995 bis 2002 uneinheitlich (siehe Schaubild 6). Im Durchschnitt aller Produktionsbereiche verminderte sich die Intensität um 20%. Unter den Bereichen mit einem hohen Anteil am gesamt-

wirtschaftlichen Primärmaterialverbrauch konnten die Bereiche „Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (-4,7%) und „Erzeugung und Verteilung von Energie“ (-6,6%) ihre Intensität vermindern, während sich bei

Schaubild 6

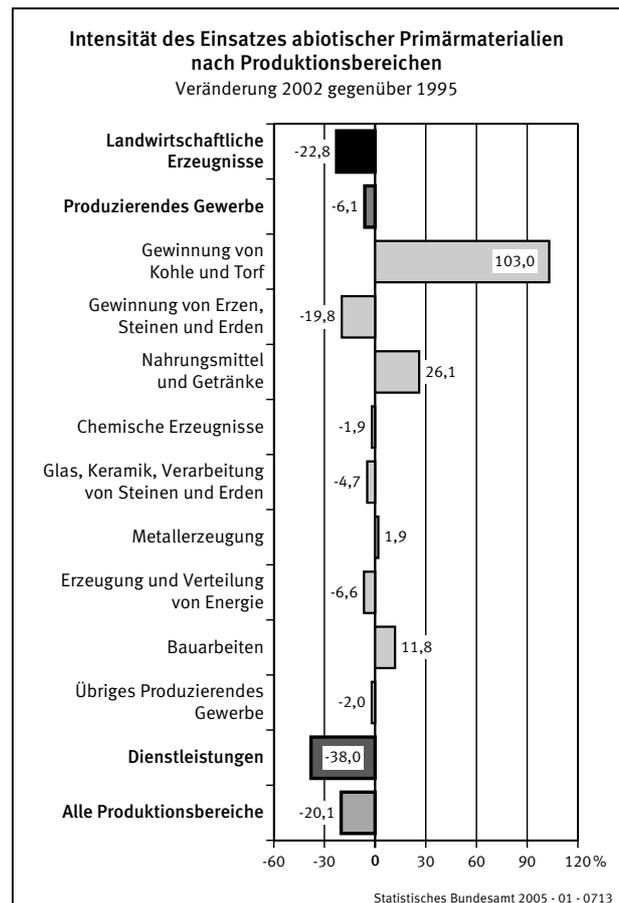
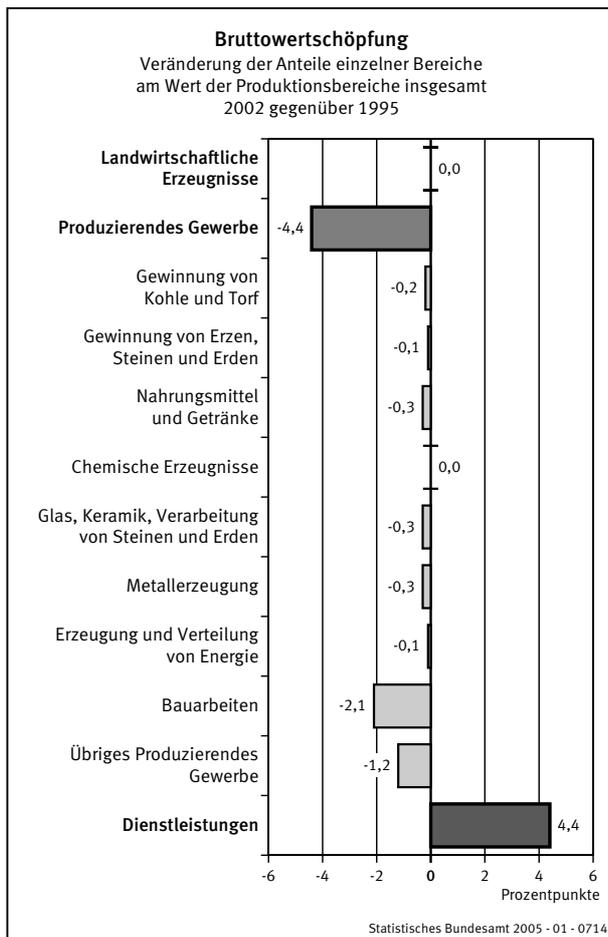


Schaubild 7



den Bereichen „Metallerzeugung“ (1,9%) und „Bauarbeiten“ (11,8%) ein Anstieg ergab.

Wie wir gesehen haben, ist die Primärmaterialintensität der einzelnen Produktionsbereiche extrem unterschiedlich. Es ist daher zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Primärmaterialintensität bzw. der Primärmaterialproduktivität, neben der Intensitätsentwicklung in den einzelnen Branchen, auch durch die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur mit beeinflusst wird. In Schaubild 7 ist der wirtschaftliche Strukturwandel dargestellt.

Es zeigt sich, dass der Anteil der wenig materialintensiven Dienstleistungen sich im Betrachtungszeitraum erheblich erhöht hat, während der Anteil des materialintensiven Produzierenden Gewerbes entsprechend zurückgegangen ist. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes wies insbesondere das Baugewerbe einen deutlich überdurchschnittlichen Rückgang auf, wobei die Baubranche eine hohe Intensität des Einsatzes an sonstigen Mineralien zu verzeichnen hat. Bei den Bereichen, die besonders energieintensiv sind, ist die Entwicklung unterschiedlich. Der Anteil des Bereichs Elektrizitätserzeugung ging nur leicht zurück, der Bereich der „Chemischen Erzeugnisse“ konnte seinen Anteil in etwa

halten. Der Anteil des Bereichs Metallerzeugung, der rund 80% aller metallischen Primärmaterialien einsetzt, ging nur leicht zurück.

4.3 Dekompositionsanalyse

Mit Hilfe des mathematischen Instruments der Dekompositionsanalyse lassen sich die oben angesprochenen Einflüsse der Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Entwicklung des Primärmaterialverbrauchs bzw. der Primärmaterialintensität näher abschätzen. Dieses Analyseinstrument erlaubt es, die Auswirkungen von Veränderungen einzelner Einflussfaktoren auf eine beobachtete Gesamtentwicklung zu beschreiben. Es zerlegt dabei die gesamte Änderung einer Variablen im Zeitablauf in die Summe der Effekte einzelner Einflussfaktoren.¹²⁾ In unserem Fall ist diese abhängige Variable die Verwendung von Primärmaterial. Jeder einzelne Effekt beschreibt, wie sich die Primärmaterialverwendung bei ausschließlicher Änderung des betreffenden Faktors entwickelt hätte. Dabei können die Einzeleffekte durchaus ein unterschiedliches Vorzeichen haben: Der negative Effekt eines Faktors kann durch den positiven Effekt der übrigen Faktoren kompensiert werden. Bei der Interpretation der Resultate muss den Grenzen einer derartigen Analyse Rechnung getragen werden. So sind beispielsweise die in die Analyse einbezogenen Einflussfaktoren extern vorgegeben, und es wird unterstellt, dass sich die einzelnen Faktoren gegenseitig nicht beeinflussen.

In der folgenden Analyse wurde ausschließlich die Entwicklung der Verwendung von Primärmaterial durch die Produktionsbereiche untersucht. Der geringe Anteil des Konsums der privaten Haushalte von rund 3% an der gesamten Verwendung von Primärmaterial bleibt unberücksichtigt.

Es wurde nach drei Einflussfaktoren differenziert:

- Materialintensität der einzelnen homogenen Produktionsbereiche als Maß für die Effizienz der Verwendung von Primärprodukten,
- Wirtschaftsstruktur, ausgedrückt durch den produktionsbereichsspezifischen prozentualen Anteil der Bruttowertschöpfung an der Gesamtwertschöpfung und
- wirtschaftliche Entwicklung, dargestellt als Entwicklung der Summe der Bruttowertschöpfung aller Produktionsbereiche.

Insbesondere die Unterscheidung zwischen Primärmaterialintensität (Effizienz) und Wirtschaftsstruktur ermöglicht Aussagen über die Ursache der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Primärmaterialintensität. In welchem Ausmaß lässt sich aus makroökonomischer Sicht eine beobachtete abnehmende gesamtwirtschaftliche Primärmaterialintensität auf einen Rückgang der Intensität einzelner Branchen (das würde bedeuten: steigende Effizienz) einerseits bzw. einen Strukturwandel hin zu Produktionsbereichen mit geringerer Primärmaterialintensität andererseits zurückführen?

12) Siehe Seibel, S.: "Decomposition analysis of carbon dioxide-emission changes in Germany – conceptual framework and empirical results", European Commission (Hrsg.), Working papers and studies, 2003, Theme 2 Economy and finance, S. 30 ff. Download unter: www.destatis.de/download/d/veroe/fach_voe/dekomposition.pdf (Stand: 6. Juli 2005).

Schaubild 8

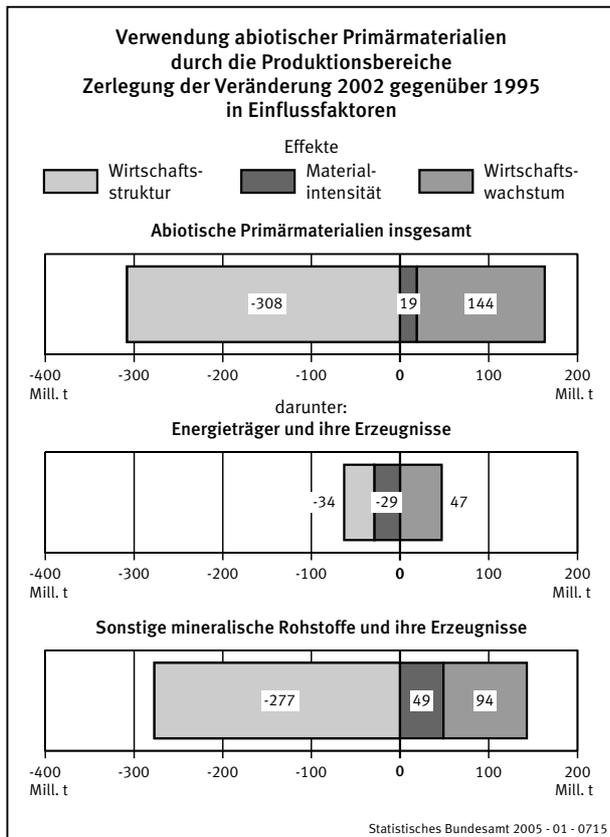


Schaubild 8 zeigt die Analyseergebnisse für die abiotischen Primärmaterialien insgesamt sowie für die Kategorien „Energieträger und deren Erzeugnisse“ und „sonstige mineralische Rohstoffe und deren Erzeugnisse“. Zwischen 1995 und 2002 reduzierte sich der Einsatz von Primärmaterialien für alle Produktionsbereiche um 145 Mill. t. Die rechnerische Zerlegung dieser Gesamtentwicklung in die genannten drei Komponenten ergibt, dass sowohl der Wachstumseffekt mit + 144 Mill. t als auch der Intensitätseffekt mit + 19 Mill. t einen erhöhenden Einfluss auf den Primärmaterialverbrauch ausgeübt haben. Diese beiden Effekte wurden allerdings weit überkompensiert durch einen verminderten Struktureffekt (– 308 Mill. t).

Bemerkenswert ist, dass die positiv zu wertende Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Intensität des Primärmaterialeinsatzes ausschließlich auf einen Strukturwandel hin zu weniger materialintensiven Branchen zurückzuführen ist. Der auf die einzelnen Bereiche bezogene Intensitätseffekt hatte demgegenüber eine entgegengerichtete Tendenz, das heißt im Durchschnitt aller Branchen wurde zunehmend weniger effizient mit der Ressource Primärmaterial umgegangen.

Dieses Ergebnis für den Faktor „Rohstoffe“ unterscheidet sich damit deutlich vom Bild für den Faktor Arbeit. Der zu

beobachtende relativ stetige Anstieg der Arbeitsproduktivität wird nämlich auch durch eine entsprechende Zunahme der Arbeitsproduktivität bzw. Abnahme der Arbeitsintensität in den einzelnen Branchen gespeist. Eine wesentliche Triebkraft für die Zunahme der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Branchen bilden, neben dem eher autonomen technischen Fortschritt als Ergebnis der Akkumulation von Wissen, insbesondere die normalerweise steigenden Real-löhne, die den zunehmenden Einsatz arbeitssparender Produktionsverfahren begünstigen. Bei den Primärmaterialien scheint eine derartige „Preispeitsche“, zumindest im Durchschnitt aller Primärmaterialien und Branchen, nicht hinreichend wirksam zu sein.¹³⁾ Dies führt zu einer „Übernutzung“ der auf längere Sicht eigentlich knappen, weil nicht erneuerbaren Ressource Primärmaterial sowie zu einem Anstieg der damit verbundenen Umweltbelastungen, während zugleich eine „Unternutzung“ des gegenwärtig im Überfluss vorhandenen Faktors Arbeit festgestellt werden kann.

Ein unterschiedliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Unterkategorien „Energieträger und ihre Erzeugnisse“ und „sonstige mineralische Rohstoffe und ihre Erzeugnisse“. Bei den Energieträgern zeigt sich im Beobachtungszeitraum, wie beim Faktor Arbeit, ein negativer Intensitätseffekt. Das heißt die „Preispeitsche“ hat hier in gewissem Umfang gewirkt, wenngleich der Produktivitätsfortschritt beim Faktor Energie, gemessen an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, noch nicht ausreichend war.¹⁴⁾ Der Struktureffekt wirkte bei den Energieträgern ebenfalls produktivitätssteigernd. Insgesamt bewirkten der Struktureffekt und der Intensitätseffekt zusammen rechnerisch eine Verminderung des gesamt-wirtschaftlichen Energieträgereinsatzes um 63 Mill. t und übertrafen damit den Wachstumseffekt von 47 Mill. t, sodass sich insgesamt eine Senkung des Energieträgereinsatzes um 16 Mill. t ergab.

Die Verwendung der mineralischen Primärmaterialien und ihrer Erzeugnisse wurde um 134 Mill. t reduziert. Größe und Richtung der drei Einflussfaktoren ähneln den entsprechenden Effekten beim gesamten Primärmaterialeinsatz. Allerdings war der Intensitätseffekt mit + 49 Mill. t sogar noch deutlich stärker ausgebildet. Dominiert wurde die Entwicklung jedoch auch hier von einem erheblichen Struktureffekt (– 277 Mill. t), der auf die allgemein zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft zurückgeht, in den letzten Jahren aber insbesondere durch den erheblichen Einbruch bei der sehr materialintensiven Bauproduktion (siehe Schaubild 7) geprägt wurde. Der Wachstumseffekt belief sich auf 94 Mill. t.

5 Ausblick

Die Aufkommens- und Verwendungstabellen des hier präsentierten Moduls „Primärmaterialflussrechnungen“ können als Ausgangspunkt für weitere Analysen der Stoffströme

13) Wie Schaubild 6 und Tabelle 3 zeigen, ist es in einzelnen Branchen durchaus zu Intensitätsminderungen gekommen.

14) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Verkehr und Umwelt“, Bericht zur gemeinsamen Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes und des Umweltbundesamtes am 2. November 2004, S. 7 ff.

im Wirtschaftssystem dienen. Besondere Bedeutung haben dabei die produktbereichsdifferenzierten Analysen sowie solche hinsichtlich indirekter Materialflüsse. Dazu sind für die Zukunft folgende Arbeiten geplant:

- Erweiterung des Datenangebots um die Darstellung der Verwendung der biotischen Materialien: Da es primäres Ziel des hier vorgestellten Projektes war, den Rohstoffindikator der Nachhaltigkeitsstrategie zu unterlegen, dort aber die biotischen Materialien nicht einbezogen sind, wurden die Anstrengungen zunächst auf die abiotischen Materialien konzentriert. Die Nutzung biotischer Rohstoffe ist aber ebenfalls von erheblicher Umweltrelevanz. Eine besondere Rolle spielen in Deutschland in diesem Zusammenhang die land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse. Aus diesem Grunde wird im Rahmen der UGR derzeit an der Entwicklung der sektoralen Berichtsmodulle Landwirtschaft¹⁵⁾ (in Kooperation mit der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig) und Forstwirtschaft¹⁶⁾ (in Kooperation mit der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft Hamburg) gearbeitet. Es ist vorgesehen, dass diese Module nicht nur Daten zu den genannten Stoffströmen liefern, sondern die umweltökonomischen Verhältnisse für diese Themenbereiche in umfassender Weise abbilden.
- Weitergehende Auswertung der Außenhandelsdaten: Bei den hier vorgestellten Angaben zum Aufkommen und zur Verwendung von Primärmaterial konnten einige Halb- und Fertigwaren bislang noch keiner der Hauptmaterialkategorien zugeordnet werden. Sie wurden deshalb der Position „nicht zugeordnete importierte Materialien“ zugerechnet. Durch eine detaillierte Auswertung aller rund 14 000 Warengruppen der Außenhandelsstatistik sollen diese Materialien ebenfalls einer (vorwiegenden) Materialkategorie zugeordnet werden. Die bereits erfolgte Zuordnung der übrigen Materialien soll darüber hinaus verbessert werden. Dadurch werden beispielsweise die Analysemöglichkeiten bezüglich bestimmter Substitutionseffekte (Import von Halb- und Fertigwaren anstelle von Rohstoffen) in einer Differenzierung nach Materialkategorien verbessert.
- Berechnung indirekter Effekte: Aus analyseseitiger Sicht lässt die Berechnung so genannter indirekter Effekte weitere interessante Erkenntnisse erwarten. Insbesondere können damit, wie eingangs bereits erwähnt, so genannte Rohstoffäquivalente für Importe oder Exporte geschätzt werden. Die Darstellung in Rohstoffäquivalenten ordnet die Materialverluste bei der Produktion der importierten und entsprechend auch der exportierten Güter, die nach dem oben dargestellten Ansatz dem Herstellungsland angerechnet werden, der verwendenden Ökonomie zu. Mit diesem erweiterten Ansatz lassen sich insbesondere Umwelteffekte der Außenhandelsaktivitäten besser beschreiben. Das Verfahren zur Berechnung indirekter Effekte basiert, wie in Abschnitt 1.1 bereits

erwähnt, auf einer Kombination der physischen Angaben aus der Primärmaterialflussrechnung mit den monetären Input-Output-Tabellen. Ein solches Verfahren wird für andere Teile der Materialflussrechnungen (z. B. Energie, Luftemissionen) bereits erfolgreich angewandt. Für eine Übertragung dieses Ansatzes auf den Faktor Primärmaterial sind aber noch eine Reihe von methodischen Arbeiten durchzuführen. [u](#)

15) Ein erster Zwischenbericht wurde bereits veröffentlicht, siehe <http://www.destatis.de/allg/d/veroe/berichtsmodullawi.htm> (Stand: 6. Juli 2005).

16) Primäres Ziel dieses Projektes ist es, Daten für die im Rahmen einer Eurostat Task-Force entwickelten Standardtabellen bereitzustellen. Erste Ergebnisse wurden bereits im Rahmen einer Pressemitteilung und durch Eurostat veröffentlicht, siehe <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p1890112.htm> (Stand: 6. Juli 2005).

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

Preise im Juni 2005

Im Juni 2005 stiegen die Preise im Vorjahresvergleich auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen. Im Vergleich zum Juni 2004 erhöhten sich die industriellen Erzeugerpreise um 4,6% (Mai 2005 gegenüber Mai 2004: +4,1%), die Großhandelsverkaufspreise um 2,2% (Mai 2005: +1,7%). Die Einzelhandelspreise lagen um 0,5% (Mai 2005: +0,3%) und der Index der Verbraucherpreise um 1,8% über dem Niveau des Vorjahres (Mai 2005: +1,7%).

Auch im Vormonatsvergleich zogen die Preise auf den unterschiedlichen Wirtschaftsstufen an. Die industriellen Erzeugerpreise erhöhten sich gegenüber Mai 2005 um 0,5%, die Großhandelsverkaufspreise um 0,3%. Der Index der Einzelhandelspreise und der Verbraucherpreisindex lagen um 0,1% über dem Niveau des Vormonats.

Nachdem im Mai 2005 eine kurzzeitige Beruhigung der Preisentwicklung bei Mineralölerzeugnissen zu beobachten war, stiegen die Preise im Juni wieder kräftig an und beeinflussten sowohl den Index der Erzeugerpreise als auch den Verbraucherpreisindex deutlich.

Im Erzeugerbereich stiegen die Preise für Mineralölerzeugnisse im Vergleich zum Vormonat um 6,9% und lagen um 17,8% über dem Niveau vom Juni 2004. Ohne Mineralölerzeugnisse stieg der Index der Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr um 4,0%.

Auch im Verbraucherpreisindex waren starke Preissteigerungen für Heizöl und Kraftstoffe zu beobachten: Im Vormonatsvergleich stiegen die Preise um 4,1%, gegenüber Juni 2004 um 12,5%. Ohne Heizöl und Kraftstoffe lag die Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex im Vergleich zum

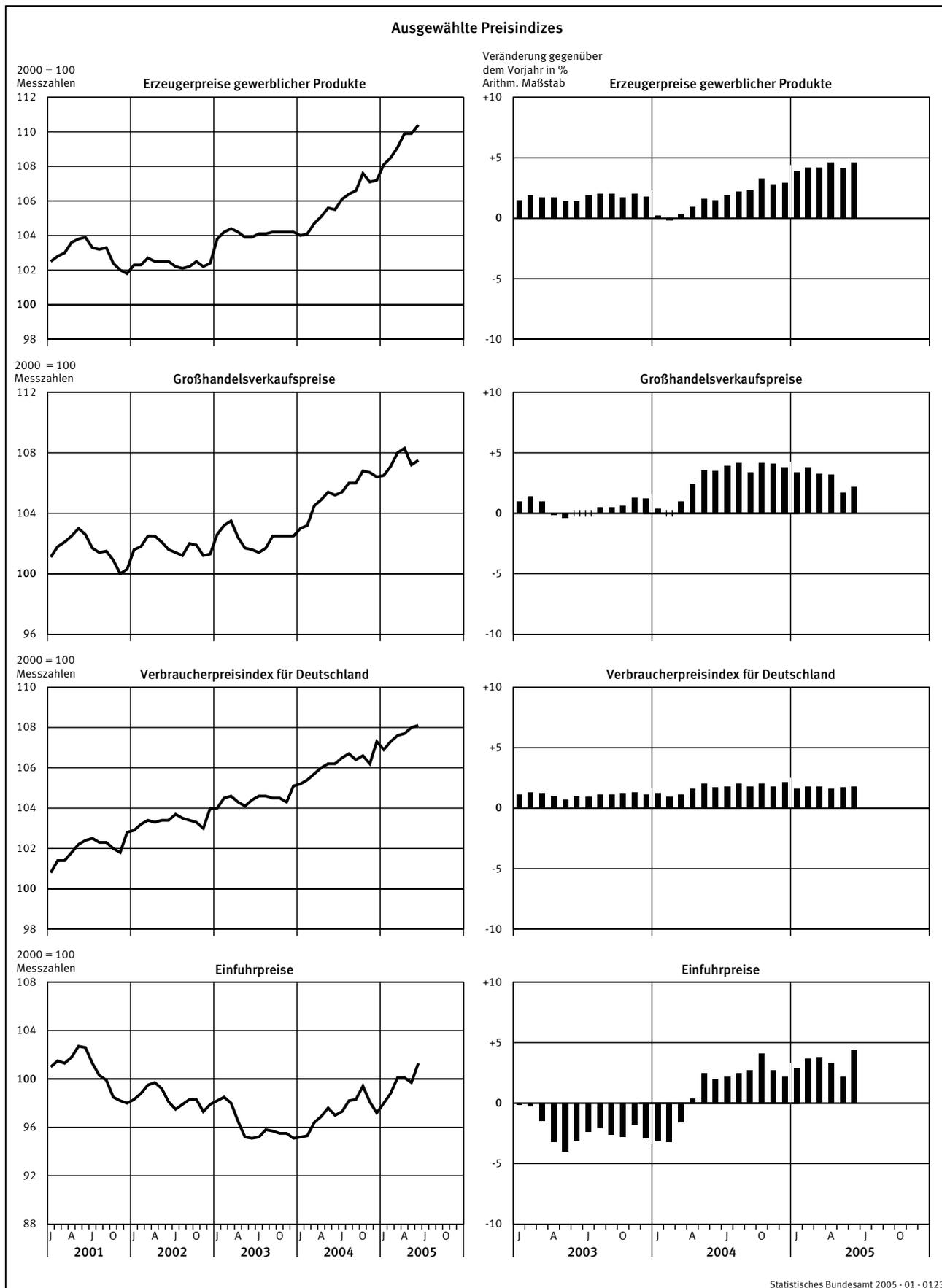
Vorjahresmonat bei 1,3%, im Vergleich zum Mai 2005 veränderten sich die Preise der sonstigen Positionen im Verbraucherpreisindex im Durchschnitt nicht.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Juni 2005 um 4,6% höher als im Juni 2004. Im Mai und im April 2005 hatte die Jahresveränderungsrate bei +4,1 bzw. +4,6% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Juni 2005 um 0,5% gestiegen.

Unter den Mineralölerzeugnissen verteuerte sich leichtes Heizöl gegenüber Mai 2005 besonders stark (+22,3%); für dieses waren im Juni 2005 50,9% mehr zu zahlen als vor Jahresfrist. Bei anderen Mineralölerzeugnissen wurden folgende Jahresteuersraten festgestellt: Kraftstoffe +12,3% (darunter: Benzin +6,6%, Dieseldieselkraftstoff +19,5%), schweres Heizöl +27,6%, Flüssiggas +13,3%.

	Veränderungen Juni 2005 gegenüber	
	Mai 2005	Juni 2004
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+0,5	+4,6
ohne Mineralölerzeugnisse	+0,2	+4,0
Mineralölerzeugnisse	+6,9	+17,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+0,3	+2,2
Index der Einzelhandelspreise	+0,1	+0,5
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+0,1	+1,8
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+1,3
Heizöl und Kraftstoffe	+4,1	+12,5
ohne Saisonwaren	-	+1,5
Saisonwaren	+3,1	+11,0

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2000 D	100,0	100,0	100,0	100,0
2001 D	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2004 Mai	105,6	105,4	102,7	106,2
Juni	105,5	105,2	102,6	106,2
Juli	106,1	105,4	102,4	106,5
Aug.	106,4	106,0	102,2	106,7
Sept. ...	106,6	106,0	102,1	106,4
Okt.	107,6	106,8	102,3	106,6
Nov.	107,1	106,7	102,1	106,2
Dez.	107,2	106,4	102,4	107,3
2005 Jan. ...	108,1	106,5	102,3	106,9
Febr. ...	108,5	107,1	102,5	107,3
März ..	109,1	108,0	102,9	107,6
April ...	109,9	108,3	103,0	107,7
Mai	109,9	107,2	103,0	108,0
Juni	110,4	107,5	103,1	108,1
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2004 Mai	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
Juni	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-
Juli	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Aug.	+ 0,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2
Sept. ...	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3
Okt.	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2
Nov.	- 0,5	- 0,1	- 0,2	- 0,4
Dez.	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 1,0
2005 Jan. ...	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,4
Febr. ...	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4
März ..	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3
April ...	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Mai	-	- 1,0	-	+ 0,3
Juni	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2000 D	+ 3,1	+ 4,9	+ 0,1	+ 1,4
2001 D	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0
2002 D	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2004 Mai	+ 1,6	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,0
Juni	+ 1,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,7
Juli	+ 1,9	+ 3,9	+ 0,5	+ 1,8
Aug.	+ 2,2	+ 4,2	+ 0,5	+ 2,0
Sept. ...	+ 2,3	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,8
Okt.	+ 3,3	+ 4,2	+ 0,2	+ 2,0
Nov.	+ 2,8	+ 4,1	-	+ 1,8
Dez.	+ 2,9	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,1
2005 Jan. ...	+ 3,9	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,6
Febr. ...	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 1,8
März ..	+ 4,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8
April ...	+ 4,6	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,6
Mai	+ 4,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,7
Juni	+ 4,6	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,8

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Bei anderen Energieträgern gab es folgende Preisveränderungen: Erdöl aus inländischer Förderung war um 48,2% teurer als im Juni 2004, Erdgas um 20,9%, Kohle um 14,9%, Strom um 7,7% und Fernwärme um 7,6%. Ohne Energie ist der Erzeugerpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 2,0% gestiegen.

Bei Stahl hielt die seit April zu beobachtende Tendenz leicht sinkender Preise auch im Juni weiter an. Walzstahl verbilligte sich im Juni 2005 gegenüber Mai um durchschnittlich

1,9%, ist aber immer noch deutlich teurer als im Juni des Vorjahres (+ 18,2%).

Weitere überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im Juni 2005 bei folgenden Gütern: Behälter aus Eisen oder Stahl (+ 24,1%), Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+ 21,3%), Kupfer und Kupferhalbzeug (+ 18,5%), synthetischer Kautschuk (+ 16,6%), Rohre aus Eisen oder Stahl (+ 15,9%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (+ 14,4%), Edelmetalle und Halbzeug daraus (+ 13,6%), Kaffee (+ 12,6%), Tabakerzeugnisse (+ 11,0%), Polyethylen (+ 10,6%), Stahlgießereierzeugnisse (+ 8,6%), Dampfkessel (+ 8,5%), Gipszeugnisse für den Bau (+ 7,9%), Rindfleisch (+ 7,8%), Maschinen für die Metallerzeugung (+ 7,8%), Verpackungsmittel aus Kunststoffen (+ 6,5%), Brillen und Brillengläser (+ 6,5%), Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse (+ 6,4%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 5,9%), Bergwerksmaschinen (+ 6,0%), Spanplatten (+ 5,7%) sowie Schrauben, Nieten u. Ä. (+ 5,6%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Juni 2005 unter anderem: elektronische Bauelemente (- 21,6%, darunter: elektronisch integrierte Schaltungen - 36,4%), Drahtwaren (- 21,2%), Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (- 19,0%), Futtermittel für Nutztiere (- 15,7%), nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (- 13,7%), Mahl- und Schälmlenerzeugnisse (- 6,2%) sowie pflanzliche und tierische Öle und Fette (- 5,1%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im Juni 2005 um 2,2% über dem Vorjahresstand. Im Mai 2005 bzw. im April 2005 hatten die Jahresveränderungsraten + 1,7 bzw. + 3,2% betragen. Gegenüber Mai 2005 stieg der Großhandelspreisindex um 0,3%.

Besonders stark stiegen gegenüber Juni 2004 unter anderem die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 15,9% nach + 8,9% im Mai 2005). Auch beim Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisenmetallen und Halbzeug wurden die Waren - wie schon in den Vormonaten - im Vorjahresvergleich teurer verkauft. Die Steigerungsrate lag für den Juni 2005 bei 2,8% nach 7,3% im Mai 2005 und setzte damit ihre seit Januar 2005 (+ 29,9%) rückläufige Entwicklung weiter fort. Tabakwaren waren auf Großhandelsebene im Juni 2005 ebenfalls teurer (+ 8,3% nach + 9,0% im Mai und + 13,8% im April 2005). Dagegen ermäßigten sich im Vorjahresvergleich die Preise im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (- 12,4% nach - 19,7% im Mai und - 21,8% im April

	Veränderungen Juni 2005 gegenüber	
	Mai 2005	Juni 2004
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	+ 1,3	- 4,8
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	- 0,6	+ 1,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	- 0,1
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+ 0,9	+ 7,6
Maschinen und Zubehör	- 0,2	- 5,6
Sonstiger Großhandel	+ 0,4	+ 1,2

2005) und im Großhandel mit Büromaschinen (– 13,5% nach – 14,4% im Mai und – 14,7% im April 2005).

Im Vormonatsvergleich besonders stark stiegen im Juni 2005 die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 4,6% nach – 4,2% im Mai 2005). Dagegen fielen saisonbedingt die Preise im Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln (– 3,7%).

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland folgende größere Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

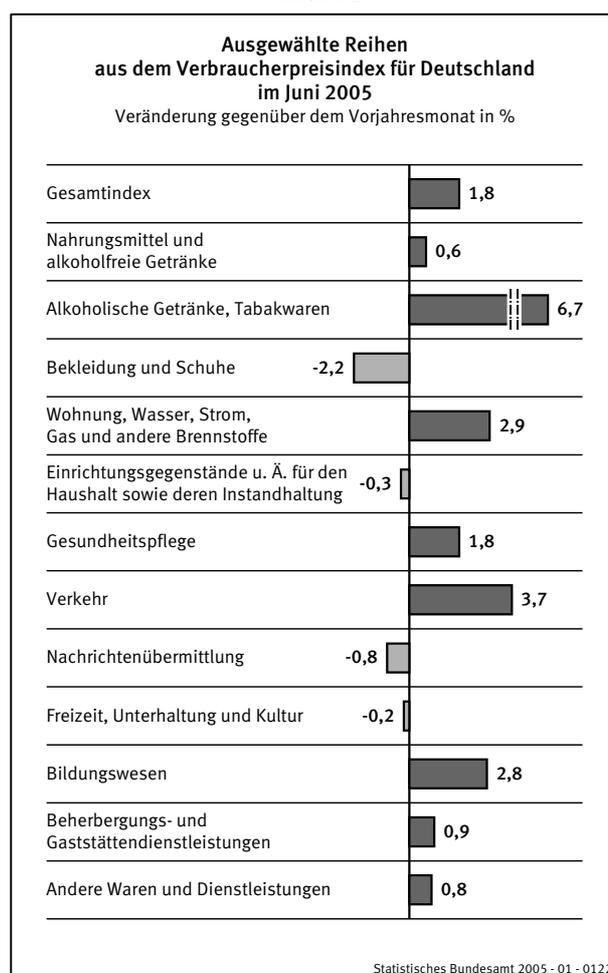
	Veränderungen Juni 2005 gegenüber	
	Mai 2005	Juni 2004
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Leichtes Heizöl	+22,3	+50,9
Rohöl (Inlandsförderung)	+10,9	+48,2
Schweres Heizöl	+2,6	+27,6
Behälter aus Eisen oder Stahl	–0,3	+24,1
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+0,5	+21,3
Erdgas	+0,8	+20,9
Dieselmotoren	+6,4	+19,5
Kupfer und Kupferhalbzeug	+7,5	+18,5
Walzstahl	–1,9	+18,2
Synthetischer Kautschuk	+0,2	+16,6
Rohre aus Eisen oder Stahl	+0,5	+15,9
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien ..	+0,3	+14,4
Edelmetalle und Halbzeug daraus	+7,0	+13,6
Flüssiggas	–1,8	+13,3
Kaffee	+3,2	+12,6
Tabakerzeugnisse	–	+11,0
Polyethylen	–3,5	+10,6
Stahlgießereierzeugnisse	+0,4	+8,6
Dampfkessel	–	+8,5
Gipszeugnisse für den Bau	–0,4	+7,9
Rindfleisch	–1,5	+7,8
Maschinen für die Metallherzeugung	–	+7,8
Elektrischer Strom	+1,2	+7,7
Fernwärme mit Dampf und Warmwasser	+0,2	+7,6
Benzin	+2,6	+6,6
Verpackungsmittel aus Kunststoffen	+0,1	+6,5
Brillen und Brillengläser	+0,9	+6,5
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	–0,2	+6,4
Bergwerksmaschinen	–	+6,0
Organische Grundstoffe und Chemikalien	–1,3	+5,9
Spanplatten	–1,0	+5,7
Schrauben, Nieten u. Ä.	+0,1	+5,6
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	+2,3	–5,1
Mahl- und Schälmlenerzeugnisse	+0,2	–6,2
Nachrichtentechnische Geräte und		
Einrichtungen	–0,9	–13,7
Futtermittel für Nutztiere	–1,2	–15,7
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	–1,3	–19,0
Drahtwaren	–3,4	–21,2
Elektronische Bauelemente	–0,5	–21,6
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Festen Brennstoffen und		
Mineralölerzeugnissen	+4,6	+15,9
Tabakwaren	–	+8,3
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	–1,4	+2,8
Obst, Gemüse und Kartoffeln	–3,7	–1,6
Getreide, Saaten und Futtermitteln	–0,1	–12,4
Büromaschinen	–0,4	–13,5

Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im Juni 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,5%. Im Mai 2005 lag die Jahresteuersatzrate bei +0,3%, im April 2005

bei +0,5%. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index der Einzelhandelspreise um 0,1%.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* ist im Juni 2005 gegenüber Juni 2004 um 1,8% gestiegen. Im Mai und April 2005 hatten die Jahresveränderungsraten bei +1,7 bzw. +1,6% gelegen. Im Vergleich zum Mai 2005 erhöhte sich der Index um 0,1%.

Schaubild 2



Die Preise für Mineralölprodukte wirkten sich im Juni 2005 (wie seit April 2004) preistreibend auf die Jahresteuersatzrate aus. Vor allem leichtes Heizöl verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich um 40,8%. Eine ähnlich hohe Teuerungsrate für Heizöl wurde zuletzt im Oktober 2004 festgestellt (+ 40,5% gegenüber Oktober 2003). Kraftstoffe kosteten im Juni 2005 7,0% mehr als im Juni 2004, darunter Dieselmotoren +16,0% (Jahreshöchststand). Auch die Preise für Haushaltsenergie lagen deutlich höher als ein Jahr zuvor (Strom: +4,4%; Gas: +8,6% und Zentralheizung, Fernwärme: +13,8%). Im kurzfristigen Vergleich stiegen insbesondere die Preise für leichtes Heizöl (+ 12,9% zum Vormonat) und Kraftstoffe (+ 2,1%) spürbar an.

Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um 0,3%. Teurer wurde insbesondere Obst (+4,0%, darunter Bananen: +20,0% und Weintrauben: +5,6%). Günstiger wurden Molkereiprodukte und Eier

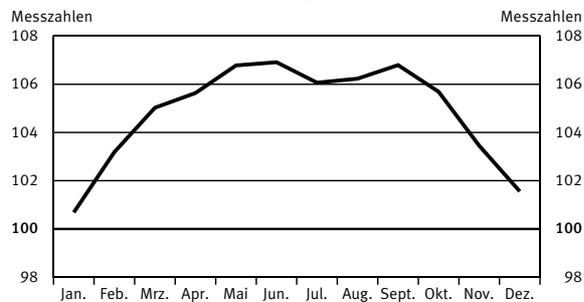
Sommerpreise bei Benzin

Auch in diesem Jahr hat mit Beginn der Reisezeit in den Vereinigten Staaten der Benzin- den Rohölpreis hinter sich gelassen. Besonders zur Reisezeit sind die Vereinigten Staaten auf Benzinimporte, u. a. aus Europa, angewiesen, weil die eigenen Raffineriekapazitäten nicht ausreichen, den Bedarf zu decken.

Das hat zur Folge, dass auch in Europa die Tankstellenpreise steigen: Die Knappheit an Benzin in den Vereinigten Staaten lässt die Großhandels- und Verbraucherpreise dort steigen, was für die Raffineure in Europa den Anreiz erzeugt, ihre Ölprodukte über den Atlantik zu schaffen. Damit wird auch in Deutschland die Preisspirale nach oben in Gang gesetzt (siehe hierzu auch Energie Informationsdienst GmbH: „Das Frühjahrsphänomen steigender Benzinpreise“, Hamburg 2005).

Im folgenden Schaubild ist der Jahresverlauf der deutschen Benzinpreise im mehrjährigen Mittel dargestellt. Deutlich zu erkennen ist das erst seit 2000 zu beobachtende Saisonmuster mit den „Preishöckern“ im Frühsommer und im September.

Entwicklung der Benzinpreise im Jahresverlauf im mehrjährigen Mittel¹⁾



1) Monatliche Durchschnittswerte der Verbraucherpreisindizes für Benzinprodukte (ohne Diesel) im Zeitraum Januar 2000 bis Dezember 2004. Die Hochpreisphasen fallen in den einzelnen Jahren teilweise auf unterschiedliche Monate. Der Indexstand 100 entspricht dem Benzinpreisniveau im Jahr 2000.

Statistisches Bundesamt 2005 - 01 - 0722

Mit der Globalisierung hat sich zunehmend ein Weltmarkt für weiterverarbeitete Ölprodukte entwickelt. Wichtige Lieferanten für den US-Ölmarkt sind heute neben der Karibik und Südamerika auch Europa. So exportierte Deutschland 2004 erstmals mehr Benzin, als es importierte. In der Tabelle sind die jährlichen Außenhandelsmengen für Benzin angegeben.

Das in Deutschland produzierte Benzin (2004 rund 25 Mill. Tonnen) wird jedoch zum weit überwiegenden Teil im Land selbst verbraucht.

Während die Produktion sich seit Jahren nur wenig ändert, ist der Absatz von Benzin an deutschen Tankstellen zwischen 2000 und 2004 um 15% gesunken. Einerseits ist das auf den Trend zum Dieselantrieb zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2005 hatten

Außenhandel und Produktion von Benzin
1 000 t

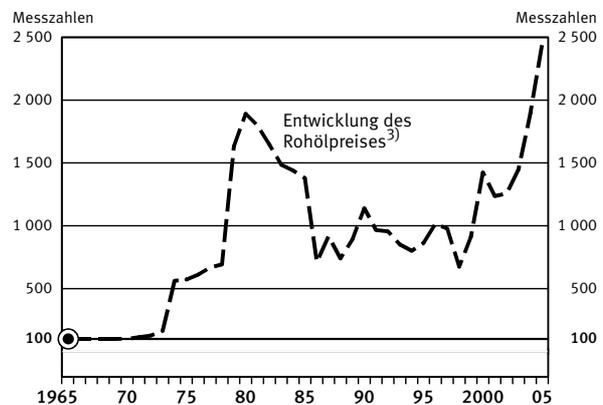
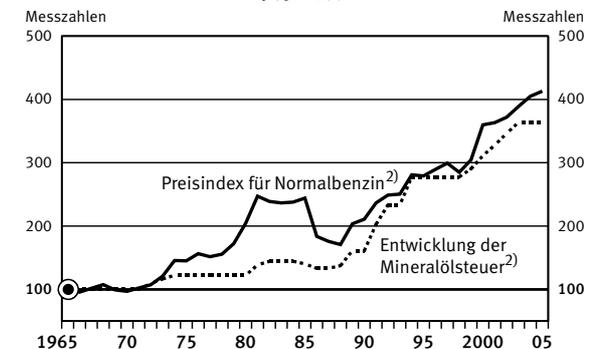
Jahr	Importe	Exporte	Differenz Sp. 2 - 1	Produktion ¹⁾
	1	2	3	
1996	6552	2429	-4123	24518
1997	7525	2368	-5158	24481
1998	8126	2513	-5613	25232
1999	6459	3266	-3194	25557
2000	7590	3207	-4383	25863
2001	6347	3362	-2984	24779
2002	5112	3239	-1873	24978
2003	4125	2981	-1144	24660
2004	3197	3756	+559	24936

1) 1996 ohne verbleites Benzin.

bereits etwa 42% der neu zugelassenen Pkws einen Dieselmotor. Andererseits nimmt auch der Kraftstoffabsatz insgesamt seit dem Jahr 2000 ab, was eine Folge der hohen Treibstoffpreise der letzten Jahre sein dürfte. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 war Normalbenzin um 18%, Diesel sogar um 33% teurer als im ersten Halbjahr 2000. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben die Haushalte auf die Preissteigerungen bei Kraftstoffen zum Teil mit einer leicht rückläufigen Fahrleistung reagiert. Deutlicher war allerdings die Ausweichreaktion auf das ausländische Angebot. Laut DIW hat der Tanktourismus in den letzten Jahren stark zugenommen (siehe Wochenbericht des DIW Berlin 41/04).

Für die Entwicklung der Benzinpreise in Deutschland spielen vor allem der Weltmarktpreis für Rohöl und die Mineralölsteuerbelastung eine Rolle. Im folgenden Schaubild lassen sich dabei verschiedene Phasen unterscheiden.

Entwicklung des Preisindex für Normalbenzin und ausgewählter Einflussfaktoren
1965 = 100¹⁾



1) Der Indexstand 100 entspricht dem Benzinpreisniveau sowie der Mineralölbelastung bzw. dem Rohölpreisniveau im Jahresdurchschnitt 1965. - 2) Verbraucherpreisindex für Normalbenzin, Mineralölsteuer je Liter Benzin. - 3) Rohölpreis auf US-Dollar-Basis des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs.

Statistisches Bundesamt 2005 - 01 - 0723

Infolge der Ölkrisen in den 1970er-Jahren wurde der Benzinpreis vor allem von den Weltmarktpreisen für Rohöl nach oben gedrückt. Als zwischen 1985 und 1995 der Rohölpreis überwiegend zurückging, waren es in erster Linie die Steuern, die den Benzinpreis in die Höhe trieben. In der nächsten Phase, von 1998 bis 2003, haben sowohl die Mineralölsteuern (einschl. Ökosteuer) als auch die Weltmarktpreise für Öl preistreibend gewirkt. Nach 2003 ist der Rohölpreis weiter angestiegen, die Steuerlast je Liter Benzin blieb jedoch konstant.

Seit 2000 spielt – wie erwähnt – auch die Benzinknappheit in den Vereinigten Staaten eine Rolle, durch die der Anstieg der Benzinpreise in Deutschland den Preisanstieg des Rohöls zeitweilig überschritten hat.

(– 1,4%) sowie Speisekartoffeln (– 20,1%) und Bienenhonig (– 8,7%). Im Vergleich zum Mai 2005 sanken die Nahrungsmittelpreise geringfügig (– 0,1%). Weniger als im Vormonat mussten die Verbraucher saisonbedingt für Gemüse zahlen (– 1,9%, darunter Salatgurken: – 29,3%, Tomaten: – 23,9% und Kopfsalat: – 10,6%). Die seit Februar 2005 steigenden Preise für Bohnenkaffee erhöhten sich erneut: Im Juni 2005 verteuerte sich Bohnenkaffee im Vergleich zum Vorjahr um 15,4% und im Vergleich zum Vormonat um 6,8%.

Wie in den Vormonaten wirken sich im Verbraucherpreisindex die Erhöhungen der Tabaksteuer (zuletzt im Dezember 2004) und der Kraftfahrzeugsteuer (im Januar 2005) aus. Die dazugehörigen Teuerungsraten gegenüber Juni 2004 lagen für Tabakwaren bei 10,7% und für die Kraftfahrzeugsteuer bei 20,1%. Dagegen beeinflussen die staatlichen Maßnahmen der Gesundheitsreform die Jahresteuerrate für die Gesundheitspflege nur noch geringfügig (+ 1,8%).

Deutlich geringere Preise als im Vorjahresmonat wiesen neben Informationsverarbeitungsgeräten (– 11,2%) unter anderem Telefon- und Telefaxgeräte (– 14,5%), Farbfernseher (– 10,6%) sowie Foto- und Filmausrüstungen (– 9,3%) auf. Dagegen mussten die Verbraucher unter anderem für Rundfunk- und Fernsehgebühren (+ 3,8 bzw. + 5,4%) sowie für Eintrittskarten zum Fußballspiel (+ 3,0%) und in den Vergnügungspark (+ 5,3%) mehr bezahlen.

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Juni 2005 gegenüber	
	Mai 2005	Juni 2004
	%	
Gesamtindex	+ 0,1	+ 1,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,2	+ 0,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 6,7
Bekleidung und Schuhe	– 0,8	– 2,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,5	+ 2,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	–	– 0,3
Gesundheitspflege	+ 0,2	+ 1,8
Verkehr	+ 0,6	+ 3,7
Nachrichtenübermittlung	– 0,1	– 0,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	– 1,0	– 0,2
Bildungswesen	–	+ 2,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,3	+ 0,9
Andere Waren und Dienstleistungen	–	+ 0,8

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im Juni 2005 gegenüber Juni 2004 um 1,8% erhöht. Im Mai 2005 hatte die Jahresveränderungsrate bei 1,6%, im April 2005 bei 1,4% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,2%. [u](#)



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Strategie- und Programmplanung	3	191
Zur Lage der deutschen und europäischen Statistik	7	665
Modernisierung der Fehlerbeseitigung	4	293
Unterschiedliche Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland	6	569
Sterbetafel 2001/2003	5	463
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Erwerbsstruktur und Alterssicherung – Entwicklungslinien des deutschen Arbeitsmarktes seit den 1980er-Jahren	5	479
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999	3	197
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	4	395
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung	7	671
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik	6	582
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik	3	249
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004	5	425
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen	3	253
Bevölkerung		
Unterschiedliche Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland	6	569

	Heft	Seite
noch: Bevölkerung		
Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“	1	25
Sterbetafel 2001/2003	5	463
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Ergebnisse des Mikrozensus 2004	4	327
Ehescheidungen 2003	2	97
Erwerbstätigkeit		
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Erwerbsstruktur und Alterssicherung – Entwicklungslinien des deutschen Arbeitsmarktes seit den 1980er-Jahren	5	479
Ergebnisse des Mikrozensus 2004	4	327
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Informationstechnologie in Unternehmen	5	496
E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung	7	717
Gewerbeanzeigen 2004	7	727
Insolvenzen 2004	4	338
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Gemüseanbau in Deutschland von 2000 bis 2004	5	507
Legehennenhaltung und Eierzeugung von 1995 bis 2004	6	587
Produzierendes Gewerbe		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	41
Material- und Wareneingänge im Verarbeitenden Gewerbe 2002	5	520
Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	2	109
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999	3	197
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2004	3	211
Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang	4	347
Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen	4	354
Außenhandel		
Außenhandel 2004 nach Ländern	5	531
Verkehr		
Boom in der Seeschifffahrt – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe	7	737
Eisenbahnverkehr 2004	5	541
Unternehmen der Binnenschifffahrt 2003	6	593
Binnenschifffahrt 2004 – Güterbeförderung nimmt um über 7% zu	6	601
Gewerblicher Luftverkehr 2004	4	365
Straßenverkehrsunfälle im Jahr 2004	6	612

	Heft	Seite
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Bildung und Kultur		
Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen	4	372
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Gesundheitswesen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Gesundheitspersonal 2003	3	218
Sozialleistungen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2003	3	225
Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4	382
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Finanzen und Steuern		
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung	7	671
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004	1	48
Öffentliche Finanzen im Jahr 2004	4	388
Wirtschaftsrechnungen, Zeitbudgeterhebungen		
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	4	395
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	2	143
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	4	318
Preise		
Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik	6	582
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik	3	249
Hedonische Preismessung bei Laserdruckern	6	639
Preisentwicklung im Jahr 2004	1	64
Preise im Januar 2005	2	158
Preise im Februar 2005	3	265
Preise im März 2005	4	400
Preise im April 2005	5	547
Preise im Mai 2005	6	622
Preise im Juni 2005	7	760
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004	5	425
Schnellschätzungen für das Bruttoinlandsprodukt: Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie	7	682
Revision der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren	7	700
Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)	7	710
Bruttoinlandsprodukt 2004	1	13

	Heft	Seite
Umwelt		
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen	3	253
Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen	1	58
Verwendung von Primärmaterial nach Produktionsbereichen und Materialarten 1995 bis 2002	7	748
Gastbeiträge		
Der Nutzen von Statistiken aus der Sicht eines Unternehmens	1	75
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	2	164
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000	3	201
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik	3	242
Zeitliche und räumliche Analyse longitudinaler Infektionsdaten aus Nordrhein-Westfalen für 2001 und 2002	3	271
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	4	303
Automatisierte Zusammenführung von Daten – Das Modell von Fellegi und Sunter	4	406
Unterschiedliche Entwicklung von Volkseinkommen und Steueraufkommen	6	628
Hedonische Preismessung bei Laserdruckern	6	639
Jährliche Einkommensteuerstatistik auf Basis der bisherigen Geschäftsstatistik der Finanzverwaltung ..	7	671

Neuerscheinungen¹⁾ vom 25. Juni 2005 bis 22. Juli 2005

<p>● Zusammenfassende Veröffentlichungen</p>		EUR [D]	Fachserie 17: Preise	EUR [D]		
Wirtschaft und Statistik, Juni 2005	13,75	Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Mai 2005	7,50
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, März 2005	18,70	Reihe 4	Baupreisindizes, Mai 2005 (Eilbericht)	1,75
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Dezember und Jahr 2004	8,70	Reihe 4	7,50
			Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Juni 2005 (Eilbericht)	3,-
<p>● Fachserien</p>			<p>● Elektronische Veröffentlichungen</p>			
<p>Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</p>			<p>Außenhandel nach Waren und Ländern, April 2005 (CD-ROM)</p>			
Reihe 4.1.1	Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2004	18,50			
<p>Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe</p>						
Reihe 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe 2004	18,60			
Reihe 4.1.1	Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2004	18,70			
Reihe 4.2.4	Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2002	16,50			
Reihe 4.3	Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2003	18,70			
<p>Fachserie 7: Außenhandel</p>						
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, März 2005	10,50			
Reihe 1	April 2005	10,50			

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.